G 1800 EX

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Generale appellieren an die KSZE in Madrid**

**Ulrich Albrecht**
**Alternativen zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik**

**Harold Rasch**
**Die deutschen Staaten und die Sowjetunion**

**Meindert J.F. Stelling**
**Die Bewegung gegen Atomwaffen in den niederländischen Streitkräften**

**Gert Meyer**
**Sowjetische Wirtschaftsplanung 1981–85**

**Bodo Grimm-von Schönberg**
**Zur Entwicklung in Nordirland**

**Mechtild Jansen und Klaus Pickshaus**
**Das Grundsatzprogramm des DGB**

**Ulrich Briefs**
**Mit neuen Technologien in eine neue Gesellschaft?**

# 6'81

Juni 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

**Pahl-Rugenstein Verlag Köln**

# Juni 1981


CHRONIK DES MONATS MAI 1981 ..... 641

Europa hat durch militärische Konfrontation nichts zu gewinnen – aber alles zu verlieren
Appell der Generale von Meyenfeldt, Da Costa Gomes, Koumanakos, Pasti und Bastian an die KSZE in Madrid ..... 644

KOMMENTARE UND BERICHTE

Raketenpolitik ist Katastrophenpolitik ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 649
Mitterrands Start ..... *Gerhard Leithäuser* 651
Wer bedroht die iranische Revolution? ..... *Mostafa Danesch* 654

HAUPTAUFSÄTZE

Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralisierung
Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik ..... *Ulrich Albrecht* 659
Nach vierzig Jahren
Die deutschen Staaten und die Sowjetunion ..... *Harold Rasch* 672
Die Bewegung gegen Atomwaffen in den niederländischen Streitkräften
Ein dokumentarischer Bericht ..... *Meindert J. F. Stelling* 680
Sowjetische Wirtschaftsplanung 1981–85 ..... *Gert Meyer* 697
Zur Entwicklung in Nordirland ..... *Bodo Grimm-von Schönberg* 707
Das Grundsatzprogramm des DGB
Antwort auf die Probleme der 80er Jahre? ..... *Mechtild Jansen und Klaus Pickshaus* 720
Mit neuen Technologien in eine neue Gesellschaft?
Zur Kritik des Gebrauchswerts der Informationstechnologien ..... *Ulrich Briefs* 736

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1980 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 752

MEDIENKRITIK

Ein Suhrkamp-Band für Sinkel! ..... *Günter Giesenfeld* 756

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

François Mitterrands „110 Vorschläge für Frankreich" (Auszüge) ..... 757
Rede des SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen im Deutschen Bundestag am 26. Mai 1981 gegen die Stationierung neuer US-Raketen in Europa ..... 760
Offener Brief der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa!" an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 14. Mai 1981 (Wortlaut) ..... 763
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates in Rom am 4. und 5. Mai 1981 (Wortlaut) ..... 764
Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und US-Präsident Ronald Reagan in Washington vom 22. Mai 1981 ..... 767

# Blätter für deutsche und internationale Politik

*Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 6/1981*



*Herausgegeben von*

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

*Mitbegründet von*

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

*Redaktion*

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER



*Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54*


# Chronik des Monats Mai 1981

*1. 5. – Naher Osten Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Libanon erklärt ein Sprecher des Weißen Hauses in Washington, es werde gegenwärtig geprüft, ob der Einsatz von US-Kampfflugzeugen durch Israel nicht gegen entsprechende amerikanisch-israelische Abkommen verstoße. Das State Department hatte zuvor Kontakte zwischen Unterstaatssekretär Stoessel und Sowjetbotschafter Dobrynin über die Lage im Libanon bestätigt. Später kündigt das Außenministerium die Reise von Sonderbotschafter Philip Habib in den Nahen Osten an. Habib, der aus dem Libanon stammt, besucht bis zum 28. 5. mehrfach Israel, Syrien und den Libanon sowie Saudiarabien zur Berichterstattung nach Washington zurück. – Am 22. 5. verlängert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppentrennung auf den Golan-Höhen (UNDOF) um weitere sechs Monate bis zum 30. November 1981. – Am 25. 5. tagt in Abu Dhabi der „Kooperationsrat des Arabischen Golfes", dem die Staatschefs von Saudiarabien, Kuwait, der Vereinigten Arabischen Emirate, Katars, Omans und Bahreins angehören. Der Rat unterzeichnet eine Charta zur Bildung einer Wirtschaftsunion zwischen den beteiligten Staaten. Einigung über eine von Oman vorgeschlagene engere militärische Kooperation wird nicht erzielt.*

*4. 5. – Abrüstung. Ein Sonderausschuß, dem die Vertreter von 78 Staaten angehören,*

tritt in New York zusammen, um die zweite Sondertagung der UN-Generalversammlung über Abrüstung (Second Special Session of the General Assembly Devoted to Disarmament) vorzubereiten, die im Jahre 1982 stattfinden soll. – Am 14. 5. wird die 24. Runde der Verhandlungen über die Begrenzung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa (vgl. „Blätter", 5/1981, S. 514) in Wien fortgesetzt.

4.–5. 5. – NATO. Der Außenministerrat tagt in Rom und verabschiedet ein Kommuniqué, in dem die Organisation ihre bisherige Haltung zum NATO-„Doppelbeschluß" vom Dezember 1979 bekräftigt.

5. 5. – UNO. Generalsekretär Waldheim führt in Moskau ein ausführliches Gespräch mit KPdSU-Generalsekretär Breschnew; zuvor war Waldheim zu einem Meinungsaustausch mit Außenminister Gromyko zusammengetroffen. Waldheim erklärt, die Unterredungen hätten ihm einen besseren Einblick in die Haltung der sowjetischen Regierung gegeben und er verlasse Moskau mit einem Gefühl der Befriedigung.

– KSZE. Nach dreiwöchiger Pause wird das Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Madrid fortgesetzt (vgl. „Blätter", 4/1981, S. 386). Den Delegationen liegt ein von mehreren neutralen und blockfreien Staaten ausgearbeiteter Entwurf für ein gemeinsames Schlußdokument vor.

10. 5. – Frankreich. Aus dem zweiten Wahlgang zur Präsidentschaft (zum ersten Wahlgang vgl. „Blätter", 5/1981, S. 515) geht der sozialistische Kandidat Francois Mitterrand, der auch von den Kommunisten unterstützt wird, mit 15708262 Stimmen (51,76%) als neuer Präsident der Republik Frankreich hervor. Auf den amtierenden Präsidenten Valery Giscard d'Estaing entfallen 14642306 Stimmen (48,24%). Die Wahlbeteiligung beträgt 85,85%. – Am 21. 5. tritt Mitterrand sein Amt an und ernennt ein Übergangskabinett, das die Regierungsgeschäfte zunächst bis zu den Parlamentswahlen vom 14. und 21. Juni d. J. führen soll. Ministerpräsident wird Pierre Mauroy, sozialistischer Bürgermeister von Lille, Außenminister Claude Cheysson, bisher für Entwicklungsfragen zuständiger EG-Kommissar. Zu den ersten Entscheidungen des neuen Präsidenten gehören neben der vorzeitigen Auflösung der Nationalversammlung (22. 5.) die vorläufige Suspendierung der französischen Kernwaffenversuche in Übersee (29. 5.).

– Berlin (West). Bei den vorzeitigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus verliert die SPD/FDP-Regierungskoalition die bisherige Mehrheit. Die CDU kann ihre führende Stellung ausbauen, verfehlt aber ebenfalls die absolute Mehrheit. Die Alternativen Listen (AL) ziehen erstmalig ins Landesparlament (ebenso in die meisten Bezirksparlamente) ein. Es entfallen (Angaben in %) auf CDU 47,9 (1979: 44,4), SPD 38,4 (42,7), FDP 5,6 (8,1), AL 7,2 (3,7), Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW) 0,7 (1,1). Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses (132 Abgeordnete): CDU 65 (63), SPD 51 (61), FDP 7 (11), AL 9 (–). (Vgl. die Ergebnisse der Wahlen vom 18. März 1979 in „Blätter", 1/1980, S. 127.). Der Regierende Bürgermeister Vogel (SPD) erklärt schon unmittelbar nach der Wahl, er trete für den Gang seiner Partei in die Opposition ein. – Am 23. 5. beschließt ein außerordentlicher Landesparteitag der FDP mit 134 gegen 93 Stimmen bei 3 Enthaltungen, keine Koalition mit der CDU einzugehen und auch einen von der CDU gestellten Minderheitssenat nicht zu tolerieren. Nach der Abstimmung treten mehrere Mitglieder des FDP Landesvorstandes zurück.

11. 5. – Hessen. Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister, Heinz Herbert Karry (FDP), der auch Schatzmeister seiner Partei ist, wird in seinem Haus in Frankfurt ermordet. Die Fahndung der Polizei bleibt zunächst ohne Ergebnis.

13. 5. – Vatikan. Während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom wird Papst Johannes Paul II. durch mehrere Revolverschüsse schwer verletzt. Als Attentäter kann die Polizei einen türkischen Staatsbürger festnehmen, dem Verbindungen zu einer rechtsextremen Terrororganisation nachgesagt werden.

– UdSSR/Kongo. Während des Besuches von Präsident Denis Sassou-Nguesso in Moskau wird ein „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" zwischen beiden Staaten abgeschlossen, der aus 15 Artikeln besteht. Der Präsident der Volksrepublik Kongo trifft auch mit KPdSU-Generalsekretär Breschnew zusammen.

16. 5. – Japan. Überraschend tritt Außenminister Masayoshi Ito zurück und wird durch Sunao Sonoda ersetzt. Zu den Hintergründen gehören Meinungsverschiedenheiten zwischen Ito und Ministerpräsident Suzuki über

die amerikanisch-japanischen Beziehungen. Ito hatte es zugelassen, erstmals ein einem zweiseitigen Dokument den Begriff „Allianz" zur Beschreibung des bilateralen Verhältnisses zu verwenden.

16.–17. 5. – SPD. Auf Parteiveranstaltungen in Recklinghausen und Wolfratshausen bei München deutet Bundeskanzler Schmidt seinen Rücktritt für den Fall an, daß die SPD den von ihm vertretenen Kurs in der Frage der „Nachrüstung" nicht weiter unterstütze. Der Kanzler vertritt bei beiden Gelegenheiten die Ansicht, die Sowjetunion und die USA würden noch in diesem Herbst Verhandlungen über die Begrenzung der Raketenrüstung in Mitteleuropa aufnehmen.

20.–23. 5. – USA/BRD. Bundeskanzler Schmidt konferiert in Washington mit Präsident Reagan, Außenminister Haig und Verteidigungsminister Weinberger. In einer „Gemeinsamen Erklärung" (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen") betonen beide Seiten die Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen der internationalen Beziehungen.

24. 5. – Frankreich/BRD. Als erster ausländischer Regierungschef trifft Bundeskanzler Schmidt mit dem neuen Präsidenten Mitterrand zusammen. Die Begegnung dauert mehrere Stunden und findet im Elysee-Palast in Paris statt. Schmidt übermittelt bei dieser Gelegenheit eine Botschaft des amerikanischen Präsidenten Reagan.

25. 5. – Hamburg. Bürgermeister Hans Ulrich Klose (SPD) legt sein Amt nieder. In einem Rücktrittsschreiben an den Hamburger SPD-Vorstand erklärt Klose, er sei nicht bereit, den endgültigen Entscheid über die Beteiligung der Hansestadt am Brokdorf-Projekt gemäß den Empfehlungen der Partei bis nach den 1982 fälligen Neuwahlen hinauszuschieben. Brokdorf sei für ihn „letztlich eine Systemfrage". Klose will der Bürgerschaft auch weiter als Abgeordneter angehören.

26. 5. – Bundestag. Vor dem Parlament gibt Bundeskanzler Schmidt einen Bericht über seine Besuche in Washington und Paris, dem sich eine Debatte anschließt. Ein Resolutionsentwurf der Koalitionsparteien zur Sicherheits- und Außenpolitik wird mit 254 gegen 234 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Ein Abschnitt der Resolution zum „Doppelbeschluß" der NATO wird in gesonderter namentlicher Abstimmung gegen 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen gebilligt.

– Niederlande. Die Parlamentswahlen bringen der regierenden Koalition aus Christdemokraten (CDA) und rechtsliberaler Volkspartei (VVD) den Verlust ihrer knappen Mehrheit in der Zweiten Kammer (vgl. „Blätter", 6/1977, S. 649 und 1/1978, S. 3); die CDA (die Anzahl ihrer Mandate geht von 49 auf 48 zurück) stellt weiterhin die stärkste Fraktion. Der Mandatsanteil der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA) geht erheblich zurück (von 53 auf 44). Mandatsgewinne verzeichnen vor allem die Demokraten '66 (von 8 auf 17), aber auch die Kommunisten (CPN) (von 2 auf 3) und die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) (von 1 auf 3).

– Italien. Ministerpräsident Forlani (Christdemokrat) und sein Kabinett (vgl. „Blätter", 11/1980, S. 1283) treten zurück; Forlani wird später von Staatspräsident Pertini mit der Regierungsneubildung beauftragt. Anlaß des Rücktritts ist die Verwicklung mehrerer führender Politiker und Militärs in die geheimen Aktivitäten einer Freimaurerloge.

26.–31. 5. – Japan/DDR. Der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker hält sich in Begleitung einer umfangreichen Regierungsdelegation in Japan auf. Honecker wird u. a. von Kaiser Hirohito empfangen und trifft die führenden Politiker und Wirtschaftler des Landes. Während des Aufenthalts von Honecker in Tokio wird ein Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet.

27. 5. – USA. Präsident Reagan kündigt vor der Militärakademie Westpoint erneut eine Verstärkung des amerikanischen Militärpotentials an. Die Frage sei nicht, ob neue Waffensysteme gekauft, sondern welche angeschafft werden sollten.

29.–31. 5. – FDP Ein Bundesparteitag debattiert in Köln u. a. über den NATO-„Nachrüstungsbeschluß". Mit 271 gegen 103 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird ein entsprechender Antrag des Bundesvorstandes angenommen. Der FDP-Vorsitzende Genscher hatte vor der Abstimmung persönliche Konsequenzen für den Fall eines negativen Votums angekündigt.

– DKP. In Hannover findet der 6. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei statt. Der Parteivorsitzende Herbert Mies gibt einen politischen Rechenschaftsbericht. Die Delegierten verabschieden mehrere Dokumente und wählen den neuen Parteivorstand. Mies sowie sein Stellvertreter Hermann Gautier werden in ihren Funktionen bestätigt.

# Europa hat durch militärische Konfrontation nichts zu gewinnen – aber alles zu verlieren

## Appell der Generale von Meyenfeldt, Da Costa Gomes, Koumanakos, Pasti und Bastian an die KSZE in Madrid

*Ende Mai richteten fünf ehemalige hohe NATO-Generale aus den Niederlanden, Portugal, Griechenland, Italien und der Bundesrepublik einen Abrüstungsappell an die in Madrid tagenden Vertreter der 35 KSZE-Unterzeichnerstaaten – zweifellos ein außergewöhnlicher Vorgang, der entsprechende Beachtung verdient.*

*Vier der Unterzeichner gehören zu den Generalen, die unser Mitherausgeber Professor Dr. Gerhard Kade für das kürzlich im Pahl-Rugenstein Verlag erschienene Buch „Generale für den Frieden" interviewt hat. Nachstehend der Wortlaut des Appells an die Madrider Konferenz in deutscher Übersetzung. D. Red.*

Wir wenden uns mit diesem Papier an die Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte von Helsinki. Gegenwärtig tagen die Vertreter dieser Staaten in Madrid. In einer Zeit wachsender Konfrontationsgefahr, tragen sie eine große Verantwortung gegenüber den Völkern Europas, der USA und Kanadas.

Die Unterzeichner dieses Appells sind Militärs, die nicht die Absicht haben, als unerwünschte politische Berater aufzutreten. Aber seit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist klar geworden, daß die Zukunft unseres Kontinents zunehmend von einer Überwindung militärischer Probleme abhängt. Aufgrund dieser Tatsache halten wir uns für legitimiert und verpflichtet, unsere Erfahrung als Militärsachverständige in die Debatte über die Zukunft unserer Völker und Staaten einzubringen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß weder in Europa noch in den USA politisch wichtige Entscheidungen ohne Berücksichtigung der folgenden Prämissen getroffen werden sollten:

1. Die amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki bezeichneten das Ende einer Periode der menschlichen Zivilisation. Die neue Periode, in der wir uns jetzt befinden, erfordert vollkommen neue Überlegungen. Einem einzigen Gedanken gehört oberste Priorität: diese neuen Waffen sind nicht anwendbar.

Solange nur die Amerikaner im Besitz der Atombombe waren, hätten Skrupel

sich auf moralische Aspekte beschränken können. Heutzutage kommen Atomwaffen auch aus militärischen Gründen nicht mehr in Frage. Die beiden mächtigsten Militärblöcke, die je existiert haben, sind im Besitz von Massenvernichtungswaffen. Es gibt absolut keinen Zweifel, daß diejenigen, die sie einsetzen, selbst getötet werden.

2. Die Vereinigten Staaten ebenso wie die Sowjetunion sind in der Lage, auf militärische Aktionen der anderen Seite zu antworten. „Neue Strategien", die diese Tatsache zu leugnen versuchen, können nur Erfindungen ambitiöser und karrierebesessener Militärs zur Beeindruckung leichtgläubiger Politiker sein oder umgekehrt. Niemand kann das militärische Axiom bestreiten, daß es aussichtslos ist, Pläne entwickeln zu wollen, die die andere Seite durch den Einsatz atomarer Machtmittel überraschen sollen. Wenn eine Seite ihre Trägersysteme oder Bomben verfeinert, dann wird die andere Seite einen Schritt darüber hinausgehen. Hat es irgendeinen Sinn, diesen Teufelskreis fortzusetzen? Die einzige Chance für das Überleben der Menschheit kann man darin sehen, Slogans, die militärische Stärke demonstrieren sollen, endlich zu überwinden, statt neue solche Slogans zu kreieren; auf neue Waffensysteme zu verzichten, statt sie zu bauen.

3. Langjährige Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Begrenzung offensiver strategischer Waffen (SALT) haben nicht nur klare Ergebnisse erbracht, sondern zugleich demonstriert, daß es möglich ist, bestimmte Waffen und Waffensysteme auf einer Basis der Gegenseitigkeit zu begrenzen. Es wäre verheerend, wenn die US-Administration annähme, ohne die Einhaltung des SALT-Abkommens – einschließlich der dazu erforderlichen verfassungsrechtlichen Maßnahmen – und ohne eine Fortsetzung der SALT-Verhandlungen auskommen zu können. Europa reagiert empfindlich darauf, daß die Vereinigten Staaten über die „Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckung" grübeln, aber sich nicht um die Glaubwürdigkeit ihrer Haltung gegenüber Abrüstungsverträgen kümmern – wie in der Debatte über die SALT-II-Ratifizierung demonstriert.

Dies kann auch nicht im Interesse des amerikanischen Volkes liegen und ist kein brauchbares Mittel zur Stärkung der NATO – einer Einrichtung, die nur als ein auf guten Willen (good sense) gestütztes Bündnis lebensfähig bleiben kann. Aber für friedliche Koexistenz ist ebenso wichtig, daß die Sowjetunion es vermeidet, das Mißtrauen der anderen Seite dadurch zu verschärfen, daß sie ihre Sicherheit übertrieben betont, was sie manchmal tut.

4. Die vielzitierten Interessen der „Nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten" können nicht geschützt werden, wenn das relative militärstrategische Gleichgewicht, das seit vielen Jahren bestanden hat und – realistischen Einschätzungen zufolge – immer noch besteht, von einer Seite zerstört wird. Nationale Sicherheit kann nicht durch übertriebene Aufrüstung erreicht werden. Wie jeder andere von Menschen erfundene Begriff würde auch der der „Nationalen Sicherheit" sinnlos, wenn die von beiden Blöcken aufgehäuften atomaren Kapazitäten eingesetzt würden.

Nationale Sicherheit kann nur garantiert werden, wenn die beiden gegnerischen Gesellschaftssysteme Koexistenzmöglichkeiten entwickeln, statt militärische Konfrontation zu suchen. Es ist notwendig, die Sicherheitsinteressen der anderen Seite auf die gleiche Weise zu respektieren, wie die eigenen Sicherheitsinteressen von der anderen Seite respektiert werden müssen. Dabei müssen die nationalen Sicherheitsinteressen kleinerer Länder ebenso respektiert werden wie die der größeren. So würde z. B. der Einsatz von „Cruise Missiles" – aufgrund ihrer technischen Eigenschaften – notwendigerweise die Souveränität einer Reihe kleinerer, sogar neutraler Länder verletzen.

5. Schon heute ist Europa mit Atombasen übersät. Früher oder später werden sie verschwinden müssen. Es gibt keine Alternative dazu. Die Zahl der Atombasen noch zu erhöhen, ist militärisch gesehen weder nützlich noch klug. Die Unterzeichner halten es für gefährlich, den dringend nötigen SALT-Prozeß und die – für Europa so entscheidenden – Verhandlungen über Mittelstrekkenraketen dadurch aufs Spiel zu setzen, daß der Status quo einseitig angetastet wird.

Es ist schwer einzusehen, warum rund 600 Pershing-II und Cruise Missiles stationiert werden sollen, wenn Westeuropas Sicherheit durch die bereits existierenden Waffen auf angemessene Weise garantiert werden kann. Niemand war bisher in der Lage, das Gegenteil zu beweisen, und selbst wenn ein solcher Beweis möglich wäre, müßten erst alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

6. Für Europa sind militärische Entspannung und Abrüstung von äußerster Wichtigkeit. Die internationale Lage ist, wie jedermann weiß, gespannt. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem schon einige undurchdachte, übereilte Entscheidungen die europäischen Friedensanstrengungen vieler Jahre aufs Spiel setzen können, ja, unseren Kontinent und die ganze Welt an den Rand der Katastrophe treiben könnten. Helsinki schuf die Voraussetzungen dafür, geduldig auf dem Weg friedlicher internationaler Zusammenarbeit voranzukommen. Madrid wird eine militärische Entspannung sichern müssen, um Europa zu retten. Wenn Madrid zur Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz durch die KSZE-Unterzeichnerstaaten führt, wäre dies eine konkrete Tat für den Frieden. Eine solche Konferenz könnte eine realistische Militärpolitik in Übereinstimmung mit den Interessen unserer Völker formulieren und schrittweise verwirklichen; eine Militärpolitik, die die Sicherheit aller Beteiligten im Auge hat.

Nur wenn Sie bereit sind, die gegenwärtige Lage in dieser Perspektive zu sehen, werden Sie fähig sein, den Erfordernissen unserer Zeit gerecht zu werden. Wenn Sie eine friedliche Zukunft für unseren Kontinent sichern wollen, dann müssen Sie zu einem neuen Verständnis der Weltlage kommen. Die Existenz unterschiedlicher sozialer Systeme als eine politische, ökonomische und militärische Realität zu akzeptieren, ist ein integraler Bestandteil dieser Denkweise. Wenn Sie dies nicht verstehen, werden Sie nicht in der Lage sein, die praktische Notwendigkeit der Entspannung zu begreifen. Nicht nur Mili-

tärs müssen erkennen, daß es eine Vorstellung aus der Vergangenheit ist, auf Schlachtfeldern militärische Ehren zu erlangen. Es gibt keine Ehre, die man auf nuklearen Schlachtfeldern gewinnen kann. Und kein Mensch wird heimkehren, um diese Ehre zu beanspruchen.

Heute muß militärische Ehre darin bestehen, den Krieg zu verhüten. Die Unterzeichner, die dazu erzogen worden sind, ihre militärische Pflicht gegenüber ihren jeweiligen Völkern zu erfüllen, werden an der Seite aller Bewegungen und Gruppen sein, die neue, absurde Waffen im Interesse des Überlebens durch Verhandlungen ersetzen wollen.

Einen begrenzten Atomkrieg kann es nicht geben. Aber es ist möglich, die Rüstung zu begrenzen.

Militärische Vernunft und Verantwortungsbewußtsein sollten die Anhäufung weiterer Waffen und die Verschärfung der Konfrontation verbieten.

Militärische Vernunft und Verantwortungsbewußtsein gebieten, daß „moderne Waffen" vernichtet werden und daß keine neuen Rüstungsprogramme aufgenommen werden.

Wir meinen, daß es der KSZE entspräche, wenn alle europäischen Völker einschließlich ihrer Soldaten ihre elementaren Menschenrechte nutzen, um den Frieden zu sichern.

Die Regierungen der KSZE-Unterzeichnerstaaten sollten den Willen ihrer Völker respektieren und militärischer Vernunft folgen. Sie sollten alles tun, um einen Atomkrieg zu verhüten.

Lassen Sie uns Verbündete sein im Interesse eines sicheren Europas und einer sicheren Welt.

gez.
General a.D. H. M. von Meyenfeldt, Niederlande
General a.D. F. Da Costa Gomes, ehemaliger Präsident der Republik Portugal
General a.D. G. Koumanakos, Griechenland
General a.D. N. Pasti, Senator der Republik Italien
General a.D. G. Bastian, Bundesrepublik Deutschland

Harold Rasch
**NATO-Bündnis oder Neutralität?**
Plädoyer für eine neue Außenpolitik
Kleine Bibliothek Band 207
137 Seiten, DM 12,80

Heinz Becker/Otmar Leist (Hrsg.)
**Militarismus in der Bundesrepublik**
Ursachen und Formen
Mit Abbildungen
Kleine Bibliothek Band 225
140 Seiten, DM 9,–

Lew Besymenski
**Die Schlacht um Moskau 1941**
Kleine Bibliothek Band 216
Ca. 240 Seiten, DM 14,80

Autorenkollektiv
**Deutschland im zweiten Weltkrieg**
Band 4: August bis Ende 1943
Mit zahlreichen Abbildungen, Karten und Bildtafeln
Großformat, Leinen mit Schutzumschlag
680 Seiten, DM 48,–

Gustav Seeber/Heinz Wolter
**Die preußisch-deutsche Reichgründung 1870/71**
Mit 32 Bildseiten und 50 Abbildungen
Kleine Bibliothek Band 217
160 Seiten, DM 14,80

Waltraud Bergmann u. a.
**Soziologie im Faschismus 1933—1945**
Texte und Darstellungen
Kleine Bibliothek Band 221
205 Seiten, DM 16,80

Peter Hinrichs
**Um die Seele des Arbeiters**
Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871—1945
Kleine Bibliothek Band 211
319 Seiten, DM 19,80

Konstanze Wetzel
**Gewerkschaftsbewegung und Persönlichkeitsentwicklung**
Mit einem Vorwort von Reinhard Kühnl
Studien zur Kritischen Psychologie
Band 26
238 Seiten, DM 18,–

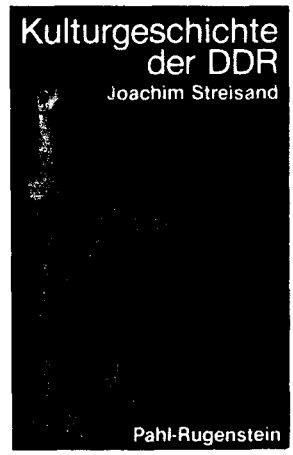
Georg Feuser / Wolfgang Jantzen (Hrsg.)
**Jahrbuch für Psychopathologie und Psychotherapie I**
Mit Beiträgen von G. Feuser, U. Grüne, U. Holste, H. Kammering, U. Roth, L. Toresini, E. Weimann
Studien zur Kritischen Psychologie
Band 28
210 Seiten, DM 15,–

Harald Werner
**Erfahrung, Erkenntnis und Motivation in der Arbeiterbildung**
Zur kritisch-psychologischen Theorie des Lernens
Studien zur Kritischen Psychologie
Band 29
120 Seiten, DM 15,–

Johanna Hund (Hrsg.)
**Unterm Rad des Fortschritts?**
Technik, Umwelt, Gesellschaft
Kleine Bibliothek Band 213
193 Seiten, DM 12,80

Wolfram Grüber
**Sozialer Wohnungsbau in der Bundesrepublik**
Der Wohnungssektor zwischen Sozialpolitik und Kapitalinteresse
StadtPlan 4
196 Seiten, DM 14,80

Oswaldo Puccio
**Ein Vierteljahrhundert mit Allende**
Erinnerungen seines Privatsekretärs
48 Fotos, Leinen mit Schutzumschlag
432 Seiten, DM 19,80




Joachim Streisand
**Kulturgeschichte der DDR**
Studien zu ihren historischen Grundlagen und ihren Entwicklungsetappen
Kleine Bibliothek Band 220
245 Seiten, DM 14,80

# Kommentare und Berichte

## Raketenpolitik ist Katastrophenpolitik

In der „Nach"rüstungsdebatte in Politik und Medien der Bundesrepublik blieb bisher merkwürdigerweise unerwähnt, daß die USA schon einmal – vor gut zwei Jahrzehnten – von NATO-Europa aus landgestützte atomare Mittelstreckenraketen gegen die Sowjetunion richteten. Ob die Nichterwähnung dieses Vorgangs von schierer Vergeßlichkeit, politischer Unbildung oder ahnungsvoller Verdrängung herrührt, soll hier nicht untersucht werden. Der folgende Beitrag ruft lediglich in Erinnerung, wie es damals gewesen ist, und zeigt Parallelen zur Gegenwart auf, soweit sie schon erkennbar sind.

Als der amerikanische Außenminister Dulles auf der Pariser NATO-Tagung vom 16. bis 19. Dezember 1957 den Verbündeten zum erstenmal Mittelstreckenraketen aufdrängte, scheute er Gipfel-Verhandlungen mit der Sowjetunion, wie sie Chruschtschow am 6. November 1957 mit dem Ziel einer Einstellung „des Kalten Krieges und des Wettrüstens" vorgeschlagen hatte. Zu dem Versprechen, auf Außenministerebene zu verhandeln, bequemte sich Dulles erst, nachdem ihn der britische Premierminister Macmillan „hinter den Kulissen" überzeugt hatte, „daß dies notwendig sei, wenn wir die NATO-Allianz zur Annahme von Nuklearwaffen bewegen wollen". Noch auf der nächsten NATO-Tagung, in Kopenhagen im Mai 1958, predigte Dulles seinen Ministerkollegen die Nutzlosigkeit von Verhandlungen mit den Sowjets.

Heute ist bereits ein gleiches Verzögern von Verhandlungen seitens der USA festzustellen, und mit künftiger Verschleppung und Hintertreibung ist zu rechnen.

1957 lehnten es zwei NATO-Staaten, Norwegen und Dänemark, ausdrücklich ab, irgendwelche Atomwaffen zu beherbergen. Weniger bekannt ist, daß damals auch Bundeskanzler Adenauer und seine Delegation Mittelstreckenraketen „nicht in Westdeutschland haben" wollten, wie Macmillan bezeugte: „Sie wollen dies aber nicht offen sagen, sondern würden eine Entscheidung auf der Basis ‚militärischer' Gründe vorziehen, die in der Tat gegen Westdeutschland als Stationierungsland sprechen." Von dem damaligen Verteidigungsminister Strauß wurde das – richtige – Wort kolportiert, daß schwere Artillerie nicht in die Schützengräben gehört. – Schließlich wurden 1959 insgesamt 105 Mittelstreckenraketen der Typen „Thor" und „Jupiter" in Großbritannien, Italien und der Türkei stationiert.

Heute ist vorgesehen, 108 „Pershing 2"-Raketen *allein* in der Bundesrepublik zu stationieren – ohne daß die Regierung Schmidt/Genscher gegen diese Konzentration merkliche Bedenken geäußert hat. Weitere 464 „Cruise Missile"-Flugkörper sollen auf Westdeutschland, England, Italien, Belgien und die Niederlande verteilt werden. Besonders in den letzten beiden Ländern regt sich Widerstand, während Norwegen und Dänemark ihre Ablehnung aufrechterhalten haben.

Auch damals wurde zugunsten der Stationierung mit der „Abschreckung" argumentiert. Amerika hatte gerade den Sputnik-Schock erlitten, und da seine Interkontinentalraketen noch nicht existierten, war es (wiederum laut Macmillan) „von großer Wichtigkeit, die schützenden Nuklearwaffen kürzerer Reichweite, von denen die Abschreckung ab-

hing, auf vorgeschobene Positionen zu verteilen". Dies war eine Irreführung, denn auch die „Thor"- und „Jupiter"-Raketen waren noch nicht fertig und wurden, wie gesagt, erst 1959 stationiert. Wenn von ihnen „die Abschreckung abhing", dann war diese in der Zwischenzeit nicht gegeben.

Heute ist dies ähnlich. Die USA besitzen zwar längst Interkontinentalraketen, wünschen diese aber nicht einzusetzen, sondern ihr Territorium aus einem Atomkrieg herauszuhalten, wie Sachkenner von Kissinger bis Strauß wohl wissen. Aber auch die „Pershing 2" und „Cruise Missiles" sind noch nicht ausgereift und sollen frühestens 1983 nach Europa gebracht werden – so daß die „Abschrekkung" wieder einmal lückenhaft ist. (Sie ist stets überschätzt worden, und vielleicht gab es ja auch nichts abzuschrekken; bis heute hat jedenfalls niemand den Sowjets eine Angriffsabsicht gegen Westeuropa nachweisen können.)

Auch nach ihrer Stationierung waren „Thor" und „Jupiter" als Abschrekkungswaffen unnütz; sie waren sinnvoll nur als Instrumente eines amerikanischen Erstschlags. Unverbunkert, unbeweglich und zeitraubender Auftankung bedürftig, hätten sie einen sowjetischen Erstschlag nicht „überleben" und deshalb einen sowjetischen Angriff nicht abschrecken können. Sie waren „ausschließlich für einen Überraschungsschlag oder für einen vorwegnehmenden Schlag geeignet", vermehrten damit „die Risiken nuklearer Instabilität" und bedeuteten „eine ausgesprochen aggressive Provokation gegenüber der sowjetischen Führung". Dies schrieb jedenfalls der damalige SPD-Wehrexperte Helmut Schmidt 1960 in seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung".

Für die künftigen Mittelstreckenwaffen gilt dies, trotz technischer Unterschiede, genauso. „Pershing 2" und „Cruise Missiles" sind zwar schnell feuerbereit und beweglich, aber ihre Stationierungsorte und ihre geographisch vermessenen Abschußpositionen würden den Sowjets nicht lange verborgen bleiben, und Satelliten könnten ihre Bewegungen in „Echtzeit" melden. Beweglichkeit macht sie also nicht überlebensfähig, und die Vielzahl ihrer Feuerstellungen fordert unter Umständen einen *viel*fachen Atomblitz heraus. Schon als 1960 geplant war, amerikanische „Polaris"-Raketen „mit Hilfe von Binnenschiffen und Eisenbahnen" beweglich in Westeuropa zu stationieren, fand Helmut Schmidt dies, „nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der dadurch aufs schwerste gefährdeten Zivilbevölkerung, ausgesprochen bedenklich". Als Bundeskanzler hat er ja wohl dem deutschen (und nicht dem amerikanischen) Volk geschworen, „Schaden von ihm zu wenden".

Die Geschichte gebietet festzustellen, daß es zu einem sowjetischen Atomblitz gegen die 60 „Thor" in England, die 30 „Jupiter" in Italien und die 15 „Jupiter" in der Türkei nicht gekommen ist, obwohl die Sowjets besonders gegen die letzteren äußerst allergisch waren – vielleicht wegen der historischen russisch-türkischen Konflikte.

Ein gravierenderes historisch-psychologisches Moment könnte einen atomaren Holocaust künftig wahrscheinlicher machen. Während Schmidt, dem „stern" zufolge, die „Eierschalen aus dem Zweiten Weltkrieg" abstreifen will, ist in der Sowjetunion auch nach 40 Jahren unvergessen, daß von deutschem Boden am 22. Juni 1941 ein Überfall ausging, der ihre westlichen Gebiete verwüstete und ihr 20 Millionen Tote zufügte. Ausgerechnet auf deutschem Boden jedoch sollen mit Billigung Schmidts, der als Wehrmacht-Leutnant damals mitmarschierte, alle 108 „Pershing 2"-Raketen stationiert werden, die das damalige Verwüstungswerk wiederholen könnten. Während die relativ langsamen „Cruise Missiles" noch im Fluge von den Sowjets bekämpft werden könnten, wäre ihnen dies bei der nur wenige Minuten fliegenden „Pershing 2"

unmöglich. Dieser Umstand und ihre Erinnerungen könnten die Sowjets zu einem vorbeugenden Atomschlag veranlassen. Er wäre die „Endlösung der Deutschenfrage".

Wie es damals weiterging, ist schnell berichtet: Es bedurfte des Drucks einer schweren Berlinkrise – ausgelöst durch das sogenannte „Chruschtschow-Ultimatum" vom November 1958 –, um die Amerikaner verhandlungsbereit zu machen.

Berlin ist heute immer noch – wie damals – der druckempfindlichste Punkt des Westens.

Die Verhandlungen zogen sich 1959 in Genf auf Außenministerebene ziemlich ergebnislos hin. Die für Mai 1960 nach Paris einberufene Gipfelkonferenz wurde durch den U-2-Spionageflug der CIA über Swerdlowsk torpediert. Und am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut.

Ein Zyniker könnte sagen: Die Mauer ist schon gebaut – was kann also in Berlin noch groß passieren? Aber Vorsicht: es ist noch allerhand möglich.

Im Mai 1962 beschloß Chruschtschow, sowjetische Mittelstreckenraketen zum Schutz Kubas vor der Haustür der USA zu installieren. Chruschtschow, der wegen der amerikanischen „Jupiter"-Raketen in der Türkei – vor der Haustür der Sowjetunion – besorgt war, meinte: „Wir würden nichts weiter tun, als ihnen (den USA) ein bißchen von ihrer eigenen Medizin zu verabreichen."

Auch künftig könnten die Sowjets versucht sein, auf diese Weise globale atomare Symmetrie herzustellen. Dank ihrer inzwischen geschaffenen Hochsee-Flotte würde eine neue Kubakrise sie wahrscheinlich in einer günstigeren konventionellen Position in der Karibik als 1962 vorfinden.

In der damaligen schweren Krise konnte Präsident Kennedy noch seine lokale konventionelle Überlegenheit ausspielen – während er die nutzlosen Türkei-Raketen entschärfen ließ. Die Krise wurde beigelegt durch den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba gegen ein Versprechen Kennedys, Kuba nicht anzugreifen *und* die amerikanischen Raketen aus der Türkei und Italien zu entfernen! Dies geschah ab Anfang 1963, auch in England, und zwischen Ost und West breitete sich Entspannung aus.

Die Geschichte braucht sich nicht zu wiederholen, aber sie kann sich wiederholen – als Farce oder als Tragödie. Die große Koalition der Raketenpolitiker hat kein Mandat, wiederum schwere Weltkrisen und vielleicht die „Endlösung der Deutschenfrage" heraufzubeschwören.

Helmut Wolfgang Kahn

# Mitterrands Start

Der klare Sieg François Mitterrands (51,82%) über Giscard d'Estaing (48,17%) in der Stichwahl vom 10. Mai 1981 war eine Überraschung. Die Pariser Börse hatte trotz vertraulicher, für Giscard nicht gerade günstiger Meinungsumfragen an seinem Sieg festgehalten. Leichte Kursgewinne und vergleichsweise Stabilität selbst für Aktien, deren Unternehmen im Falle von Mitterrands Wahlsieg verstaatlicht werden sollten, kennzeichneten das Börsenklima während des Wahlkampfes. Auch die internationalen Finanzmärkte übten Zurückhaltung. Der leicht überbewertete französische Franc geriet nicht unter nennenswerten Abwertungsdruck. Spekulationswellen, die bei politischer Unsicherheit die Regel sind, blieben vor dem 2. Wahlgang aus. – Auch in den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes scheint man sich diesem unbegründeten Optimismus angeschlos-

sen und mit einer knappen Wiederwahl Giscards gerechnet zu haben.

Wie wird Mitterrands Wahlsieg in Frankreich erklärt? – Er hat im Wahlkampf gemäßigte Töne angeschlagen. Es ist ihm gelungen, sein Image vom abgenutzten, ewig zweiten Berufspolitiker in das eines erfahrenen Staatsmannes zu verwandeln, – eine Leistung, die angesichts des harten Konkurrenzkampfes und eklatanter Benachteiligung durch die staatlich beeinflußten, Giscard zugetanen Medien überraschen muß. Das linke Wählerpotential ist von François Mitterrand voll ausgeschöpft worden. Die kommunistische Partei hat ihre Wähler vorbehaltlos aufgerufen, ihre Stimme im zweiten Wahlgang auf François Mitterrand zu übertragen. Die „republikanische Disziplin" der linken Wähler, mit ihrer Stimme den bestplazierten linken Kandidaten, sei er Sozialist oder Kommunist, zu wählen, hat unter der Dauerpolemik zwischen Sozialistischer und Kommunistischer Partei nicht gelitten. François Mitterrand verdankt seinen Sieg den Einheitsbestrebungen der linken Wähler. – Die französische Rechte dagegen hat die harte Polemik zwischen Giscard und Chirac nicht verarbeiten können. Rund 30 % der Wähler, die im ersten Wahlgang den Gaullistenführer Chirac gewählt hatten, haben ihre Stimme Giscard verweigert. – Ein dritter wesentlicher Grund für den Wahlsieg Mitterrands ist das verblassende Image Giscards, dessen wirtschaftspolitische Kompetenz sich in Besserwisserei und seine pädagogischen Qualitäten sich im Wahlkampf in Überheblichkeit zu verwandeln schienen. Die sehr lange, nämlich siebenjährige Amtsperiode des französischen Präsidenten ist ihm zum Verhängnis geworden. Die Mehrheit der Franzosen wollten Giscards Politik, die Lasten der Wirtschaftskrise stärker als in der Bundesrepublik den abhängig Beschäftigten aufbürdete, sein zunehmend monarchistisches Auftreten, seine einsamen Entscheidungen nicht eine zweite siebenjährige Amtsperiode lang ertragen. Vierzehn Jahre Giscard war für viele Franzosen ein Alptraum. Weitere Gründe, wie die Gunst der Jungwähler, eine sich langsam konkretisierende Änderung des Wahlverhaltens der Frauen, die in Frankreich wie in anderen bürgerlich-kapitalistischen Ländern häufiger konservativ wählen als die Männer, haben zu Mitterrands Wahlsieg beigetragen. Mitterrands programmatische Erklärungen und die Überzeugungskraft, mit der er sie im Wahlkampf, insbesondere vor der Stichwahl, vertreten hat, sind die Voraussetzungen für den Umschwung der Wählermeinung gewesen. Er stützte sich dabei auf die „110 Vorschläge für Frankreich", die in einer Zusammenfassung im Dokumententeil dieses Heftes abgedruckt sind, und auf das „Sozialistische Projekt für das Frankreich der achtziger Jahre".

In der *Innenpolitik* trat François Mitterrand für eine Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre mit einmaliger Wiederwahl bzw. eine einmalige Amtszeit von sieben Jahren ein. Die in der V. Republik bisher eng begrenzten Möglichkeiten der Kontrolle der Regierung durch das Parlament sollen erweitert werden. Eine Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Präsident, Regierung und Parlament ist vorgesehen. Ob dabei die für demokratische Verfassung ungewöhnliche Machtfülle des französischen Präsidenten in relevantem Umfang verringert werden soll, ist bisher nicht zu erkennen. Ausnahmegerichte und Ausnahmegesetze, die in Frankreich noch immer eine beachtliche Rolle spielen, sollen abgeschafft werden. Frankreich soll Regionalparlamente, ähnlich wie die Länder der Bundesrepublik, erhalten mit einer gewissen, wenn auch begrenzten Finanzhoheit. Der Status der überseeischen französischen Departements soll verbessert und das neokolonialistische Erbe soll abgeschafft werden.

In der *Wirtschaftspolitik* hält François Mitterrand fest an zentralen Forderungen des Gemeinsamen Regierungspro-

gramms, u.a. an der Verstaatlichung von 9 Industriegruppen der Atom-, der Raumfahrt- und Rüstungsindustrie, der metallverarbeitenden und der pharmazeutischen Industrie, ebenso an der staatlichen Übernahme von Aktien der Peugeot-Citroen-Gruppe und den Unternehmen der kommunalen Wasserversorgung. Außerdem soll der gesamte Banken- und Versicherungssektor verstaatlicht werden. – Die Ersparnisse von Kleinsparern sollen indexiert werden, um den Wertverlust der Ersparnisse durch die Inflation zu kompensieren. Eine weitreichende Steuerreform ist vorgesehen. Das französische Atomprogramm, das unter der Präsidentschaft Giscards übereilt und ohne angemessene Berücksichtigung der Rohstoffversorgung und der Sicherheitsnormen ausgebaut wurde, soll gestoppt und die Energiepolitik neu formuliert werden. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen bis 1985 auf rd. 2,5% des französischen Bruttosozialproduktes aufgestockt werden. Boden- und Wohnungsbaupolitik sollen tiefgreifend reformiert werden.

Im Rahmen dieser Strukturreformen soll die Arbeitslosigkeit, die eines der wichtigsten Wahlkampfthemen war und in Umfragen den ersten Platz unter den Sorgen der französischen Wähler innehatte, wirksam bekämpft werden. 210000 Arbeitsplätze sollen im öffentlichen Sektor geschaffen werden. Der Übergang von der Schule zur Berufsausbildung soll verlängert und reorganisiert werden, damit die Jugendlichen später und besser ausgebildet ins Berufsleben eintreten. Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche soll schrittweise durchgesetzt werden, auch, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kontrollrechte der Arbeitnehmervertreter in den Unternehmen des privaten und des öffentlichen Sektors betreffend Einstellungen und Entlassungen sollen erweitert werden, um dem Widerstand der Unternehmerseite gegen Neueinstellungen bei Arbeitszeitverkürzungen besser begegnen zu können. Die Bedingungen von Schichtarbeit sollen verändert werden, damit zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Jahresurlaub soll auf 5 Wochen verlängert, das Rentenalter auf 60 Jahre heruntergesetzt werden. Auch von diesen Maßnahmen wird ein positiver Beschäftigungseffekt erwartet. – Im gleichen Zug soll eine Ankurbelung der Wirtschft über die Nachfrage der privaten Haushalte eingeleitet werden. Zu diesem Zweck werden u.a. die Mindestlöhne und die Mindestrenten substantiell erhöht.

In der *Außenpolitik* sind vom Präsidenten Mitterrand weniger wichtige Innovationen zu erwarten als in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Er wird die gaullistisch inspirierte Politik der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs mit einigen Korrekturen, aber mit mindestens ebenso großer Unnachgiebigkeit wie sein Amtsvorgänger, weiterführen. Die Politik der Détente wird von Frankreich nicht aufgegeben werden. Mitterrand ist gegen den Eintritt von Portugal und Spanien in den Gemeinsamen Markt, ohne vorherige tiefgreifende Reorganisation seiner Funktionsweise, insbesondere des Agrarmarktes. In den Beziehungen zu den Entwicklungsländern sollen die Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission, die von Willy Brandt geleitet wurde, besondere Berücksichtigung finden. François Mitterrand steht dem Abkommen von Camp David näher als sein Amtsvorgänger. Seine Position zum Palästina-Problem und der Friedensorganisation im Vorderen Orient dürfte mit der Positionsbestimmung der Europäischen Gemeinschaft weitgehend übereinstimmen. Der neue Präsident will die französischen Waffengeschäfte – Frankreich ist seit einigen Jahren der drittgrößte Waffenexporteur in der Welt – nach politischen Kriterien neu orientieren. Waffenlieferungen an Diktaturen sollen unterbleiben.

Mitterrand hat Pierre Mauroy, den sozialdemokratisch orientierten Bürgermeister

der nordfranzösischen Stadt Lille, zum Ministerpräsidenten berufen. Mauroys Kabinett besteht aus Vertretern der verschiedenen Strömungen der sozialistischen Partei. Öffnungen nach der gaullistischen Partei hin sind durch die Einbindung gaullistisch orientierter Persönlichkeiten angedeutet. Diese Übergangsregierung wird die Regierungsgeschäfte bis zum Ende der Parlamentswahl führen, die in zwei Wahlgängen nach dem Mehrheitswahlrecht am 14. und am 21. Juni stattfindet. Ein Wahlbündnis oder ein weitergehendes Regierungsbündnis mit der Kommunistischen Partei wird angestrebt. Nach der Wahl wird es zu einer Neubildung der Regierung kommen. Kommunistische Minister und der Kommunistischen Partei Frankreichs nahestehende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens werden dann möglicherweise in die Regierung aufgenommen. Diese zweite Regierung wird vor dem Parlament verantwortlich sein. Erst diese neue Regierung kann, mit einer linken Parlamentsmehrheit, die Teile des Programms durchsetzen, die wie z.B. die Verstaatlichungen auf dem Gesetzeswege verabschiedet werden müssen.

Nach der Wahl Mitterrands zum ersten sozialistischen Präsidenten der V. Republik haben dann auch die Pariser Börse und die internationalen Finanzmärkte sofort reagiert. Die Kurse der französischen Aktien mußten hohe Verluste hinnehmen und der französische Franc geriet unter starken Abwertungsdruck. Das Europäische Währungssystem gewährt dem französischen Franken jedoch einen gewissen Schutz. Auch die Kapitalflucht scheint sich zu organisieren, die über Scheinfirmen und Transfer-Preise von Exporten und Importen getätigt wird. Ministerpräsident Mauroy hat sofort Gegenmaßnahmen ergriffen und u.a. Devisenkontrollen eingeführt bzw. verschärft. Nach der Verstaatlichung der Banken wird die Kapitalflucht aus Frankreich erheblich erschwert sein. Die außenwirtschaftliche Absicherung eines linken Wirtschaftsprogramms aber wird für lange Zeit das Hauptproblem bleiben.

Die Feiern zum 1. Mai dieses Jahres waren von den Gewerkschaften getrennt und mit vergleichsweise geringer Beteiligung durchgeführt worden. Stimmung und Engagement waren schlecht. Die Wahl Mitterrands hat diese Situation grundsätzlich verändert. Unerwartet große Volksmassen haben sich anläßlich seiner Wahl am spontanen Volksfest in Paris und der Provinz beteiligt und wenige Tage später seine Amtseinführung gefeiert. Die Gewerkschaften unterstützen sein Programm, auch mit einem Verzicht auf weitergehende Forderungen. Die linke Einheitsdynamik, die Mitterrands Wahl ermöglicht und verstärkt hat, dürfte der Linken bei den Parlamentswahlen zugutekommen und die Umsetzung der gesellschaftspolitischen Programmatik zumindest erleichtern, wenn nicht sogar erzwingen.

Gerhard Leithäuser

# Wer bedroht die iranische Revolution?

Das Gespenst einer „totalitären Herrschaft" im Iran geistert durch die westlichen Medien. Von der iranischen Revolution, aber auch vom eigentlichen Inhalt der heutigen innenpolitischen Divergenzen, bleibt dabei nur ein Zerrbild übrig. Die sozial-revolutionäre Haltung Ajatollahs Chomeinis wurde beispielsweise als „faschistisches Politikum" abgestempelt. „Im Volksmund geht ein böser Vers um, der sich im Persischen reimt: „Chomeini, der du den Götzen (Schah) zerschlugst, nun bist du einer geworden, nun zertrümmere dich selbst." – so die „Zeit"

vom 1. Mai 1981. Das iranische Volk erscheint in dieser Darstellung als unmündiges Wesen, unfähig sein politisches Schicksal selbst zu entscheiden. Die „Zeit" schreibt in dem bereits zitierten Artikel: „Die Entrechteten und Unterdrückten . . . die Lumpenproletarier aus den Slums von Südteheran, die in den Städten verelendeten Bauern, die Analphabeten, Halbgebildeten, die diesem Kreise entstammenden fanatisierten Schüler und Studenten – sie alle sind der Teig, den scharfmacherische Mullahs und Polit-Ajatollahs zu immer neuer Gärung anrühren." Solche – in den westlichen Medien allerdings vorherrschende – Ansichten über eine beispiellose Volksbewegung, die den Sturz des Schah-Regimes nun bereits zweieinhalb Jahre überdauert hat, bedürfen eigentlich keines Kommentars. Die Kämpfe eines Volkes gegen politische und ökonomische Abhängigkeit, politische Verfolgung, Folter, Korruption etc. die durchaus Sympathie erwecken könnten, werden entschärft, indem man sie als Ausbruch von „irrationalem Haß" und „Zerstörungstrieben", als „Aufstand des fanatisierten Mobs"[1]) gegen „Fortschritt und Zivilisation" umpolt.

Diese geistige Vergewaltigung der Weltöffentlichkeit dient dazu, den Plänen einer eventuellen militärischen Aggression der USA den notwendigen psychologischen Rückhalt zu verschaffen. Was als „Fanatismus" und „Rückfall ins Mittelalter" dargestellt wird, ist in Wirklichkeit eine nationale und demokratische Revolution, die unter der Fahne des Islam kämpft. „Die Bauern sind ebenso unterdrückt worden wie die Arbeiter, die Theologen und die Studenten. Gott möge uns alle mit unseren Pflichten vertraut machen, damit wir alle auf der Seite der Unterdrückten stehen." Dies schrieb Chomeini in seiner Antwort auf die Botschaft des Papstes vom 10. November 1979.

Es war diese revolutionäre Auslegung des Islam, die das Volk zum Aufstand gegen die Unterdrückung befähigte und soziale Umwälzungen zugunsten der entrechteten und unterdrückten Schichten und Klassen forderte. Weil er auf diese Weise mit den sozialen Problemen und Bestrebungen breiter Bevölkerungsweise zusammentraf, konnte der Islam als revolutionäre, politische Ideologie in der iranischen Revolution eine dominierende Rolle spielen, zumal er auch schon in früheren Geschichtsabschnitten eine wirkungsvolle Triebkraft in den gesellschaftlichen Kämpfen gewesen ist.

Die iranische Revolution ist ein Ereignis von historischen Dimensionen: *außenpolitisch* durch die Wende zu einem Kurs der Blockfreiheit und des Anti-Imperialismus, *innenpolitisch* durch die Verankerung demokratischer Rechte und Freiheiten und die Entwicklung eines autonomen ökonomischen Konzeptes.

Grundsatz 3 der iranischen Verfassung sieht die totale Eliminierung des Kolonialismus, der Fremdbestimmung, jeglicher Art von Despotismus, der Autokratie und die Gewährleistung politischer, ökonomischer und sozialer Freiheiten vor[2]).

Diese Bestimmungen werden ergänzt durch Kapitel 4, Grundsatz 43, § 8, in dem die Überwindung der wirtschaftlichen Abhängigkeit verankert ist. Dies bedeutet praktisch, um einige Beispiele zu nennen, die Verstaatlichung der 70 % in- und ausländischer Industriebetriebe aus dem Privatsektor, Verstaatlichung der mit dem multinationalen Kapital eng verflochtenen Banken und Versicherungen, Eliminierung der Herrschaft der multinationalen Konzerne und Militärkomplexe.

Wie bekannt ist, wurde dem Iran unter dem Schah-Regime die Rolle des Gendarms der Region auferlegt. Allein in den letzten 5 Jahren seiner Herrschaft

1) „Die Zeit", v. 1. 5. 1981.

2) Vgl. Iranische Verfassung, Grundsatz 3, Paragraph 5, 6, 7, 9.

1974–1979 kaufte der Schah insgesamt für mehr als 40 Mrd. Dollar Rüstungsmaterial. So gingen z.B. im Finanzjahr 1977 weit über 70% der Waffenexporte der USA in den Iran[3]). Hinzu kommt, daß das Schah-Regime den mehr als 80000 im Iran stationierten US-Militärberatern und Zivilberatern[4]) Bewegungsfreiheit in der iranischen Armee und Wirtschaft gewährte. Die multinationalen Konzerne investierten in allen Industriesektoren, sie waren mit mehr als 50%iger Beteiligung in der iranischen Industrie fest angesiedelt. (Über die bundesdeutschen Investitionen siehe Mostafa Danesch, Die innenpolitische Entwicklung im Iran, in: „Blätter", 9/1978.)[5])

Die praktische Konsequenz des starken Auslandseinflusses war die Transferierung hoher Gewinne ins Ausland und die Verhinderung der Kapitalakkumulation im Lande. Folgende Zahlen verdeutlichen die hohen Importraten und entwerfen ein deutliches Bild der wirtschaftlichen Abhängigkeit: Arzneimittel 85%–100%, Textilien 57%, Papierprodukte 66%, Autos, Reifen, Elektro- und Haushaltsgeräte 80%, Pflanzenöl und andere Ölprodukte 78,5%[6]).

Als praktisches Ergebnis der Revolution sind drastische Importrückgänge zu verzeichnen: 6 Monate nach der Revolution (im ersten Halbjahr 1979) waren die Importe aus der Bundesrepublik Deutschland um 63,54%, aus Frankreich um 73,90%, aus den USA um 71,26%, aus England um 75,17% und aus Japan um 85,85% zurückgegangen[7]). Diese Tendenz setzte sich in den Jahren 1979–1981 fort. Das ist zum einen die Folge des Importstopps für nicht notwendige Waren. Es sollte hiermit ein Gleichgewicht im Handelsaustausch geschaffen werden. Der Importrückgang spiegelt aber nicht nur den Willen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit wider, sondern ist zum Teil auch eine Folge ausländischer Boykottmaßnahmen, die auf eine Ausblutung der Revolution zielten, aber zwangsweise zur Stärkung des Unabhängigkeitsstrebens im Volk beigetragen haben – trotz aller entstandenen Schwierigkeiten. Des weiteren entzog die iranische Revolution den Erdölkonzernen ihre mehr als 80jährige Herrschaft über die iranische Erdölindustrie[8]).

Nach dem anfänglichen Zusammengehen der verschiedenen Kräfte gegen das Schah-Regime verhärteten sich die Fronten. Es bildeten sich ein revolutionäres und ein konterrevolutionäres Lager heraus. Diese logische Entwicklung ist zurückzuführen auf die genannten wirtschaftlichen und militärpolitischen Maßnahmen, bezogen auf Auslandsbeziehungen und die Entfernung der Regierung der liberalen Bourgeoisie, Bildung einer revolutionär-demokratischen Regierung und infolgedessen die schrittweise Durchführung der Bodenreform, Verstaatlichung des Außenhandels und gesetzliche Einschränkung der Kapitalakkumulation in wenigen Händen.

Bis zum 4. November 1979, dem Tag der Besetzung der US-Botschaft – „Haus der Spione", wie die Iraner es nennen – in Teheran durch die „Studenten, die der Linie des Imam Chomeini folgen" gab es innerhalb der politischen Konstellation eine Art Patt-Situation, eine Art Doppelherrschaft: die „provisorische Regierung" Bazargans und die revolutionären Organe unter Führung Ajatollah Chomeinis. Bis zu diesem Zeitpunkt hofften

3) Vgl. Mostafa Danesch, Aufrüstung des Iran, in: „Blätter", 3/1978.
4) „Frankfurter Rundschau" v. 10. 11. 1978.
5) Über die bundesdeutschen Investitionen siehe Mostafa Danesch, Die innenpolitische Entwicklung im Iran, in: „Blätter", 9/1978.
6) Veröffentlichte Zahlen vom Statistischen Amt der Zentralbank des Iran – Analyse zur Wirtschaft des Landes, Nr. 356, 26. 11. 1979.
7) Veröffentlichte Zahlen im offiziellen Bulletin der Deutschen Handelskammer in Teheran vom 16. 12. 1979.
8) Über die politische und finanzielle Macht der Erdölkonzerne vgl. Mostafa Danesch, Die innenpolitische Entwicklung im Iran, in: „Blätter", 9/1978.

die USA und das iranische liberale Bürgertum, der weiteren anti-imperialistischen und demokratischen Zielsetzung und Entwicklung der Revolution die Spitze nehmen zu können. Die Voraussetzungen hierzu sahen sie in der Tatsache, daß die Regierungsgewalt zu jener Zeit ausschließlich in den Händen der politischen Vertreter der liberalen Bourgeoisie lag und daß diese Kräfte den Kampf gegen die Schah-Diktatur vom Kampf gegen die USA trennten. Es ist in der Tat soweit gekommen, daß die „provisorische Regierung" Bazargan sich mit den USA zu arrangieren versuchte. (Ein Beispiel ist das Geheimtreffen zwischen Bazargan und dem damaligen US-Sicherheitsberater Brzezinski in Algier im November 1979.)

Die Besetzung der US-Botschaft und in ihrer Folge der Sturz der Regierung Bazargan brachten eine Wende in der innenpolitischen Szene. Der bis dahin verdeckt geführte Kampf zwischen beiden Lagern (Revolutionäre und Konterrevolutionäre), bricht nun offen auf. Die konterrevolutionären Kräfte – Großgrundbesitzer, Großbürgertum, die Großkaufleute, die entmachteten SAVAK-Armee- und Verwaltungsfunktionäre des alten Regimes etc. –, die sich auf die USA stützen, wollen im Grunde die alten Verhältnisse wiederherstellen, haben sich jedoch vorerst unter der Fahne der liberalen Bourgeoisie zusammengeschlossen. Sie wollen eine „gemäßigte und vernünftige Regierung", die nach der Vorstellung des US-Präsidenten Reagan „Garant der US-Interessen" im Iran und in der Region wäre. In diesem Sinne äußern sich tonangebende Großkaufleute im Teheraner Bazar, wenn sie Chomeini angreifen: „Chomeini ist heute ein Stein auf dem Weg zur Freiheit."[9])

Die Spaltung in ein revolutionäres und konterrevolutionäres Lager erfaßt auch die islamische Geistlichkeit. Daß selbst unter den Geistlichen diese kontroversen gesellschaftspolitischen Auffassungen aufeinanderstoßen, ist eine normale Erscheinung, denn selbstverständlich gibt es auch hier Kräfte, die die sozialrevolutionäre Auffassung Chomeinis teilen und andere, die sich dagegen stellen. Gerade dies verdeutlicht, daß es hier nicht um eine Spaltung zwischen dem geistlichen und dem weltlichen Lager geht, wie es im Ausland dargestellt wird, sondern um gegensätzliche gesellschaftspolitische Strömungen. Wenn nun der Staatspräsident Bani Sadr öffentlich die sozial-revolutionäre Politik der Regierung, des Parlamentes und der Revolutionsorgane als „. . . anbrechende Tyrannei"[10]) kritisiert, ist es nicht verwunderlich, daß die konterrevolutionären Kräfte im In- und Ausland diese Kritik aufgreifen und sich hinter dem Präsidenten verstecken. Sie versuchen, den Präsidenten für ihre Interessen und Ziele gegen die Linie Chomeinis einzuspannen.

Die Konterrevolution versucht sowohl von innen als auch von außen, die Revolution zu treffen. Parallel zu der Verschärfung der Situation im Inneren – genannt seien die Konflikte in Kurdistan, Kusistan, Azerbaidjan, die geschürt werden, um die Völker des Iran gegeneinander auszuspielen –, werden Aggressionen von außen, wie im Falle des Militäreinsatzes der USA in der Wüste von Tabas – angeblich nichts als ein Versuch zur Befreiung der „Geiseln", in Wirklichkeit jedoch ein CIA-Putschplan, wie im Jahre 1953, zur Zerstörung der iranischen Revolution – eingesetzt. In diese Konzeption paßt auch die Stationierung einer „Schnellen Eingreiftruppe" der USA im Golf und die Zusammenballung amerikanischer, englischer etc. Flottenverbände und Flugzeugträger am Persischen Golf. Dazu Alexander Haig: „Im Falle eines Bürgerkrieges im Iran werden die USA die Möglichkeit ausnutzen, schnelle Hilfe ihren Freunden im Iran zukommen

9) Vgl. „Die Zeit" v. 8. 5. 1981.

10) „Die Zeit" v. 1. 5. 1981.

zu lassen. Die Stationierung der Schnellen-Eingreiftruppe am Golf und die anderen Pläne der USA um den Iran sind im Hinblick auf diesen eventuellen Fall konzipiert."[11])

Bisher sind alle Aggressionen, sowohl von innen als auch von außen, gescheitert, u.a. auch der zumindest indirekt von den USA durch ihre Vasallenstaaten wie Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten, Oman und andere Ölemirate unterstützte Aggressionskrieg Irak gegen Iran. Das kurzfristige Ziel dieser Aggression war die „Befreiung" der reichsten Ölprovinz Kusistan, um den Lebensnerv der iranischen Revolution zu treffen, und zwar in kürzester Zeit. Auf iranischem Territorium sollte eine sogenannte nationale Regierung unter dem Ex-Ministerpräsidenten des Schah, Bachtiar, mit Unterstützung der aus dem Iran geflüchteten und jetzt vom Irak aus tätigen Schah-Generale gebildet werden. Das mittelfristige Ziel dieser Aggression war die Errichtung eines konterrevolutionären Brückenkopfes auf iranischem Territorium, um von dort aus langfristig die iranische Revolution zu bekämpfen und endgültig zu vernichten. Den Irakern erschien die Situation aus verschiedenen Gründen gerade im September des vorigen Jahres zum Angriff besonders geeignet. Es ist nicht auszuschließen, daß dem Irak aus bestimmten Kreisen der iranischen Armee Informationen vorlagen, nach denen die Armee bei einem Angriff keinen Widerstand leisten würde. Die Boykottmaßnahmen der westlichen Industrieländer bewirkten, daß die ohnehin schwierige wirtschaftliche Lage – durch innere Unruhen, durch Sprengungen der Ölpipelines, und viele andere Maßnahmen der Konterrevolution – sich weiter verschlechterte: hohe Arbeitslosigkeit von schätzungsweise 2 Millionen, Inflation von mehr als 40–50%, Teuerungsraten bei Lebensmitteln von mehr als 100% – um nur einige Punkte zu nennen –, haben im Irak den Eindruck entstehen lassen, daß der Angriff das iranische Volk dazu bringen werde, die Revolution fallen zu lassen. Hinzu kommt, daß die Iraker auf die arabische Minorität in Kusistan gesetzt haben. Dies erwies sich jedoch als Fehlkalkulation; entgegen der Einschätzung der Iraker waren es gerade das in Kusistan ansässige arabische Volk und andere Bevölkerungsgruppen, die den härtesten Widerstand leisteten. Nach anfänglicher Offensive befinden sich die Iraker z. Z. in der Defensive bzw. auf dem Rückzug.

Leider werden die vielfältigen äußeren und inneren Provokationen und Aggressionen gegen die iranische Revolution erleichtert durch die ausbleibende rasche Lösung der sozio-ökonomischen Probleme und durch die Fehler, die Unerfahrenheit, den mangelnden Realismus in der Lageeinschätzung und die Kurzsichtigkeit mancher Kräfte und Organe in der Regierung und im revolutionären Lager. Sollten diese ein Machtmonopol anstrebenden Kräfte innerhalb der Regierungsorgane und im revolutionären Lager die bisherige Politik der Intoleranz gegenüber andersdenkenden Kräften im Lager der Revolution fortsetzen, könnten sie zur ernsten Gefährdung der Revolution beitragen. Gerade diese Tendenz wird – wie die Geschichte lehrt – mit Vorliebe von den Gegnern der Revolution genutzt, um Zwietracht und Spaltung innerhalb des revolutionären Lagers weiter voranzutreiben. Letztendlich mit dem Ziel, die Revolution und ihre Errungenschaften zunichte zu machen

Mostafa Danesch, Teheran

11) „Kyhan", Teheran, v. 4. 3. 1981.

# Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralisierung

## Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik*)

Von Ulrich Albrecht

*1. Bezug auf das herrschende Konzept*

Die augenblickliche westdeutsche Sicherheitspolitik steckt in einem zweifachen Dilemma: mit Kernwaffen läßt sich die Bundesrepublik nicht verteidigen („Verteidigungsdilemma"), und die Strategie der Abschreckung mit Kernwaffen droht genau das zu zerstören, was in seinem Fortbestand gesichert werden soll („Abschreckungsdilemma"). Das deutsche Interesse, zu überleben und im Bedrohungsfall zweckmäßig reagieren zu können, erscheint fremden Interessen in nicht hinnehmbarer Weise untergeordnet.

Der Grundgedanke der unter verschiedenen Begriffen bekannten Gegenkonzepte („Neutralisierung", „Disengagement", „Atomwaffenfreie Zone") ist einfach: die unmittelbare Konfrontation der Streitkräfte der beiden Nuklearmächte entlang der deutsch-deutschen Grenze soll durch einen begrenzten Rückzug von Militär gemildert werden, die deutsche Politik soll durch einen solchen Schritt mehr Freiraum zur Verfolgung der eigenen Interessen erhalten. Mit dem vorliegenden Beitrag kann es nicht darum gehen, durch besonderes Raffinement eine irgendwie überlegene Variante der zahlreichen Vorschläge zu erzeugen, die eine größere Durchsetzungschance haben könnte. Es geht vielmehr darum, den alten Kerngedanken aufrecht zu erhalten und zu prüfen, ob das Umfeld der Außen- und Sicherheitspolitik, die Entwicklung des Wettrüstens und seine politischen Folgen nicht heute stärker denn je ein Ausklinken aus dem Abschreckungssystem nahelegen. In Fortentwicklung des Konzepts der Entspannungspolitik bilden Disengagement und der Neutralismus-Vorschlag zudem eine der logischen Optionen: Bislang war es noch immer die Frucht von De-Eskalationen, daß beide Seiten Truppen von der Konfrontationslinie ein Stück zurücknahmen, um der politischen Entspannung eine Entspannung der militärischen „Lage" folgen zu lassen.

*Option I: Disengagement*

*Disengagement* (deutsch: „Auseinanderrücken") ist unter den verschiedenen Konzepten das die vorfindliche Realität am wenigsten verändernde. Kennan

*) Dieser Beitrag ist Teil eines umfangreicheren Manuskripts zur Kritik der Sicherheitspolitik und der Entwicklung von fünf Alternativoptionen, das im Rowohlt-Verlag als Buch veröffentlicht werden soll. D.Verf.

hat den Begriff 1957 in den politischen Sprachgebrauch eingeführt; er bleibt nach wie vor auf die Blockkonfrontation in Europa bezogen. Kennan forderte statt einer Fortführung des militärischen Engagements der USA und der UdSSR in Zentraleuropa die Schaffung von Zonen „verdünnter" und kontrollierter Rüstung, etwa von atomwaffenfreien Gebieten. Im Gegensatz zu Neutralismuskonzepten verlangt Disengagement keine Veränderung der politischen Optionen in der betroffenen Region: die Bundesrepublik könnte Mitglied der NATO bleiben, die DDR und mögliche andere Gebiete in einer solchen Zone könnten ihre Pakt- und Wirtschaftsbeziehungen ebenfalls weiter entwickeln. Auch an den Militärapparaten sind keine strukturellen Änderungen vorgesehen – sie sollen lediglich verdünnt und die Präsenz ausländischer Truppen beseitigt werden.

Disengagementpläne für Mitteleuropa wurden besonders in der Mitte der 50er Jahre entwickelt. Der britische Außenminister Eden verfolgte auf der Berliner Außenministerkonferenz vom 29. Januar 1954 und auf der Genfer Gipfelkonferenz am 18. Juli 1955, über eine gewisse Zeit hinweg also, einen Plan zur Bildung einer nichtmilitarisierten Zone zwischen Ost und West: die Siegermächte sollten ihre Truppen in allen Zonen von der Demarkationslinie zurückziehen, eine deutsche Regierung sollte sich jedoch mit anderen Staaten verbinden dürfen [1]).

Edens innenpolitischer Hauptgegner, Oppositionsführer Hugh Gaitskell, trug 1957/58 mehrfach Weiterentwicklungen des Eden-Planes vor. Seinem Vorschlag zufolge sollten ganz Deutschland, Polen, die CSSR und Ungarn die beiden Paktsysteme verlassen, alle ausländischen Truppen zurückgezogen und die Sicherheit mit den vier Siegermächten garantiert werden [2]). Etwa zur gleichen Zeit legte George F. Kennan Überlegungen in gleicher Richtung vor, gleichfalls noch verbunden mit dem Konzept der Wiedervereinigung: Deutschland würde „eine Funktion als neutraler Faktor übernehmen, der die scharfe Schneide der beiden militärischen Pole in Europa abstumpfen und schließlich helfen kann, die Heftigkeit des Konfliktes zwischen Ost und West zu verringern" [3]). Kennan hob besonders hervor, daß die Stationierung amerikanischer Kernwaffen in Deutschland den Sowjets jede Möglichkeit rauben würde, eine Rücknahme ihrer Truppen in Osteuropa auch nur zu erwägen.

Im Osten gab es vergleichbare Konzepte. Sie waren von Bemühungen geprägt, die Deutschlandpolitik fortzuführen, wie sie die sowjetische Auffassung seit Potsdam prägte, also Deutschland entmilitarisiert zu halten und zumindest zu neutralisieren. Die DDR mitsamt ihrer Rüstung schien lange zugunsten solcher Konzepte zur Disposition zu stehen. Auf Disengagement-Vorschläge geht die sowjetische Politik erst nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik ein – Disengagement scheint in sowjetischer Sicht eher eine Minimalposition zu sein. Im Mittelpunkt von Disengagement-Konzepten aus der

1) Zum Eden-Plan: E. Hinterhoff, Disengagement, London 1959, S. 97 und 168 f., dort weitere Literatur.
2) Dazu plastisch H.-G Pöttering, Adenauers Sicherheitspolitik 1955–63, Düsseldorf 1975, S. 134 ff.
3) Aus einem Memorandum Kennans vom Jahre 1956, zit. nach K. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 147.

Sowjetunion stand stets die Kernwaffenrüstung. Im März 1956 legte A. Gromyko, damals sowjetischer Delegierter bei den UN-Abrüstungsverhandlungen, einen Plan vor, um „in Europa eine Zone der Rüstungsbeschränkung und -inspektion zu schaffen, die Gebiete beider Teile Deutschlands und benachbarter Staaten umfaßt". Außerdem sollte „die Stationierung von mit Atomwaffen ausgerüsteten militärischen Einheiten und die Lagerung von Atom- und Wasserstoff-Waffen jeder Art in der Zone verboten" sein[4]). In den Folgejahren gab es eine Anzahl gleichartiger sowjetischer Vorschläge, bekannter wurde jedoch ein polnischer Vorstoß. Im Oktober 1957 trat der polnische Außenminister Rapacki mit seinem Plan hervor, die Lagerung von Kernwaffen in beiden deutschen Staaten und in Polen zu untersagen; die CSSR schloß sich diesem Vorschlag an (das zugleich vorgeschlagene Verbot der Herstellung solcher Waffen in dieser Zone hatte weniger praktische Bedeutung). Hält man sich vor Augen, daß die skandinavischen NATO-Staaten damals von sich aus auf die Stationierung von Kernwaffen verzichteten, so erscheint Rapackis Projekt einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als recht realitätsbezogen; eine solche Zone hätte zusammen mit dem Norden und dem gleichfalls kernwaffenfreien Gürtel in Südeuropa (Österreich, Schweiz, Jugoslawien) eine durchgehende Zone geminderter Rüstung zwischen Ost und West in Europa geschaffen.

Neben diesen ausländischen Konzepten gibt es eine stattliche Anzahl deutscher Vorschläge, Pläne und Memoranden in den 50er Jahren, von der SPD bis weit hinein ins bürgerliche Lager, die auf eine Minderung der militärischen Konfrontation an der Scheidelinie zwischen Ost und West zielen[5]) . Am bekanntesten sind noch der Plan des FDP-Bundestagsabgeordneten Karl-Georg Pfleiderer geworden (die Besatzungsmächte sollten lediglich in den östlichen und westlichen Randzonen Deutschlands verbleiben, im mittleren Hauptteil mit Berlin sollte es kein Militär geben[6]), sowie der den Abschluß der Debatte bildende Deutschlandplan der SPD vom März 1959 (eine militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa sollte aus NATO und Warschauer Pakt entlassen werden, Hauptbezugspunkt dieses wesentlich mit von Herbert Wehner getragenen Planes war jedoch die Wiedervereinigung). Parteiamtliche Relevanz hatten solche Pläne nur selten, sehr viel häufiger feuerten die Bundestagsparteien von der SPD bis zur CSU in dieser Hinsicht hervortretende Mandatsträger (vom ehemaligen SPD-Kultusminister Professor Strecker bis hin zum CDU-Mitbegründer Ulrich Noack).

### 2. *Prämissen des Vorschlags und Ansatzhöhe*

Es ist nicht zu verkennen, daß mit dem Disengagement der Bundesrepublik der Eckstein der europäischen NATO entfernt würde. Nur: in seiner gegen-

4) Zit. nach Charles R. Planck, Sicherheit in Europa. Die Vorschläge für Rüstungsbeschränkung und Abrüstung 1955–1965, München 1968, S. 113 f.
5) Als Gesamtdarstellung die Dissertation von Peter Molt, Die neutralistische Opposition, Heidelberg 1956, sowie einzelne Vertreter bei E. Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S. 303 ff.
6) Entfällt

wärtigen Form hat das Bündnis eh keine Zukunft mehr. Auch wenn nur ein Rückzug der ausländischen Truppen erfolgt (der auf die östlichen Gebietsteile der Bundesrepublik notfalls beschränkt werden könnte), stehen doch gewichtige Änderungen in der westlichen Allianz an, auch wenn sie nur organisatorischer Natur sein sollten.

Das wichtigste politische Ergebnis wäre eine Lockerung des Griffes amerikanischer Politik auf die deutsche Politik, das wichtigste militärische Ergebnis eine entscheidende Verbesserung der Sicherheit der Bundesbürger. Denn die Bundesrepublik oder zumindest die verdünnte Zone in ihr würden von einer Vielzahl von Kernwaffen befreit, die in sowjetischer Sicht als Drohung wirken und die folglich die UdSSR veranlassen müssen, eigene Kernwaffen auf die Standorte solcher Westwaffen in der Bundesrepublik zu richten.

An der Struktur der Bundeswehr brauchte sich nichts zu ändern, allerdings könnte diese verringert werden. Rüstungsindustrie und Waffenexport könnten wie bisher oder anders gehandhabt werden. Die Strategie der Bundeswehr müßte geändert werden: statt der Vorneverteidigung böten sich Konzepte der Raumverteidigung in der Tiefe an.

Bezogen auf die Entspannungspolitik, das eigentliche Funktionskriterium für eine solche Politik, erscheint eine gewisse Dissoziation von den USA als durchaus folgerichtig. Präziser ausgedrückt: Disengagement wäre Ausdruck einer weiteren Verschiebung der Qualität der Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa. Diese Entwicklung ist längst eingeleitet worden durch die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Ob dies die SPD/FDP wahrhaben will oder nicht, eine notwendige Folge des Arrangements mit der UdSSR und der ihr zugeordneten Staatengruppe war eine Veränderung der Beziehungen mit den USA. Die neuen Beziehungen gewannen Gewicht und führten zu neuen Interessenlagen (zum Beispiel, diesen Zuwachs an Sicherheit zu wahren), die sich von den Maximen der amerikanischen Politik mehr und mehr unterscheiden. Deutlich wird auch, daß nicht nur die Ziele der Politik, sondern auch die gewählten Mittel zur Durchsetzung solcher Ziele in den USA wie in Westeuropa differieren.

Ansonsten ist zu unterstreichen, daß es um ein Disengagement der Blöcke, nicht nur einzelner Paktmitglieder, geht. Im Gegensatz zur Neutralismus-Option (s.u.) müßte die amerikanische Politik diesen Vorschlag mittragen, während umgekehrt als Vorbild für die Beziehungen zur westlichen Allianzführungsmacht das Verhältnis Norwegens und Dänemarks zu den USA dienen kann.

In bezug auf die geographischen Räume, die ein Disengagement durch Rüstungsverdünnung umfassen müßte, stehen die beiden deutschen Staaten obenan. In einigen der historischen Vorschläge werden einzelne Nachbarstaaten benannt, etwa im Rapacki-Plan. Charakteristisch für dieses Konzept, erneut im Gegensatz zum Neutralismus-Vorschlag, ist die Symmetrievorstellung: das Auseinanderrücken der Blöcke soll zu Lasten beider Seiten (und nicht etwa einseitig auf dem Boden der Bundesrepublik) erfolgen.

Eine enorme Konkretisierung hat das Konzept des Disengagement der Blöcke durch eine kernwaffenfreie Zone mit der vom Labour-Parteitag 1980 übernommenen Idee einer kernwaffenfreien Zone „von Portugal bis Polen" erhalten. Dieser zunächst von der Russell-Friedensstiftung vorgelegte Vorschlag gewann in England bei den Ostermarschierern, dann bei der Labour-Partei und auch einigen Konservativen rasch an Boden, inzwischen ist er auch Thema der verteidigungspolitischen Diskussion in einer Anzahl kontinentaleuropäischer Staaten[7]). Interessant ist die Zumessung des Disengagement-Raumes: er erfaßt außer der Sowjetunion alle europäischen Staaten.

### *3. Hauptelemente des Disengagement-Vorschlags*

Die Disengagement-Idee ist vom Konzept her recht einfach und besteht aus zwei Elementen. Das eine ist die Minderung der Rüstung in einem noch zu bestimmenden geographischen Bereich in Europa, das andere die Beseitigung einer bestimmten Art von Rüstung in dieser Zone, nämlich der Kernwaffen. Es ist schwer vorstellbar, daß es ein Disengagement in Europa gibt, welches die vorgeschobenen Kernwaffen beider Seiten außer Acht läßt. Alle historischen Disengagement-Vorschläge waren deshalb mit Konzeptionen kernwaffenfreier Räume zumindest in Friedenszeiten verbunden. Die kernwaffenfreie Zone soll deswegen als Hauptelement zuerst vorgestellt werden.

#### *a) Die kernwaffenfreie Zone*

Gegenwärtig gibt es auf der Welt eine Anzahl kernwaffenfreier Zonen: entweder durch förmlichen Vertrag als solche erklärte (wie etwa Lateinamerika) oder faktisch atomwaffenfreie Räume (Afrika zum Beispiel). Die sozialistischen Staaten Osteuropas gehören gewöhnlich (d.h. außer Manöverzeiten) gleichfalls in die letztgenannte Kategorie.

Schließlich gibt es eine dritte Kategorie von Staaten, die zu Friedenszeiten keine Kernwaffen auf ihrem Territorium dulden, wie z.B. die skandinavischen NATO-Mitglieder Norwegen und Dänemark.

Der Vorschlag zielt auf die erstgenannte Kategorie: im zu definierenden Gebiet einer Zone in Europa soll es aufgrund völkerrechtlichen Vertrags keine Kernwaffen geben – diese Region scheidet aus dem Rüstungswettlauf mit Kernwaffen aus. Zwar gibt es faktisch in Ost- und Westeuropa breite Landstriche, wo derzeit keine Kernwaffen zu finden sind, jedoch ist dieser Zustand zu labil, permanent durch die Möglichkeit besonders der beiden Supermächte gefährdet, hier Kernwaffen zu stationieren. Das Konzept, keine Kernwaffen in Friedenszeiten aufzunehmen, erscheint als nicht radikal genug, um Abhilfe zu schaffen. Es böte für die andere Seite wahrscheinlich auch zu wenig Garantien.

Um glaubhaft zu wirken, müßte die Atomwaffenfreiheit dieser Zone vollständig sein – es dürfte weder vorbereitete Lagerplätze geben, um im Kriegsfall

7) Informationen dazu sind der eigens gegründeten Zeitschrift „European Nuclear Disarmament" regelmäßig entnehmbar.

solche Waffen aufzunehmen, noch dürften Führungsmittel für Kernwaffenträger (das Langstreckennavigationssystem LORAN C oder früher das U-Bootsführungssystem OMEGA) oder an den Lagerplätzen die für die Einsatzkommunikation bei Atomwaffen üblichen Troposcatter auf deutschem Boden zu finden sein (hier sündigen Norwegen und Dänemark, die alle diese Einrichtungen aufweisen). Ein Atomwaffenverzicht, der lediglich die Gefechtsköpfe verbannt, alle Lager-, Führungs- und Trägermittel unverändert ließe, wäre unglaubwürdig; man brauchte bloß die Sprengköpfe einzufliegen und hätte sogleich denselben Zustand wie zuvor. In einer kernwaffenfreien Zone soll kein Atomkrieg stattfinden, dies ist die politische Forderung, und die militärischen Planer sollten nicht versuchen, durch die Vorbereitung aller für den Einsatz der Sprengköpfe nötigen Infrastrukturen diesen politischen Entschluß zu unterlaufen.

*b) Andere Rüstungsminderungen*

In einer Disengagement-Zone ließen sich über die Rücknahme von Kernwaffen hinaus weitere Maßnahmen zur Rüstungsverdünnung vornehmen. Diese könnten besonders die offensiven Momente der gegenwärtigen Potentiale erfassen. Hier kommen zuerst die Stoßverbände mit ihren Panzern in Betracht. Die Zurücknahme der neun Panzerdivisionen der UdSSR aus der DDR würde eine in der Bundesrepublik als tödlich empfundene Bedrohung („In 48 Stunden am Rhein", so General Close) beseitigen. Umgekehrt müßten natürlich auf westlicher Seite Panzerdivisionen zurückgenommen werden. Zur Not könnten die 69 Panzerbataillone der Bundeswehr wie die beiden Panzerdivisionen der DDR ja im rückwärtigen Ausland disloziert werden – wenn andere Allianzstaaten ihre Truppen auf deutschem Boden unterhalten, warum sollte dies nicht umgekehrt möglich sein? Ähnlich könnten auch die leichteren gepanzerten Einheiten mit ihrer großen Mobilität von einer Reduzierung erfaßt werden.

*4. Die Leistungen des Disengagement-Konzepts*

Die bedeutsamste Leistung des Vorschlags besteht darin, den antagonistischen Supermächten eine praktische Probe eines Interessenausgleichs in der Sicherheitspolitik zu ermöglichen, die nicht ihre eigenen Territorien berührt. Die nichtmilitärischen Dimensionen der Sicherheitspolitik könnten hier eine entscheidende Konkretion erfahren, die den Weg zu substanziellen Rüstungsminderungen bei den beiden wichtigsten Protagonisten des Wettrüstens eröffnen könnten.

Die europäischen Staaten würden gleichermaßen profitieren. Sie würden sich erfolgreich dem Versuch entziehen, einen dritten Weltkrieg in Europa auszutragen. Die Aussicht auf konventionelle Kriegsführung bleibt schrecklich, ist jedoch weniger bedrohlich als der Kernwaffenkrieg – und ein Signal auf internationalen Ausgleich hin, wie es eine kernwaffenfreie Zone wäre, würde auch die Gefahr eines konventionellen Krieges mindern.

Andererseits läßt die Rüstungsverdünnung auch die betroffene Zone nicht schutzlos. Da es sich um ein die Blöcke integrierendes Konzept handelt, „genießt" eine Zone der Rüstungsminderung voll weiterhin den Schutz ihres jeweiligen Bündnisses, besonders auch die Abschreckungsdrohung für den Fall der Fälle. Zugleich wäre, um es zu wiederholen, die eigentliche Leistung dieses Schrittes, das Erfordernis der atomaren Schutzschirme ist Ost und West erheblich zu verringern und den Tag, an dem diese Nukleargarantie abgerufen würde, ins Unendliche zu verschieben.

Neben den unmittelbaren Verbesserungen der „Sicherheitslage" sind vor allem die langfristigen gesellschaftlichen Wirkungen in Ost und West zu betonen. Eine Zone verminderter Rüstung würde sich in der Gesellschaft in einer Minderung von Feinbildvorstellungen, in einem Schwinden der Angst vor einer Aggression der Gegenseite niederschlagen – von den Strategen kaum gesehene, für den Komfort der Bürger sehr bedeutende Aspekte; der populären Vorstellung, daß ein nächster Krieg durch ein paar Verrückte an der Konfrontationslinie oder durch Computerfehler ausgelöst würde, könnte der Boden weitgehend entzogen werden.

Faktisch würde eine Zone geminderter Rüstung aus dem Wettrüsten mit seiner vollen Breite ausscheiden. Finanzierungsprobleme und Ressourcenbelastungen, wie sie heute durch die Rüstung verursacht werden, dürften in geringerem Maße auftreten. Das Aussetzen der Bundesrepublik in Teilbereichen des Wettrüstens würde Ausgaben für Zukunftsinvestitionen freisetzen und verbesserte Chancen für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit erbringen.

### *Option II: Neutralismus*

#### *1. Der Bezug auf das herrschende Sicherheitskonzept*

Als Begründung der Abschreckungsdoktrin und der Drohung mit Kernwaffen wurde im Westen lange Jahre angeführt, daß es sich gar nicht um Konzepte zur Kriegsführung, sondern um etwas gänzlich anderes, eben die Verhinderung, die Unmöglichmachung von Krieg handele. Diese Position wird in neuerer Zeit mehr und mehr aufgegeben: heute wird auch für die Bundeswehr – so der Jargon der Experten – eine „begrenzte Kriegsführungsoption" verlangt, nach dem ersten Schuß soll mit dem Versagen der Abschreckung nicht der Holocaust einsetzen, sondern die Bundeswehr noch eine Zeit lang kämpfen können. Einer breiteren Öffentlichkeit ist diese Entwicklung durch die Direktive 59 des amerikanischen Präsidenten ins Bewußtsein gerückt, derzufolge die Nukleareskalation auf einer bestimmten Stufe angehalten und ein Krieg durchaus ausgekämpft werden könne.

Die Neutralismus-Option zieht in dieser Situation den Schluß, durch klare Erklärungen an alle Seiten aus einer solchen Entwicklung auszuscheiden und an dieser Komplizierung und Gefährdung von militärischem Schutz nicht teilhaben zu wollen. Dieses Nein ist die einzige souveräne Entscheidung, die selbst Mittelmächten wie der Bundesrepublik im Thermonuklearzeitalter

noch verblieben ist. Denn die Zurverfügungstellung eigenen Territoriums für eine Nuklearfreigabe eines amerikanischen Präsidenten, oder auch die Wahl der Kampfmittel durch einen Sowjetgeneral, ist wohl kaum Ausdruck von Souveränität.

So wichtig die Neutralismus-Position für den Kriegsfall ist, in der Sicht des Autors ist die Neutralismus-Konzeption vor allem wegen ihrer Wirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik im Normalzustand, dem Nichtkrieg, interessant. Diese Aussage mag überraschen, gilt doch bislang die Neutralitäts-Debatte der Fachleute fast ausschließlich den Handlungen eines neutralen Staates im Kriegsfall und ist doch das Konzept gerade erfunden worden, um Staaten aus Kriegen herauszuhalten. Aber nicht der Krieg, der Friede ist heute der „Ernstfall", den es zu gestalten gilt.

Nach augenscheinlich allgemein akzeptierter Ansicht[8]) hat nämlich der neutrale Staat eine Politik zu betreiben, die ihm im Kriegsfall die Einhaltung der Neutralität ermöglicht. Während aus dieser Forderung bislang vorrangig militärische Schlußfolgerungen gezogen wurden (der Neutrale muß rüsten, um in „bewaffneter Neutralität" Angriffe auf sich zu verhindern; er hat Verhinderungspflichten bei Militärstützpunkten und Bündnissen), ist in der heutigen Situation vor allem die Rückbindung der allgemeinen Politik an die Prämissen der Neutralität wichtig: der neutrale Staat wird auf internationalen Ausgleich drängen, Konzepte von Entspannung zu fördern suchen, allgemeine Rüstungsminderungen favorisieren – alles wesentliche Ziele des Konzepts vom „Ernstfall Frieden".

Eine „pax sovietica-americana", ein von zwei Haltern des Gleichgewichts abgeschirmtes, ausbalanciertes Sicherheitssystem hat es nicht gegeben und wird es nicht geben. Es ist deswegen müßig zu spekulieren, wie das deutsche Sicherheitsproblem sich gegenüber den Vor- und Nachteilen einer solchen bipolaren Globalstruktur ausnähme. So bleibt vom Kriterium der Art der Konfliktaustragung nur die Neutralismus-Option, die nicht gleich der herkömmlichen Neutralität ist, als akzeptabler Weg aus dem Rüstungsdilemma.

Neutralismus ist zu unterscheiden von der Neutralitätspolitik anderer europäischer Staaten:

a) *Die schweizerische Neutralität*, seit dem 16. Jahrhundert faktisch geübt, ist seit 1815 de jure verankert. Die von diesem Lande geübte „integrale" Neutralität befreit das Land von der Verpflichtung der Teilnahme an militärischen Sanktionen durch den Völkerbund (seit 1920) und (seit 1938) auch der Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen durch diese Organisation. Eine solche perfektionierte Neutralität gestattet denn auch der Schweiz nicht die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, und dem Europarat mochte das Land aus Neutralitätsgründen erst 1963 beitreten. Eine EG-Mitgliedschaft ist für die Schweiz ausgeschlossen (seit 1972 gibt es ein Freihandelsabkommen mit Brüssel).

8) So Alois Riklin, Stichwort „Neutralität" in: Richard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1977, hier S. 241.

Neben diesen völkerrechtlichen Fixierungen steht die bewaffnete Verteidigung der Neutralität durch alle Schweizer im aktuellen Vordergrund der Diskussion um dieses Konzept – notfalls, so manche Schweizer Militärs, auch mit Kernwaffen.

Für Flächenstaaten wie die Bundesrepublik erscheint die rigorose Neutralitätspolitik des Kleinstaates kaum als übernehmbar. Besonders ist im Schweizer Konzept nicht sichtbar, wie zu einer Rüstungsminderung zu gelangen wäre.

b) *Die schwedische Neutralität* ist im Gegensatz zum Schweizer Modell lediglich eine politische Maxime, die jedoch weder völkerrechtlich fixiert noch durch Landesgesetze definiert wird. Trotz der wie in der Schweiz „bewaffneten" Neutralität mußte Schweden im Zweiten Weltkrieg gegenüber den Deutschen Konzessionen machen (Transport von Kriegsmaterial durch Schweden, einmalige Durchfahrt deutscher Truppen von Norwegen nach Finnland, Passagen deutscher Urlauberzüge aus Norwegen nach Deutschland). Im finnisch-sowjetischen Winterkrieg begünstigte Schweden Finnland.

Dem hier vorgeschlagenen Neutralismus-Konzept kommt das schwedische Modell nahe, wobei mit dem Verweis auf die historisch-kritisch anzumerkenden Neutralitätsabweichungen zugleich die Schwachpunkte für beide Fälle angemerkt sein sollen.

c) *Die Politik der Blockfreiheit*, wie sie in Europa von Jugoslawien verfolgt wird, ist die aktuelle Fassung eines auf Léon Blum zurückgehenden Konzeptes einer Dritten Kraft. Die Blockfreien sind „nicht in Blöcken, auch nicht in einem eigenen Block, organisiert, sie sind dennoch, was ihre moralische Basis angeht, engagiert" (Tito 1961). Der Neutralismus der Blockfreien läßt sich nicht völkerrechtlich, sondern an den Motiven und Zielen ihrer Außenpolitik festmachen. Genannt werden das Bekenntnis zu den Prinzipien der Koexistenz, Unterstützung aller Bemühungen um Abrüstung und Entspannung, Anerkennung der Integrität jedes Staates und in der Dritten Welt besonders der Anti-Kolonialismus.

Die Militärpolitik der Blockfreien fällt recht unterschiedlich aus. Eine Anzahl von ihnen war nach der Bekundung dieses Prinzips in Kriege verwickelt. Besonders in den industriell höher entwickelten Mitgliedern dieser Bewegung wird Wert auf Verteidigung gelegt (in Jugoslawien besteht Wehrpflicht vom 14. bis zum 68. Lebensjahr für Männer, für Frauen ist Hilfsdienst bis zum 60. Lebensjahr Pflicht).

Erforderlich erscheint es, eine solche Konzeption von ihrem in der Bundesrepublik vorgegebenen Bezug auf die Wiedervereinigung zu trennen. Die neutralistische Opposition in der Frühzeit der Bundesrepublik hatte gerade diese beiden Punkte aufs innigste verbunden und gemeint, durch eine Neutralisierung Deutschlands am ehesten zur Wiedervereinigung gelangen zu können. Ideologische Grundlage dieser Bestrebung waren Ansichten darüber, daß Deutschland als Dritte Kraft zwischen Ost und West mäßigend auf den Kalten

Krieg einwirken könne. Heute scheint es, daß die Prioritäten umgekehrt gewertet werden müssen. Oberstes Leitziel ist die Friedenssicherung in Europa, für die die Neutralismus-Option das geeignetste Werkzeug ist. Durch die Verbindung mit der Wiedervereinigungs-Option würde das Neutralismus-Konzept jedoch völlig überlastet. Dies heißt nicht, daß die „nationale Frage" absolut negativ beantwortet wird, sondern es bedeutet lediglich, daß in der Prioritätenentscheidung die Neutralismus-Option vor der Wiedervereinigungs-Frage rangiert und beide Problembereiche getrennt gehalten werden sollen. Es mag sein, daß die Bedeutung der „nationalen Frage" zunimmt, nur wird dies nicht für die Förderung des Friedenssicherungskonzepts als nutzbringend gewertet.

Der Neutralisierungs-Vorschlag ist nicht mit einem Vorschlag zur Abrüstung identisch. Die atomwaffenfreie Zone dürfte zunächst einer Bundesrepublik (resp. anderen europäischen Staaten) minus Kernwaffen sehr gleichen. Das Konzept eröffnet allerdings einer weiteren Rüstungsminderung sehr viel begründetere Aussichten, als dies die gegenwärtige Politik der Bundesregierung unter dem Nuklearschirm kann.

In gewisser Hinsicht läßt sich dieser Vorschlag in der Prolongation des Verteidigungsauftrags des Grundsgesetzes sehen: Es handelt sich um ein Konzept friedensorientierter Bestandssicherung, welches dem Geist der Erstfassung des Grundgesetzes näher sein dürfte als die Nuklearrüstung.

### *2. Bezug auf die Bundesrepublik und Berlin*

Das Neutralismus-Konzept ist zweifach auf die Bundesrepublik und Berlin bezogen zu sehen: zum einen waren derartige Vorschläge seit je Teil der Deutschlandpolitik vieler Beteiligter (was für den Realismusgehalt des Konzepts spricht), zum anderen ergeben sich direkte Wirkungen bei der Realisierung eines solchen Konzepts auf die genannten Größen.

#### *Historische Bezüge*

Die für heute kaum mehr anwendbaren Präzedenzfälle von Neutralitäts-Konzepten vor 1945 sollen hier nicht weiter beachtet werden; vielmehr soll geprüft werden, welche Ausprägungen die Idee des Neutralismus seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa gefunden hat.

Eine Variante der amerikanischen Nachkriegspolitik für Deutschland, im Winter 1945/46 sogar das die US-Planung bestimmende Konzept, war das mit dem Namen von Außenminister Byrnes verbundene Vorhaben, Deutschland aufgrund eines für 25 Jahre abgeschlossenen Viermächtevertrags zu entmilitarisieren und zu neutralisieren. Im Frühjahr 1953 dachten Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles am Vorabend der Genfer Gipfelkonferenz laut darüber nach, ob man in Europa unter Einschluß der Bundesrepublik einen „neutralen Sicherheitsgürtel" schaffen solle (was Adenauer veranlaßte, seine Botschafter in den westlichen Hauptstädten zurückzuberufen).

Im Osten gab es vergleichbare Konzepte: seit Herbst 1950 (nicht erst seit der spektakulären Stalin-Note vom März 1952) setzte sich die sowjetische Führung für eine Neutralisierung Deutschlands ein, zunächst in Verbindung mit der Idee der Entmilitarisierung, ab 1952 mit der Konzession „nationaler" Streitkräfte. Mit dem Allianzbeitritt der Bundesrepublik hat die sowjetische Politik ihre Aktivitäten in Richtung einer mitteleuropäischen Zone minderer militärischer Rüstung keineswegs, wie häufig angenommen wird, eingestellt; sie reduzierte ihre Vorschläge lediglich darauf, eine kernwaffenfreie Zone in Europa aufrechtzuerhalten.

Wichtiger als der Nachweis, daß in der Vergangenheit gewichtige politische Bestrebungen existierten, bleibt die Frage, welche Resonanz und damit welches politische Gewicht die Neutralitätsfrage heute hat (haben könnte). Aufsehen erregen zunächst die Ergebnisse zweier Meinungsumfragen. Das Bielelfelder EMNID-Institut fand im August 1980, daß 43% aller Bundesbürger eine neutrale Außenpolitik der Bundesrepublik zwischen den USA und der Sowjetunion befürworten. Unter SPD-Anhängern gab es sogar eine absolute Mehrheit (von 52%) für ein solches Konzept[9]).

Eine gleich hohe Quote von 43% Neutralitäts-Befürwortern ergab eine Allensbach-Umfrage[10]). Gelegentlich werden recht konkrete Vorschläge geäußert: in einem „*Spiegel*"-Leserbrief wird vorgeschlagen, daß die Bundesrepublik zusammen mit Frankreich und den Altneutralen Schweden, Schweiz und Österreich einen „neuen neutralen Sperriegel quer durch Europa" bilden solle, der Ost und West wenigstens hierzulande auseinanderhält. Die „*Zeit*" wußte zu berichten, daß in Washington die Angst umgehe, „daß die Deutschen doch noch versuchen könnten, sich in die Neutralität fortzustehlen." Diese Äußerungen sind kaum als Indizien zu werten, sie deuten allenfalls an, welche – möglicherweise explosive – Debatte in der Bundesrepublik erzeugt werden könnte, wenn das Tabu Neutralisierung gebrochen wird.

Das Ergebnis dieser knappen historischen Durchsicht lautet, daß sich eine schrittweise Aufwertung des Neutralitätsgedankens in der Nachkriegsgeschichte verzeichnen läßt. Befand sich 1945 „das Ansehen der Neutralität auf dem Tiefpunkt" (Riklin; er gibt als Hinweis, daß die Neutralen nicht zur Konferenz von San Francisco eingeladen wurden) und führte die folgende Blockbildung zu einer Verdammung von Neutralitätsbestrebungen, so wurden bemerkenswerterweise 1953 neutrale Staaten zur Überwachung des Waffenstillstands in Korea gebeten. Die Entlassung Österreichs aus der Besatzungsherrschaft um den Preis der „immerwährenden Neutralität" deutet den Weg für künftige friedfertige Konfliktauflösung: das Streitobjekt wird keinem der beiden Blöcke zugeschlagen, sondern eben „neutralisiert" Den Weg Österreichs gingen 1957 Kambodscha und 1962 Laos (der Vietnamkrieg hat freilich das Neutralismus-Konzept in beiden Ländern obsolet gemacht; besonders für

9) Zit. nach der Reuter-Meldung v. 19. 8. 1980, W. German Poll finds 43 % Back Neutralist Policy, in: „International Herald Tribune" v. 20. 8. 1980, S. 2.
10) Zit. nach „Extrablatt" (Wien), September 1980, S. 10.

Kambodscha sollte der Verlust der Neutralität in der jüngsten Zeit furchtbare Folgen haben). Die Stagnation der politischen Integration in Westeuropa, die neutralistische Orientierung zahlreicher unabhängig werdender Kolonien in der Dritten Welt sowie die Entspannungspolitik dürften weiter zu einer Stärkung der Neutralitäts-Idee beigetragen haben.

*3. Adressaten des Vorschlags*

Sinn dieser Ausführungen ist es nicht, einem neuen Illusionismus den Weg zu bereiten. Es geht auch nicht darum, ein sozialistisches Regierungsprogramm zu simulieren. Allerdings beanspruchen die folgenden Zeilen, mit Blick bis hin auf die Sozialdemokratie Optionen zu umreißen, die als durchaus realisierbare Überlegungen vorgestellt werden. Derartiges Material soll möglichst katalytisch wirken, die hoffentlich eintretende Debatte einfärben, es sollen Chancen der Überzeugung und Politisierung eröffnet werden.

Über die deutsche politische Szene hinaus ist Adressat dieses Konzepts, aufgrund seines räumlichen Ansatzes, nicht nur die politische Linke in Westeuropa, sondern auch jener Teil der politischen Kräfte in Osteuropa (welches je nach Raumdefinition der kernwaffenfreien Zone mit von diesem Konzept berührt wird), der an solchen Veränderungen des Status quo und einem gewissen politischen Wandel Interesse hat.

Für die politische Linke kontrovers zu erörtern bleibt die Frage nach den innenpolitischen Implikationen des Konzepts, besonders die Frage der Bündnispartner. In praktischer Konsequenz bietet sich vordergründig ein eigenartiges Bündnis an (exakt wie in der Wiederaufrüstungs-/Neutralisierungs-Debatte der 50er Jahre) – nämlich mit dem nationalkonservativen Bürgertum. Es gibt dort einen schleichenden, europabezogenen Dünkel mit anti-amerikanischem Affekt, am klarsten im gaullistischen Traum von der „Weltmacht Europa" faßbar. Wie die vorstehende Skizze umreißt, gibt es eine Anzahl von Aspekten, die die Neutralismus-Option für das deutsche Kapital attraktiv machen. Dies wären mutmaßlich recht heterogene Interessen, die sich am ehesten noch mit dem Begriff „Osthandel" fassen lassen. In strategischer Sicht bleiben vom Standpunkt der deutschen Produzenten die Warentauschströme im Vergleich mit der Vorkriegssituation recht einseitig auf den Westen und die Dritte Welt bezogen – die eigentlichen Wachstumschancen für die deutsche Industrie dürften nun im Osten liegen.

Neben wirtschaftlichen Interessen dürften sich für die Neutralismus-Option aus ideologischen Gründen Teile des nationalkonservativen Bürgertums engagieren, wie dies in der Vergangenheit in der „neutralistischen Opposition" in den 50er Jahren der Fall gewesen ist[11]). Reserven gegen eine zu starke Westorientierung verbinden sich hier mit Ansichten über das politische Eigengewicht des eurpäischen Kernraums, die nicht lediglich als „reaktionär" abzutun sind und die in der etablierten Politik zu stark vernachlässigt worden sind.

11) Vgl. bes. Peter Molt, Die neutralistische Opposition, Diss. Heidelberg 1965.

Eine bürgerliche Neutralismus-Option ist sehr wohl vorstellbar, sie würde die Erfolgsaussichten des Konzepts sicherlich stärken.

Im Ergebnis heißt dies, daß Adressat des Neutralismus-Vorschlags nicht nur die politische Linke, sondern – in einem möglicherweise komplizierten Bündnis – ein erheblicher Teil des politischen Bürgertums ist. Auf seiten der Linken sollten, eine solche Option nicht auf bloßen anti-amerikanischen Affekten beruhen – im Gegenteil: der Vorschlag ist ja gerade aufgrund eines Interessenkalküls gebildet worden, welches ohne Ansehung solcher Affekte entstanden ist. Und auch beim bürgerlichen Partner dieses Konzepts dürften die materiellen Interessen für eine solche Option weitaus höher zu veranschlagen sein als etwa die Amerika-Kritik. Die argumentative Fundierung dieses politischen Vorschlags ist der Zweck der folgenden Ausführungen.

*4. Prämissen des Vorschlags und Ansatzhöhe*

Mit der vorliegenden Skizze geht es nicht um eine absolute Neutralität. Die Bundesrepublik ist kein Neutrum, keines von beiden, kapitalistisch oder (staats-)sozialistisch. Natürlich gehört sie weiterhin „zum Westen". Aufgrund ihrer ökonomischen und militärischen Bedeutung ist für sie ein Ausscheren aus den Bindungen an die westliche Vormacht USA ungleich schwieriger als für einen der europäischen Kleinstaaten. Mithin kann es nur um eine „differentielle, relative oder qualifizierte Neutralität" (A.Riklin) gehen. Vielleicht wäre ein noch schwächerer Begriff angemessen: der der „Nichtkriegsführung". Vielleicht hilft der Begriff der „neutralen Ecken" beim Boxen: es geht um die im Ring nicht von den beiden Gegnern besetzten Ecken, um den politischen Versuch, „den Gegensätzen zwischen den Großmächten fernzubleiben" (so die Formel der – *horribile dictu* – finnischen Seite im Beistandsvertrag mit der UdSSR).

Das Beispiel des von der Bewegung der Blockfreien vertretenen „Neutralismus" regt zu weiteren Analogiebildungen an. Unter „Neutralismus" versteht man dort „eine besondere Form der Bündnisfreiheit. . . in bezug auf den Ost-West-Konflikt und den damit verbundenen sogenannten Kalten Krieg. Im Gegensatz zu den Neutralen betrachten sich die Neutralisten nicht an das klassische Neutralitätsrecht gebunden. Im Falle eines Krieges stehen ihnen alle Optionen offen" (A. Riklin).

Der Versuch der Analogiebildung für den Fall Deutschland zielt auf eine begrenzte Neutralisierung des deutschen Gebietes. Damit ist im ersten Schritt der Verzicht auf einen Teil militärischer Rüstung angesprochen, besonders bei Kernwaffen. Im nächsten Schritt sind die politischen und gesellschaftlichen Implikationen solcher Maßnahmen zu reflektieren. Auch wenn es sich vordergründig um militärische Entscheidungen handelt, ist doch der Kern der Sache ein rein politischer. – In derartigen neutralisierten Räumen könnten aufgrund völkerrechtlicher Abmachungen kriegerische Handlungen untersagt werden.

(zweiter Teil folgt)

# Nach vierzig Jahren

## Die deutschen Staaten und die Sowjetunion

Von Harold Rasch

Am 22. Juni 1941, gegen drei Uhr fünfzehn, überschritten 153 Divisionen der deutschen Wehrmacht mit mehr als 4,6 Millionen Soldaten, rund 4 300 Panzern, über 4 000 Flugzeugen und etwa 42 000 Geschützen und Granatwerfern die sowjetische Grenze. War dem Überfall auf Polen zwei Jahre zuvor noch die Vortäuschung eines polnischen Angriffs auf den deutschen Sender Gleiwitz vorausgegangen, so machte man sich diesmal nicht einmal mehr die Mühe, auch nur einen Vorwand für den neuerlichen Schlag zu erfinden.

Das Gedenken an den Anfang des unheilvollsten Abschnitts in der unheilvollen Geschichte des „Dritten Reichs" mag Anlaß sein, einen Blick zurückzuwerfen und zugleich die Umrisse einer besseren Zukunft zu zeichnen.

Betrachten wir die Entwicklung der bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1945, dann sind gewiß erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Das hat auch der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid I. Breschnew, auf dem 26. Parteitag der Partei im Februar d.J. festgestellt. Der sterilen Politik Konrad Adenauers und seiner ersten beiden Nachfolger, der unter Berufung auf unbestimmte juristische Formeln wie „Heimat"- und „Selbstbestimmungs"-Recht und mit rechtspolitischen Tricks wie der Hallstein-Doktrin Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs rückgängig machen zu können glaubten, ist seit 1969 mit den Verträgen von Moskau, Warschau und Prag und dem Grundvertrag mit der DDR eine Politik größerer Wirklichkeitsnähe auf der Grundlage der gegebenen Machtverhältnisse gefolgt. Die in Mitteleuropa bestehenden Grenzen, werden nicht mehr nur praktisch hingenommen, sondern auch vertragsrechtlich respektiert, die DDR wird als Staat mit voller Souveränität für ihr Gebiet anerkannt. Der Erfolg namentlich im innerdeutschen Verkehr ist nicht ausgeblieben. Die persönlichen Kontakte zwischen Bürgern der Bundesrepublik und der DDR haben sich vervielfacht, der Warenaustausch zwischen beiden deutschen Staaten hat im letzten Jahr eine Rekordhöhe erreicht.

Und dennoch kann der Stand der West-Ost-Beziehungen, auch soweit nur die Bundesrepublik Deutschland in Betracht kommt, keineswegs als voll befriedigend angesehen werden. Wir haben, um eine viel gebrauchte Redewendung zu benutzen, weder „die Vergangenheit bewältigt", noch stellen wir uns überzeugend den Problemen der Gegenwart, noch gar haben wir Hoffnung verheißende Perspektiven für die Zukunft entwickelt.

## I

Zweimal in diesem Jahrhundert hat Deutschland weite Teile Rußlands besetzt, ausgeplündert und zerstört. Zwanzig Millionen Tote hat der Zweite Weltkrieg die Sowjetunion gekostet. Das ist dort nicht vergessen, und die politische Führung sorgt dafür, daß es noch lange Zeit nicht vergessen werden wird. Dergleichen darf sich niemals wiederholen, das ist der feste Wille des ganzen Volkes. Man ist zu äußersten Anstrengungen und Opfern bereit, um einen neuerlichen Angriff, woher er auch kommen möge, zu verhindern.

Bei uns sieht es anders aus. Die Vierzigjährigen und Jüngeren wissen aus eigenem Erleben nichts davon, was Deutschland der Sowjetunion angetan hat, und sie erfahren auch wenig oder gar nichts hierüber. Selbst die mittlere Generation hat nur noch dunkle Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg. Nur die noch Älteren und ganz Alten haben seine Schrecken bewußt erlebt, aber sie erinnern sich vorwiegend der eigenen Leiden in Kampf, Niederlage und Vertreibung, verdrängen dagegen – menschlich gewiß naheliegend – nur allzu sehr, was wir selbst angerichtet haben. Fast täglich können wir Berichte über eine ständig wachsende Verstärkung des Rüstungspotentials der Sowjetunion und die uns hierdurch drohenden Gefahren lesen. Daß diese in der Vorstellung der politisch und militärisch führenden Kreise zunächst einmal dazu dienen sollen, eine Wiederholung der Ereignisse von 1941 unmöglich zu machen, wird den breiten Massen der Bevölkerung nur selten bewußt gemacht.

Ein wenig Geschichtskenntnis täte hier not, aber sie könnte auch sonst helfen, uns vor oberflächlichen Schlüssen zu bewahren. In mehr als zweihundertfünfzig Jahren sind die deutsch-russischen Beziehungen zumeist recht gut gewesen, vielfache dynastische Eheverbindungen bis ins 19. Jahrhundert hinein, vor allem aber gemeinsame Interessen Preußen-Deutschlands einerseits, Rußlands andererseits haben dazu beigetragen, kein geringerer als Bismarck hat der Pflege des deutsch-russischen Einvernehmens stets die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Und das war möglich in einer Zeit ständiger Expansion des Russischen Reichs, von den noch bescheidenen Erwerbungen Peters des Großen an über die polnischen Teilungen (bei denen sich auch Preußen ein gutes Stück abgeschnitten hat) bis zu der dauernden Ausbreitung der russischen Herrschaft über Sibirien, Zentralasien und den Kaukasus. Daraus sind unmittelbare Folgerungen für die Gegenwart natürlich nicht herzuleiten, geschichtliche Ereignisse sind einmalig, sie wiederholen sich nicht. Aber gerade die Einmaligkeit jeder historischen Periode nötigt uns politisch, oberflächliche Schlüsse zu unterlassen und die jeweilige Interessenlage genau zu analysieren, ehe wir zu einem abschließenden Urteil gelangen. Auch das lehrt uns die Geschichte.

## II

1) Die heutige Rüstungspolitik der Sowjetunion muß in erster Linie als eine Folge des Zweiten Weltkriegs angesehen werden, den das Land siegreich be-

standen hat, nachdem es zeitweise in größte Bedrängnis geraten war. Das kann nicht ernstlich bestritten werden. Die Behauptung, die Sowjetunion plane über Verteidigungszwecke hinaus zu gegebener Zeit einen Angriff auf Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, oder wolle wenigstens durch die Möglichkeit von Drohungen mit einem solchen eine Ausgangsposition für „Erpressungen" erlangen, ist unbeweisbar, aber gewiß auch nicht widerlegbar. Aus der konkreten Interessenlage der UdSSR – der einzigen vernünftigen Basis für unser eigenes Handeln – spricht nichts hierfür. Die kommunistische Ideologie wünscht zwar den Untergang der „kapitalistischen" Welt, sagt ihn auch als unvermeidlich voraus, kommunistische Praxis aber ist noch auf lange Zeit hinaus an technisch und wirtschaftlich leistungsfähigen Handelspartnern und nicht an einem vom Krieg erneut verwüsteten Mitteleuropa interessiert. Zudem sind die Aufgaben des Staates im Innern und an den Grenzen – Verbesserung des immer noch bescheidenen Lebensstandards der Bevölkerung (der auch einem kommunistischen Staat nicht völlig gleichgültig sein kann), Auseinandersetzung mit den Problemen ständigen Wachsens der nichtrussischen Bevölkerung, Erhaltung des Herrschaftsgefüges in den übrigen Staaten des Warschauer Pakts – so groß, daß wirklich kein Grund dafür besteht anzunehmen, die Sowjetunion könnte sich ohne Not zusätzliche Probleme durch militärische Aktionen in Mitteleuropa schaffen wollen[1]).

Gewiß, die UdSSR ist in ihrer außenpolitischen Zielsetzung in gewissem Sinn durchaus „expansiv". Das entspricht ihrem Selbstverständnis ebenso wie einer Jahrhunderte alten Tradition des zaristischen Rußland. Sie nimmt – direkt oder durch ihre Verbündeten – Einfluß auf die Entwicklung der Dritten Welt, unterstützt insbesondere dortige Bewegungen zur Befreiung von kapitalistischer Herrschaft. Das geschieht durch Entsendung von Freiwilligen, politische Beratung, finanzielle Hilfeleistung, zum Teil in beträchtlichem Umfang. So in Kuba, Angola, Äthiopien, Südjemen, Vietnam, Kambodscha, früher zeitweise in Ägypten und Somalia. Eine in den letzten Jahren ständig vergrößerte Flotte zeigt ihre Flagge, die Flagge einer Weltmacht, auf allen Meeren.

Doch diese Aktivitäten berühren, soweit überhaupt, zunächst nur die Interessen der anderen Weltmacht, der USA, nicht die unseren. Mittel- und Südamerika waren immer ein mehr oder minder bedeutsames Interessengebiet der Vereinigten Staaten. In Kuba hätte der russische Vorstoß deshalb 1962 beinahe zum Kriege geführt. Auch sonst stoßen sowjetische und amerikanische Ziele vielfach aufeinander, mag es sich um die Beeinflussung der Geschicke afrikanischer oder ostasiatischer Staaten, um Stützpunkte auf den Weltmeeren, um freien Zugang zu Rohstoffen und Energiequellen, um die Beherrschung des Weltraums handeln. Hier geht es um den Kampf zweier Weltmächte miteinander, den wir aufmerksam zu beobachten, in dem wir aber weder Lob noch Tadel auszuteilen haben. Bundesdeutsche Belange werden durch ihn nicht betroffen.

1) Auf die These Chr. Schmidt-Häuers (in: „Die Zeit" v. 6. 2. 1981) „Nicht die Revolution bedroht die Welt, sondern ein explosiver Zerfall des Sowjetimperiums" will ich hier nicht eingehen.

Ein besonderes Problem stellt gewiß die Besetzung großer Teile Afghanistans durch Truppen der Roten Armee dar. Zweck dieser Maßnahme mag auch die Absicht gewesen sein, näher an den Persischen Golf mit seinen Ölquellen heranzurücken. Vom Öl der Golfstaaten nun ist auch die Bundesrepublik in hohem Maß abhängig, in höherem noch als die USA. Aber das begründet keine Identität unserer Interessen mit denen der Weltmacht USA, die eine militärische Frontstellung gegen die Sowjetunion rechtfertigte. Wir haben nichts durch eine solche zu gewinnen. Bundesdeutsche Soldaten gehören weder nach den Bestimmungen des NATO-Bündnisses noch nach dem Grundgesetz an den Persischen Golf.

Eine Analyse des gegenwärtigen deutsch-sowjetischen Verhältnisses ergibt nach allem keinen Gesichtspunkt, der auch nur die Vorbereitung einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion notwendig erscheinen lassen könnte. Bundesrepublik Deutschland und UdSSR haben im Moskauer Vertrag erklärt, „daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden" und daß sie „heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich" betrachteten. Wenn auch wir diese Vereinbarung als verbindlich anerkennen – und das müssen und tun wir –, dann gibt es keinen ernstlichen Streit zwischen uns und der UdSSR. Das verständliche Bestreben der Sowjetunion, die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Warschauer Pakt nicht gefährden zu lassen, berührt unsere Belange nicht. Innenpolitische Spannungen in der Sowjetunion, die Auseinandersetzung mit ihren „Dissidenten", erwecken mit Recht unsere Aufmerksamkeit und vielfache menschliche Anteilnahme, politisch gehen sie uns nichts an. Der ideologische Kampf um die beste Gesellschaftsordnung ist keine Angelegenheit, die mit Bomben und Granaten ausgetragen werden könnte.

Nur eine willkürlich undifferenzierte globale Betrachtungsweise kann eine Identität der Interessen „des Westens" gegenüber der Sowjetunion behaupten. Nur eine solche läßt uns bedroht erscheinen, während in Wahrheit nur die Vorherrschaft der USA betroffen ist. Nur so werden wir in einen Interessengegensatz hineingezogen, der uns entscheidend nicht berührt. Wir brauchen optimale Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, vielfältigste wirtschaftlich-technische, wissenschaftliche, menschliche Kontakte zu den Bürgern eines Landes, dem wir viel verdanken. Aber eine so enge militärische Bindung der Bundesrepublik an die USA, wie sie der NATO-Pakt mit sich bringt, entspricht – was immer dieser in der Vergangenheit bedeutet haben möge – heute nicht mehr unseren Interessen. Entspannung im Verhältnis zur Sowjetunion ist – entgegen einem populären Schlagwort – durchaus „teilbar", an ihr trotz zunehmender Spannungen in den Beziehungen USA/UdSSR festzuhalten, ein lebenswichtiges Interesse der Bundesrepublik[2]).

2) Bemerkenswerte Uberlegungen zur „Teilbarkeit" der Entspannungspolitik bieten die von Josef Füllenbach und Eberhard Schulz herausgegebene Aufsatzsammlung „Entspannung am Ende? Chancen und Risiken einer Politik des Modus vivendi", München 1980, und das Buch von Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters, Berlin (West) 1980.

Die Vereinigten Staaten als Weltmacht müssen ihre Außenpolitik auch weltweit verstehen, für sie ist die NATO nur ein Teil ihrer politisch-wirtschaftlich-militärischen Strategie. Für uns birgt die Zugehörigkeit zu einem Militärbündnis, in dem die USA die absolut führende Rolle spielen, stets das Risiko mit sich, daß wir in Auseinandersetzungen hineingezogen werden, die uns nichts angehen, auch wenn das Bündnis sich nach seinem Wortlaut nur auf Europa und den Atlantik bezieht. Das gilt erst recht seit dem „Nachrüstungsbeschluß" der NATO vom 12. Dezember 1979, der die Risiken eines atomaren Zusammenstoßes weit stärker als bisher auf unser Land verlagert.

2) Aber nehmen wir einmal an, wir seien tatsächlich durch den Warschauer Pakt militärisch bedroht, zum mindesten infolge seiner Übermacht der Gefahr ständiger Erpressungen durch die Sowjetunion ausgesetzt. Wie steht es dann mit der Abwehr dieser angeblichen Bedrohung?

Das von fast allen Politikern in schöner Einmütigkeit empfohlene Ziel, das es zu verfolgen gelte, heißt „Gleichgewichtigkeit der Rüstungen", Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in Ost und West, aber nötigenfalls natürlich auch „Nachrüstung" bis auf einen Stand, bei dem so etwas wie Waffengleichheit erreicht ist. Eine doch offensichtlich berechtigte, gerechte Forderung, nicht wahr? Chancengleichheit, – sie gilt ja auch sonst im sozialen Leben als Leitbild, sollte sie nicht auch im Verhältnis der Staaten zueinander erstrebt werden? In Wahrheit ist die These von der Notwendigkeit eines wenigstens annähernden „Gleichgewichts der Rüstungen" gedankenloser Unsinn und zugleich eine Vernebelung der wirklichen Problematik.

Was „Gleichgewicht der Rüstungen" heißt, wird praktisch von den Militärs bestimmt. Ein General aber, der einen Feldzug beginnen oder vorbereiten würde, wenn auch nur zu „Abschreckungszwecken", um ein „Unentschieden" zu erreichen – mutmaßliche Folge gleich starker Kräfte –, hätte in aller Regel seinen Beruf verfehlt. Der Soldat soll und will siegen, nicht ein Remis erzielen, das ist seine Aufgabe, und dafür braucht er nicht gleichgewichtige, sondern – zum mindesten in seiner Vorstellung – stärkere Kräfte als der Feind. Das gilt für die Generale des Pentagon genau so wie für die, die im Kreml die Entscheidungen beeinflussen. Sie alle können für Politiker, die von einem „Gleichgewicht des Rüstungsstands" schwatzen, im besten Fall nichts anderes als ein mitleidiges Lächeln erübrigen.

Das Ziel jeder Rüstungspolitik, stärker als der Gegner zu sein, macht es zugleich unmöglich, durch zweiseitige Verhandlungen Einigkeit über ein „Gleichgewicht der Kräfte" zu erreichen. Jede der Parteien wünscht Überlegenheit über die andere und muß deshalb jederzeit behaupten, noch sei sie selbst die schwächere und müsse daher ein wenig „nachrüsten". Bei der Unzahl der Faktoren, die zu berücksichtigen sind – Art und Zahl der Truppen und Waffengattungen, Ausbildungsstand, Nachschubmöglichkeiten, Infrastruktur, geologische Verhältnisse, Wirtschaftskraft usw. –, müssen endlose Diskussionen ohne Ergebnis die Folge sein. Und selbst wenn zu irgend einer Zeit so etwas wie ein „Gleichgewicht der Rüstungen" erreicht sein sollte, überho-

len „Fortschritte" in der Waffentechnik dieses Ergebnis in kürzester Zeit. Hier hilft nur radikales Umdenken.

## III

Solange weite Kreise ein Gefühl der Bedrohung unseres Staates aus dem Osten empfinden, werden die Militärs und Politiker mit ihrer Forderung nach neuen Rüstungen Zustimmung, wenn auch mehr und mehr nur noch resignierende Zustimmung finden. Deshalb gilt es zunächst, die Bürger der Bundesrepublik davon zu überzeugen, daß von einer solchen Bedrohung bei vernünftiger Analyse der weltgeschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Lage keine Rede sein kann. Die etablierten Mächte sind unfähig, die nötigen Impulse zu geben, diese müssen von der Basis her kommen. „Auf die Selbstkorrektur der Politiker zu warten, hieße angesichts ihrer zunehmenden Isolierung den Sankt-Nimmerleinstag zu erwarten. Die Wende kann nur von unten ausgehen; ihre Auswirkung wird von oben exekutiert werden."[3]) Selbstverständlich kann auch die UdSSR zu besserer Pflege ihres Images beitragen, doch ist es nicht unsere Aufgabe, ihr hier öffentlich gute Ratschläge zu geben. Die Hauptsache müssen wir selbst tun.

Aber eine bloße Abwehr falscher Vorstellungen genügt nicht. Wir müssen den Teufelskreis „Verdrängung der Vergangenheit – Angst vor einer Bedrohung aus dem Osten – bedingungslose Eingliederung in das gegen den Osten gerichtete Militärbündnis der NATO – Rüstungswettlauf mit dem Gegner ohne Ende" aufbrechen und neu über die Außenpolitik der Bundesrepublik nachdenken. Dabei sollten USA und UdSSR einen zwar sehr verschiedenartigen, aber politisch durchaus gleichrangigen Stellenwert erhalten. Binden uns enge wirtschaftlich-technische, wissenschaftliche, gesellschaftliche Beziehungen an die Vereinigten Staaten, so liegt uns die Sowjetunion räumlich näher, beherrscht zudem entscheidend die Entwicklung im zweiten deutschen Staat, die Zukunft West-Berlins hängt weder von internationalen Vereinbarungen noch von dem Text der Reisepässe der Berliner, sondern – abgesehen von den Milliarden-Subventionen des Bundes – ausschließlich vom Willen der Sowjetunion ab.

Ich habe an anderer Stelle dargelegt[4]), daß eine international vereinbarte Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland, etwa nach Schweizer oder österreichischem Muster, die weitaus beste außenpolitische Position wäre, die unser Staat einnehmen könnte. Sie böte uns größere Sicherheit als das NATO-Bündnis, weil die UdSSR sich gegen eine neutrale Bundesrepublik, wenn überhaupt, weniger zu schützen brauchte als gegen einen Staat, der einen Vorposten der USA auf dem europäischen Kontinent darstellt. Wir behielten selbstverständlich eine Wehrmacht, die jeden – wenn auch noch so unwahrscheinlichen – Angriff zu einem Risiko auch für den Angreifer machte,

3) Paul Noack, Ist die Demokratie noch regierbar? München o.J., S. 241.

4) „Blätter", 9/1980, S. 1042 ff. und 3/1981 S. 301 ff. sowie Harold Rasch, NATO-Bündnis oder Neutralität? Plädoyer für eine neue Außenpolitik, Köln 1981.

eine Wehrmacht mit einem glaubwürdigeren Auftrag als dem heutigen. Das Bekenntnis zu völkerrechtlicher Neutralität bedeutete also keineswegs, wie manchmal behauptet wird, einen Rückzug ins Private, einen „Ausstieg aus der Geschichte", im Gegenteil, es ermöglichte und verlangte zugleich ein hohes Maß politischer Aktivität, und zwar frei von den einseitigen Bindungen an die westliche Weltmacht in ihrer Auseinandersetzung mit der des Ostens, aber frei auch von jeder „Amerikafeindlichkeit". Und nicht zuletzt: ein völkerrechtlich neutraler Status der Bundesrepublik Deutschland brächte zwar als solcher gewiß keine „Wiedervereinigung", stellte aber eine unerläßliche Zwischenstufe auf dem Weg einer weiteren Annäherung der beiden deutschen Staaten dar, – sofern man eine solche überhaupt will. Die Geschäftswelt handelt im übrigen – mit Zustimmung der Bundesregierung – bereits so, als wenn wir den Kampf der Weltmächte hinter uns gelassen hätten: sonst würde sie kaum ein über ein Jahrzehnt hinaus laufendes Milliarden-Geschäft unter Gewährung riesiger langfristiger Kredite an die Sowjetunion (Röhren/Erdgas) abschließen.

Aber eine bundesdeutsche Neutralität und gar ein neues „Gesamtdeutschland" liegen als außenpolitische Aufgabe in der Zukunft. Vorerst gilt es, die innerpolitischen Hemmnisse einer weiteren Entspannung zu überwinden. Und hier scheint mir das Haupthindernis nicht die von den interessierten Kreisen ständig geschürte Angst vor einer militärischen Bedrohung der Bundesrepublik, zum mindesten zum Zwecke ihrer Erpreßbarkeit, zu sein, sondern die Furcht vor einer Aushöhlung, vielleicht einem Zusammenbruch unserer gesellschaftlichen Ordnung, sobald die militärische Stütze des großen Verbündeten entfallen ist. Wäre diese Furcht begründet, dann müßte das als ein trauriges Ergebnis der politischen Arbeit unserer Parteien angesehen werden. Bedeutete es doch nichts anderes als das Eingeständnis, daß dieses Land ohne den Schutz amerikanischer Panzer und Raketen gar nicht regiert werden kann. Aber liegen die Dinge wirklich so?

Eine ernsthafte geistige Auseinandersetzung um die Zukunft unseres Staates wird uns keinesfalls erspart bleiben, auch im NATO-Bündnis nicht. Dafür sorgen schon – und das ist ihr großes Verdienst – die „Grünen", die „Kernkraftgegner", die „Umweltschützer" jeglicher Couleur. Eine militärische Neutralisierung der Bundesrepublik mag die Auseinandersetzung beeinflussen, weil geistige Strömungen aus Ost und West dann gleiche Bedeutung erlangen können, aber das wäre in einem Land der Mitte natürlich und gut. Entscheidend bleibt in jedem Fall die intelektuelle und moralische Kraft, mit der wir unsere künftige Position erarbeiten und verteidigen; ein Mehr oder Weniger an Soldaten, Panzern und Raketen spielt dabei keine Rolle.

Hier ist nicht Raum für eine umfassende Kritik der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik. Was im Zeichen der „Sozialen Marktwirtschaft" geleistet ist, ist Geschichte. Aber diese Ordnung ist mit den Jahren brüchig geworden. Ihre Grundlagen sind zwar keineswegs entfallen, ihre Wirkungskräfte weiterhin unersetzlich. Aber die Basis ist heute schmaler, als sie es im Zeitalter des „Wiederaufbaus" war. Das kann und darf nicht ohne Folgen bleiben.

Noch ist der Wettbewerb ein wesentliches Element der bestehenden Ordnung, in weiten Bereichen der Industrie, im Dienstleistungsgewerbe, im Handel. Aber in beträchtlichem Umfang funktioniert er nicht mehr oder wird nicht mehr erst genommen. Man denke an die Preisgestaltung der Großunternehmen bei monopolistischer oder oligopolistischer Marktstruktur einerseits, an die – trotz aller schönen Reden der Politiker – ständig wachsende Subventionierung einzelner Unternehmen oder ganzer Wirtschaftzweige. Unternehmerische Dispositionsfreiheit ist – aus guten, aber auch weniger guten Gründen – beschränkt durch Mitbestimmungsgesetze, Kündigungsschutz, Mietrecht und zahllose sonstige behördliche Eingriffsmöglichkeiten. Das individuelle Gewinnstreben bleibt weiterhin wichtig, aber ein Teil der jungen Generation interessiert sich nicht mehr für einen möglichst hohen materiellen Lebensstandard und entzieht sich dem überkommenden Leistungszwang. Er weiß, daß bloße Steigerung des Sozialprodukts weitgehend sinnlos geworden ist. Allenthalben knarrt es im Getriebe.

Worauf es hier ankommt, ist aber vor allem folgendes:
Zu den wesentlichsten Voraussetzungen und Lebensbedingungen einer „kapitalistischen" Wirtschaft gehört die mehr oder weniger unbeschränkte Möglichkeit der Ausbeutung der Schätze der Natur. Diese Möglichkeit ist seit Jahren geringer geworden und geht laufend weiter zurück, die Plünderung der Umwelt wird schwieriger und kostspieliger. Rohstoffe und Energie werden knapper und teuerer, wobei die Gesetze des Marktes und politische Entscheidungen der Erzeugerstaaten zusammentreffen. Ein Ausgleich durch Ersatzstoffe und neue Technologien ist nur in begrenztem Umfang möglich. Die Forderung nach ernsthaft betriebenem Umweltschutz wird immer dringender, immer mehr schwindet die Möglichkeit, sich ihr durch Untätigkeit oder Scheinlösungen zu entziehen. Die „Grenzen des Wachstums" sind nicht mehr zu übersehen. Das muß zu keiner Planwirtschaft im östlichen Sinn führen (wo übrigens der Umweltschutz vielfach auch im argen liegt), aber um gewisse generelle Produktions- und Investitionsverbote beispielsweise werden wir nicht herumkommen.

Die Folgen für Beschäftigung, Einkommen und allgemeinen Lebensstandard liegen auf der Hand. Sind wir uns hierüber im klaren, dann verliert eine weitere Öffnung der Bundesrepublik gen Osten, politisch ohnehin unerläßlich, auch aus ökonomisch-sozialer Sicht einen Teil ihrer Schrecken. Wir alle werden in Zukunft bescheidener leben müssen, als ein ungehemmter Kapitalismus es möglich macht. Wenn nichts anderes, dann erzwingen – und erleichtern zugleich – die Gesetze der Ökologie ein politisches Umdenken, ein Umdenken auch in unseren Beziehungen zur Welt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

# Die Bewegung gegen Atomwaffen in den niederländischen Streitkräften

## Ein dokumentarischer Bericht

Von Meindert J. F. Stelling

*In den Niederlanden hat sich, unter dem Eindruck des seit Jahren immer breiter gewordenen Widerstands gegen die Atomwaffen, auch in den Streitkräften eine bemerkenswerte Diskussion entwickelt. Besonderes Aufsehen erregt zu Recht das Novum, daß Soldaten sich in organisierter Form und innerhalb der Streitkräfte an der Friedensbewegung beteiligen. Wir haben Hauptmann Stelling, Mitbegründer und Sprecher des „Friedens- und Sicherheitsrates Streitkräfte" (VVBK), um einen dokumentarischen Bericht darüber gebeten, wie sich die Bewegung gegen Atomwaffen innerhalb der niederländischen Streitkräfte konkret herausgebildet und entwickelt hat. D. Red.*

Innerhalb der niederländischen Streitkräfte hat sich ein wachsender Widerstand gegen die Atombewaffnung und ihren Ausbau entwickelt. In diesem Widerstand spiegelt sich die breite gesellschaftliche Diskussion über die Atomwaffen wider, die schließlich auch das Denken der Militärs beeinflußt. Aus einer geheimen Untersuchung, die kürzlich bekannt wurde, geht hervor, daß 8,2% der Offiziere, 25% der Unteroffiziere, 65,1% der Soldaten und Gefreiten und 57,1% des Zivilpersonals des Verteidigungsministeriums die Anwendung von Atomwaffen ablehnen[1]). Eine Gruppe beunruhigter Offiziere, Unteroffiziere und Zivilangestellter des Verteidigungsministeriums hat sich mittlerweile im „Friedens- und Sicherheitsrat Streitkräfte" zusammengeschlossen. Im folgenden soll dargestellt werden, wie die Diskussion über die Kernwaffenproblematik innerhalb der niederländischen Streitkräfte Gestalt angenommen hat. Was den äußeren gesellschaftlichen Rahmen, innerhalb dessen diese Diskussion zu sehen ist, angeht, verweisen wir auf den früher in dieser Zeitschrift erschienenen Artikel von Generalmajor von Meyenfeldt[2]). Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion über die Atomwaffen innerhalb der Streitkräfte und für die ablehnenden Stellungnahmen einiger Militärs war die Beunruhigung, die im Jahre 1977 durch den amerikanischen Plan zur Einführung der Neutronenbombe entstand. Generalmajor von Meyenfeldt nahm als Soldat von Anfang an an der Diskussion über die Neutronenbombe teil und äußerte seine Bedenken gegen die neue Waffe in der (christlichen) Tageszeitung „Trouw". Er schrieb dort u.a.:

1) „De Vokskrant" und „Trouw" v. 28. 11. 1980.

2) „Zur Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen in den Niederlanden" in: „Blätter", 2/1981, S. 191–195.

„Ich habe Schwierigkeiten mit der Art und Weise, wie diese neue Waffe eingeführt wird. Man spricht von einer verhältnismäßig ‚sauberen' Waffe, die infolge ihrer intensiven Strahlung ‚Menschen tötet, aber Gebäude unversehrt läßt'. In dieser Weise macht man beispielsweise auch für ein neues Insektenvernichtungsmittel Reklame. In der Berichterstattung vermisse ich häufig den Schauder über die Mittel, die der Mensch sich immer wieder verschafft, um das Leben auf Erden zu vernichten. Ein anderer Grund zur Besorgnis ist meines Erachtens, daß die Aufmerksamkeit zu sehr auf die begrenzte und ‚humanere' Wirkung einer einzelnen Neutronenbombe gelenkt wird. Was aber nicht gesagt wird, ist, daß der militärische Wert einer einzelnen dieser Bomben verhältnismäßig gering ist. Eine einzelne Neutronenbombe kann angesichts der Tatsache, daß militärische Einheiten auf dem modernen Gefechtsfeld sehr breit gestreut und mobil operieren, beispielsweise von einem angreifenden Panzerbataillon nicht mehr als den achten Teil ausschalten. Mit anderen Worten: allein durch massenhaften Einsatz wird die Neutronenbombe militärisch interessant, und es ist die Frage, ob auch unter solchen Umständen die Zivilbevölkerung unberührt bleibt."[3])

Ebenfalls im Herbst 1977 wandte sich die Initiativgruppe „Stoppt die Neutronenbombe", die zur Aktivierung und Koordination des Widerstands gegen die Einführung dieser Waffe gegründet wurde, in einer Erklärung an die niederländische Öffentlichkeit. Auch die „Vereinigung wehrpflichtiger Soldaten" (VVDM)[4]) unternahm einen ersten Schritt in Richtung auf die Ablehnung eines weiteren Ausbaus des Atomwaffenarsenals. Die allgemeine Mitgliederversammlung der VVDM verabschiedete am 19. Oktober 1977 die folgende Resolution:

„Die allgemeine Mitgliederversammlung der VVDM, versammelt in Utrecht am 19. Oktober 1977, in Erwägung:
– daß Präsident Carter im vergangenen Juni die Möglichkeit der Produktion der sogenannten Neutronenbombe bekannt gegeben hat;
– daß durch die Hinzufügung dieser Waffen zum Atomwaffenarsenal der NATO-Länder die Möglichkeit, daß ein verheerender Atomkrieg ausbricht, sich vergrößert;
– daß gerade die Soldaten bei einem eventuellen Einsatz dieser Waffen im Falle eines bewaffneten Konflikts zu den ersten Betroffenen gehören werden;
– daß gegen die eventuelle Produktion eine zunehmende Protestbewegung sich entwickelt hat, spricht sich gegen die Einführung der Neutronenbombe in den Niederlanden aus."[5])

Die Initiativen der Bewegung „Stoppt die Neutronenbombe" fielen, auch dank der bereits zehn Jahre hintereinander durch den interkirchlichen Friedensrat (IKV) organisierten Friedenswochen, auf fruchtbaren Boden. Der „Rat der Kirchen in den Niederlanden"[6]) sprach sich ebenfalls gegen die Einführung der Neutronenbombe aus. Dies geschah in einem Brief vom 19. Februar 1978 an den Ministerrat, in dem es heißt:

3) „Die Neutronenbombe ist mit der Politik der Niederlande nicht vereinbar", in: „Trouw" v. 21. 7. 1977.
4) Die VVDM hat gegenwärtig ungefähr 16 000 Mitglieder. Sie ist durch den Verteidigungsminister als repräsentative Organisation der Wehrpflichtigen anerkannt und nimmt als solche an Konsultationen mit dem Minister über die Arbeitsbedingungen und über die Personalpolitik teil. Diese Konsultationen, in denen auch andere Interessenorganisationen von Militärangehörigen teilnehmen, erfolgen aufgrund gesetzlicher Vorschriften in der Organisierten Beratung für Militärfragen.
5) Soldaten und Atomwaffen", eine Broschüre der VVDM, Dezember 1980, S. 36.
6) Dem Rat der Kirchen in den Niederlanden sind angeschlossen:
– die Mennonitische Bruderschaft;
– die Evangelisch-Lutherische Kirche;
– die Evangelische Brudergemeinde;
– die Gesellschaft der Freunde (Quäker);
– die reformierte Kirche in den Niederlanden;
– die niederländische Reformierte Kirche;
– die Altkatholische Kirche;
– die Remonstrantische Bruderschaft;
– die Römisch-Katholische Kirche.
Diese Kirchen repräsentieren den größten Teil der niederländischen Christen. 1966 gründeten sie den IKV.

„Die Kirchen wissen, daß die Sachverständigen geteilter Auffassung über die Vor- und Nachteile der Einführung dieser Neutronenbombe sind. Sie wollen sich in diese Diskussion nicht einmischen, jedoch gibt diese kontroverse Beurteilung durchaus Anlaß zu besonderer Wachsamkeit. Unabhängig von dieser Diskussion ist allerdings die Tatsache festzustellen, daß diese Waffen eine neue Entwicklung in Gang bringen, daß mit ihnen ein neuer Schritt getan wird, der nicht nur vom Weg zum Frieden ab führt, sondern der die Gefahren für Frieden und Sicherheit erheblich vergrößert. Die fortschreitende Entwicklung und der weitere Ausbau der Atomrüstung macht es auf die Dauer unmöglich, diese Waffen international unter Kontrolle zu bringen; sie stellt eine politische, ökonomische und moralische Belastung der internationalen Situation dar. Auf jeden Fall wird dadurch das Mißtrauen zwischen den Völkern verschärft und die Chancen des Friedens werden weiter verschlechtert.

Aus diesem Grunde bitten die Kirchen die niederländische Regierung, sich mit größter Energie darum zu bemühen, daß diese Waffen nicht in das westliche Verteidigungsarsenal aufgenommen und daß sie international verboten werden. Die Kirchen sind sich dessen bewußt, daß mit diesem „Nein" zur Neutronenbombe und zu jeder weiteren Entwicklung und dem Ausbau der nuklearen Rüstung nicht alle Aspekte des Problems gelöst sind. Für die verantwortlichen politischen Führer geht es immer auch darum, wie sie eine Ablehnung dieser Waffen wirksam werden lassen können. Regierung und Parlament brauchen für ihre Entscheidungsfindung die Unterstützung der Bevölkerung. Unser „Nein" zur Neutronenbombe hat deshalb auch die Konsequenz, daß die Kirchen sich noch mehr als bisher darum bemühen werden, zur Gewissensentscheidung ihrer Mitglieder beizutragen. Der Einzelne sollte sich dabei dessen bewußt werden, daß wir nicht machtlos sind, sondern in jedem Fall unsere Stimme erheben können und müssen, um einem wahnwitzigen Wettlauf ein Ende zu machen, der die Vernichtung der göttlichen Schöpfung näher zu bringen droht."

Dieser Brief ist über die Kirchen und die Presse weithin bekannt gemacht worden.

Der Brief und insbesondere seine Unterzeichnung durch den gesamten Episkopat der Römisch-Katholischen Kirche in den Niederlanden rief die heftige Kritik eines Militärgeistlichen hervor, der sich in einem Artikel in der Mai-Nummer 1978 der Monatszeitschrift der Niederländischen Offiziersvereinigung (NOV) „Carré" äußerte[7]). Dies war der Beginn einer Diskussion innerhalb der Niederländischen Offiziersvereinigung über die Atomwaffenproblematik, die bis heute anhält und die auch außerhalb der NOV ziemlich viel Beachtung findet. So hat diese Diskussion mittlerweile auch zu parlamentarischen Anfragen in der „Zweiten Kammer", dem niederländischen Parlament, geführt[8]). In dem Artikel des Militärgeistlichen hieß es, der Brief des Rats der Kirchen beruhe nicht auf gediegener Sachkenntnis. Gleichzeitig suggerierte er, daß der Kirchenrat sich ins Schlepptau der von Moskau kontrollierten kommunistischen Propaganda habe nehmen lassen.

Auf den Protest des Militärgeistlichen reagierten zwei Luftwaffenoffiziere, darunter der Verfasser dieses Artikels[9]). Beide schrieben, daß der Rat der Kirchen sich auf der Grundlage des christlichen Glaubens gegen die Neutronenbombe gewandt habe und daß es eine niveaulose Unterstellung sei, den kritisierten Brief als Ausfluß kommunistischer Propaganda darzustellen. Beide

7) Die NOV hat ungefähr 4000 Mitglieder, hauptsächlich Offiziere der Luftwaffe und des Heeres. Ebenso wie die VVDM ist auch diese Vereinigung in der Organisierten Beratung für Militärfragen vertreten.
8) Aanhangsel Handelingen Tweede Kamer, Sitzungen 1979/1980, Nr. 772.
9) Mein Kollege, der Luftwaffenhauptmann A.G. van der Meij hat sich 1979 zu meinem Bedauern genötigt gefühlt, seinen Abschied vom Militärdienst zu nehmen.

Luftwaffenoffiziere unterstrichen gleichzeitig die persönliche Verantwortlichkeit in der Frage der Atombewaffnung[10]).

Meine Antwort endete folgendermaßen:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß der Rat der Kirchen und der niederländische Episkopat auf der Grundlage des Glaubens an Christus geurteilt haben und daß es ihnen an der erforderlichen Sachkundigkeit nicht mangelt, sowie ausgehend von der Tatsache, daß es allmählich an der Zeit ist, daß Christen ihre Position in dieser Hinsicht bestimmen (bevor wir alle bereits durch Atomwaffen vernichtet sind), müssen die Christen und Geistlichen in den Streitkräften die Auffassung, wie sie innerhalb der Kirchen entwickelt wurde, mit allem Ernst berücksichtigen. Ich glaube, daß sowohl die Christen im Militär als auch der Geistliche diese Auffassung – wenn sie alles im Glauben an Christus, an den sich selbst offenbarenden Gott abwägen – unterschreiben können, ja sogar bejahen müssen.

Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind nicht einfach und vielleicht tiefgreifend. Bedeutet die Unterstützung der Auffassung der Kirchen, daß wir den Militärdienst verlassen müssen? Oder können wir unseren Dienst fortsetzen, bis jener Augenblick kommt, von dem wir hoffen, daß er nie eintreten wird, daß nämlich tatsächlich durch uns Atomwaffen eingesetzt werden sollen – und müssen wir erst in diesem Augenblick die weitere Teilnahme an den Kriegshandlungen verweigern? Auf dieses Dilemma – andere Lösungen sehe ich bis auf weiteres nicht – wird man eine Antwort finden müssen. Dies ist nicht allein die Aufgabe der direkt Betroffenen, in diesem Falle also der Christen in den Streitkräften und ihrer Geistlichen, sondern auch eine Aufgabe der Kirchen. Eine Sache scheint mir übrigens sehr deutlich. Die Regierung und die Militärführung werden zunehmend damit rechnen müssen, daß Christen von einem bestimmten Punkt an die (weitere) Teilnahme am tatsächlichen Einsatz militärischer Gewaltmittel verweigern werden.

Dieses Verweigerungsrecht kommt jedem, auch dem einzelnen Militärangehörigen zu, denn wir verwerfen doch das Prinzip von „Befehl ist Befehl" (deutsch zitiert, d. Übers.) in jedem Falle, wenn es um Verbrechen gegen die Menschheit geht?"

Insbesondere der letzte Satz dieses Briefes ließ viele zur Feder greifen. Einen bemerkenswerten Beitrag lieferte Major F. Egter van Wissekerke, Dozent an der höheren Kriegsschule der Königlichen Landstreitkräfte. Er unterzog die offizielle Strategie der NATO, die „flexible response", scharfer Kritik:

„Die flexible response ist *nicht* flexibel, weil sie erstens unmittelbar zum „first use" (Ersteinsatz) – und auf diese Weise zur Überschreitung der Atomschwelle – von Seiten der NATO führt und in der Folge zweitens doch wieder zu einer Wahl zwischen zwei gleich großen Übeln führt: massive Vergeltung (gleich wechselseitiger Selbstmord) oder Kapitulation."[11])

Die Vereinigung der Wehrpflichtigen Soldaten (VVDM) war inzwischen in ihrem Widerstand gegen die Kernwaffen bereits einen Schritt weitergegangen. Der Vorstand des Verbandes erarbeitete ein Papier über die Problematik der taktischen Kernwaffen, auf dessen Grundlage die allgemeine Mitgliederversammlung am 25. April 1979 die folgende Resolution verabschiedete:

„Die VVDM stellt fest:
– daß die Drohung mit Kernwaffen große Gefahren mit sich bringt;

10) A.G. van der Meij, „Nochmals: ‚Kirche und Neutronenbombe'", in: Carré, Juli/August 1978, S. 24/25; Meindert J.F. Stelling, „Nochmals der Brief des Rates der Kirchen über die Neutronenbombe", in: „Carré", September 1978, S. 19/20.

11) „Kernwaffen, ein Versuch zu pragmatischer Analyse, in: „Carré", Februar 1979 S. 17–22.
In der Septemberausgabe von 1979 von „Carré", S. 17, habe ich bestritten, daß es hierbei um zwei gleich große Übel geht: „Im Falle der Kapitulation gibt es noch die Chance auf ein nicht durch Radioaktivität beschädigtes und bedrohtes Leben und also noch Hoffnung".

– daß diese Drohung durch die Integration von konventionellen Waffen und taktischen Kernwaffen immer konkreter wird;
– daß niederländische Wehrpflichtige durch diese Integration immer mehr mit Kernwaffen in Berührung kommen.

Die VVDM ist der Auffassung:
– daß die Kernwaffen zurückgezogen und schließlich abgeschafft werden müssen;
– daß die weitere Verfeinerung der taktischen Atomrüstung und die dadurch bedingte Senkung der Atomschwelle gestoppt werden müssen.

Die allgemeine Mitgliederversammlung beschließt, daß die VVDM als Gewerkschaft:
– die Diskussion unter den Wehrpflichtigen über die Gefahren der Atomwaffen anregen soll;
– teilnehmen soll an der öffentlichen Diskussion über dieses Problem (zu diesem Zweck bemüht sie sich um den Anschluß an das „Beratungsorgan gegen die Atombewaffnung");
– im Zusammenhang mit dieser Resolution an öffentlichen Aktionen teilnehmen wird."[12])

Am 9. Mai 1979 hielt die Nationale Offiziersvereinigung (NOV) ihre allgemeine Mitgliederversammlung ab. Dort herrschte eine andere Auffassung als bei der allgemeinen Mitgliederversammlung der VVDM. So gab es beispielsweise Fragen, warum das Verbandsblatt „Carré" so viele Beiträge zur Kernwaffenproblematik aufgenommen hatte. Einige waren der Meinung, daß die Diskussion beendet werden müsse. Es wurde jedoch beschlossen, daß das Blatt einer weiteren Diskussion der Problematik Raum geben solle. Aus der großen Anzahl der Beiträge, die der Redaktion von „Carré" aus der NOV-Mitgliedschaft zugegangen waren, sei nämlich zu schließen, daß diese Problematik viele Menschen intensiv beschäftigte, so daß man es nicht für angemessen halten könne, auf diese Fragen nicht weiter einzugehen.

Die Diskussion innerhalb der NOV fand auch über den Kreis der ihr angeschlossenen Offiziere hinaus Beachtung. Der Humanistische Bund, eine weltanschauliche Organisation, die ebenso wie die Kirchen innerhalb der Streitkräfte ihre eigenen geistlichen Betreuer hat, beschäftigte sich als erster in einem Fernsehprogramm am 26. September 1979 mit den Vorbehalten, die innerhalb der Streitkräfte gegen die Atomwaffen aufgekommen waren. Weitere Radio- und Fernsehprogramme folgten.

Die Diskussion unter den Wehrpflichtigen führte dazu, daß im Oktober 1979 ein Offener Brief an die niederländische Volksvertretung gerichtet wurde, in dem Wehrpflichtige auf die unzureichende Information hinwiesen, die sie in der Sache der Atomwaffen erhalten:

„Die Armeeführung enthält uns jedoch wesentliche Informationen über die Kernwaffen vor und versimpelt die Gefahren. Hierfür können wir viele Beispiele nennen: es wird uns nicht gesagt, daß wir einer atomar bewaffneten Einheit zugeteilt werden, und auch später erhalten wir kaum Informationen. Alles spielt sich in einer Sphäre äußerster Geheimhaltung ab. Während wir sicher wissen, daß wir mit (potentiell) nuklearen Waffen umgehen, gibt es jedoch keine Aufklärung über mögliche Konsequenzen. Die einzige Aufklärung bietet der sogenannte ABC-Unterricht (ABC = atomar, biologisch, chemisch). Hierbei wird in einer äußerst versimpelten Manier über Atomfragen gesprochen. Man will uns Glauben machen, daß wir, wenn wir nur die Augen zumachen und uns in einem Schützengraben ducken, uns gegen einen Atomangriff vollkommen schützen können. Schließlich müssen viele von uns mindestens einmal in ihrer Dienstzeit an einer sogenannten SITE-Wache teilnehmen. Dabei geht es um die Bewachung von Atomsprengköpfen. Was ge-

12) „Soldaten und Atomwaffen", VVDM S. 36–37.

nau wir bewachen, wissen wir nicht, aber die Atmosphäre ist sehr angespannt. Eine Woche lang Dienst mit scharfer Munition im Gewehr, abgeschlossen von der Außenwelt. Es kommt auch vor, daß die Rohre unserer Artilleriegeschütze gegen solche ausgewechselt werden, mit denen Atommunition verschossen werden kann.

Abgesehen von der Tatsache, daß uns wesentliche Informationen vorenthalten werden, stoßen wir auf sehr viel Widerstand, wenn wir uns selbst um die Sammlung von Informationen bemühen oder über Kernwaffen diskutieren wollen. In der Tonnet-Kaserne in Harde wurde schon Anfang 1979 deutlich, daß ein großer Bedarf an mehr Information und Diskussion entstanden war. Eine diesbezügliche Petition der Wehrpflichtigen an den Kommandeur ist jedoch im Papierkorb verschwunden und als sich Journalisten von Rundfunk, Fernsehen oder Zeitschriften an uns wandten, um über unsere Arbeitsverhältnisse zu berichten, wurden ganze Kompanien während des Appells vergattert, ihren Mund zu halten, und einzelne Soldaten individuell unter Druck gesetzt.

So sitzen wir, Wehrpflichtige, die in nuklearen Einheiten Dienst tun, mit zahllosen Fragen, Frustrationen und Diskussionspunkten in einer Situation, aus der wir keinen Ausweg mehr wissen. Wir möchten mehr über die Probleme der Atombewaffnung wissen, als Bürger der niederländischen Gesellschaft, vor allem aber auch als Beschäftigte des Staates, die mit diesen Waffen umgehen müssen. Wir finden, daß wir als wehrpflichtige Soldaten Bürger der Niederlande bleiben, die über wesentliche Entwicklungen mitreden können sollten. Die niederländische Regierung spricht regelmäßig vom Zurückdrängen der Rolle der Kernwaffen und von der notwendigen Diskussion darüber. Wir wenden uns nun an die niederländische Volksvertretung mit diesem Offenen Brief, damit es auch für uns möglich wird, an dieser Diskussion von unserem spezifischen Standpunkt aus teilzunehmen.

Dazu wollen wir:
– gute Information über die Entwicklung, Gefahren, Verantwortlichkeiten, Arbeitsbedingungen usw. im Zusammenhang mit Kernwaffen;
– Freiheit der Meinungsäußerung, um über diese Probleme diskutieren zu können."

Anfragen von Mitgliedern der Zweiten Kammer, die sich auf diesen Offenen Brief bezogen, zwangen den Verteidigungsminister, darauf zu reagieren. In einem Brief vom 16. November 1979 wies der Minister jedoch alle Kritik der Wehrpflichtigen zurück[13]). Das rosige Bild, das der Minister dabei vom Stand der Aufklärung der Soldaten über diese Probleme zeichnete, wurde allerdings nachdrücklich in Zweifel gezogen. Unter den Wehrpflichtigen fand der Widerstand gegen die Kernwaffen eine immer größere Resonanz.

Ende 1979 erreichte die Kernwaffendiskussion einen vorläufigen Höhepunkt durch die parlamentarischen Beratungen über die Produktion und Stationierung der neuen Atomraketen, der Pershing I und der Tomahawk (so die in der Bundesrepublik weniger gebräuchliche Typenbezeichnung der Marschflugkörper/Cruise Missiles, deren Stationierung neben der der Pershing II Gegenstand des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 ist; Anm. d. Übers.) Die Zweite Kammer der Generalstaaten nahm am 6. Dezember 1979 den Antrag Stemerdink (Partei der Arbeit) an, der den folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer
nach entsprechender Beratung;
in der Überzeugung, daß es nötig ist, eine auf die Zurückdrängung der Rolle der Atomwaffen gerichtete Politik zu führen;
in der Auffassung, daß versucht werden muß, einem atomaren Rüstungswettlauf in Europa durch die baldestmögliche Aufnahme einschlägiger Verhandlungen mit der Sowjetunion zuvorzukommen;

13) Kamerstuk, Tweede Kamer, Sitzungen 1979–1980, 15800 Kap X, Nr. 18.

äußert die Überzeugung, daß bei den kommenden NATO-Beratungen einer positiven Beschlußfassung über die Produktion und Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles nicht zugestimmt werden kann, was zugleich beinhaltet, daß die Niederlande gegenwärtig der Stationierung einer Anzahl von Pershing II und/oder Cruise Missiles auf ihrem Territorium nicht zustimmen können,
und geht zur Tagesordnung über."[14])

Im Widerspruch zu dem ausdrücklichen Willen der Zweiten Kammer stimmte die niederländische Regierung am 12. Dezember 1979 in Brüssel dennoch dem NATO-Beschluß über die Produktion der neuen Kernwaffen zu. Über die Stationierung werden die Niederlande im Dezember 1981 beschließen.

Wie die Regierung ihr Verhalten in dieser Sache am 19. und 20. Dezember 1979 gegenüber der Zweiten Kammer rechtfertigte sowie auch die Beschlußfassung einiger Fraktionen des Parlaments, war rundweg skandalös und bildete eine Aushöhlung der Demokratie. Man weigerte sich, den Antrag Stemerdink einzuhalten, und unterließ es bewußt, die von der Regierung absichtlich geschaffenen Unklarheiten aufzuklären[15]). Der Fortbestand des Kabinetts, das den Willen der Parlamentsmehrheit so deutlich mißachtete wurde als unendlich wichtiger betrachtet als die Aufgabe, zu verhindern, daß durch eine zunehmende atomare Aufrüstung die Gefahr einer nuklearen Katastrophe noch größer wird. Das Vertrauen vieler Niederländer, insbesondere derjenigen, die in den Friedensbewegungen aktiv waren, in die Funktionsfähigkeit der Demokratie erlitt einen tiefen Schock.

Die Zeit war jetzt reif für den Zusammenschluß der Berufssoldaten, die Bedenken gegen die Atomrüstung hatten bzw. eine Diskussion über diese Waffen wünschten. Auf Einladung eines protestantischen und eines humanistischen Militärgeistlichen kam es am 1. März 1980 in Ede zu einem Treffen beunruhigter Berufssoldaten. Unter den Anwesenden befand sich eine Anzahl von Offizieren, die bereits an die Öffentlichkeit getreten waren, darunter Generalmajor von Meyenfeldt. Für andere war es die erste Gelegenheit, in einem größeren Kreis über ihre Sorgen zu sprechen. Darunter waren Militärs die sowohl in Indonesien wie auch in Korea an militärische Operationen teilgenommen hatten und die sehr gut wußten, welche Schrecken der konventionelle Krieg mit sich bringt.

Die Gruppe beschloß, es nicht bei einer einzigen Zusammenkunft zu belassen, und bei einem zweiten Treffen wurde eine Leitung gewählt und mit der Formulierung der Grundsätze und Zielsetzungen der Gruppe begonnen. Der „Friedens- und Sicherheitsrat Streitkräfte" (VVBK) war das Ergebnis. Schließlich wurden die folgenden Grundsätze und Zielsetzungen beschlossen:

„Die Teilnehmer des Friedens- und Sicherheitsrats Streitkräfte (VVBK) sind ernstlich beunruhigt über die Entwicklung auf dem Gebiet der Rüstung. Sie wollen die scheinbare Zwangsläufigkeit dieser Rüstung einer prinzipiellen Kritik unterziehen, weil sie meinen und fürchten, daß die

14) Kamerstuk Twede Kamer, Sitzungen 1979–1980, 18887, Nr. 5; vgl. auch Handelingen Tweede Kamer, Sitzungen 1979–1980, S. 1846.
15) Handelingen Tweede Kamer, Sitzungen 1979–1980, S. 2109–2182.

Grenzen des Annehmbaren bereits überschritten worden sind. Aus dem Gefühl heraus, als einzelne machtlos zu sein und vielfach mißverstanden zu werden in einem Militärapparat, wo man, allgemein gesprochen, an ein auf allen Waffenarten fußendes militärisches Gleichgewicht glaubt, haben sie das Bedürfnis gefühlt, sich zu vereinigen um einander zu ermutigen und gemeinsam nach Wegen zu suchen, die zu einer Besinnung innerhalb des Militärapparats darüber führen können, mit welchen Mitteln unser Überleben gesichert werden kann. Dieses Gefühl wird verstärkt durch das Auftreten der Spitzen von Politik und Verwaltung, die nicht immer Verständnis für ihre zunehmende Besorgnis über die Entwicklung auf dem Gebiet der Atomrüstung aufzubringen scheinen, wie auch durch die Erfahrung, daß viele innerhalb des Militärapparats gegenwärtig Interesse für die Art und Weise haben, wie die beunruhigten Soldaten mit ihrem Beruf zurecht kommen."

Weil das Interesse für die Atomwaffenproblematik sich innerhalb des Militärapparats nicht auf die Berufssoldaten und Militärseelsorger beschränkte, beschloß der Rat, sich auch für nicht im aktiven Dienst befindliche Reserveoffiziere, die einen Einsatzbefehl für den Mobilisierungsfall haben, sowie für Zivilangestellte des Militärapparats und für frühere Berufssoldaten zu öffnen.

Neben den politischen, strategischen und ethischen Argumenten fand jetzt auch ein anderer Aspekt der Atomrüstung Interesse: die rechtliche Bewertung einer Anwendung von Kernwaffen. Fraktionsmitglieder der Christlich Demokratischen Partei (CDA) in der Zweiten Kammer stellten ihrem Parteifreund, dem Verteidigungsminister, am 19. März 1980 diesbezügliche Fragen. Sie verwiesen dabei auf einen vom Verfasser des vorliegenden Beitrags in der Tageszeitung „Trouw" veröffentlichten Artikel, in dem der Einsatz von Kernwaffen als Kriegsverbrechen bezeichnet wurde, weshalb jeder Soldat seine Beteiligung daran verweigern müsse[16]). Der Minister sagte dem Parlament zu, eine Stellungnahme zu dieser Problematik erarbeiten zu lassen und diese dem Parlament zukommen zu lassen[17]). Ebenfalls im März 1980 veröffentlichte eine Gruppe von Militärgeistlichen der niederländischen Streitkräfte, die sich in der „Arbeitsgruppe geistliche Betreuung für Friedensfragen"[18]) vereinigt hatten, einen aufsehenerregenden Bericht. Unter dem Titel „Dienen wir dem Frieden?" setzten sich die Militärgeistlichen in diesem Report mit den fünf Aufgaben der niederländischen Streitkräfte auseinander. Als diese Aufgaben werden bezeichnet:

- die Kriegsführung, d.h. die Anwendung massenhafter Gewalt;
- die Kriegsvorbeugung, d.h. die Drohung mit massenhafter Gewalt;
- die innerstaatliche polizeiliche Funktion, d.h. die Unterstützung der Obrigkeit;
- die internationale polizeiliche Funktion, d.h. die Unterstützung der UNO-Friedensstreitmacht;
- die Katastrophenbekämpfung.

Die Militärgeistlichen kommen in ihrem Bericht zu der Schlußfolgerung, daß für die niederländischen Streitkräfte lediglich internationale Polizeifunktionen noch als annehmbar betrachtet werden können. Die Aufgabe der Kriegs-

16) „Jeder Soldat kann den Dienst an Atomwaffen verweigern" in: „Trouw" v. 29. 2. 1980.
17) Aanhangsel Handelingen Tweede Kamer, Sitzungen 1979–1980, Nr. 864.
18) Einige von ihnen haben sich auch dem VVBK angeschlossen.

führung und der Kriegsvorbeugung weisen sie in Anbetracht der Massenvernichtung, die das Ergebnis des tatsächlichen Einsatzes der heutigen Waffen sein würde, zurück. Die innerstaatliche Polizeifunktion und die Hilfe im Katastrophenfall sind für die Militärgeistlichen an sich durchaus annehmbar, sie meinen jedoch, daß diese Aufgaben nicht durch die Streitkräfte erfüllt werden sollten.

Die Allgemeine Vereinigung Niederländischer Militärangehöriger (AVNM) das kleine und moderatere Gegenstück zur VVDM[19]), begann sich nun ebenfalls mit der Kernwaffenproblematik zu beschäftigen.

Sie schrieb in einer Sonderausgabe ihres Monatsblattes „Appèl" vom Juni 1980[20]), daß die Bedenken eines Militärangehörigen gegen die Atomwaffen auch innerhalb des Militärapparats anerkannt werden müssen. Auf die Situation der Wehrpflichtigen zugespitzt erklärte die Vereinigung:

„Für die Wehrpflichtigen sollte es zu einer Regelung kommen, die bei der Einberufung neben Aspekten wie der Gesundheit und Eignung auch Bedenken gegen Atomwaffen in Rechnung stellt. Es läßt sich beispielsweise eine ‚umgekehrte Freiwilligkeit' denken. So wie die Frage ‚Kann ein Wehrpflichtiger im Libanon eingesetzt werden' mit ‚Nein, es sei denn, er ist Freiwilliger' beantwortet wird, sollte die Frage ‚Kann einem Wehrpflichtigen eine Funktion zugewiesen werden, in der er mit Atomwaffen zu tun hat' mit ‚Ja, es sei denn, er hat Bedenken' beantwortet werden."[21])

Am 14. Juli 1980 übermittelte der Verteidigungsminister dem Parlament die angekündigte Stellungnahme zu der Frage, ob der Einsatz von Kernwaffen kein Verstoß gegen völkerrechtliche Verpflichtungen sei[22]). Der Minister kommt darin zu der Schlußfolgerung:

„daß durch die Zustimmung zu einem eventuellen Kernwaffeneinsatz die Niederlande keineswegs in Konflikt mit Verpflichtungen kommen, die in Verträgen festgelegt sind, an denen unser Land beteiligt ist oder teilzunehmen beabsichtigt. Ein in diesem Zusammenhang dem einzelnen Soldaten erteilter Auftrag kann deshalb nicht als ungesetzlich abgestempelt werden. Hieraus folgt ferner, daß ich die Auffassung des Herrn Stelling nicht teilen kann, wonach niederländische Militärangehörige das Recht oder sogar die Pflicht haben sollen, die Teilnahme am Einsatz von Kernwaffen zu verweigern."

Die Tageszeitung „Trouw" gab mir die Gelegenheit, dem Minister öffentlich zu antworten. Unter anderem stellte ich folgendes fest:

„Es hat fast vier Monate gedauert, bis der Minister in der Lage war, seine Auffassung darzulegen. Angesichts dieser langen Zeitdauer und angesichts des bedenklichen Niveaus der Ausarbeitung scheint mir der Schluß berechtigt, daß im Ministerium offensichtlich noch nicht über die Frage nachgedacht worden ist, ob der Einsatz von Atomwaffen nicht gegen das internationale Recht verstößt. Dies weckt die schlimmsten Vermutungen hinsichtlich der Frage, wie ernst man die völkerrechtliche Verpflichtung nimmt, die Anwendung von Gewalt zu begrenzen."[23])

19) Der AVNM hat ungefähr 6000 Mitglieder und ist als Vertretung wehrpflichtiger Soldaten zur Organisierten Beratung für Militärfragen zugelassen.
20) „Appèl", Juli 1980, S. 11.
21) „Appèl", Juni 1980, S. 14–15.
22) Kamerstuk Tweede Kamer, Sitzungen 1979–1980, 15800 Kap. X, Nr. 39.
23) „Minister Scholten und das Kriegsrecht" in „Trouw" v. 8. 8. 1980. Dieser Brief ist in der Septemberausgabe 1980 von „Carré", S. 14–15, veröffentlicht (versehentlich wird der Brief darin auf den 12. August datiert).

Der Widerstand der wehrpflichtigen Soldaten gegen die Atomwaffen nahm immer schärfere Formen an. Manche verweigerten ihre weitere Teilnahme an der Bewachung von Atomwaffenlagern. So mußte sich am 13. August 1980 der Soldat van Wingerde, ein Mitglied der VVDM, vor dem Kriegsgericht für seine Weigerung verantworten, dem ihm befohlenen Wachdienst an einem derartigen Atomwaffenlager Folge zu leisten. Sein Verteidiger verwies auf den Konflikt zwischen dem Einsatz von Kernwaffen und internationalen Verträgen, wobei er auf der Grundlage von Artikeln des Verfassers argumentierte. Die VVDM verlangte den Freispruch für van Wingerde und startete eine Unterschriftenaktion zur Unterstützung dieser Forderung.

Der Einwand, daß der Einsatz von Kernwaffen im Widerspruch zum Völkerrecht stehe, wurde durch das Kriegsgericht mit dem Argument zurückgewiesen, dieser Einwand könne erst dann Berücksichtigung finden, wenn es um einen Beschluß zum Einsatz von Atomwaffen oder zur Weiterverbreitung dieser Waffen gehe. Das Kriegsgericht bestätigte aber nachdrücklich, daß die Kernwaffenproblematik akut und Gegenstand der öffentlichen Diskussion sei. Sehr überraschend verhängte das Kriegsgericht eine Strafe von 6 Wochen Militärhaft auf Bewährung mit einer zweijährigen Bewährungsfrist; der Militärankläger hatte sechs Wochen Militärhaft gefordert, davon 4 Wochen auf Bewährung mit einer Bewährungszeit von zwei Jahren.

Der Vorstand der niederländischen Offiziersvereinigung (NOV) hielt es jetzt für erforderlich, dem Verteidigungsminister über die Unruhe zu berichten, die durch die Debatte über Atomwaffen unter den Mitgliedern der Vereinigung entstanden war.

Ein weiteres Signal, das dem Verteidigungsminister die wachsende Beunruhigung innerhalb der Streitkräfte hinsichtlich der Atombewaffnung anzeigte, war ein Brief vom 22. September 1980, mit dem der VVBK den Minister über seine Gründung informierte. Beonders durch diesen letzteren Vorgang fühlte der Minister sich offenkundig aufgerufen, jetzt etwas zu unternehmen. Am 14. Oktober 1980 schrieb er einen Brief an die Befehlshaber der Marine, des Heeres und der Luftwaffe und an den Kommandanten der Königlichen Gendarmerie mit der Bitte um allgemeine Bekanntgabe seines Inhalts. In diesem Brief schrieb der Minister u. a.

„In jüngster Zeit wird viel über Probleme gesprochen und geschrieben, die manche Militärangehörige mit Atomwaffen haben, und über die möglichen Konsequenzen dieser Probleme für die Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben. Ich möchte Ihnen auf diesem Wege meine Auffassung darüber bekanntmachen und mitteilen, wo die Grenzen der Möglichkeit liegen, sich über die Probleme, die man hat, zu äußern. Raum für die Diskussion über diese bedeutsame Frage muß es auch innerhalb der Streitkräfte geben, allerdings stets in dem Bewußtsein, daß die Erfüllung aller militärischen Aufgaben gewährleistet bleiben muß. Unser Volk und unsere Verbündeten müssen jederzeit auf die niederländischen Streitkräfte zählen können. Wer meint, den Auftrag der Streitkräfte nicht vollständig akzeptieren zu können, sollte ernsthaft die daraus zu ziehenden Konsequenzen prüfen. Auf der anderen Seite können Militärs, die Probleme haben, von ihrer Umgebung verlangen, nicht von vorneherein – nur deshalb, weil sie sich über ihre Probleme äußern – als unzuverlässig abgestempelt zu werden. Dabei hängt allerdings viel von der Art und Weise ab, in der diese Besorgnisse vorgebracht werden und in der sich die Betroffenen gegenüber Menschen, die anders darüber denken, äußern.

In den Steitkräften verdienen die vielen Aspekte der Verfügung über Kernwaffen und ihres eventuellen Einsatzes ernsthafte Aufmerksamkeit. Gute Information ist dabei von großer Bedeutung. Ich werde große Aufmerksamkeit darauf verwenden. Für den Augenblick beschränke ich mich auf die folgenden aktuellen Punkte."[24])

Im folgenden äußerte sich der Minister zur Rolle der Kernwaffen, der Gewissenszweifel und der Freiheit der Meinungsäußerung. Im Hinblick auf die Gewissenszweifel schrieb der Minister:

„Wenn sich Gewissenszweifel gegen die Ausübung dienstlicher Pflichten im Zusammenhang mit Atomwaffen regen, kann jeder dienstpflichtige Soldat sich auf das Gesetz über Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen berufen. Dieses Gesetz bietet auch Raum für die Anerkennung ernsthafter Gewissensgründe von ‚Atompazifisten'. Die Anerkennung von Gewissensgründen im Sinne dieses Gesetzes führt zur Entbindung von den militärischen Dienstpflichten.

Der freiwillig dienende Soldat, der seine Wehrpflichtzeit bereits hinter sich hat und der Gewissenszweifel hat, braucht sich nicht auf dieses Gesetz zu beziehen; ihm steht der Weg offen, um seine Entlassung nachzusuchen.

Wenn der Soldat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht in Anspruch nehmen will oder wenn seine Gewissensgründe nicht anerkannt werden, bzw. wenn seinem Entlassungsgesuch nicht stattgegeben wird, dann ist er verpflichtet, die ihm aufgetragenen Aufgaben, auch solche, die mit Atomwaffen zusammenhängen, auszuführen."

Mit großem Nachdruck betont der Brief:

„Mit zwei Sorten Personal, nämlich mit Menschen, auf die unter allen Umständen Verlaß ist und anderen, für die dieses nicht gilt, können die Streitkräfte ihren Auftrag nicht erfüllen und kann es keine verantwortliche Truppenführung geben. Die operative Bereitschaft ist immer mitabhängig von der allgemeinen Einsatzbereitschaft des gesamten militärischen Personals."

Die letztgenannte These hat der Minister noch einige Male wiederholt, u. a. bei der Beratung des Verteidigungshaushaltes für das Jahr 1981[25]). Auch in der „Defensiekrant" (Verteidigungszeitung), dem amtlichen Wochenblatt für das militärische Personal, wurde großen Wert auf die Unmöglichkeit von zwei Sorten Personal gelegt[26]).

Der Brief des Ministers stieß allenthalben auf scharfe Kritik. Die VVDM und die AVNM reagierten mit Entrüstung darauf, daß keine Möglichkeit eingeräumt wurde, der Militärdienstpflicht nachzukommen, sofern der Wehrpflichtige Bedenken gegen die Ausführung von Aufgaben, die mit Atomwaffen zusammenhängen, haben sollte[27]). Auch Berufssoldaten meldeten sich in dieser Sache nachdrücklich zu Wort. Die Föderation Allgemeiner Christlicher Soldatenorganisationen[28]) bezeichnete den Standpunkt des Ministers als eine Simplifikation des Problems[29]). [30])

24) Dieser Brief ist u. a. in der „Defensiekrant" („Verteidigungszeitung") v. 16. 10. 1980 und in „Carré" vom November 1980, S. 20–22, veröffentlicht.
25) Handelingen Tweede Kamer, Sitzungen 1980–1981, S. 837.
26) „Defensiekrant" v. 6. 11. 1980.
27) „Minister erregt Zorn von Soldaten", in: „De Volkskrant" v. 18. 10. 1980.
28) Die Föderation allgemein-christlicher Soldatenorganisationen ist ein Dachverband von zwei Interessenzusammenschlüssen, die zur Organisierten Beratung in Militärfragen zugelassen sind. Die Mehrzahl der Mitglieder dieser Vereinigungen bilden Unteroffiziere des Heeres und der Luftwaffe. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt ungefähr 12000.
29) „Defensiekrant" v. 23. 10. 1980.

Die VVDM hatte in der Zwischenzeit ihren Standpunkt hinsichtlich der Atomwaffen weiter zugespitzt. Die allgemeine Mitgliederversammlung der VVDM definierte am 15. Oktober 1980 den Standpunkt der Organisation wie folgt:

„– Gegen jede weitere Entwicklung und Verbreitung von Kernwaffen;
– für die Zurückdrängung und schließliche Abschaffung der Kernwaffen;
– jeder Militärangehörige hat das Recht, die Erfüllung von Atomwaffenaufträgen zu verweigern."[31])

Die VVBK wandte sich am 22. Oktober 1980 mit einem Interview ihres Vorsitzenden Mohr, Oberstleutnant der Königlichen Landstreitkräfte, in der Tageszeitung „Trouw" an die Öffentlichkeit. Am gleichen Tag mußte der Verteidigungsminister seine Haltung in der Kernwaffendiskussion vor dem Verteidigungsausschuß der Zweiten Kammer verteidigen. Auch dort stieß der Minister auf scharfe Kritik an seinem Brief vom 14. Oktober. Er wurde zu der Zusage gezwungen, in einem zweiten Brief die Mißverständnisse und Unklarheiten, die durch den Brief verursacht worden waren, auszuräumen. Gleichzeitig gab der Minister bekannt, daß er Sachverständige außerhalb seines Hauses über die völkerrechtlichen Aspekte konsultiert habe[32]).

Was die völkerrechtlichen Aspekte der Kernwaffen angeht, so wurde es übrigens für den Minister ziemlich schwierig, die Auffassung seines Amtsvorgängers[33]), wie sie in dem Papier vom 14. Juli 1980 bekundet worden war, aufrecht zu erhalten. Der frühere Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Professor Kooijmans, Hochschullehrer für Völkerrecht und prominenter Parteifreund des Verteidigungsministers, schrieb hierzu:

„Wenn der Minister schlußfolgert, daß die Niederlande durch die Zustimmung zu einem eventuellen Einsatz von Kernwaffen keinesfalls in Gegensatz zu Verpflichtungen geraten, die in Verträgen enthalten sind, denen unser Land sich angeschlossen hat oder sich anzuschließen beabsichtigt, dann ist diese Formulierung gelinde gesagt unsorgfältig. Das hängt nämlich ganz davon ab, auf welche Weise diese Atomwaffen eingesetzt werden und was ihr Charakter ist. In dieser Hinsicht hätte der Minister sich besser durch das amerikanische Heereshandbuch leiten lassen sollen, in dem es heißt: ‚Gegenwärtig gibt es keine völkerrechtliche Regel, die Staaten den Gebrauch von Kernwaffen ausdrücklich untersagt. Angesichts der Tatsache, daß es kein solches ausdrückliches Verbot gibt, ist der Einsatz derartiger Waffen *gegen feindliche Kombattanten und andere militärische Ziele* zulässig.' Die Verfasser dieses Handbuchs scheinen sich der Regeln des humanitären Kriegsrechtes besser bewußt zu sein als der niederländische Verteidigungsminister,

30) Ich selbst habe auf den Brief des Ministers mit einem Artikel in „Trouw" v. 22. Oktober 1980 reagiert, der den Titel trug: „Minister fordert totale Unterwerfung unter das System". Dieser Artikel basierte auch auf einem am 5. September 1980 im Namen des Ministers an mich gerichteten Brief, worin mir zur Kenntnis gebracht wurde, *daß von einem Offizier nicht erwartet werden sollte:*
– daß er eine sehr entschiedene Meinung über den Besitz und den Einsatz von Atomwaffen durch die Streitkräfte hat, die nicht mit dem Regierungsstandpunkt in dieser Sache übereinstimmt;
– daß er seine Auffassung u. a. aus der religiösen Überezeugung und aus den Vorstellungen des humanitären Kriegsrechts ableitet;
– daß er seine Auffassungen über die Kernwaffenproblematik regelmäßig u. a. in Tageszeitungen und Periodica publiziert.

31) „Soldaten und Atomwaffen" VVDM, S. 39.

32) „Trouw" v. 24. 10. 1980.

33) Am 25. August 1980 wurde P.B.R. de Geus Nachfolger von W. Scholten als Verteidigungsminister. Beide sind Mitglied der Christlich Demokratische Partei (CDA).

wobei übrigens auch das amerikanische Handbuch es dahin gestellt sein läßt, wem es zukommt, zu beurteilen, ob die angegebenen Kriterien beachtet werden."[34])

Der Fall Van Wingerde, der in der niederländischen Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit gefunden hatte, wurde am 5. November 1980 zur Berufungsverhandlung vor dem Obersten Militärgerichtshof gebracht. Die Unterschriftenaktion der VVDM war erfolgreich verlaufen und der Soldat Van Wingerde übergab dem Vorsitzenden des Gerichtshofs die gesammelten Unterschriften. Bei der Übergabe erklärte der Soldat: „Wenn der Gerichtshof mich verurteilt, dann muß er weitere 5000 Menschen verurteilen, hier sind ihre Unterschriften. Sie denken in dieser Sache genauso wie ich."[35])

Sein Verteidiger bestritt den Unterschied, den das Kriegsgericht zwischen der Stationierung von Atomwaffen und einem Beschluß über den Einsatz oder die Weiterverbreitung dieser Waffen gemacht hatte:

„Die Stationierung ist doch nichts anderes als die *Vorbereitung* auf den Einsatz. Die politischen Auseinandersetzungen, die die Stationierung von Mittelstreckenraketen in diesem Lande ausgelöst haben, sprechen in dieser Hinsicht Bände. Juristisch lautet die Frage also: fällt unter den Begriff „Gebrauch", so wie das Wort in den angeführten UNO-Resolutionen verwendet wird, auch der Begriff „anwenden" im Sinne der Landkriegsordnung als Vorbereitung späterer Anwendung? Es ist realistischerweise festzustellen, daß diese Vorbereitung in jedem ungewünschten Augenblick zwangsläufig in tatsächliche Anwendung umschlagen wird. Jeder, der auf irgendeine Weise an der Vorbereitung beteiligt ist, wird dann nicht mehr im Stande sein zu überlegen und zu beschließen, ob er dann seine Mitwirkung am tatsächlichen Einsatz einstellt – ganz abgesehen von der Frage, ob solche Entscheidungen irgendwelche Wirkung haben würde. In der gegenwärtigen Verteidigungsplanung wird davon ausgegangen, daß ein Überraschungsangriff nicht ausgeschlossen ist. Deshalb werden bestimmte Waffensysteme in einem sogenannten Fünf-Minuten-Bereitschafts-Zustand gehalten, was bedeutet, daß dieses Waffensystem innerhalb von 5 Minuten gegen feindliche Einheiten eingesetzt werden können (beispielsweise die NIKE-Raketen der Königlichen Luftwaffe, die auch atomar eingesetzt werden können). Schlußfolgerung: wenn es einen Zeitpunkt gibt, zu dem es geboten ist, die Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht zu überprüfen, dann liegt dieser Zeitpunkt vor diesem Einsatz und nicht danach!"[36])

Der Oberste Militärgerichtshof verwarf den Einspruch des Verteidigers. Das Urteil des Kriegsgerichts wurde bestätigt. Soldat Van Wingerde legte Berufung beim Hohen Rat ein.

Eine Reihe von Soldaten unternahm nun einen radikalen Schritt in ihrem Widerstand gegen die Atomwaffen und Atomwaffen-Aufgaben. Am 10. Januar 1981 wurde in Utrecht die Gründung des Komitees „Soldaten gegen Kernwaffen" bekanntgegeben[37]). In einer Erklärung des Komitees wurde seine Zielsetzung wie folgt umschrieben:

„Das Ziel dieser Initiative ist es ein Forum für und von Soldaten zu schaffen, um

a) Informationen über Atomwaffen und die Anti-Atomwaffen-Bewegung unter Soldaten zu verbreiten;

34) „Die Kernwaffen und das Völkerrecht", in: „AR-Staatkunde", Nr. 80/10/11/12.
35) „Twintig" v. 18. 11. 1980. „Twintig" ist das Blatt der VVDM und erscheint 14täglich.
36) Aus dem Plädoyer von Th. de Roos, dem Verteidiger des Soldaten Van Wingerde, vom 5. November 1980. Herr de Roos war früher Vorsitzender des VVDM.
37) „Trouw" v. 12. 1. 1981.

b) Die Diskussion über die Auseinandersetzung um die Kernwaffen, die NATO, den Warschauer Pakt, die internationalen Spannungen und die Hintergründe des Rüstungswettlaufs unter Soldaten zu fördern;
c) Mit anderen Organisationen gegen die Atombewaffnung zusammenzuarbeiten;
d) Ein Koordinationsorgan zu bilden, das Soldaten, die gegen Atomwaffen aktiv werden, Unterstützung und Solidarität schaffen soll;
e) Darauf einzuwirken, daß Soldaten sich nicht mehr für mit Kernwaffen verbundene Aufträge einsetzen lassen."

Insbesondere mit dem letzten Punkt seiner Zielsetzung ging das Soldatenkomitee weiter als der VVDM.

Am 17. Januar 1981 veranstalteten der IKV (Interkirchlicher Friedensrat) und der VVDM eine Konferenz über das Thema „Soldaten und Atombewaffnung". Auch der VVBK wurde aufgefordert, daran teilzunehmen. Das Ziel der Konferenz war es, den Spielraum für die kritische Diskussion, über die Atomwaffen innerhalb der Streitkräfte zu vergrößern, sowie die Förderung von Gesprächen und Kontakten zwischen interessierten Gruppen und Personen innerhalb der Streitkräfte und der Friedensbewegung außerhalb der Streitkräfte zu fördern. Es gelang der Konferenz, konkrete Beschlüsse zu fassen. In den folgenden Punkten wurde Übereinstimmung gefunden:

„– Vermehrte und regelmäßige Kontakte zwischen Wehrpflichtigen und VVBK;
– Herbeiführung einer Zusammenarbeit zwischen VVDM, VVBK und der Friedensbewegung außerhalb der Streitkräfte (IKV, Pax Christi und Stoppt die Neutronenbombe);
– Die gemeinsame Organisation von Informations/Diskussions-Abenden in den Kasernen durch Soldaten/Offiziere, VVDM/Militärseelsorger und Friedensgruppen außerhalb der Kasernen."

Die „Komission für den Tag der Menschenrechte" nahm diesen zum Anlaß, auch auf die Frage des Kernwaffeneinsatzes auch aus der Sicht des Internationalen Rechts einzugehen. Hierzu wurde am 27. Februar 1981 ein Symposion „Atomwaffen, Recht und Gewissen" veranstaltet. Dieses Symposion machte es dem Verteidigungsminister noch schwerer, an der Auffassung hinsichtlich des Kernwaffeneinsatzes festzuhalten, wie sie in dem Papier vom 14. Juli 1980 niedergelegt war.

Professor Kalshoven, Hochschullehrer für Völkerrecht und insbesondere internationale Menschenrechte an der Reichsuniversität in Leiden, formulierte es sehr vorsichtig. Generell gesehen stehe der Einsatz von Kernwaffen nicht im Widerspruch zum Völkerrecht, jedoch sei ein solcher Einsatz dann rechtswidrig, wenn er gegen die Zivilbevölkerung gerichtet ist oder unter dieser unverhältnismäßige Schäden verursacht. Auch die Neutronenwaffe könne, ungeachtet des Vorbehalts der Möglichkeit von Vergeltungsmaßnahmen in Widerspruch zum Genfer-Gasprotokoll von 1925 stehen. Professor Röling, emeritierter Hochschullehrer für Völkerrecht und ehemaliger Direktor des Friedensforschungsinstituts an der Reichsuniversität Groningen, ging weiter. Obwohl er selbst diese Auffassung nicht teile, erkenne er an, daß man mit guten Gründen die Auffassung vertreten könne, daß der Einsatz von Atomwaffen generell dem Völkerrecht widerspreche. Dabei ging der Nestor der niederländischen Friedensforschung auch auf die Stellung des einzelnen Soldaten ein. Seiner Ansicht nach beinhalte das Urteil des Nürnberger Gerichtshofs,

daß das Individuum der Auffassung der Staatsautorität in bezug auf die Akzeptierbarkeit bestimmter Formen von Gewalt nicht blind gehorchen darf. Dies gelte nicht allein unter einer Diktatur wie im Hitler-Deutschland, sondern auch in einer Demokratie. Der einzelne Soldat muß sich selbständig ein Urteil bilden, ob seine Handlungen ein Kriegsverbrechen bedeuten oder nicht. Für Röling ist der Standpunkt der sogenannten „Atompazifisten" dementsprechend respektabel[38]).

Das genannte Symposion war für die Diskussion innerhalb der Streitkräfte besonders wichtig. Die militärische Spitze der Verteidigungsorganisation war zahlreich vertreten, ebenso der Staatssekretär für Verteidigung, der verantwortlich ist für das militärische Straf- und Disziplinarrecht.

Im Februar 1981 wurden auch die Ergebnisse einer Meinungsumfrage über „Wehrdienstverweigerung und Gewissenszweifel" veröffentlicht[39]).Die Untersuchung war im Auftrag der „Stiftung Volk und Verteidigung" durchgeführt worden, die regelmäßig Untersuchungen und Symposien organisiert über das Verhältnis von Bevölkerung und Streitkräften[40]). Die niederländische Bevölkerung wurde u. a. nach ihrer Meinung zu folgender Hypothese befragt: *„Wehrpflichtige Soldaten müssen das Recht haben, die Bewachung von Kernwaffen zu verweigern"*. Eine deutliche Mehrheit von 53%, unterstützt diese These und stimmt insofern mit den Soldatenorganisationen überein. Ihr steht eine Minderheit von 31% gegenüber, die es ablehnt, daß Wehrpflichtige den Waffendienst in Kernwaffenlagern verweigern dürfen.

Wenn es jedoch um Berufssoldaten geht, sieht die Sache anders aus. Das Ergebnis der Befragung zur These: *„In der Armee muß Platz sein für Berufssoldaten, die gegen den Besitz von Atomwaffen sind"* zeigt, daß 49%, diese These unterstützen. 35% stehen entgegen. Sie wollen keine Berufssoldaten mit Bedenken gegen den Besitz von Kernwaffen haben. Immerhin ist auch in diesem Fall die Mehrheit derer, die sich zu der Sache eine Meinung gebildet hatten, mit der aufgestellten These einverstanden. Aus den genannten Zahlen geht übrigens deutlich genug hervor, daß die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung nicht mit der vom Verteidigungsminister eingenommenen Haltung übereinstimmt.

Im gleichen Monat wurde noch eine weitere Enquête zur Kernwaffenproblematik veröffentlicht[41]). Die Vereinigung des Militärtechnischen und Speziali-

38) Vergleiche auch meinen Artikel: „Was tun, wenn der Einsatz von Atomwaffen ein Kriegsverbrechen zu sein scheint?", in: „Hervormd Nederland" v. 21. 3. 1981.

39) „Kontaktbulletin Stichting Volk en Verdedeging", Februar 1981.

40) Die Ziele der Stiftung „Volk und Verteidigung" sind die folgenden: „1. Die Stiftung stellt sich die Aufgabe, dazu beizutragen, daß in allen Teilen des niederländischen Volkes die Mitverantwortlichkeit für die Sicherung und Verteidigung unseres freien Zusammenlebens eingesehen und akzeptiert wird.
2. Angesichts der Tatsache, daß die Streitkräfte hierbei eine wichtige Rolle spielen, zählt es die Stiftung zu ihren Aufgaben, Probleme im Verhältnis zwischen der niederländischen Bevölkerung und ihren Streitkräften klar werden zu lassen und zu ihrer Lösung beizutragen."

41) Die Enquete wurde gleichzeitig im Monatsblatt des VMTB, „Militair en Techniek", März 1981, veröffentlicht.

sierten Berufspersonals (VMTB)[42]) stellte eine Untersuchung über die Auffassung ihrer Mitglieder, Berufsunteroffiziere, an. Die These: „Der Minister hat noch kein reales Bild der zu erwartenden Auswirkungen – auch der längerfristigen – des Einsatzes von Kernwaffen in den verschiedenen Szenarios gegeben" wurde von 34 der 56 Berufsunteroffiziere, d. h. von 60% unterschrieben.

Mit der Auffassung des Verteidigungsministers:

„Unsere Streitkräfte und ihr Auftreten fußen auf dem Grundgesetz auf der davon abgeleiteten Gesetzgebung und auf internationalen Verträgen, deren Teilnehmer die Niederlande sind. In Übereinstimmung damit betreibt die Regierung bereits seit vielen Jahren eine Sicherheitspolitik, die über eine parlamentarische Mehrheit verfügt. Eine derart auf demokratische Weise zustande gekommene Politik, auch wenn sie Atomwaffen einschließt, muß loyal ausgeführt werden",

waren 26 %, nicht einverstanden.

Die Meinung der VVDM: *„Jeder Soldat muß das Recht haben, mit Atomwaffen zusammenhängende Aufträge zu verweigern"*, wurde von 28 % der befragten Berufsunteroffiziere geteilt. Die Frage, ob im äußersten Fall Kernwaffen eingesetzt werden sollen, wurde von 26 % der befragten Soldaten, verneinend beantwortet. Dies scheint eine Bestätigung der bereits eingangs erwähnten Umfrage zu sein, deren Ergebnisse in die Öffentlichkeit durchgesikkert sind.

Der VVBK will, wie bereits festgestellt, in erster Linie eine Plattformfunktion erfüllen, also Raum für eine offene und ehrliche Diskussion schaffen. Dies ist besonders wichtig angesichts der abwehrenden Haltung, die der Verteidigungsminister der Herausbildung einer Gruppe innerhalb der Verteidigungsorganisation gegenüber einnimmt, die die fortschreitende Rüstung öffentlich mit Fragezeichen versieht. Für den Minister ist die Rüstung kein Problem. Sein Problem sind die Menschen, die nicht mehr ohne weiteres alles ausführen wollen, was ihnen aufgetragen wird.

Auch wenn der VVBK noch keine bestimmten Positionen in die Öffentlichkeit getragen hat, so ist alleine schon die Tatsache, daß Angehörige des Militärapparats Fragen bezüglich der Rüstung haben, und alleine schon die Tatsache, daß sie ihre Beunruhigung zum Anlaß genommen haben, sich zu organisieren, ein politisches Faktum. Die Existenz des VVBK ist eine Reaktion auf die Unfähigkeit der Politik, in der heutigen Situation tatsächliche Schritte in Richtung auf eine verringerte Bedrohung für den Fortbestand der ganzen Menschheit zu tun. Der VVBK ist ein Ausdruck der Tatsache, daß die politische Führung keine befriedigende Antwort auf die vielen Fragen, die bezüglich der Atomrüstung gestellt werden, gibt, vielleicht auch nicht geben kann.

De facto weigert sich der Verteidigungsminister auf die Fragen einzugehen, die auch Mitglieder des Militärpersonals beschäftigen. Immer noch werden diese Probleme als ausschließlich individuelle Gewissensprobleme dargestellt. Die politische und administrative Leitung des Ministeriums verschließt

42) Der VMTB gehört der Organisierten Beratung für Militärfragen nicht an, weil er nur eine bestimmte Gruppe der Unteroffiziere repräsentiert und nicht allen Unteroffizieren offen steht.

ihre Augen vor der Tatsache, daß es um ein gesellschaftliches Problem geht, daß es letzten Endes um das Überleben der Menschheit geht. Dies kommt sehr deutlich in einer Anfrage des Verteidigungsministeriums an den Gesellschaftlichen Rat für die Streitkräfte, ein sicherheitspolitisches Beratungsgremium, zum Ausdruck. Mit Hinblick auf seinen Brief vom 14. Oktober 1980 sagt der Minister in dieser Anfrage:

Ich beanspruche nicht damit hinsichtlich der von mir zuführenden Personalpolitik das letzte Wort gesprochen zu haben. Innerhalb der Sicherheitsorganisation wird dieser Materie viel Aufmerksamkeit geschenkt und ich selbst bin darüber auch im Gespräch mit der Organisierten Militärischen Beratung[43]). Vor diesem Hintergrund werde ich den Rat sehr hoch veranschlagen, den der Gesellschaftliche Rat für die Streitkräfte mir bezüglich der Frage geben kann, wie die in diesem Brief wiedergegebenen Auffassungen und eingenommenen Standpunkte in die Praxis umgesetzt werden können. Diese Anfrage bezieht sich nicht auf die Regierungspolitik in Sachen von Frieden und Sicherheit und die Rolle der Kernwaffen in diesem Zusammenhang. *Diese Politik steht außer Diskussion* (Hervorhebung v. Verf.)[44])

Der VVBK hat also noch schwere Aufgaben zu lösen. Er weiß sich aber unterstützt durch die Mehrheit des niederländischen Volkes, die sich hinter die Losung des IKV stellt: „Kernwapens de wereld uit, um te beginnen uit Nederland" (Für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen – den Anfang in den Niederlanden machen). Der VVBK sieht sich auch ermutigt durch die in diesem Artikel dargestellte Entwicklung, so wie sie sich in den Streitkräften bereits herausgebildet hat. Sie wird es der politischen und militärischen Führung auf die Dauer unmöglich machen, einem Eingehen auf die wirkliche Problematik weiter auszuweichen.

Hierbei bemüht sich der VVBK um eine Haltung, die mit den Verantwortlichkeiten von Militärangehörigen in Einklang steht. Er steht ohne Einschränkung hinter der Aufgabe der Streitkräfte: dem Schutz der staatlichen Belange[45]). Diese Aufgabe wird, anders als es der Verteidigungsminister suggeriert, durch die kritischen Soldaten nicht zur Diskussion gestellt sondern lediglich die Art und Weise, wie diese Aufgabe gelöst werden kann. In diesem Zusammenhang möchte der VVBK auch einen Beitrag zur Entwicklung von Alternativen zum gegenwärtigen Verteidigungssystem liefern.

Vielleicht ist es noch nicht zu spät.

43) Vgl. FN 4.
44) Brief des Verteidigungsministers vom 23. Januar 1981 an den Vorsitzenden des Gesellschaftlichen Rates für die Streitkräfte.
45) Artikel 195 des Grundgesetzes (der niederländischen Verfassung).

# Sowjetische Wirtschaftsplanung 1981–85

Von Gert Meyer

Die vom XXVI. Parteitag der KPdSU Anfang März 1981 verabschiedeten „Hauptrichtungen der ökonomischen und sozialen Entwicklung der UdSSR 1981–1985 und für die Periode bis 1990" enthalten umfangreiches Material zum gegenwärtigen Entwicklungsstand wie zur perspektivischen Planung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Der vorliegende Beitrag beschränkt sich darauf, in knapper Form das Problem der Steigerung der wirtschaftlichen Effektivität zu skizzieren, das im Zentrum zahlreicher Diskussionen in den sowjetischen Medien wie auch der Beratungen des Parteitages über den Entwurf der „Hauptrichtungen" stand.

Der vom Zentralkomitee der KPdSU ausgearbeitete Planentwurf wurde am 2. Dezember 1980 in den sowjetischen Tageszeitungen veröffentlicht[1]). Bis Ende Februar 1981 erschienen in fast allen zentralen und regionalen Zeitungen zahlreiche Leserzuschriften, die zum Teil umfangreiche Ergänzungsvorschläge beinhalteten. Allein in der „Pravda" wurden schätzungsweise 1000 (vollständige, gekürzte oder zusammengefaßte) Zuschriften publiziert; die Zahl der bei der Redaktion eingetroffenen Briefe war um ein vielfaches größer. Es handelte sich teils um lange wissenschaftliche Beiträge, teils um Schilderungen aus dem Alltagsleben, teils um Kurzzuschriften im Telegrammstil[2]).

Die meisten Zuschriften kreisten um Fragen der Arbeit und Ökonomie; aber es wurden auch Probleme der Kultur und Kunst, der gesellschaftlichen Moral und Erziehung, der Freizeit erörtert, die im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Planung ebenfalls ihren Stellenwert haben müssen. Sie hier angemessen zu berücksichtigen, ist nicht möglich. Soweit sie sich als Ergänzung der angesprochenen Probleme und Perspektiven anboten, werden einige dieser Zuschriften in den Anmerkungen wiedergegebenen.

Auf die Notwendigkeit einer merklichen Steigerung der Effektivität in der Wirtschaft der Sowjetunion ist während der Vorbereitung des XI. Fünfjahrplans auch in gesellschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften und auf örtlichen Parteikonferenzen immer wieder hingewiesen worden. Dieses Thema stand im Zentrum einer Sitzung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Dezember 1979. (Die Akademie spielt bei der Schaffung eines wissenschaftlichen „Vorlaufs" für die Gesellschaftsplanung eine maßgebliche Rolle; sie ist damit beauftragt, jeweils zu Beginn einer Planperiode ein Komplexprogramm der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und

1) Die Materialien werden im Verlag APN/Moskau herausgegeben. Der Entwurf der „Hauptrichtungen" wurde in „Pravda" und „Izvestija" vom 2. 12. 1980, die Endfassung in „Pravda" und „Izvestija" vom 5. 3. 1981 publiziert. Es wäre interessant, Änderungen zwischen beiden Fassungen herauszuarbeiten.

2) Es wurde auch über Wettbewerbsinitiativen berichtet; vgl. „Komsomol'skaja žizn", Jg. 1981, Nr. 4, S. 3.

seiner ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen und Folgen für jeweils 20 Jahre auszuarbeiten.) Während der Verhandlungen in der Akademie wurde konstatiert, daß sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der UdSSR in den 80er Jahren gegenüber der vorangegangenen Periode deutlich ändern[3]):

1. Die demographische Situation ist für die ökonomische Entwicklung ungünstiger als früher. Die Arbeitskraftressourcen der Industrie verringern sich durch einen allgemeinen Geburtenrückgang sowie dadurch, daß das Dorf nicht mehr wie in früheren Industrialisierungsphasen größere Arbeitskraftkontingente abgeben kann (so hat sich der Anteil der Kolchosbauern mit Familienangehörigen an der Gesamtbevölkerung stark verringert: 1939 betrug er 47,2%, 1959 31,4%, gegenwärtig nur noch etwa 15%[4]).

2. Die Rolle der Nordgebiete, Sibiriens und des Fernen Ostens für die Energie- und Rohstoffgewinnung nimmt weiter zu, wobei die entsprechenden Lagerstätten in sehr rauhen Klimazonen, fernab von dichterbesiedelten Räumen liegen und verkehrsmäßig schwer zu erschließen sind. Auch aufgrund der teilweise ungünstiger werdenden geologischen Gegebenheiten ist mit steigenden Förderkosten zu rechnen (die sowohl von der UdSSR wie von den Ländern aufzubringen sind, die diese Roh- und Brennstoffe beziehen). Die natürlichen Ressourcen auch dieser Gebiete sind nicht unerschöpflich; sie sollen zudem noch künftigen Generationen zur Verfügung stehen. Aufgrund der großen, teilweise weiter wachsenden Entfernungen zwischen den Lagerstätten des Nordens und Ostens, den Gebieten mit dem größten Bevölkerungs- und Arbeitskräftezuwachs im Süden und in Mittelasien sowie den europäischen Landesteilen, in denen sich die maschinellen Ausrüstungen, die Forschungseinrichtungen und die Masse der Wohnbevölkerung konzentrieren, werden sich die Transportprobleme (und -kosten) vergrößern.

3. In den vergangenen Jahren haben sich, bei teilweise eindrucksvoller quantitativer wirtschaftlicher Entwicklung, wichtige qualitative Kennziffern verschlechtert. „Auf jeden Rubel Zuwachs des Nationaleinkommens entfielen im VIII. Fünfjahrplan 3,10 Rubel Investitionsmittel auf die Produktionsfonds, im IX. Fünfjahrplan waren es 4,45 Rubel, in den ersten drei Jahren des X. Fünfjahrplans 5,13 Rubel und im Jahr 1979 13 Rubel."[5]). Um den gleichen ökonomischen Effekt zu erreichen, mußten mithin immer mehr Mittel investiert werden. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität blieb hinter den Planprojektionen zurück: „Die Arbeitsproduktivität wuchs in unserer Industrie in den vergangenen vier Jahren um 14,2%, wohingegen 21,8% geplant waren. Durch die Nichterfüllung der Auflagen zur Erhöhung der industriellen Arbeitsproduktivität entstand dem Land in dieser Periode ein Produktionsver-

3) Nauka i aktual'nye problemy razvitija narodnogo chozjajstva. Sessija Obščego sobranija AN SSSR 13–14 dekabrja 1979 g., Moskau 1980.

4) Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1979 g., Moskau 1980, S. 8. Zwischen 1981 und 1990 wird die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter nur um ca. 3,8 % wachsen, wohingegen es 1971–1980 18 % waren; vgl. „Pravda" v. 27. 3. 1981.

5) Nauka i aktual'nye problemy . . ., a.a.O., S. 132.

lust von etwa 33 Mrd. Rubel. Ein großer Planrückstand ergab sich hinsichtlich der Arbeitsproduktivität im Bauwesen und im Transport, besonders dem Eisenbahntransport. Ungünstig ist auch die Ausnutzung der Grundfonds: in den vergangenen Jahren des Fünfjahrplans war die faktische Verringerung der Grundfondsleistung in der Industrie größer als im Plan vorgesehen. Chronisch unerfüllt bleiben die Planauflagen hinsichtlich der Einsparung materieller Ressourcen. Für eine Einheit Fertigproduktion verbrauchen wir 1,5 bis 2mal mehr materielle Ressourcen als entwickelte kapitalistische Länder."[6]).

4. Die UdSSR nimmt hinsichtlich der Produktion verschiedener Güter – etwa Kohle und Koks, Eisenerz, Erdöl, Mineraldünger, Traktoren, Baumwolle, Zement, Schuhe, Butter u. a. – den ersten Rang ein, weist aber bei nicht unwichtigen qualitativen Kennziffern einen Rückstand gegenüber höchstentwickelten westlichen Industriestaaten auf. „In der UdSSR wurden 1977 im Vergleich zu den USA pro Einheit Nationaleinkommen fast 1,5mal soviel Investitions-

6) Ebenda, S. 18. Ein Moskauer Ökonomieprofessor schlug in der „Pravda" vor, Betriebe nach der „Ščekino-Methode" zur Einsparung nichtausgelasteter und nichtproduktiver Arbeitskraft zu stimulieren: ihnen solle der größte Teil des eingesparten Lohnfonds verbleiben, wodurch sich die Leistungsbereitschaft der Restbelegschaft steigern ließe; und dadurch, daß auch der Staat pro eingespartem Arbeitsplatz gewisse Mittel erhalte, könne er neue Arbeitsplätze schaffen. Es könne vorkommen, daß Entlassene nicht sofort wieder in ihrem Beruf arbeiten könnten; aber ihnen stünde das Recht auf Arbeit und Mindestlohn zu („Pravda" v. 27. 2. 1981). – Dieser Vorschlag, der in der Tat ein wichtiges Problem anriß, wurde in weiteren Zuschriften erörtert. Auf diese Weise könnten „aufgeblähte und teuere Verwaltungsapparate" reduziert werden; dagegen wurde eingewandt, es sei nicht angängig, daß etwa wegen mangelnder Produktivität entlassene Doktoren der Wissenschaft die Straßen kehren müßten – dies widerspreche Art. 40 der Verfassung, der neben dem Recht auf Arbeit auch freie Berufswahl garantiere („Pravda" v. 31. 1. 1981).
Diskutiert wurde in bezug auf die ungenügende Arbeitsproduktivität auch das Problem der Fluktuation. In einer Zuschrift aus Turkmenien hieß es dazu u. a.: „Es ist wohlbekannt, daß die hohe Kaderfluktuation ein Hauptübel vieler Betriebe ist. Ihre Folgen: überflüssige Ausgaben für Vorbereitung und Umschulung ‚nomadisierender' Arbeiter, Verringerung der Arbeitsproduktivität. Nach Angaben des Moskauer Forschungsinstituts für Arbeit verringert sich bei Arbeitern, die ihr Entlassungsgesuch eingereicht haben, die Produktivität um durchschnittlich 25%. Auf dem neuen Arbeitsplatz beginnen sie erst nach 3 bis 4 Monaten, den Plan zu erfüllen. So gehen tausende von Arbeitstagen verloren. In Ašchabad hat sich in den letzten Jahren die Kaderfluktuation insgesamt verringert, sie bleibt aber beträchtlich. Im vergangenen Jahr erreichte sie in einigen Betrieben 47%, d. h. faktisch haben sich die Arbeitskollektive um die Hälfte erneuert. Hier liegen unausgenutzte Reserven zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion." Der Ausbau der sozialen Einrichtungen und die Verbesserung der Wohnverhältnisse könnten die Fluktuation erheblich eindämmen; so müsse im Plan festgeschrieben werden: „Von den Betrieben ist die unbedingte Einhaltung des Programms ihrer sozialen Entwicklung zu fordern; seine Nichterfüllung ist ebenso streng zu ahnden wie die Nichterfüllung des Plans" („Trud" v. 12. 2. 1981). Schließlich wies die „Pravda" noch auf einen weiteren zentralen Mißstand hin, der erhebliche Reserven blockiere: die zu geringe Arbeitsdisziplin. Allein in dem Jaroslavsker Motorenwerk seien im vergangenen Jahr 2500 Arbeitstage durch mangelnde Arbeitsdisziplin verlorengegangen. Parteimitglieder hätten hier eine große erzieherische Aufgabe. – Eine Zuschrift aus Leningrad bemerkte, daß zuweilen, „während der Arbeitstag in vollem Gange ist, verschiedene Versammlungen und Sitzungen einberufen werden". Mit der Arbeitszeit müsse genauso sorgsam umgegangen werden wie mit Boden, Energie und anderen Naturreichtümern („Pravda" v. 29. 1. 1981). Die Zentralzeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung schrieb zum gleichen Thema: „Immer größere Bedeutung für die Festigung der Arbeitsdisziplin gewinnen jetzt kollektive Formen der Arbeitsorganisation und -entlohnung: Bezahlung für die fertigen Erzeugnisse, Brigadeauftrag u. a. m. Dort, wo man sich von diesen Prinzipien leiten läßt, ist das Verantwortungsgefühl der Menschen für die Ergebnisse ihrer Arbeit bedeutend höher" („Neues Leben" v. 28. 1. 1981). Soziologen aus Ufa wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Arbeit soziologischer Laboratorien in verschiedenen Betrieben Baškiriens zu Verbesserungen der Leitungsmethoden, des Betriebsklimas und der Arbeitszufriedenheit geführt hätte; die Bedeutung betriebssoziologischer Forschung für die Sozialplanung müsse stärker akzentuiert werden („Pravda" v. 16. 1. 1981). Die Wissenschaftliche Arbeitsorganisation (NOT) sei ein Schlüssel zum Erfolg. Durch Einführung technisch und wissenschaftlich begründeter Arbeitsnormen, Reduzierung unproduktiver Arbeitsverausgabungen und Stillstandszeiten, durch gründliche Berufsvorbereitung und gute psycho-physiologische Arbeitsbedingungen könne die industrielle Produktion vielerorts effektiviert werden („Trud" v. 5. 2. 1981).

mittel aufgewendet; bei Stahl waren es fast 1,9, bei Elektroenergie 1,2, bei Erdöl 2, bei Zement 1,8mal soviel. Pro Einheit landwirtschaftlicher Produktion wurden in der UdSSR 1,4mal soviel Mineraldünger und 2,6mal soviel Traktoren wie in den USA aufgewendet. Das Überwiegen extensiver Wachstumsfaktoren, die hohe Materialintensität der Produktion ist einer der hauptsächlichen Gründe für die Verringerung des Wachstumstempos und der qualitativen Kennziffern der Entwicklung der Ökonomie".[7]) In der Metallerzeugung zeigte sich der Rückstand darin, daß „für jede Tonne Walzgut bei uns fast 1,5 t Stahl notwendig sind, während es in den USA etwa 1,3 und in Japan sogar nur 1,2 t sind . . . Wir stellen heute aus jeder Tonne Metall merklich weniger Fertigprodukte her als die USA, Japan, die BRD"[8]). Dieser Rückstand wird teilweise auf natürliche Faktoren (Lagerstätten, Klima, Entfernungen u. a.) zurückzuführen sein, teilweise aber auch auf Probleme der Leitung und Organisation der Arbeit). Nach Angaben des Akademieinstituts für Ökonomie arbeiten Elektromotoren in der sowjetischen Industrie jährlich 1550–1600 Stunden, in der Industrie der USA aber 2700 Stunden; entsprechend besser ist dort die Ausnutzung von Maschinen und Ausrüstungen[9]). In dem wichtigen Bereich der Stahlerzeugung waren progressive, material- und energiesparende Verfahren oft weniger weit verbreitet als in den höchstentwickelten westlichen Ländern; dies galt sogar für in der UdSSR selbst entwickelte Technologien, deren Lizenzen von ausländischen Firmen aufgekauft worden waren[10]).

Ein Leitmotiv der beiden Hauptreferate und zahlreicher Diskussionsbeiträge des Parteitags war somit die Hervorhebung der Notwendigkeit, im Rahmen einer intensiv erweiterten Reproduktion die Effektivität der Wirtschaftstätigkeit zu steigern und das Verhältnis zwischen Arbeitsaufwendungen und wirtschaftlichem Nutzeffekt zu verbessern. Hauptwege hierfür sind: Ausnutzen der Vorteile einer geplanten Wirtschaft durch die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus der Planungsarbeit, eine proportionierte Entwicklung der Wirtschaftszweige und -regionen, eine rationelle Wirtschaftsführung und Vermeidung von Verlusten; Ausschöpfen der inneren Reserven; sorgsamer Umgang mit den natürlichen Reichtümern[11]; Einsparen von Rohstoffen, Energie,

7) Nauka i aktual' nye problemy . . ., a.a.O., S. 33.
8) Ebd. S. 70–71.
9) Ebd. S. 133.
10) Ebd. S. 10.
11) Für einen sparsameren Umgang mit Ressourcen plädierten zahlreiche Briefe und Eingaben. Sparsamkeit müsse schon in den Privathaushalten beginnen, die oft nicht sorgfältig mit Gas, Strom, Warm- und Kaltwasser umgingen, weil hierfür nur eine geringe Pauschale erhoben und der Verbrauch durch keine Zähler kontrolliert werde. „Wir verbrauchen von all diesen Kostbarkeiten bedeutend mehr als wir benötigen. Unser ‚Zähler' muß hier unser Gewissen sein." Die Fernheizwerke dürften die Häuser nicht deshalb überheizen, weil sie für vermehrte Energielieferungen höhere Prämien erhielten. Abdichtungen, Ventile und Regelungssysteme müßten weitere Verbreitung finden. Viele Haushaltsgeräte verbrauchten zu viel Strom. Unter der Überschrift „Ökologie und Rost" („Trud" v. 11. 2. 1981) machte ein Autor auf die großen Verluste durch Korrosion aufmerksam, die die Metallbilanz und die Umwelt belasteten. Jährlich gingen etwa 15 Mio. Tonnen Stahl durch Korrosion verloren, die zu nicht geringen Teilen durch entsprechende Schutzmaßnahmen vermieden werden könnten. – B. Paton, Präsident der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, setzte diese Gedankengänge in einer umfangreichen Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsstandes des sowjetischen Hüttenwesens fort; durch Modernisierung sowie die Verringerung der Material- und Energieintensität seien erhebliche Wachstumsmöglichkeiten zu erschließen („Pravda" v. 27. 1. 1981).

Vorprodukten, menschlicher Arbeitskraft; Reduzierung des Aufwandes an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit pro Erzeugnis und Leistung; bessere Auslastung der Anlagen und Kapazitäten; Verbesserung der Erzeugnisqualität, rationelle Ausnutzung der Arbeitszeit; engere Verbindung von Wissenschaft und Produktion; Beschleunigung der Mechanisierung und Automatisierung der Arbeitsprozesse; Verbesserung der Organisation der Arbeit; Entwicklung der Qualifikation, Verantwortlichkeit und Bewußtheit der Arbeiter und des Leitungspersonals; allgemeine „Ökonomie der Zeit". Als Hauptaufgabe des XI. Planjahrfünfts wird mithin formuliert: „Sicherstellung des weiteren Wohlstands der sowjetischen Menschen auf der Grundlage einer stabilen, fortschreitenden Entwicklung der Volkswirtschaft, der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Umstellung der Ökonomie auf den intensiven Weg der Entwicklung, der rationelleren Ausschöpfung des Produktionspotentials des Landes, der größtmöglichen Einsparung aller Arten von Ressourcen und der Verbesserung der Qualität der Arbeit" („Pravda" v. 5. 3. 1981). Die Umstellung der Wirtschaft auf den Weg ihrer Intensivierung soll dem Referat N.A. Tichonovs auf dem Parteitag zufolge eine ähnlich tiefgreifende Bedeutung haben wie in früheren Entwicklungsperioden die Industrialisierung[12]).

In dem begonnenen Planjahrfünft sollen durch Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität um 17 bis 20% 85 bis 90% des Zuwachses des Nationaleinkommens erreicht werden. Die Arbeitsproduktivität, die sich 1976–1980 in der Industrie um 17%, in der Landwirtschaft um 15%, im Bauwesen um 11% und im Eisenbahntransport nur um 0,5% gesteigert hatte, soll 1981–1985 jeweils um 23 bis 25% (Industrie), 22 bis 24% (Landwirtschaft), 15 bis 17% (Bauwirtschaft), 10 bis 12% (Eisenbahntransport) erhöht werden („Pravda" v. 28. 2. 1981).

Die Betriebe und Produktionsvereinigungen, die bislang oft gezögert hatten, neue Technologien einzuführen, weil dies mit hohen Anschaffungskosten und einem gewissen Risiko in bezug auf die Planerfüllung verbunden war, sollen durch ein neues System von Kennziffern und Normativen sowie durch

12) Vgl. auch den Leitartikel der „Pravda" vom 18. 3. 1981 mit der Überschrift: „Intensiver Weg der Entwicklung", in dem es heißt: „Vergrößerung der Produktion ist bekanntlich auf zwei Wegen möglich. Der erste: immer mehr Fabriken mit der gleichen technischen Basis errichten, neue Arbeitsplätze schaffen, immer mehr Arbeitskräfte in die Produktion einbeziehen. Dieser Weg des Produktionszuwachses war für die frühen Etappen der Entwicklung der sozialistischen Ökonomie charakteristisch, als das Wachstum quantitativer Kennziffern an die erste Stelle gerückt werden mußte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist diese Richtung bei weitem nicht mehr überall effektiv: das Wachstum der Arbeitsressourcen verringert sich, mit jedem Jahr vergrößern sich die Ausgaben für die Erschließung und Lieferung von Rohstoffen und Brennmaterialien aufgrund der Aneignung der Reichtümer des Nordens und Ostens, immer schärfer stellen sich die Probleme der Verbesserung der Qualität der Produktion. Jetzt besteht der ökonomischere Weg zur Vergrößerung des Nationalreichtums in der Intensivierung der Ökonomik, die es erlaubt, hohe Endresultate bei rationellerer Ausschöpfung der Material- und Arbeitsressourcen, bei beschleunigter Umrüstung der Betriebe auf eine neue technische Basis, bei Einführung moderner Technologie zu erreichen. Gerade dies ergibt die Möglichkeit, die Arbeitsproduktivität entscheidend zu erhöhen und die Erzeugnisqualität zu verbessern." – Freilich hat es auch in früheren Industrialisierungsetappen wiederholt Initiativen zur Umstellung der Wirtschaft auf Intensivierung gegeben, aber erst jetzt existiert aufgrund der gewandelten objektiven Rahmenbedingungen zu diesem Entwicklungsweg keine Alternative mehr.

neu festgesetzte Großhandelspreise ökonomisch stimuliert werden, progressive Fertigungsverfahren einzuführen, sparsam mit Rohstoffen und Energie umzugehen, Grund- und Umlauffonds effektiv zu nutzen und selber qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte Produkte zu liefern. Im Rahmen der „Wissenschafts-Produktions-Vereinigungen" soll eine möglichst enge Verknüpfung von Forschung und Produktion erreicht werden, um das sehr große Wissenschaftspotential (in der UdSSR arbeiten über 1,3 Mio. Wissenschaftler – etwa ein Fünftel bis ein Viertel aller Wissenschaftler der Welt[13]) effektiv auszuschöpfen. Erhebliche Mittel werden für die technische Erneuerung und Rekonstruktion der Betriebe (die gegenüber Neubauten einen Vorrang erhalten soll), für Automatisierung, Industrie-Roboter, Mikroprozessoren, automatisierte Leitungs- und Kontrollsysteme, EDV-Anlagen u.a. bereitgestellt[14]).

Zur Sicherung des – trotz der projektierten Sparmaßnahmen – wachsenden Energiebedarfs soll im kommenden Planjahrfünft die Kohleproduktion um 7 bis 12%, die Erdgasgewinnung um 38 bis 47%, die Erdölgewinnung um 3 bis 7%, die Elektroenergieerzeugung um 20 bis 24% vergrößert werden („Pravda" v. 28. 2. 1981). Der Anteil der Wasser- und der Atomkraft an der Erzeugung elektrischer Energie soll steigen.

*Tabelle 1:*

*Struktur der Elektroenergieerzeugung (in %)*

| | *1975* | *1980* | *1985 (Plan)* |
|---|---|---|---|
| *Wärmekraftwerke* | *85,9* | *80,2* | *71* |
| *Wasserkraftwerke* | *12,1* | *14,2* | *14,8* |
| *Atomkraftwerke* | *2* | *5,6* | *14,2* |

Quelle: „Ekonomičeskaja gazeta", Jg. 1981, Nr. 12, S. 2

Die Verwendung von Wasserkraft wird in der UdSSR dadurch erschwert, daß aufgestaute Flüsse aufgrund des flachen Reliefs große Flächen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung entziehen; Probleme der – in der UdSSR seit 1954 genutzten – Atomkraftwerke liegen u.a. im Entsorgungsproblem. So werden auch die Möglichkeiten der Wind-, Sonnen- und geothermischen Energie intensiv erforscht, die jedoch noch keine volkswirtschaftliche Bedeutung besitzen. Aus Gründen des Umweltschutzes soll sich die Zahl der Wärmekraftwerke auf Torfbasis erheblich verringern. Die wissenschaftlichen Arbeiten zur Lösung der schwierigen Probleme einer gesteuerten thermonu-

13) Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1979 g., Moskau 1980, S. 107. – E. L. Manevič verweist auf einen oftmals geringen Auslastungsgrad des Arbeitsvermögens von Spezialisten (Voprosy truda v SSSR, Moskau 1980, S. 46).
14) Zahlreiche Vorschläge wurden in der Presse zur Verbesserung des ökonomischen Leitungssystems, zur verstärkten Komplex- und Territorialplanung sowie zwischenbetrieblichen und -zweiglichen Koordination unterbreitet, die angesichts der gegenwärtigen Dominanz vertikaler Leitungsformen vernachlässigt worden seien („Pravda" v. 29. 1. 1981). – Die Ministerien müßten zu größeren Einheiten zusammengefaßt werden („Pravda" v. 2. 2. 1981). Betont wurde auch die Notwendigkeit einer grundlegenden Umstrukturierung der gegenwärtigen Organisation des Rechnungswesens und vor allem der Beseitigung der Doppelarbeit bei der Registrierung der Rechnungsdaten. Schätzungen ergaben, „daß hierdurch zusätzlich etwa 400 bis 450.000 Personen freigesetzt werden können" („Trud" v. 6. 2. 1981).

klearen Synthese werden weitergetrieben, von der man sich in weiterer Zeitperspektive eine Entlastung des Energieproblems verspricht[15]).

Auch die Entwicklung der Landwirtschaft, die unter relativ ungünstigen natürlichen Voraussetzungen operiert (kurze Vegetationsperiode im Norden, Wassermangel im Süden), soll vor allem auf dem Weg der Intensivierung erfolgen. Hier sind von Bedeutung: bessere Ausnutzung der Produktionsfonds; sorgsame Pflege und Verbesserung des Bodens sowie Steigerung seiner Ertragsfähigkeit durch Meliorationsarbeiten; Stabilisierung der Futtermittelbasis für die Viehzucht, die ein Kernstück des Agrarprogramms darstellt; weitere Verwendung von (vor allem auch biologischen) Pflanzenschutzmitteln; Verbesserung der Saatzucht. Die besonders im Hohen Norden und in den Ostgebieten recht erfolgreichen Versuche zur Ausnutzung industrieller Abwärme für Treib- und Gewächshäuser sollen weitergeführt werden. Die teilweise erheblichen Verluste von Getreide, Obst und Gemüse bei der Ernte, Lagerung, Sortierung und Weiterverarbeitung, bei Verpackung, Versand und Transport sollen im Rahmen einer einheitlichen Planung und Leitung des Nahrungsmittelkomplexes verringert werden. Die Lebensverhältnisse im Dorf (wo etwa 100 Millionen Menschen leben) sollen durch Verbesserungen der Infrastruktur (Kanalisation, Wasserleitung, Verkehrsverhältnisse, kulturelle Einrichtungen, Bau von Wohnungen mit städtischem Komfort, Errichtung von industriellen Nebenbetrieben zur besseren Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials) attraktiver gestaltet werden[16]). Insgesamt erhält der agrar-industrielle Komplex fast ein Drittel aller Investitionsmittel des neuen Fünfjahrplans.

15) L. G. Davyda/A. A. Burgak, Energetika: Puti razvitija; perspektivy, Moskau 1980. Die Presse veröffentlichte zahlreiche „grüne" Zuschriften über die im Planentwurf in einem eigenen Abschnitt behandelten Fragen des Natur- und Umweltschutzes. Unter der Überschrift „Schutz der Natur für den Menschen" („Pravda" v. 16. 2. 1981) verwies ein Akademiemitglied auf die Forderung von Marx und Engels, der äußeren Natur nicht als Eroberer und Ausbeuter gegenüberzutreten, sondern sie im Prozeß der Aneignung ihrer Reichtümer zu pflegen und weiterzuentwickeln. Beunruhigend sei etwa das durch umfangreiche Bewässerungsanlagen bedingte Absinken des Wasserstandes im Kaspischen und im Aral-Meer, weiter die aus den gleichen Gründen drohende Versalzung des Azovschen Meeres. Das alte Projekt, Teile der sibirischen Flüsse nach Süden umzuleiten, müsse weiter eingehend untersucht werden. Durch das Wettrüsten würden viele Mittel gebunden, die im Rahmen des Umweltschutzes produktiv eingesetzt werden könnten. Alle Länder unseres Planeten müßten auf diesem Gebiet intensiv zusammenarbeiten, weil es sich um globale Probleme handele, die nicht im Maßstab nur eines Landes gelöst werden könnten. – Ein anderes Akademiemitglied schrieb, daß es in der UdSSR über 17 000 Pflanzenarten gebe; um diesen einzigartigen Reichtum der Flora angesichts zunehmender Industrialisierung und Urbanisierung wirksamer zu schützen, sollten u. a. die zahlreichen Naturschutzparks der UdSSR, die verschiedenen Ämtern unterstehen würden, zu einem einheitlichen System zusammengefaßt werden („Pravda" v. 20. 2. 1981). Die Industrie müsse giftige Substanzen in geschlossenen Kreisläufen verarbeiten und unschädlich machen („Pravda" v. 17. 2. 1981), die Ökologie in größerem Umfang Gegenstand der universitären Lehre und Forschung werden („Leningradskaja Pravda" v. 11. 2. 1981). – In Kazachstan und Mittelasien könnten verstärkt Sonnen- und Windenergie ausgenutzt werden, die die Umwelt nicht belasteten; entsprechende Versuchsanlagen hätten sich als durchaus rentabel erwiesen („Pravda" v. 5. 1. 1981). Erfahrungen beim Umweltschutz wurden auch in der Regionalpresse erörtert (vgl. „Sovetskaja Tatarija" v. 5. 2. 1981). Die Rolle der lokalen Sowjets müsse erhöht, daher der Planentwurf ergänzt werden: „Bei der Ausarbeitung der Projekte für den Bau und die Rekonstruktion von Betrieben ist in jedem Fall die Meinung der örtlichen Machtorgane zu Fragen des Schutzes der Natur . . . zu berücksichtigen" („Pravda" v. 8. 1. 1981). – Umweltfragen müßten in die Bewegung des sozialistischen Wettbewerbs einbezogen werden („Pravda" v. 12. 2. 1981).

16) Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten dieser Entwicklung werden in der gegenwärtigen sowjetischen „Dorfprosa" thematisiert.

Voraussetzung und Folge der Produktions- und Arbeitsproduktivitätssteigerung in Industrie und Landwirtschaft ist eine Verbesserung der Lebensverhältnisse. Die Realeinkommen der Bevölkerung sollen um 16 bis 18% steigen (der Durchschnittslohn der Arbeiter und Angestellten um 13 bis 16%, das Arbeitsentgelt der Kolchosbauern um 20 bis 22%). Grundlage hierfür ist das raschere Wachstum der industriellen Konsumgüterbereiche (die Abteilung „A" soll um 26 bis 28%, die Abteilung „B" um 27 bis 29% wachsen) sowie die Vergrößerung des staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandelsumsatzes (um 22 bis 25%). Ausbau und Verbesserung der Einzelhandelsgeschäfte, Dienstleistungszentren, Reparaturwerkstätten, öffentlichen Speiseeinrichtungen sind von großer Bedeutung, da die Reproduktion des täglichen Lebens, die Besorgung seiner „tausend Kleinigkeiten", in der UdSSR oft recht zeit- und energieaufwendig ist (und insbesondere den freien Zeitfonds der Frauen reduziert)[17]). Ein relativ starkes Wachstum (20%) sollen die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhalten, die Zahlungen und Leistungen für Bildung und Qualifikation, medizinische Betreuung, Beihilfen, Stipendien, Renten, Wohnungsbau, Urlaubsgeld u.a.

Die Mindestlöhne sollen auf monatlich 80 Rubel angehoben werden. An den branchenmäßigen Differenzen sollen anscheinend keine weitergehenden Änderungen vorgenommen werden; zur Zeit liegen die Löhne der Arbeiter und Angestellten in der Industrie, im Bauwesen und im Transport über dem Durchschnitt, in den nicht unmittelbar produktiven Bereichen unter diesem (den Durchschnittslohn mit 100% angenommen, bezifferten sich 1979 die Löhne in der Industrie auf 110,5, im Bauwesen auf 120,4, im Transport auf 118,1; in der Post auf 87,3, in Handel und Versorgung auf 78,9, in Gesundheitsdienst und Sozialversorgung auf 72,9, in der Volksbildung auf 81,6, im Kulturbereich auf 64,1, im Kredit- und Versicherungswesen auf 92,8, in der Staatsverwaltung auf 90,5[18]). Die nicht sehr ausgeprägten Lohndifferenzen zwischen Arbeitern und Ingenieuren/Technikern werden nicht grundlegend verändert; in der UdSSR verdient ein qualifizierter Facharbeiter nicht selten mehr als ein diplomierter Spezialist. Verschiedentlich wird für eine stärkere Differenzierung plädiert; so schrieb der Leiter der Abteilung Arbeit des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, daß, „wenn die gegenwärtige Tendenz beibehalten wird, dies zu einer Angleichung der Löhne der Ingenieure und Techniker an die der Arbeiter führen kann, was unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht als wünschenswert anzusehen ist"[19]). Im historischen Verlauf der Industrialisierung ist die genannte Differenz immer geringer geworden.

17) N. M. Šiškan, Social'no-ekonomičeskie problemy ženskogo truda, Moskau 1980; A. Milovidov, Naš bjudžet žizni', „Pravda" 15. 7. 1980.

18) Berechnet nach: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1979 g., Moskau 1980, S. 394 - 395.

19) N. Rogovskij, Aktual'nye voprosy povyšenija effektivnosti truda, in: Socialističeskij trud, Jg. 1981, Nr. 1, S. 16 - 23, hier S. 20.

*Tabelle 2:*

*Einkommensrelationen der Arbeiter, Angestellten und Spezialisten in der sowjetischen Industrie 1932–1979*

| | *Arbeiter* | *Angestellte* | *Spezialisten* |
|---|---|---|---|
| *1932* | *100* | *152* | *272* |
| *1940* | *100* | *111* | *215* |
| *1950* | *100* | *93* | *178* |
| *1960* | *100* | *82* | *151* |
| *1970* | *100* | *85* | *136* |
| *1979* | *100* | *79* | *116* |
| *1979 in Rubel* | *180,3* | *142,9* | *208,9* |

Ausgangsdaten nach: G. Meyer (Hrsg.), Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR, Köln 1980, S. 373; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1979 g., Moskau 1980, S. 394.

Der Wohnungsbau soll weiterhin schwerpunktmäßig gefördert werden. Zur Zeit entfallen auf einen städtischen Einwohner etwa 13 $m^2$ Wohnnutzfläche (ohne Küche, Flur u. a.); zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten existieren offenbar keine ausgeprägten Unterschiede hinsichtlich der Wohnraumausstattung. In jedem Jahr des neuen Planjahrfünfts sollen über 100 Mio. $m^2$ Wohnfläche gebaut werden („Pravda" v. 5. 3. 1981).

Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Lebensverhältnisse stehen in enger Wechselwirkung mit der Entwicklung sozialistischer Demokratie und Partizipation. Bei Weiterentwicklung der Versorgungs-, Dienstleistungs- und Freizeiteinrichtungen kann sich – wenn andere Faktoren wie z. B. Arbeitsplatzzufriedenheit und Berufsqualifikation in die gleiche Richtung wirken – das Interesse der Arbeitsbevölkerung an der Mitentscheidung betrieblicher und allgemeinpolitischer Fragen vergrößern. Ihrerseits ist die Mitarbeit in politischen und gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Jugendverband, Partei, Sowjets, Volkskontrollorgane, Ständige Produktionsberatungen), in den Arbeitskollektiven und Betriebsversammlungen, in den freiwilligen Vereinigungen auf Betriebsebene zur Mitwirkung an Leitungsaufgaben (Gesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren, wissenschaftlich-technische Gesellschaft, gesellschaftliches Konstruktionsbüro u. a.) Voraussetzung für eine beschleunigte Produktions- und Produktivitätsentwicklung[20]). Auf die Bedeutung der Mitwirkung an den Massenmedien ist eingangs hingewiesen worden[21]). Das gesellschaftlich-politische Bewußtsein

20) In diesen Vereinigungen sind teilweise größere Kontingente der Betriebsbelegschaften zusammengeschlossen. 1980 wurden 139 300 Ständige Produktionsberatungen mit 5,9 Millionen Mitgliedern (davon 3,7 Millionen Arbeitern) gezählt; die Allunionsgesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren vereinigte über 11 Millionen Arbeiter, Angestellten und Spezialisten; vgl. „Ekonomičeskaja gazeta", Jg. 1981, Nr. 7, S. 8. – Zum aktuellen Stand der Partizipation vgl. N. N. Bokarev, Rassširenie učastija trudjaščichsja v upravlenii proizvodstvom, Moskau 1979 (mit Bibliographie), zur historischen Entwicklung u. a. G. Meyer, Sozialstruktur sowjetischer Industriearbeiter Ende der zwanziger Jahre, Marburg/L. 1981.

21) Die „Pravda" vom 20. 3. 1981 veröffentlichte einen längeren Bericht von Angehörigen des Bagger-Werks der Stadt Kalinin über ihre Erfolge und Mißerfolge bei der Durchsetzung des Sparsamkeitsprinzips im Betrieb; Belegschaften weiterer Fabriken wurden von der Redaktion aufgefordert, ihre entsprechenden Erfahrungen in der neu eingerichteten Rubrik „Die Wirtschaft muß sparsam sein" zu publizieren.

ist für die ökonomische und soziale Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung. Es hat in einer Gesellschaft, die den Warencharakter der Arbeitskraft abstreift, jene antreibenden und disziplinierenden Wirkungen zu ersetzen, die in nichtsozialistischen Systemen von Arbeitsmarkt, Konkurrenz, Sorge um den Arbeitsplatz ausgehen. Gerade wenn keine Arbeitslosigkeit existiert, wenn Entlassungen durch die Bestimmungen des Arbeitsrechts sehr erschwert sind (ohne Einwilligung der gewerkschaftlichen Grundorganisationen sind sie in der UdSSR nicht möglich) und eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften fast aller Qualifikationsgruppen existiert, ist die Entwicklung des Bewußtseinsfaktors, der „politischen Kultur" in den Betrieben und Institutionen, des Eigentümerverhaltens und der sozialistischen Einstellung der Wirtschaftssubjekte zu Arbeit und Eigentum ein produktiver Faktor ersten Ranges. So soll im Fünfjahrplan, neben der beruflichen Qualifizierung, auch die politische Bildung weiterentwickelt werden.

Im Rahmen der intensiven Industrialisierungsphase müssen sich auch die subjektiven Qualitäten des Leitungspersonals ändern. Gefragt sind nicht Personen, deren Haupttätigkeit darin besteht, um möglichst niedrige Planauflagen und hohe Ressourcenzuteilungen zu kämpfen und Mißerfolge stets auf objektive Ursachen zurückzuführen, die in der täglichen Verwaltungsroutine ersticken und Planung als bloße Fortschreibung des Status quo begreifen. Sie müssen Initiativen der Betriebskollektive, neuen Technologien und sich wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen gegenüber aufgeschlossen sein. Dies verlangt neben beruflicher und politischer Qualifizierung und organisatorischen Fähigkeiten auch, wie es im Plandokument heißt, einen „sozialistischen Unternehmungsgeist".

Der neue Fünfjahrplan ist in den aktuellen außenpolitischen Kontext eingebettet. Die Vorschläge des XXVI. Parteitags zur Verringerung des Krisenpotentials in der internationalen Politik dienen der außenpolitischen Absicherung der Planziele. Aber die Fortsetzung des Entspannungsprozesses, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, Verhinderung eines Nuklearkrieges und möglichst dauerhafte Friedenssicherung sind nicht nur für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung der UdSSR eine conditio sine qua non.

# Zur Entwicklung in Nordirland

Von Bodo Grimm-von Schönberg

Durch den Tod von Robert Sands und inzwischen vier weiteren Insassen des H-Blocks im Maze-Gefängnis ist Irland erneut in die Schlagzeilen gekommen. Den Erklärungen, die hierzulande aus solchen Anlässen angeboten werden, haftet Mystisches an: Junge Menschen hungern sich für die Anerkennung als politische Gefangene zu Tode, weil es Fanatiker sind, Terroristen, politische und psychologische Abweichler. Ein Klima des Hasses, religiöse Bigotterie sollen die Gründe für den Terror sein, ein Zirkel der Irrationalität, aus dem es keinen Ausweg zu geben scheint: „Wer sich mit der nordirischen Szene befaßt hat, möchte jetzt am liebsten wegblicken: das Schauspiel bleibt eine permanente Tragödie, heillos, ohne Hoffnung."[1]) In Nordirland finde ein „Krieg der Kinder" statt, die das spielen, was sie seit Tagen am liebsten spielen, Krieg gegen die Engländer"[2]). Die scheinbar abschließende Aufzählung möglicher Lösungsvarianten: Rückzug englischer Truppen, Zusammenschluß mit der Republik oder Bildung eines autonomen Staates – all dies führe allenfalls zur Verschärfung des Bürgerkrieges. Der Konflikt – so der „stern" weiter – scheint unlösbar und besonders zu bedauern sei England, das so gern seine Truppen aus der Provinz abziehen möchte – aber „die Kinder mit den Masken, Steinen und Molotow-Cocktails haben die britische Hoffnung zerstört, sich aus der traurigsten Ecke des Vereinigten Königreiches davonschleichen zu können. Sie haben wieder Krieg angezettelt, wo der Friede so nahe schien".

Ungeachtet der Oberflächlichkeit solcher Beurteilungen hat die Situation in Nordirland für Außenstehende einen Grad der Verwirrung erreicht, der politische Einschätzung und Strategiefindung äußerst schwierig macht[3]).

*Geschichte und Geschichtsbewußtsein*

Zum Verständis des aktuellen Konflikts in Nordirland sei zunächst auf ein „irisches Spezifikum" verwiesen – ein im Norden wie im Süden anzutreffendes Geschichtsbewußtsein (was nicht analytische Beschäftigung mit der Geschichte heißt), das 800 Jahre umfaßt, die 600 Jahre englische Unterdrückung einschließen.

Die Unterdrückung nationaler Identifikationsfaktoren wie Sprache, Kultur und Religion sowie Ausrottung, Ausbeutung und Vertreibung betrafen das

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 6. 5. 1981.
2) „stern", Nr. 21/1981.
3) Dies gilt auch für das westdeutsche Irland – Solidaritätskomitee, das alles Linksradikale bis Anarchistische, was die nordirischen Grüppchen produzieren, unkritisch gutheißt, sowie für das Buch von W. Giebel, Das kurze Leben des Brian Stewart, Berlin 1981, in dem z.T. versucht wird, auf Kosten der Tatsachen die Provos zur revolutionären Bewegung zu stilisieren.

gesamte irische Volk. Eine Entwicklungsgeschichte, die vom äußeren Gegensatz zweier Nationen lebt und sich so als konstantes ideologisches Moment hält und politisch wirkt. Dies gilt auch für die protestantische Bevölkerung in Ulster, künstlich aus englischen und schottischen Siedlern gebildet, reflektiert sie doch in der Geschichte den englisch-irischen Gegensatz als Ganzes und kann so, trotz sozialer Differenzierung, den internen Klassenkonflikt durch die gemeinsame Ideologie noch weitgehend verklammern.

Der historisch entstandene Klassenkompromiß auf katholischer wie auf protestantischer Seite wird zuerst dort brüchig, wo der äußere Widerpart in den Hintergrund tritt. Dies ist vor allem in der Republik Irland der Fall, wo schon mit Bildung des Freistaates der historische Block sein gemeinsames Ziel, die bürgerlich-nationale Revolution zumindest teilweise erreicht hatte.

Die Geschichte Irlands ist wesentlich durch die koloniale und, für unsere Tage, neokoloniale Ausbeutung durch England bestimmt[4]). Die endgültige Unterwerfung der Insel durch Cromwell im 17. Jh. zerstörte eine Sozialstruktur, die noch wesentlich durch eine archaische Produktionsweise – basierend auf Stammeseigentum – bestimmt war[5]). Die Unterwerfung schloß die Zerstörung der nationalen Kultur und der Religion ein. Die Schaffung einer loyalistischen Herrschaftsschicht in Irland wurde über die Ansiedlung protestantischer schottischer und englischer Grundbesitzer erreicht, die in Ulster, einem Hauptzentrum des früheren Widerstandes, konzentriert wurden. Um 1700 waren nur noch 15% des gesamten irischen Grundbesitzes in Händen von Katholiken, wobei, abgesehen von Ulster, ein Großteil der protestantischen Grundbesitzer nicht nur englischer Herkunft, sondern auch weiterhin in England ansässig war. Entsprechend dem Entwicklungsstand der Kolonialmacht wurden der Insel die Produkte ihrer Landwirtschaft und vor allem die Menschen entzogen. Irland stellte das Arbeitskräftepotential für die sich entwickelnde englische Industrie und dies hat sich im wesentlichen bis heute fortgesetzt. „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" von Friedrich Engels zeichnet ein Bild des sozialen Elends der irischen Arbeiter im 19. Jh.[6]). Die Geschichte der Ausbeutung des Landes ist zudem eine Geschichte der Ausrottung. Die irische Hungersnot von 1847/48 ist das wohl bedrückendste Beispiel. „Hagel, Frost und Kartoffelpest vernichten 1947 die irische Ernte. Eine Katastrophe für die Landbevölkerung, die sich meist von Kartoffeln ernährt. . . . Eine Million Iren sterben an Hunger und Cholera."[7]) Mehr als doppelt so viele Iren wanderten auf den Emigrationsschiffen nach Amerika und Australien aus. Die Hungersnot in Irland war begleitet von Getreide- und Fleischexporten nach England, deren Umfang für die Ernährung der irischen Bevölkerung mehr als ausreichend gewesen wäre, sowie von der Vertreibung der Kleinbauern, soweit sie die Pachtabgaben an die englischen Grundbesitzer nicht hatten zahlen können.

4) Zu Irland gibt es leider kaum deutschsprachige Literatur. Zum Aspekt „Geschichte" und „Vorgeschichte" vgl. T.A. Jackson, Ireland her Own. An Outline History of the Irish Struggle, London 1976.
5) Ebd., vor allem Kapitel I und II.
6) Ähnliche Beschreibungen finden sich bei Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1.
7) „stern", Nr. 21/1981.

Aber die irische Geschichte ist nicht nur die der Unterdrückung, Ausbeutung und Not, sondern auch Geschichte des Widerstandes, des Kampfes um nationale Unabhängigkeit, wobei sich in allen großen Widerstandsbewegungen seit 1798 auch soziale Forderungen finden. Die Führer des Aufstandes von 1798 waren vorrangig von den Inhalten der französischen Revolution inspiriert, Wolfe Tones Orientierung auf die „men of no property" oder Henry Joy McCrackers Aussage „die Reichen verraten immer die Armen"[8]) zeugen von der Reflexion der sozialen Problematik im Rahmen des nationalen Befreiungskampfes. Der Kampf von Stewart Parnells „Land-League" gegen Ende des 19. Jh. stützte sich vor allem auf die große Masse der Kleinbauern, um auf politischem Wege die Unterdrückung durch den englischen Großgrundbesitz zu beenden.

Die Niederschlagung bewaffneter Erhebungen durch englisches Militär und die unzureichenden Erfolge politischer Bewegungen führten schon im 19. Jh. zu einem Erstarken terroristischer Widerstandsformen, der Bildung von Geheimbünden, wie der Fenier, die ihr „Hinterland" in irischen Organisationen in den USA fanden. Die Fenierbewegung und ihr Nachfolger, die IRB (Irish Republican Brotherhood) bilden die politisch-organisatorische Tradition der IRA des 20. Jh.

Die nationalistischen Bestrebungen konzentrierten sich auf den Süden der Insel. Im Norden kam es unter der Dominanz protestantischer Bevölkerung zu einer sozial und politisch anderen Entwicklung. Dort konnte die industrielle Ausbeutung irischer Arbeitskräfte im Lande selbst vor sich gehen. Während der Süden weiterhin auf landwirtschaftliche Produktion ausgerichtet war, kam es im Norden, vor allem in der Region um Belfast, zur Konzentration von Industrie. Ende des 19. Jh. waren dreiviertel der Industrie Irlands um Belfast angesiedelt. Die politische und vor allem wirtschaftliche Verbindung mit England war für die protestantische Bourgeoisie lebenswichtig und aus diesem Grunde wurden alle nationalistischen Bestrebungen, Irland Selbstständigkeit (Home-Rule) im Rahmen des britischen Empires zu gewähren, aufs äußerste bekämpft.

Um die Anbindung zumindest dieser Region aufrechtzuerhalten, wurde auch das Mittel eines Bürgerkrieges angedroht. Mit stillschweigender Billigung von Westminster wurden in Ulster paramilitärische protestantische Organisationen, vor allem die UVF (Ulster Volunteer Force) (1912) aufgebaut und mit Waffen ausgerüstet. Bürgerkriegsdrohungen, politischer Widerstand durch das House of Lords und die britischen Konservativen sowie letztlich der Ausbruch des Ersten Weltkrieges führten zu einer ständigen Suspension des Home-Rule-Gesetzes, das im Süden vor allem von kleinbürgerlichen und bourgeoisen Kreisen gestützt wurde[9]).

8) Vgl. Thomas Pakenham, The Year of Liberty, London 1969 und Sean Cronin/Richard Roche, Freedom The Wolfe Tone Way, Tralee 1972.

9) Vgl. Michael Farrel, Northern Ireland: The Orange State, London 1976; Patrick Buckland, Ulster Unionism. And the Origins of Northern Ireland 1886 to 1922, Dublin 1973.

Die Einführung nationaler Teilautonomie durch die herrschenden Kreise in London und Dublin wurde verhindert durch den Aufstand radikal-republikanischer Kräfte Ostern 1916. Die Erhebung wurde von unterschiedlichen sozialen und politischen Kräften getragen. Kleinbürgerlich republikanische Elemente des IRB und dessen militärischer Organisation, die Irish Volunteers, kämpften zusammen mit den Traditionalisten des Alten Ordens der Hibernier (IAA) und der Irish Citizen Army des sozialistischen Gewerkschaftsführers James Connolly. Weniger als tausend schlecht bewaffnete Aufständische leisteten einer englischen Übermacht in Dublin eine Woche erbitterten Widerstand[10]). Die absehbare vollständige Niederlage wurde im Nachhinein zu einem historischen Sieg, weil das brutale Vorgehen Englands, das 15 Anführer des Aufstandes ermordete und mehr als 2000 Iren internierte – weit mehr also, als an dem Aufstand teilgenommen hatten –, einen Stimmungsumschwung in der irischen Bevölkerung hervorrief, die der Erhebung zuerst feindlich gegenüber gestanden hatte. Die Sinn Fein-Partei, 1908 gegründet und politischer Vertreter des radikalen Republikanismus, errang in den Wahlen von 1918 für das Parlament in Westminster einen überwältigenden Wahlsieg mit 73 von 105 möglichen Sitzen. Die Rebellen von 1916 waren zu Märtyrern und Volkshelden geworden, Nationalismus und Republikanismus erlebten eine Hochkonjunktur. Die Sinn Fein-Abgeordneten nahmen ihre Parlamentssitze nicht wahr, sondern konstituierten in Dublin das Dail Eireann, das erste, wenn auch illegale irische Parlament, dessen Präsident Eamon dealera wurde, Teilnehmer des Osteraufstandes und gewählt, obwohl er im Gefängnis saß[11]).

Die Bildung des Dail als legitimierte Regierung Irlands war der Ausgangspunkt des irischen Befreiungskrieges, der 1920 mit der Gründung eines irischen Freistaates aus 26 Grafschaften und einem Gebilde aus 6 Grafschaften im Norden endete. Dieser Krieg war im wesentlichen Guerillakrieg, da die IRA, damals noch Armee einer bestehenden Gegenregierung, weder zahlenmäßig noch von der militärischen und organisatorischen Ausstattung her eine offene Auseinandersetzung mit der irischen Polizei (RIC) und den britischen Verbänden der Black and Tans und Auxilairies eingehen konnte. Taktische Elemente dieses Krieges werden heute, losgelöst von allen historischen Einbindungen, von der provisional IRA (IRA (p)) weiter angewandt: individueller Terror, Hinterhalte und die Zerstörung britischen oder pro-britischen Eigentums. Parallel zu den militärischen Auseinandersetzungen versuchte das Dail, eine Gegenadministration sowie ein eigenes Gerichts-, Polizei- und Finanzwesen aufzubauen.

England war in diesem Krieg unfähig, einen militärischen Sieg zu erringen. Um seine Einflußsphäre nicht zu verlieren, wurde die Teilung der Insel ver-

10) Vgl. Hans-Christian Kirsch, Rebellen in Dublin, Frankfurt 1981; trotz anekdotischer Erzählweise wichtig, weil zugänglich.

11) DeValera kann somit als erstes Vorbild von Robert Sands dienen. Zur historischen Entwicklung nach dem Osteraufstand vgl. vor allem: Roger Faligot, La Résistance irlandaise, Paris 1977; Calton Younger, Irelands Civil War, Glasgow 1968; J. Bowyer Bell, The Secret Army. A History of the I.R.A. 1916–1970.

12) Formal gehörten der I.R.A. zwischen 25000 und 30000 Mitglieder an, von der die Mehrzahl nie an Kampfhandlungen teilnahm und auch nicht in Besitz von Waffen war.

traglich vereinbart, die Nordirland direkt mit England verband und über den Dominionstatus des Freistaates auch dort die Wahrnehmung englischer Interessen gewährleistete. Dieser Vertrag war möglich durch die Ausnutzung der politischen und sozialen Heterogenität der republikanischen Bewegung. Um eine weitere Radikalisierung der Sinn Fein zu vermeiden, lenkte das Kleinbürgertum zugunsten dieses, in seinem Sinne ausreichenden Kompromisses ein.

Die Abspaltung des Nordens sicherte nicht nur die Entwicklung der dort ansässigen Bourgeoisie, die ihre wirtschaftlichen Interessen in einem einheitlichen und damit überwiegend landwirtschaftlich orientierten Irland gefährdet sah. Auch der protestantische Teil der Arbeiterklasse konnte seine Privilegien gegenüber den katholischen Arbeitern in einem protestantisch-loyalistisch dominierten Gebilde besser verteidigen. Die religiös konstituierte Arbeiteraristokratie des Nordens nahm an den Progromen der 20er Jahre gegen die katholische Bevölkerung teil und war ein Rekrutierungsfeld der UVF, die zu dieser Zeit 100000 Mitglieder zählte (im Vergleich dazu hatte die IRA während des Befreiungskrieges ca. 5000 militärisch aktive Mitglieder)[12]).

Die Drohung mit einem umfassenden Bürgerkrieg trug mit dazu bei, daß einer Teilung der Insel seitens der republikanischen Verhandlungspartner zugestimmt wurde. Das damals gebildete Nordirland trägt zwar auch den Namen Ulster, hat aber mit dem ursprünglichen Königreich nichts mehr zu tun, da die Grafschaften mit überwiegend katholischer Bevölkerung aus dem Verband ausgegliedert wurden, um die protestantische Herrschaft zu sichern. „In den drei von Ulster ausgeschlossenen Grafschaften gibt es etwa 70000 Unionisten und 260000 Sinn Feiner. Wenn man diesen großen Block von Sinn Feinern und Nationalisten hinnehmen würde, würde unsere Mehrheit auf eine niedrige Marke schrumpfen und kein halbwegs erfahrener Politiker würde unter diesen Umständen ein Parlament bilden."[13]) So der Premier Craig im Jahre 1920. Zur Sicherung des Herrschaftssystems wurden Wahlkreise so gebildet, daß auch bei einer katholischen Mehrheit, wie z. B. in Derry oder Teilen Belfasts, eine Majorität protestantischer Repräsentanz gesichert blieb. Zusätzlich wurde ein Unterdrückungsapparat mit Sondergesetzen und einem Hilfspolizistensystem, den B-Specials, aufgebaut, der alle nationalistischen Bewegungen lange Zeit wirksam unterdrücken konnte[14]).

Im südirischen Freistaat zerbrach die Koalition der Republikaner. In einem zweijährigen Bürgerkrieg, in dem die pro-Freistaat-Gruppe von England militärisch unterstützt wurde, konsolidierte sich die nationale Bourgeoisie im Bündnis mit dem Kleinbürgertum und großen Teilen der Bauernschaft. Wesentliche Stütze des Systems war die katholische Kirche, die zumindest in ih-

13) Zit. nach W. Giebel, a.a.O., S. 16.

14) B-Specials waren Teilzeitpolizisten, fast ausschließlich Protestanten die gleichzeitig paramilitärischen Orangisten-Verbänden angehörten. Dies hat auch heute – nach Auflösung der Specials – noch Auswirkungen, weil durch diese Organisation die Mehrheit der Mitglieder der paramilitärische Verbände der Protestanten im Besitz von Waffenscheinen ist. Illegaler Waffenbesitz, der wie bei Bobby Sands 14 Jahre Zuchthaus nach sich zieht, ist aus diesem Grunde fast nur bei Katholiken möglich.

rem Mittelbau während des Befreiungskrieges mit den Republikanern sympathisiert hatte. Die IRA, obwohl nicht eindeutig militärisch besiegt, verlor an Einfluß, vor allem, weil es ihr nicht gelang, die notwendigen politischen und ideologischen Konsequenzen aus der inneren Spaltung der republikanischen Bewegung zu ziehen. Die Uneinheitlichkeit dieser Bewegung zeigte sich besonders deutlich in den 30er Jahren, als aus der IRA zum einen die faschistische Bewegung der Blue, Shirts des Generals O'Duffy rekrutierte, andererseits ein Teil der IRA auf Seiten der spanischen Republik im Bürgerkrieg kämpfte. Die politische und militärische Führung der IRA unter Russel, Sullivan und O'Donovan versuchte die Unterstützung des deutschen Faschismus für ihre traditionell republikanischen Ziele zu bekommen. Scheiternde Bombenkampagnen in England, Free-State und Republik, sowie in Nordirland die Unfähigkeit, eine klare politische Linie zu entwickeln, führten zu einem Niedergang der IRA wie auch des politischen Flügels, der Sinn Fein[15]).

Die Entwicklung des Nordens nach der Teilung stand unter dem Vorzeichen einer immer engeren politischen und ökonomischen Anbindung an England, das Abschneiden von dem eigenen Hinterland bestimmte die Wirtschafts- und Sozialstruktur. Der Freistaat blieb ebenfalls dem englischen Wirtschafts- und Handelsdiktat unterworfen. Eine konkurrenzfähige Industrie konnte sich bei einem ungeschützten nationalen Markt nicht herausbilden, die Dominanz landwirtschaftlicher Produktion blieb erhalten mit allen negativen Einflüssen auf die Handelsbilanz und die Entwicklung der Sozialstruktur. Der Freistaat blieb Absatzmarkt für englische Industrieprodukte und ein Reservoir des englischen Arbeitsmarktes. Die politische Abhängigkeit des Dubliner Parlaments zeigte sich am deutlichsten an dem Treueschwur, den jeder Abgeordnete für den englischen König leisten mußte.

Eine teilweise Wende begann mit dem Eintritt Eamon DeValeras in die Regierung. DeValera, Führer der IRA im Bürgerkrieg, hatte sich Ende der 20er Jahre von der IRA/Sinn Fein getrennt und mit seiner neuen Partei, der Fianna Fail, einen politischen Wandel innerhalb des Free-State Systems angestrebt. Unterstützt von der Mehrheit der Bauernschaft, großen Teilen der Arbeiterschaft und mit stillschweigender Duldung seitens der Sinn Fein gelang ihm ein Regierungswechsel. Auch eine gemäßigte nationale Entwicklung konnte nur im offenen Gegensatz zu England erreicht werden. Durch einen Handelskrieg mit England, Schutzzöllen gegen englische und nordirische Produkte sowie die Verweigerung von Steuerabgaben leitete DeValera eine politische Loslösung von London ein, die mit der Gründung von Eire – der Republik Irland – im Dezember 1937 ihren ersten Abschluß fand. Die Republik war die teilweise Realisierung des republikanischen Traums und zugleich die Besiegelung der irischen Teilung durch den Süden. Sie war auch ein weiteres verschärfendes Moment für den Niedergang der Republikanischen Armee und ihrer politischen Partei. Die Auflösung dieses Anachronismus fand organisatorisch 1969 statt, als die Linksentwicklung innerhalb der Bewegung, die seit Beginn der

15) Vgl. J. Bowyer Bell, a.a.O. und Maria Luisa Sanches/Luis Reyes, IRA 60 anos de guerilla, Madrid 1976.

60er Jahre eingesetzt hatte, sich in der organisatorischen Spaltung in „officials" und „provisonals" manifestierte[16]). Während die „officals" eine Hinwendung zu sozialistischen Positionen vollzogen, die 1978 in der Umbenennung der Sinn Fein in „Sinn Fein The Workers Party" ihren Niederschlag fand, sammelten sich traditionell republikanische, rechtskatholische und kleinbürgerlich-linksradikale Elemente in der IRA (p), die bis heute die Strategie des Terrors im Rahmen einer diffusen politischer Programmatik fortsetzt.

Die IRA (p) wurde zum gerngenutzten Werkzeug sowohl im Süden als auch in Nordirland. Materielle Unterstützung zum Aufbau ihrer Guerilla-Truppen erhielt sie nicht nur durch die amerikansichen Clan na Gaels, sondern auch durch die herrschenden Kreise in der Republik. Hier spielte auch der jetzige Ministerpräsident der Republik, Charles Haughey (1969 war er Finanzminister), eine traurige Rolle. In seiner Eigenschaft als Finanzminister zahlte er 20 500 Pfund an den deutschen Waffenhändler Otto Schleuter. Die beschafften Waffen sollten der provisional IRA in Nordirland zur Verfügung gestellt werden[17]). Die Unterstützung der Provos durch die Fianna Fail diente vorrangig dem Ziel, die republikanische Bewegung zu spalten, die durch ihren politischen Wandel zur Gefahr zu werden drohte. Mitte der 70er Jahre konnten die Provos direkt gegen die sozialistische Sinn Fein eingesetzt werden, mehrere bekannte Mitglieder der Partei fielen Mordanschlägen zum Opfer[18]).

In Nordirland spielt die sektiererische Politik des Terrors heute noch eine wesentliche Rolle im Sinne der englischen Regierung und der protestantischen Bourgeoisie, für die es immer wichtiger wird, angesichts der sich ständig verschlechternden sozialen Bedingungen die Spaltung der Arbeiterklasse durch religiösen Fanatismus aufrechtzuerhalten.

*Strukturmomente der nordirischen Entwicklung*

Das effektive Unterdrückungssystem durch Sondergesetze seit 1922, einen ausgedehnten Polizeiapparat, Wahlkreismanipulation und die Bindung des Wahlrechts an Besitzstand konnten im Verein mit der religiösen Diskriminierung der Katholiken ein haltbares Integrationssystem für den protestantischen Bevölkerungsteil schaffen. Die gezielte Schaffung einer religiösen Arbeiteraristokratie belegt das Faksimile eines Bewerbungsbogens des Arbeitsministeriums aus den 30er Jahren, wo in der Spalte „Grund für die Ablehnung der Einstellung" das lapidare Wort „Religion" steht[19]). Soziale, politische und gesellschaftliche Privilegierung der Protestanten schufen dort die Motivation zum Schutz des nordirischen Staates, was sich auch in der Mitgliedschaft in den Paramilitärischen Organisationen der Loyalisten, der UDA, UFF und UVF ausdrückte. Auf seiten der Katholiken konnte so der soziale Sprengstoff in sektiererische Bahnen gelenkt werden, der Hauptgegensatz stellte sich für sie

16) Vgl. ebd.
17) „United Irishman", No. 6 (June), 1978.
18) „United Irishman", No. 10 (October), 1978 u. No. 11 (November), 1975.
19) Vgl. W. Giebel, a.a.O., S. 16.

dar in den klassenmäßig gleichgestellten protestantischen Arbeitern, die nicht als Verbündete, sondern als privilegierte Konkurrenten auftraten.

Die Northern Ireland Civil Right Association (NICRA) brachte mit ihren Friedensmärschen das nordirische System zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder zum wanken. In der NICRA fanden sich Sozialisten, Kommunisten, Republikaner, Gewerkschafter und Intellektuelle über die Religionsgrenzen hinaus zusammen. Ihre Forderungen waren: Gleiches Wahlrecht für alle (one man – one vote); demokratische Aufteilung der Wahlkreise; Gesetze gegen die Diskriminierung bei der Arbeits- und Wohnungssuche, gleiches Wohnrecht für alle; Aufhebung der Notstandsgesetze; Auflösung der B-Specials. Aufgehetzt durch den protestantischen Demagogen Ian Paisley griffen bewaffnete protestantische Banden die Friedensmärsche an, um mit Schüssen, Steinen und Brechstangen diese Bewegung zu unterdrücken[20]). Die Forderungen der NICRA sind bis heute nur teilweise durchgesetzt (Auflösung der B-Specials und gleiches Wahlrecht), auf der anderen Seite gelang es den herrscenden Kreisen nicht, die Bewegung zu zerschlagen, wohl aber eine Radikalisierung des Konflikts und die Stärkung sektiererischer Positionen zu fördern. Straßenschlachten zwischen Katholiken und Protestanten sind zumindest in Derry und Belfast seit 1969 nordirischer Alltag. Im katholischen Viertel Derrys, der Bogside, wurde nach tagelangen Straßenschlachten gegen RUC (Royal Ulster Constabulary) und Protestantenmobs „Free Derry" ausgerufen, das Viertel wurde mit Kontrollposten, eigener Radiostation und Polizei zur katholisch-verwalteten Enklave. Um den Auseinandersetzungen und dem politischen Widerstand Herr zu werden, verlangte der nordirische Premier Chichester Clark Ende der 60er Jahre den Einsatz britischer Truppen. Der damalige sozialdemokratische Premierminister Wilson und sein Innenminister Callaghan stimmten zu. Britische Armeeeinheiten wurden im August 1069 nach Nordirland entsandt und die offizielle Version der „Friedenstruppe" wurde auch von den Katholiken der Ghettos für bare Münze genommen. In Wahrheit zeigte der Militäreinsatz nur eine neue Stufe des Konflikts in Ulster an, die nordirische Regierung war aus eigener Kraft nicht mehr fähig, durch Repression und Integration die Herrschaft zu sichern. Die Rolle englischer Truppen wurde bald offensichtlich. Im August 1971 drangen Soldaten in die katholischen Ghettos ein und verhafteten wahllos Männer und Frauen – an einem Tag allein in Belfast 342 Personen, das System der Internierung faßte Fuß[21]). Folter, Konzentrationslager, Internierung ohne Anklage oder Verurteilung wurden zur beherrschenden Praxis der englischen „Friedenstruppe". Wer ihr Gegner war, zeigte der bloody sunday 1972, als englische Fallschirmjäger eine friedliche Bürgerrechtsdemonstration angriffen und 13 Menschen erschossen[22]). Die vollständige Ablösung der alten Administration fand am

20) Vgl. John McGuffins, Internment, Tralee 1973; C. Desmond Greaves, The Irish Crisis, London 1972. In Baladen besungen wird der Friedensmarsch von Belfast nach Derry, der an der Burntollet Bridge von protestantischem Mob überfallen wurde.
21) Vgl. John McGuffin, a.a.O.
22) Der verantwortliche Offizier, Derek Wilford, wurde später von der englischen Königin befördert und mit einem Orden ausgezeichnet.

1. April 1972 statt, als die Londoner Regierung das nordirische Parlament in Stormont auflöste und seitdem die Region unter Direktherrschaft verwaltet.

Der Kreislauf von Terror und Gegenterror wird von der britischen Armee mitgetragen, direkt durch Folterungen[23]), durch Einsatz von CS-Gas und Gummi- bzw. Plastikgeschossen, durch „Haussuchungen" – die nichts weiter sind als legitimierter Vandalismus vor allem gegen die katholische Bevölkerung; indirekt durch die britische Spezialeinheit SAS, deren Killerkommandos dafür sorgen, daß Terrorismus zur Alltäglichkeit wird. Auf diesem Nährboden wächst der Haß der Bevölkerung, wächst die Ausweglosigkeit für viele Jugendliche, denen die Gesellschaft weder Rechte noch soziale Entwicklung zugesteht. Hier finden auch heute noch die Provos oder die INLA (Irish National Liberation Army) ihr Rekrutierungsfeld. Sie leben vom Terror, denn auch heute noch kann von einer sinnvollen politischen Orientierung keine Rede sein. Linkssektiererische Losungen stehen im Vordergrund: „Da wir erkennen, daß der Krieg Teil des Klassenkampfes ist, ist einer unserer Gegner die Kleinbourgeoisie, . . . die Kleinbourgeoisie ist die Klasse, die unser kapitalistisches System hier hauptsächlich aufrechterhält."[24]) Der „Sozialismus" der Provos soll zuvorderst durch den bewaffneten Kampf errungen werden, der als die *Basis* für die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse angesehen wird[25]). Seit zwei Jahren wird innerhalb der Provisionals die Konzeption eines förderalistischen, dezentralen Sozialismus diskutiert, wobei sich funktionalistische Ideologie mit rechtem Traditionalismus verbindet, der das sozialistische Ideal in der gälischen Clan-Gemeinschaft sucht[26]). Ihr Überleben verdankt die IRA (p) neben dem Terror (auch gegen die katholische Bevölkerung) zu einem guten Teil einer immer wieder beschworenen historischen Tradition, die längst zur primitiven Ideologie verkommen ist, und deren Wirksamkeit durch den fortwährenden Terror der britischen Armee stets neu belebt wird, der immer wieder Teile der katholischen Bevölkerung in die Arme der Terroristen treibt. Demnach ist die Basis der Provos nicht so breit, wie es zum Teil auch die Medien der Bundesrepublik glauben machen wollen, auch nicht nach dem Tod der Hungerstreiker im Maze-Gefängnis.

### *Hungerstreik und politischer Status*

H-Blocks bzw. die Hochsicherheitstrakts in Long Kesh haben seit dem Hungerstreik weltweite Publizität erhalten, ebenso die Forderungen der Gefangenen. Wenig bekannt sind dafür die Hintergründe dieses Problems.

Die Auseinandersetzungen gehen zurück auf die britische Politik der Internierung zu Beginn der 70er Jahre. Internierung war kein Mittel der Eindämmung des Terrors, vielmehr brachte sie die englische Politik weltweit in Ver-

23) Die Foltermethoden unterscheiden sich in nichts von denen in südamerikanischer Diktaturen. Vgl. European Comission of Human Rights, Ireland against the United Kingdom. Report of the Comission; vgl. auch „Eolas", No. 63, (March/April) 1978.
24) Interview von W. Giebel mit einem Vertreter der Provos, in: W. Giebel, a.a.O., S. 102.
25) Vgl. Irland/Die IRA/Sinn Fein, Info 9,2/75, Info des Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitees.
26) Vgl. „United Irishman", No. 5 (May), 1978.

ruf, als die Menschenrechtsverletzungen unter dem „Special Power Act" öffentlich wurden. Um dem entgegenzuwirken, und nachdem einige Republikaner in einen Hungerstreik getreten waren, gestand der britische Staatssekretär William Whitelaw 1972 den Internierten einen Sonderstatus zu. Anders als heute wollte die britische Regierung einen weiteren Imageverlust durch Hungertote nicht in Kauf nehmen. Der Sonderstatus war jedoch nicht identisch mit einem politischen Status der Gefangenen.

Anfang März 1976 wurde den Gefangenen der Sonderstatus wieder aberkannt; inzwischen hatte eine scheinbare Legalisierung des Verhaftungs- und Inhaftierungssystems stattgefunden. Die Abschaffung des Sonderstatus blieb ohne größere Resonanz in der Öffentlichkeit. Protest kam von den neu Inhaftierten, die sich weigerten, Gefängniskleidung zu tragen. Dies war der Beginn des „blanket-protest": Decken wurden zum einzigen Kleidungstück der Protestler. Ende 1978 ging der Protest in den „dirty-Protest" über, weil sich die Gefangenen weigerten, sich unter Aufsicht zu waschen. Dieser Protest erreichte eine Steigerung, weil es den Gefangenen verboten war, die außerhalb der Zellen liegenden Toiletten zu benutzen. Die Eimer, die ihnen in den Zellen zur Verfügung standen, wurden regelmäßig von den Wachmannschaften in die Zellen entleert, so daß die Gefangenen dazu übergingen, selbst ihre Exkremente an die Zellenwände zu schmieren. Die H-Block-Gefangenen waren permanenten Repressionen des Gefängnispersonals ausgesetzt, wurden in den Zellen zusammengeschlagen, erhielten wochenlang die „Diät No. 1", d.h. trockenes Brot und Tee. Die Eskalation, die seit Herbst letzten Jahres in den Hungerstreiks der Gefangenen ihren Ausdruck findet, war so vorprogrammiert. Auf diesem Hintergrund muß der Kampf um den Sonderstatus gesehen werden. Gleichzeitig muß die Realität des nordirischen Rechtsystems berücksichtigt werden, damit begreiflich wird, warum dieser Kampf eine so breite Solidaritätsbewegung hervorbringen konnte, an der sich auch Kommunisten und die Sinn Fein The Workers Party beteiligen. Die Sonderbehandlung der Gefangenen beginnt mit der Aburteilung durch die Diplock-Courts, die ohne Zeugen, Jury,Gutachten oder Beweisaufnahme, zu 80% auf Basis von „Geständnissen" verurteilen. Diese Sondergerichte sind zuständig für terroristische Straftäter, während „normale Kriminelle" normalen Gerichten überantwortet werden. Politik, Gerichtsbarkeit und Strafvollzug nehmen den faktischen Sonderstatus politischer Gewalttäter in ihrer Behandlung zur Kenntnis, verweigern aber die formale Anerkennung. Dabei geht es nicht um die Anerkennung des Status als Kriegsgefangene (auch die Provisionals haben hier eine Umorientierung vorgenommen und humanitäre Momente in den Vordergrund gestellt). Dies drückt sich aus in den Forderungen: Das Recht, keine Gefängniskleidung tragen zu müssen; das Recht, keine Gefängnisarbeiten leisten zu müssen; die Freiheit des Zusammenschlusses der Gefangenen untereinander; das Recht auf die Durchführung gemeinsamer Bildungsmaßnahmen; das Recht auf Briefverkehr und wöchentliche Verwandtenbesuche. Der Kampf gegen die H-Blocks ist ein Kampf gegen das System juristischer Ungleichbehandlung, um die Durchsetzung von Menschenrech-

ten. Dies ist die Basis für die breite Solidarität wie auch für den Wahlsieg von Robert Sands in den Unterhausnachwahlen. Und dies war auch kein Sieg der Provos, wie bei uns fälschlich kolportiert wurde, sondern ein Sieg des H-Block-Comitees, für das Sands kandidierte[27]). Die Weigerung der englischen Regierung, den Forderungen der Hungerstreiker nachzukommen, signalisiert nicht Standhaftigkeit gegenüber terroristischer Erpressung, sondern ein unnachgiebiges Festhalten an der bisherigen Repressionspolitik in Nordirland.

*Die Rolle Englands*

Folgt man den Medien der Bundesrepublik, dann scheint England allenfalls noch aus historischen Gründen in Nordirland engagiert zu sein.

Die Beziehungen zwischen England und Irland – dies gilt für Eire wie auch für Nordirland – basieren nach wie vor auf einseitiger imperialistischer Ausbeutung zugunsten Englands. Die Republik hat bis heute keine tragfähige eigene Industrie aufgebaut, die einseitige Ausrichtung auf die landwirtschaftlichen Produktion zwingt die Regierung zu ständigen Subventionen, bis heute ist die Außenhandelsbilanz negativ und kann auch durch den wichtigen Faktor „Tourismus" nicht ausgeglichen werden[28]). Hohe Arbeitslosigkeit, jährliche Massenauswanderungen und niedrige Lohnstruktur prägen die soziale und wirtschaftliche Situation. Die Industrieanlagen sind überwiegend in Händen ausländischen Kapitals. Von den 600 ausländischen Firmen sind 25% in US-amerikanischem, 30% in englischem und 25% in bundesdeutschem Besitz. Die Regierung schafft durch ihre Subventionspolitik zusätzliche Investitionsanreize für ausländische Anlagen. Allein die US-Firmen wiesen im Jahre 1978 Profite von 29,5% aus. Die Industrieprodukte dieser Firmen sind zu 90% für den Export bestimmt und kommen z.T. gegen entsprechende Extraprofite wieder ins Land. In der neokolonialen Abhängigkeit der Republik spielt England inzwischen nicht mehr die Hauptrolle und wurde von den USA und von anderen EG-Staaten z.T. schon überflügelt. Noch drastischer stellt sich die irische Situation in bezug auf die Energieressourcen des Landes dar: riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen vor der irischen Küste befinden sich im Besitz amerikanischer Konzerne[29]). Die EG-Mitgliedschaft der Republik hat auch negative Auswirkungen auf den Aufbau einer nationalen Fischereiindustrie, da die Rückständigkeit der Fischereiflotte nicht durch den Aufbau einer 200 Meilen Schutzzone kompensiert werden kann[30]).

Die wirtschaftliche Situation Nordirlands wird teilweise durch die Einarbeitung der Handelsbilanz in die englische Bilanz verschleiert, präzise Zahlen sind nicht verfügbar[31]).

27) Vgl. „Irish Socialist", No. 212 (September), 1980.
28) Vgl. „Eolas Uimhir", 55/56/57, 1977.
29) Vgl. Sinn Fein (o) (Hrsg.), The Great Irish Oil & Gas Robbery. A Case Study of Monopoly Capital.
30) Vgl. „Workers Life", August 1980: „Jobs from the Sea".
31) Für die 60er Jahre liegen auf der Basis umfassender Untersuchungen relativ genaue Schätzungen vor. Vgl. C. Desmond Greaves, The Irish Crisis, a.a.O., S. 45ff.

In Nordirland dominiert das englische Kapital, das 45 % der Industrie kontrolliert, die USA folgen mit 20 % und weitere 12 % teilen sich andere ausländische Firmen. Im Vergleich zu England liegen, bei gleichzeitig ca. 6 % höheren Lebenshaltungskosten, die Durchschnittslöhne der Arbeiter um 6 % niedriger. Neben der direkten Subventionspolitik durch London, bestritten aus Teilen des nordirischen Steueraufkommens, ist die soziale und wirtschaftliche Situation für ausländische Anlagen gewinnversprechend. Die Auslandsabhängigkeit, die auch den Konsumgüterbereich umfaßt, die Isolation Nordirlands gegenüber dem natürlichen Wirtschaftszusammenhang mit dem südlichen Teil der Insel zeigt deutlich den kolonialen Charakter der Beziehung zwischen Nordirland und England. Die staatlichen Investionen Englands für die Anwesenheit der britischen Armee dienen der Sicherung von Extraprofiten für das englische Kapital. Die politische Absicherung der Anlagesphären wird jedoch zunehmend schwieriger, da Rationalisierungsinvestitionen die Zahl der Arbeitslosen in die Höhe treiben und mehr und mehr auch den protestantischen Teil der Arbeiterschaft betreffen. Auch wenn dort die Arbeitslosigkeit „nur" ein Drittel der Quote unter der katholischen Bevölkerung ausmacht, liegt hier ein Konfliktpotential, das den Integrationsmechanismus des Protestantismus zu einer auf Dauer stumpfen Waffe macht[32]).

*Politische Perspektiven*

„Wenn man die irische Flagge über Dublin-Castle hissen würde, wäre doch alles vergebens, wenn man nicht gleichzeitig die sozialistische Republik aufbauen würde. England würde Irland weiter beherrschen, durch seine Kapitalisten, durch seine Landbesitzer durch den ganzen Apparat ökonomischer und persönlicher Unterdrückung." (James Connolly)

Die einheitliche sozialistische irische Republik ist seit Connolly Ziel der irischen Linken, heute organisiert in einer kleinen KP und vor allem in der Sinn Fein The Workers Party. Aber dieses Ziel bleibt solange Phrase, wie es nicht gelingt, Zwischenschritte anzugeben, die vor allem die Entwicklung in Nordirland vorantreiben. Die Einheit der nordirischen Arbeiterklasse ist vorrangiges Ziel, die Überwindung religiöser Bigotterie auf beiden Seiten eine weitere Voraussetzung, die der Terror nicht erreichen kann und will. Ansätze zu einer gemeinsamen Strategie liegen vor allem in den Friedens- und Civil-Rights-Bewegungen in denen sich demokratische Forderungen verbinden mit Agitation und Aktion gegen das Sektierertum.

Die soziale Situation der Arbeiterklasse, Wohnungsnot, Inflation und Arbeitslosigkeit finden in der Arbeit der Gewerkschaftsbewegung ihren Niederschlag. Die gewerkschaftliche Kampagne „Für ein besseres Leben" seit dem Jahr 1978 sowie die Initiativen der Republican Clubs (Sinn Fein The Workers

32) In Belfast liegt die Arbeitslosenquote beim katholischen Bevölkerungsteil bei 50%.

33) Vor allem in der UDA gab es an den Interessen der protestantischen Arbeiter orientierte Bestrebungen, die die Einheit von protestantischen Unternehmern und Arbeitern auch in dieser Organisation in Frage stellt. Besonders Sinn Fein The Workers Party bemüht sich in sozialen Fragen um einer Zusammenarbeit auch mit protestantischen Organisationen.

Party im Norden) zur Lösung des Wohnungs- und Arbeitslosenproblems haben hinsichtlich der gemeinsamen Aktion protestantischer und katholischer Arbeiter Fortschritte gebracht, teilweise auch erste Formen der Zusammenarbeit mit protestantischen Organisationen[33]). Die Lösung der politischen und sozialen Probleme in Nordirland, vor allem die Zurückdrängung des Terrorismus – die terroristischen Aktionen der britischen Armee einbezogen – sind Aufgaben, die zuerst für diesen Teil der Insel gelöst werden müssen. Aus diesem Grund plädiert die Linke in Nordirland auch für die Widerherstellung einer Nordirischen Administration auf der Basis einer gleichen Wahlrechts[34]).

Die Entwicklung im Norden kann nicht durch eine voraussetzungslose Eingliederung in die Republik vorankommen. Neben den politischen Widerständen der nordirischen Bourgeoisie würde die Bevölkerung nur die Art der Ausbeutung durch ausländisches Kapital wechseln. Eine im Moment relativ eigenständige fortschrittliche Entwicklung beiderseits der inneririschen Grenze ist Voraussetzung einer schließlichen Wiederherstellung der nationalen Einheit.

Für die nordirische Entwicklung ist auch die englische Entwicklung entscheidend. Die Marxsche Aussage, daß sich die englische Arbeiterklasse nicht befreien könne, ohne die irische zu befreien, ist heute mehr als ein historischer Kommentar. Auch ohne eine plötzliche sozialistische Umgestaltung Englands kann ein Regierungswechsel in London bei der Entwicklung der englischen Labour Party ein wesentliches Moment für den Fortschritt in Nordirland bedeuten, zumindest, was die politischen und militärischen Aspekte der wirtschaftlichen Ausbeutung betrifft.

34) Vgl. „United Irishman", No. 3 (March), 1978, Bericht vom Ard Fheis von Sinn Fein The Workers Party.

# Das Grundsatzprogramm des DGB

# Antwort auf die Probleme der 80er Jahre?

Von Mechtild Jansen und Klaus Pickshaus

*1. Zum Verlauf der Programmdiskussion*

Die programmatische Orientierungssuche der DGB-Gewerkschaften fand mit dem außerordentlichen DGB-Kongreß im März 1981 einen vorläufigen Höhepunkt.

Ausgangspunkt der Erarbeitung eines Programmentwurfs – als Auftrag des 10. ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1975 in Hamburg – war gewesen, daß „das geltende Grundsatzprogramm im Licht der einschneidenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gründlich überprüft werden" sollte [1]).

Zu solchen Veränderungen seit dem Programm von 1963 gehörten unter anderem das offensichtliche Ende einer angeblich krisenfreien „Wirtschaftswundergesellschaft", die Versuche, die Gewerkschaften im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Globalsteuerung einzubinden sowie die Bildung einer SPD-geführten Bundesregierung 1969, auf die sich dann die gewerkschaftlichen Reformhoffnungen richteten. Zweifellos haben die intensiven reform- und gesellschaftspolitischen Diskussionen dieser Zeit wichtige Impulse für die Neufassung eines Grundsatzprogramms gegeben.

Daß eine solche Neufassung bis zum 11. o. DGB-Kongress 1978 nicht vorgelegt werden konnte, ist selbst ein Ausdruck der seit der Krise 1974/75 für die Gewerkschaften widersprüchlichen und schwierigen Situation. Der DGB-Vorsitzende H.O. Vetter begründete dies damit, „daß die Beschäftigung mit so schwerwiegenden Fragen wie der Weltwirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, den Finanzierungsschwierigkeiten der sozialen Sicherheit und den Angriffen auf die Gewerkschaftsbewegung insgesamt unseren Organen zu wenig Zeit gelassen hat, um dem Bundeskongreß einen ausgereiften Entwurf einer Überarbeitung unseres geltenden Programms vorzulegen" [2]). Schon die Tatsache, daß bis zur endgültigen Verabschiedung eines Entwurfes für die Diskussion im Oktober 1979 insgesamt 13 teilweise alternative Vorentwürfe durch die DGB-Organe beraten wurden, weist auf die großen Divergenzen bei der For-

1) Volker Jung, Die Struktur des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1/1980, S. 15.

2) H.O. Vetter, 11. o. Bundeskongreß des DGB, Protokoll vom 22. Mai 1978, S. 39. Vgl. hierzu auch die Darstellung von Frank Deppe und die zahlreichen Dokumente der programmatischen Diskussion der 70er Jahre in: IMSF (Hrsg.), DGB wohin? Dokumente zur Programmdiskussion. Eingeleitet und kommentiert von Frank Deppe, Frankfurt/M. 1980.

mulierung einer einheitlichen programmatischen Orientierung aller DGB-Gewerkschaften für die 80er und 90er Jahre hin.

Der Verlauf der etwa einjährigen Mitgliederdiskussion (Antragsschluß war Ende 1980) hat die Ankündigung H.O. Vetters, das Programm „in den Gewerkschaften bis unten, bis in die letzten Einheiten" zu diskutieren, um ihm „eine neue Qualität, einen neuen politischen Anspruch" zu geben, nicht bestätigt[3]). Zwar liegt die dem a.o. Bundeskongreß 1981 vorgelegte Zahl an Abänderungsanträgen mit 511 fast doppelt so hoch wie beim alten Programm 1963 mit 262 Anträgen (antragsberechtigt sind nur Vorstände der Einzelgewerkschaften, DGB-Landesbezirke und Personengruppenausschüsse), dennoch verbirgt sich dahinter eine höchst unterschiedliche Intensität der Diskussion in den jeweiligen Einzelgewerkschaften.

Als ein allerdings nicht in allen Fällen gültiger empirischer Indikator dafür können die schon an die Gewerkschaftstage 1980 gerichteten Anträge zum Grundsatzprogramm gelten[4]). Dabei rangiert die GEW mit 176 Anträgen an der Spitze, gefolgt von der Postgewerkschaft mit 138, der HBV mit 137, der IG Metall mit 50 und der IG Druck und Papier mit 26 Anträgen. An den DGB-Kongreß selbst richtete die ÖTV 77 Anträge, die GEW 39, die IG Metall 33, die Gewerkschaft Textil-Bekleidung zusammen mit der NGG 22 Anträge. Die IG Chemie, deren Gewerkschaftstag 4 Anträge zum Programm an den Vorstand überwiesen hatte, leitete als einzige große Gewerkschaft „wegen Unerheblichkeit" keinen Antrag an den DGB-Kongreß weiter. Eine wirklich intensive Diskussion auf den verschiedenen Ebenen (einschließlich der gewerkschaftlichen Presse) fand nur in wenigen Bereichen statt; zu diesen zählt neben einigen genannten Organisationen auch die Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Die inhaltliche Tendenz der Mehrheit der Anträge war neben vielen Einzelverbesserungen auf eindeutigere, an einer autonomen Politik orientierte Aussagen ausgerichtet[5]). Dies war sicherlich auch der Grund, warum kurz vor Beginn des Kongresses ein publizistisches Trommelfeuer, offene Briefe der CDU und Stellungnahmen der Unternehmerverbände an den DGB gerichtet wurden, in denen nicht nur das Schreckbild einer „kommunistischen Unterwanderung" erneut bemüht, sondern auch Bekenntnisse zur „sozialen Marktwirtschaft" und zum „Gemeinwohl" abverlangt wurden.

Insgesamt verdichtete sich der Eindruck, daß insbesondere von den Führungen derjenigen Gewerkschaften, in denen eine intensive Programmdiskussion nicht gefördert worden war, hinter den Kulissen oder in Verlautbarungen der bürgerlichen Presse umso eifriger der Ablauf der Diskussion auf dem

3) H.O. Vetter, Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des DGB, Köln 1977, S. 70.
4) In einigen Fällen wurden Anträge nur an den Vorstand der Gewerkschaft (so bei der ÖTV) oder an den Gewerkschaftstag und den Vorstand (so bei der IG Metall) gerichtet. Übersichten über die bei den Vorständen eingegangenen Anträge sind nicht bekannt.
5) Vgl. hierzu die laufende Berichterstattung der gewerkschaftspolitischen Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", die als einzige Zeitschrift ausführlich Anträge aus verschiedenen Gewerkschaften in dieser Periode dokumentiert hat.
6) Entfällt.

Bundeskongreß abgesteckt wurde. Dies bestätigte der IG Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild nach Verabschiedung des Programms in einem „Handelsblatt"-Interview: „Ohne die IG Chemie selbst loben zu wollen, bilde ich mir ein, daß das, was wir in diesem Vorfeld in Gang gesetzt haben, dazu geführt hat, daß manche anders gerichteten Positionen hier entweder gar nicht oder nur sehr verhalten vertreten wurden."[7])

*2. Zum Kongreß und zur Einschätzung des neuen Programms*

Trotz der sehr unterschiedlichen Intensität der Programmdiskussion und vielfältigen Versuche bereits unmittelbar nach dem DGB-Kongreß[8]), die beschlossenen programmatischen Ziele als irrelevant für die Gewerkschaftspraxis zu bezeichnen, darf der Stellenwert des DGB-Grundsatzprogramms als politischer Orientierungsrahmen für die nächsten Jahre nicht unterschätzt werden. Aus der Sicht des Kapitals wird dies im BDA-Organ „der arbeitgeber" betont: „Über eine quantité négligeable wäre im DGB nicht jahrelang und grundlegend gestritten worden. . . . Es ist deshalb schon wichtig, welche philosophischen, gesellschaftstheoretischen und politischen Richtungen und Ideologen letztlich zum Tragen kommen. Forderungen, die im Grundsatzprogramm stehen, werden außerdem in die nachgeordneten Programme übernommen und gewinnen so tatsächliche Relevanz."[9])

Auch wenn bei der Erarbeitung der Programmatik einer Einheitsgewerkschaft zweifellos politische Einflüsse, d.h. auch Einwirkungen der parteipolitischen Konstellation relevant sind, soll ein Vergleich mit parteipolitischen Programmen, vor allem mit dem „Orientierungsrahmen '85" der SPD, als Maßstab der Bewertung des Grundsatzprogramms hier ausgeklammert bleiben. Zu oft wird bei solchen Vergleichen auch die Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung vernachlässigt, die trotz etwa der sozialdemokratischen Dominanz in den DGB-Gewerkschaften zu einer eigenen Ausformung gewerkschaftspolitischer Positionen und Strömungen führt, die nicht einfach ein passives Abbild der Strömungen in der SPD oder des parteipolitischen Spektrums darstellen[10]).

Zu fragen ist allerdings, welchen Anteil die unterschiedlichen gewerkschaftspolitischen Strömungen – also in erster Linie die integrationistische, sozialpartnerschaftliche Richtung und die an einer autonomen, die Gewerkschaften als Kampforganisation begreifenden Politik orientierten Kräfte – am neuen Grundsatzprogramm und auf dem Bundeskongreß des DGB genommen haben. Ferner ist zu beantworten, inwieweit angesichts der durch die Krisen-

7) „Handelsblatt" v. 16. 3. 1981.

8) Das neue Grundsatzprogramm ist veröffentlicht in: „Die Quelle", 4/1981 und „Nachrichten", 4/1981.

9) „der arbeitgeber", 6/1981, S. 252.

10) Dies berücksichtigen G. Brosius und H. Mattfeldt zu wenig in ihrer fundierten kritischen Analyse des Programmentwurfs. Vgl. dies., Wirtschaftspolitik im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms, in: „Das Argument", 125/1981. Zu dieser Problematik generell vgl. C. Hautsch/K. Pickshaus, Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft. Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt/M. 1980, S. 108ff.

entwicklung neuen und höheren Anforderungen eine gemeinsame, auf die Stärkung der Einheitsgewerkschaft gerichtete Stoßrichtung formuliert werden konnte. Diesen Problemen soll anhand einiger thematischer Fragestellungen bei der Beurteilung des Programms und der Kongreßdiskussion nachgegangen werden.

### *2.1. Klarheit in der strategischen Orientierung?*

Die Orientierung auf das „Recht auf Arbeit", die Betonung des Vorrangs der Vollbeschäftigung und der Beschäftigungssicherung im wirtschaftspolitischen Teil, die Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft vor Dequalifizierung und Entwertung u.a.m. zeigen, daß die Erfahrungen der vergangenen Krisenjahre und die Erkenntnis bevorstehender sozialer Probleme (ebenso bei Umweltschutz, der Wohnungsversorgung und der Sozialpolitik) im Programm verarbeitet worden sind. Das neue Programm enthält, wie die umfangreichen Forderungsabschnitte belegen, viele Elemente einer autonomen gewerkschaftlichen Strategie gegen die Krisenpolitik des Kapitals in den 80er Jahren; es entwirft diese Strategie selbst aber noch nicht. Dazu wäre es notwendig gewesen, die Krisenprozesse selbst und ihren Zusammenhang mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu analysieren, auf diesem Hintergrund die Strategie des Kapitals und der konservativen Kräfte zu untersuchen und daraus Aufgabenstellungen für die Gewerkschaftsbewegung abzuleiten. Es fehlt ebenfalls eine Verarbeitung der Erfahrungen mit der seit über 10 Jahren SPD-geführten Bundesregierung, die die Illusion einer automatischen Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen im staatlichen Raum vermeidet. Am stärksten sichtbar waren die Orientierungsdefizite in den Ausführungen des DGB-Vorsitzenden Vetter auf dem Kongreß, der damit – im Gegensatz allerdings zu einigen Diskussionsrednern – hinter der klaren Orientierung auf die „eigene Kraft" und den „Ausbau der autonomen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften" auf dem letzten ordentlichen DGB-Kongreß 1978 zurückfiel.

### *2.2. Das Profil des neuen Programms in der Traditionslinie des DGB*

Am Anspruch und Ziel der „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft" wird im neuen Programm ähnlich wie 1963 festgehalten. Als Hauptweg wird „die Ausweitung der Mitbestimmung" angegeben. Die Forderung nach „Überführung von Schlüsselindustrien und markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum" erscheint erst am Ende eines langen Katalogs von Maßnahmen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht, sozusagen als letzte Möglichkeit, wenn alle anderen Mittel (wie Bankenreform, Stärkung des Wettbewerbs etc.) versagt haben. Die Widersprüchlichkeit der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen kommt u.a. in der gleichzeitigen Orientierung auf mehr Markt bzw. Wettbewerb wie auch auf mehr staatliche Lenkung und Steuerung zum Ausdruck.

„Bei der Gretchenfrage ‚wie hälst Du es mit der Wirtschaftsordnung?' bleibt also auch das neue Programm im Schwebezustand zwischen Ablehnung und

Zustimmung", resümiert Detlef Hensche[11]). Das neue Grundsatzprogramm enthalte eben Elemente beider Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung, derjenigen, die die gegebene Wirtschaftsordnung mit einzelnen Korrekturen akzeptiert und jener, die sich eher von grundsätzlicher Kritik an der bestehenden Ordnung leiten läßt. In der programmatischen Tradition des DGB sieht Hensche folgende Etappen: „Das erste Programm, aus dem Jahre 1949, bestand noch auf einer grundlegenden Neuordnung der Wirtschaft, und zwar durch Mitbestimmung, Wirtschaftsplanung und Sozialisierung. Das zweite Programm, von 1963, lag dagegen in der Mitte: zwischen der Hinnahme der bestehenden Wirtschaftsordnung und der Forderung nach Umgestaltung. Und das neue Programm? Es trägt in gleicher Weise Kompromißcharakter."[12])

Während allerdings 1963 die integrationistische Strömung um Georg Leber vor dem Hintergrund noch ungebrochener „Wirtschaftswunder"-Illusion deutlich in der Offensive war, konnten sich 1981 die offen sozialpartnerschaftlichen Kräfte mit ihren Vorstößen zur Abschwächung der Interessengegensatzbestimmung, einer eindeutigen „Gemeinwohl"-Festlegung und einer Abschwächung der Vergesellschaftungsforderung nicht durchsetzen. Die FAZ meinte bedauernd: „Georg Leber, der große Gegenspieler Otto Brenners bei der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms vor 18 Jahren, hat keinen Nachfolger gefunden."[12]) Im Zentralorgan der BDA wird eingeschätzt: „Das DGB-Programm von 1981 hat die im Programm von 1963 vorgenommene Öffnung für marktwirtschaftliche Positionen nicht weitergeführt. Es bietet insgesamt den ‚Linken' mehr direkte Identifikationsmöglichkeiten; die ‚Rechten' müssen sich stärker mit Interpretationen helfen."[14])

Eine gewisse Aufwertung gegenüber dem alten Programm enthält die Forderung nach Vergesellschaftung durch den Verweis auf Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes schon in der Präambel und durch die gegen den Widerstand der IG Bau-Steine-Erden aufgenommene Forderung, nicht nur zuwachsendes, sondern auch bestehendes Produktivvermögen umzuverteilen. Offenbar ist diese Akzentuierung auch eine Auswirkung von Desillusionierungsprozessen angesichts der Unvermeidbarkeit von Krisen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Entgegen der Auffassung des IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild, der schon unmittelbar nach dem Kongreß dieser Programmaussage jede Relevanz absprach[15]), kann die Orientierung auf „Überführung in Gemeineigentum" in Konflikten durchaus eine aktuelle Brisanz bekommen und damit zumindest zum politischen Druckmittel werden. Dies demonstriert z.B. die entsprechende Forderung der Vertrauensleutevollversammlung der Hoesch-Westfalenhütte angesichts der Arbeitsplatzvernichtungspolitik des Estel-Hoesch-Konzerns.

11) „druck und papier", 6/1981.
12) Ebd.
13) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 16. 3. 1981.
14) „der arbeitgeber", 6/1981, S. 252.
15) „Handelsblatt" v. 16. 3. 1981.

### 2.3. Das Verhältnis zu einem autonomen Gewerkschaftsverständnis

Das Verständnis von Gewerkschaften als autonome „Kampforganisation mit Schutz- und Gestaltungsfunktionen, das sich nicht nur auf die Unabhängigkeit „gegenüber Regierungen, Parteien, Kirchen und Unternehmen" bezieht, sondern prinzipiell aus dem Interessen- und Machtgegensatz zwischen Kapital und Arbeit ableitet, ist gegenüber dem alten Programm ebenfalls konkretisiert worden. Versuche der offen sozialpartnerschaftlichen Richtung – so von Vertretern der Gewerkschaft Textil-Bekleidung auf dem Kongreß –, die Bestimmung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit in der Präambel abzuschwächen, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Vielmehr konnte die IG Metall zusammen mit Delegierten anderer Gewerkschaften auch gegen das Votum der Antragskommission gesellschaftskritische Aussagen eher noch betonen. So wurde die Aussage wieder aufgenommen: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt."

Die Bindung der Gewerkschaften an ein nebulöses „Gesamtwohl" wurde zum Teil gestrichen und an anderer Stelle in dem Sinne der gewerkschaftlichen Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten interpretiert. Die Wahrnehmung auch politischer Aufgaben wurde durch die Ausweitung und Präzisierung des Abschnitts zu Frieden und Abrüstung in der Präambel des Programms unterstrichen. Gleichwohl war man nicht bereit, eine Funktionsbestimmung der Gewerkschaften nicht nur als „soziale und gesellschaftliche", sondern auch als „politische Bewegung" vorzunehmen, wie dies u.a. die GEW gefordert und H.O. Vetter auf dem 3. a.o. DGB-Kongreß 1971 noch definiert hatte. Dahinter verbirgt sich – so auch bei der Begründung auf dem Kongreß – ein Zurückweichen vor dem Vorwurf der Unternehmer und konservativen Ideologen, die Gewerkschaften entwickelten „Allmachts- und Allzuständigkeitsansprüche" und stellten eine „Ersatzpartei" dar[16]).

Trotz einzelner Präzisierungen einer autonomen Gewerkschaftspolitik durch den Kongreß kann von einer durchgängigen und widerspruchsfreien Absage an eine Sozialpartnerschaftspolitik durch das neue Programm nicht gesprochen werden. Den ausgeführten Bestimmungen steht nach wie vor das sozialpartnerschaftliche Vertrauen auf den „demokratischen Staat" und die Orientierung auf die „Gleichberechtigung der Arbeitnehmer" und Zusammenarbeit „mit allen Gruppen unseres Volkes" (also auch den Unternehmern) unverbunden gegenüber. Auch darin erweist sich der Kompromißcharakter des neuen Grundsatzprogramms.

### 3. Die Debatte zur Einheitsgewerkschaft

Im Gegensatz zu den sonstigen positiven Veränderungen des DGB-Grundsatzprogrammes wurde auf dem DGB-Kongreß für die Einheitsgewerkschaft

16) Zu diesen konservativen und reaktionären Ideologien vgl. F.Deppe/D.Hensche/M.Jansen/W.Roßmann, Strauß und die Gewerkschaften, Köln 1980.

ein gegenüber dem alten Programm einengendes Verständnis festgeschrieben. Der um dieses Problem geführten Debatte soll an dieser Stelle eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da sie für die Programmdiskussion insgesamt eine Art Rahmen bildet und für das gewerkschaftliche Selbstverständnis eine wichtige Rolle spielt.

Die von CDU, CSU und Unternehmerverbände entfachte Kampagne[17]) um eine angebliche „kommunistische Unterwanderung" der Gewerkschaften zielte nicht zuletzt auch auf die Programmdiskussion innerhalb des DGB. So ist es nicht erstaunlich, wenn es unmittelbar vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß zu einem neuen Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung kam.

Die bürgerliche Presse bemühte sich um frühzeitige Einstimmung auf die ihrer Ansicht nach notwendige Abgrenzung nach links. Die „Welt am Sonntag" prangerte die „Brigade Honecker im DGB"[18]) an; die FAZ verlangte, „Vetter und seinen Vorstandskollegen wird nichts anderes übrig bleiben, als auch an dieser Front zu kämpfen"[19]); der CSU-Generalsekretär forderte „die lückenlose Abgrenzung gegenüber allen kommunistischen Kräften"[20]).

Nachdem in einigen Einzelgewerkschaften ebenso wie an der gewerkschaftlichen Basis derartige Spaltungsversuche entschiedener als erwartet zurückgewiesen worden waren, bedienten sich die bürgerlichen Medien zunehmend „linker" Kronzeugen, um fortgesetzt die „kommunistische Unterwanderung" der Gewerkschaften behaupten zu können. Eine besonders unrühmliche Rolle spielte hierbei die Schrift „Der Marsch der DKP durch die Institutionen", welches ohne weiteres aus der Küche McCarthy's hätte stammen können[21]). Eine Reihe sozialdemokratischer Gewerkschafter war offensichtlich der Aufforderung Herbert Wehners gefolgt, der auf einer Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) „mehr Flagge zeigen in der Auseinandersetzung mit der DKP" verlangt hatte[22]).

Neben dem DGB-Bundesvorstand und der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) waren es vor allem Karl Hauenschild und Hermann Rappe vom Vorstand der IG Chemie, die mit Vehemenz die umstrittenen Formulierungen im Entwurf der Präambel festzuschreiben versuchten.

Der Entwurf für die Präambel hob als historische Wurzeln der Einheitsgewerkschaft besonders „freiheitlich-sozialistische und christlich-soziale Rich-

17) Vgl. hierzu: Industriegewerkschaft Metall, F.J.Strauß und die Einheitsgewerkschaft, Spalte und herrsche, Frankfurt/M. 1980; Deppe/Hensche/Roßmann/Jansen, Strauß und die Gewerkschaften, Köln 1980; D.Hensche, Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/1979.
18) Zit. nach „Die Neue" v. 18. 2. 1981.
19) FAZ v. 3. 3. 1981.
20) Zit. nach „Unsere Zeit" (UZ) v. 10. 3. 1981.
21) Flechtheim/Rudzio/Vilmar/Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Frankfurt/M. 1980. In diesem Buch fehlt nicht einmal die Aufforderung zur Anwendung der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" auf der DKP. Die DKP hat sich zwischenzeitlich selbst zu den Vorwürfen dieses Buches geäußert: Herbert Mies, DKP und Gewerkschaften, Düsseldorf 1981.
22) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 11. 3. 1981; Westdeutsche Fernsehen, DGB – Wohin?, Sendung v. 16. 3. 1981.

tungen" hervor. Er verzichtete auf die bisher im Grundsatzprogramm verankerte Verpflichtung zur Toleranz und erklärte „weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft (für) unvereinbar."

Insbesondere die Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherung (HBV), Holz und Kunststoff (GHK), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die IG Druck und Papier stellten hierzu Änderungsanträge, die auf die Hervorhebung einzelner Strömungen der Arbeiterbewegung verzichten, sich gegen eine Einengung der Einheitsgewerkschaft aussprachen und stattdessen die Gemeinsamkeiten über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg betont haben wollten. Die IG Druck und Papier beantragte zusätzlich, die „Mißbrauchsklausel" vor Mißbrauch zu schützen und sie an Beschlüsse und Satzung des DGB zu binden.

Eine große Anzahl von Anträgen forderte die Wiederaufnahme des Toleranzangebotes; eine Forderung, in der weitestgehende Einigkeit bestand und die auch mit Nachdruck von den CDU-Mitglieder in den Gewerkschaften gestellt worden war. Der Entwurf der Antragskommission berücksichtigte bereits diese Vorstellungen, die dann auch einstimmig vom Kongreß angenommen wurden. Während die Wiederaufnahme der Verpflichtung zur Toleranz und der Bezug auf die antifaschistischen Wurzeln eine wichtige Verbesserung des Grundsatzprogrammes bedeutet, kann dies für die übrigen verabschiedeten Passagen zur Einheitsgewerkschaft nicht gesagt werden.

Als prägend haben sich dabei die scharfen Attacken einiger führender sozialdemokratischer Gewerkschafter, die verschärften Abgrenzungen des DGB-Vorsitzenden Vetter gegenüber Kommunisten und die Tatsache erwiesen, daß es gelingen konnte, den IG Metall-Vorsitzenden Loderer in diese Abgrenzungspolitik einzubeziehen[23]).

Die Abänderungsanträge waren auf dem Kongreß nur noch Gegenstand mehr oder weniger defensiver Erklärungen, sie wurden zurückgezogen zugunsten einer Zustimmung zu den Kompromißformulierungen der Antragskommission. Das „Handelsblatt" vermerkt hierzu: „Die erwartete Kommunismusdebatte fand auf dem DGB-Kongreß. . . nicht statt. . . . Wenn sie (die Abänderungsanträge, d.Verf.) zurückgezogen wurden, dann deshalb, weil Gewerkschaftsführer wie Vetter, Loderer und Hauenschild in dieser Frage ihre Flagge gezeigt hatten."[24])

Es waren die folgenden Hauptargumente, die in unterschiedlicher Akzentuierung immer wieder vorgetragen wurden und die, ebenso wie manche dabei eingeschlagene Vorgehensweise, als fragwürdig angesehen werden müssen:

– Den Kommunisten wurde ihr Verhalten in der Geschichte vorgeworfen, das

23) Vgl. „Handelsblatt" v. 13./14. 3. 1981. Noch auf der Bundeskonferenz der Jugend der IG Metall im vergangenen Jahr hatte Loderer die Kampagne zur „Unterwanderung der Gewerkschaften" als Produkt aus der „Giftküche des politischen Gegners" bezeichnet.
24) „Handelsblatt" v. 16. 3. 1981.

sie als „Gewerkschaftszerstörer"[25]) ausweise. Als Beispiele wurden die Fraktionsarbeit vor 1929, die RGO-Politik ab 1929, angebliche Unterwanderungsversuche der 50er Jahre, die „These 37" aus dem Jahr 1951, die Gründung des FDGB unter Führung der SED u.a.m. angeführt. Stets wurde dabei das kritische Verhältnis der DKP zur eigenen Geschichte ebenso unterschlagen wie die Frage nach Ursachen und Wirkungen einer bestimmten unbestrittenermaßen falschen Politik der Kommunistischen Partei. Die Rolle der Gewerkschaften und des ADGB selbst wurden zugleich keiner Kritik unterzogen[26]).

– H.O. Vetter konstatierte zwar, „wir stehen in der Schuld derer, die für die gewerkschaftliche Idee in Widerstand oder Emigration ihr Leben gelassen haben – seien sie bekannte Politiker oder einfache Arbeitnehmer gewesen, seien sie Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten oder Parteilose gewesen", doch einen Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft bestreitet er. Wahrheit ist jedoch, daß schon in der Emigration Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsame Gewerkschaftsgruppen bildeten und sich für Einheitsgewerkschaften nach Zerschlagung des Hitlerfaschismus aussprachen. Im Manifest von Buchenwald fordern Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen gemeinsam die Einheitsgewerkschaft. Nach dem Krieg beteiligten sich viele Kommunisten am Wiederaufbau vereinigter Gewerkschaften[27]).

In einer (an den Ansprüchen innergewerkschaftlicher Demokratie gemessen) ungewöhnlichen „Entscheidungshilfe" des DGB-Bundesvorstandes – einem Geheimpapier, das bestimmte politische Positionen absichern helfen sollte und an einen ausgewählten Kreis von Vorstandsmitgliedern der Einzelgewerkschaften versandt worden war – heißt es, die Erfahrungen in der Zeit des Faschismus seien zwar von Bedeutung gewesen für die Einheitsgewerkschaft, doch allein genommen würde dies „die historische Wahrheit verkürzen". „Dies zu betonen ist wichtig, weil mit diesen Anträgen (Änderungsanträgen zur Präambel, d.Verf.) ja offensichtlich die Absicht verfolgt wird, den Antifaschismus, der bis heute der bevorzugte ideologische Kitt für die Einheitsfront-

25) Hermann Rappe, in: „Sozialdemokratischer Pressdienst" v. 25. 2. 1981.

26) H.O. Vetter beispielsweise behauptete in seinem einleitenden Referat: „Die Kommunisten blieben abseits, als am Ende der Weimarer Republik die Gespräche über die Vereinigung der Gewerkschaften begannen. Sie erfanden den Popanz der ‚sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie', um die freien Gewerkschaften zu bekämpfen." Es ist kein Wunder, daß die Kommunisten „abseits" blieben, nachdem sie einerseits zu diesem Zeitpunkt massenhaft aus der Gewerkschaft ausgeschlossen waren und andererseits die antikommunistische, auf den Klassenfrieden angelegte Stoßrichtung der gemeinsamen Spitzengespräche zwischen Hirsch-Dunkerschen, christlichen und freien Gewerkschaften völlig eindeutig war. Die Berufung auf diese „Führerkreis"-Gespräche, die dann nach der faschistischen Machtergreifung zur Anbiederung an die Nazis führten, würde allerdings eine sehr problematische Traditionslinie der Einheitsgewerkschaft konstituieren. Vgl. Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: „Archiv für Sozialgeschichte", XIII (1973), S. 225.

27) In einem Interview mit „druck und papier" (12/1979) sagte Willi Bleicher zur Gründung der Einheitsgewerkschaft: „Dies, die Erfahrungen unter dem Faschismus, waren das Motiv, daß wir uns zur Einheitsgewerkschaft bekannten. druck und papier: Unter Einschluß der Kommunisten? Bleicher: Ja, auch gemeinsam mit Kommunisten. Auch die kommunistische Partei sagte ja zur Einheitsgewerkschaft; auch sie war bereit, aus ihren Fehlern der Vergangenheit zu lernen. . . Ich erinnere mich sehr gut, daß bei uns hierzulande die Gewerkschaftsbüros paritätisch besetzt waren. Da war der Sozialdemokrat; da war der Kommunist; da waren Christdemokraten. Man arbeitete zusammen. Man hatte eine einheitliche Grundauffassung."

politik der Kommunisten geblieben ist, zum Ursprung und bestimmenden Merkmal der Einheitsgewerkschaft hochzustilisieren. Dieser Versuch sollte nicht nur deshalb scheitern, weil er den Kommunismus zum konstituierenden Bestandteil der Einheitsgewerkschaft macht, sondern weil er auch keine programmatische Perspektive für die Gewerkschaftspolitik aufzeigt."[28])

– Hermann Rappe behauptet: „Die Kommunisten haben weder in den deutschen Gewerkschaften noch anderswo das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten respektiert. Kommunisten wollten Gewerkschaften immer nur erobern oder spalten."[29]) Ähnlich heißt es im Grundsatzreferat Vetters, „Kommunisten bestreiten den Gewerkschaften seit jeher die Autonomie." Es handelt sich hierbei um Unterstellungen, für die man jeden Beweis schuldig blieb. Die programmatischen Aussagen der DKP bieten keine Hinweise für solche Behauptungen[30]). Statt Kommunisten wie jedes andere Gewerkschaftsmitglied an ihren konkreten Aussagen und ihrem konkreten Verhalten zu messen, hielt man ihnen Fehler aus der Vergangenheit vor oder stellte denunziatorische Behauptungen auf.

– Eine ähnlich abstruse Logik trug man hinsichtlich der aktuellen Politik der DKP-Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften vor. Im Unterschied zu Mitgliedern anderer Parteien, die aus eigener Erkenntnis und eigenem Entschluß handelten, sind DKP-Mitglieder nur Befehlsempfänger ihrer Parteispitze und die „tut und denkt das, was die KP der UdSSR will"[31]). Kommunisten würden sich zwar gewerkschaftlichen Forderungen anschließen, damit aber völlig andere Ziele verfolgen. Bei der Arbeitszeitverkürzung z.B. gehe es den Gewerkschaften um eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder, für Kommunisten sei der Kampf (auch der Streik) ein „Wert an sich", ein Mittel zum „Zweck der Systemauseinandersetzung"[32]).

Man unterstellt irgendwelche Geheimziele und bestreitet, daß der kommunistische Arbeiter und Angestellte die gleichen Interessen wie seine Kollegen hat und sich gemeinsam mit ihnen für diese einsetzt.

– Derartige Behauptungen müssen dafür herhalten, Mitglieder 2. Klasse zu konstituieren. Karl Hauenschild bekennt dies offen: „Natürlich sind die allermeisten KP-Funktionäre Arbeitnehmer. Aber sie sind *andere* Arbeitnehmer, als die Mitglieder und Anhänger demokratischer Parteien." Ohne Zwei-

28) „Die Neue" v. 5. 3. 1981.
29) „Sozialdemokratischer Pressedienst" v. 25. 2. 1981.
30) „Zur Frage der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften haben wir immer wieder festgestellt, daß wir den DGB als völlig selbständige, unabhängige Organisation achten, in der allein die Mitgliedschaft und die gewählten Gremien zu entscheiden haben. . . . Doch wir verstehen unter gewerkschaftlicher Autonomie nicht nur die Unabhängigkeit von Parteien, Staat und Unternehmen, sondern auch – im Vergleich zu früheren historischen Perioden betrachtet – eine Funktionserweiterung der Gewerkschaften, die sich aus den heutigen gesellschaftlichen Strukturen ergibt. In diesem Sinne sind wir Kommunisten dafür, daß die Gewerkschaften eine eigenständige, eine noch größere Rolle als politische Kraft in der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Gestaltungsfunktion einnehmen – ohne jede Gängelung und Bevormundung durch politische Parteien oder die Regierung." H.Mies, a.a.O., S.15/16.
31) Karl Hauenschild, in: „Gewerkschaftliche Umschau", 1/1981.
32) H. Rappe, a.a.O.

fel könnten sie auch die Gewerkschaften im Sinne ihrer „abweichenden Auffassungen unterwandern"[33]). Hermann Rappe meinte während der Debatte auf dem Kongreß bedauernd, daß nach der Satzung DKP-Mitglieder Mitglieder der Gewerkschaft sein könnten, daß man aber keinen Grund habe, sie zur Mitarbeit „einzuladen" oder sie gar in Funktionen zu wählen.

Die „Entscheidungshilfe" des DGB-Bundesvorstandes gibt sogar offen zu, daß es die „*nicht unberechtigte* Befürchtung" gibt, der theoretische und praktische Ansatz der Kommunisten solle ausgegrenzt werden[34]).

– Daß es sich bei dieser Auseinandersetzung im Grunde um eine Auseinandersetzung über die grundsätzliche Orientierung der Gewerkschaftspolitik handelt – nämlich um die Frage, ob für die Zukunft der sozialpartnerschaftliche Kurs fortgesetzt oder der Weg eigenständiger kämpferischer Interessenvertretung eingeschlagen werden soll – wurde nicht verschwiegen:

Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG, unterstreicht, die politische Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit sei die „parlamentarische Demokratie und der freiheitliche soziale Rechtsstaat". Dies bedeute eine Absage „an alle politische *Theorien und Parteien*, die unsere Gesellschaft aus einem zu engen Blickwinkel oder einer einzigen Interessenlage heraus gestalten wollen."[35]) Hermann Rappe wirft den Kommunisten vor, mit ihrer Politik die Gewerkschaftsmitglieder „bewußtseinsmäßig von diesem System lösen zu wollen"[36]). Es ist also allzu offensichtlich, daß es um die Festschreibung sozialpartnerschaftlicher Politik und um die Flankendeckung für sozialliberale Regierungspolitik geht.

– So verwundert es auch nicht, daß es allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz keineswegs allein um die Mitglieder der DKP geht. Eugen Loderer tat sich am Rande des a.o. DGB-Kongresses mit der Aussage hervor: „Schlimmer als eingetragene DKP-Mitglieder sind die ‚Panzerschrankkommunisten', die Mitglieder demokratischer Parteien sind, in Wirklichkeit aber kommunistische Ziele verfolgen."[37]) Karl Hauenschild warnt vor den politischen Absichten der „Kommunisten mit und ohne Parteibuch"[38]). Als „kommunistisch" soll hier jeder abgestempelt werden, der sich angesichts der Konfrontationspolitik der Unternehmer und der verschärften Abwälzung von Krisenlasten für eine eigenständige Politik der Gewerkschaften einsetzt.

– Das Pendant hierzu findet sich in der Behauptung, die Kommunisten hätten in den Gewerkschaften einen Einfluß, der nicht ihrer „zahlenmäßigen Stärke" entspreche[39]) und der Forderung nach „angemessener Berücksichtigung von

33) Hauenschild, a.a.O.
34) „Die Neue" v. 5. 3. 1981. „Die Welt" v. 18. 2. 1981 weiß zu melden, daß Vetter allerdings keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse möchte; diese „Drecksarbeit" will er den Parteien überlassen.
35) „Neue Gesellschaft", 3/1981.
36) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 7. 3. 1981.
37) „Handelsblatt" v. 13./14. 3. 1981.
38) Hauenschild, a.a.O.
39) Ebd.

Minderheiten"[40]), womit Günter Döding einen besseren Umgang mit den CDU/CSU-Kollegen empfiehlt. Es ist der Versuch, in den Gewerkschaften ein sozialdemokratisch-christdemokratisches Proporzverständnis – entsprechend der Kräfteverhältnisse in den Parlamenten – bei gleichzeitiger Abschottung nach links einzuführen.

Die Debatte um die Einheitsgewerkschaft vor und auf dem a.o. DGB-Kongreß erweist sich damit als Bestandteil der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um die Grundorientierung gewerkschaftlicher Politik angesichts der fortgesetzten und sich verschärfenden Krise in den 80er Jahren.

Da die Überlebenschancen der sozialliberalen Regierung auf längere Sicht ohne die Einbindung der Gewerkschaften sinken – liegt doch gerade in ihrer Integrationskraft gegenüber der Arbeiterbewegung ihre Qualität aus der Sicht der Herrschenden – richten sozialdemokratische Gewerkschafter und die Parteiführung der SPD alle ihre Mühe darauf, die in der Vergangenheit enge Bindung der Gewerkschaften an die SPD zu halten bzw. wieder zu verstärken, nachdem die Enttäuschung über den an Unternehmerinteressen orientierten Kurs der Bundesregierung zu einer Desillusionierung und partiellen Distanziertheit vieler Gewerkschafter gegenüber der SPD geführt hatte. Man möchte, daß es so bleibt, wie Friedhelm Farthmann es sieht: Ihrem Geist und ihrer Tendenz nach sind die Einheitsgewerkschaften im Grunde sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften[41]). Die „Frankfurter Rundschau" geht soweit zu sagen: „Einige Gewerkschaften kann man heute getrost mit dem Etikett ‚Kanzlergewerkschaft' versehen."[42]) An anderer Stelle heißt es in dieser Zeitung: „. . . liegt der Schluß nahe, daß es auch bei dieser Frage (der Einheitsgewerkschaft, d.Verf.) doch wohl mehr um eine grundsätzliche politische Klärung über politisches (Wohl-)Verhalten von Gewerkschaften geht."[43])

Da jedoch heute Systemabsicherung einen „breiten Konsens" notwendig macht, soll eine Politik der großen Koalition auf die Gewerkschaften selbst ausgeweitet werden. Aus diesem Grunde werden die Rufe nach „proportionaler Vertretung der gewerkschaftlichen Hauptströmungen" lauter.

Wenn es auch positiv zu bewerten ist, daß die Verpflichtung zur Toleranz wieder aufgenommen worden ist und daß durch das Wörtchen „vor allem" andere Strömungen als die „freiheitlich-sozialistische" und „christlich-soziale" nicht ausgeschlossen sind, so handelt es sich bei diesem Satz zur Einheitsgewerkschaft in Verbindung mit der geschaffenen „Mißbrauchsklausel" doch um ein potentielles Abgrenzungsmittel nach links, das – je nach Entwicklung der gesellschaftlichen und innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen – auch zu einem Disziplinierungsinstrumentarium ausgeweitet werden könnte.

Unter dem Etikett „Keine Öffnungsklausel für Kommunisten" (Kluncker) wird

40) „Neue Gesellschaft", 3/1981.
41) FR v. 16. 3. 1981.
42) Ebd.
43) FR v. 11. 3. 1981.

der Versuch gemacht, jene Strömung innerhalb der Gewerkschaften auszugrenzen, die von einem grundlegend systemkritischen Ansatz ausgeht, sich für eine autonome, an den Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten orientierte Politik kämpferischer Interessenvertretung ausspricht und die vor allem bereit ist, für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen alle zur Verfügung stehenden Kampfmittel einzusetzen. Hierin liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr sowohl für die innergewerkschaftliche Demokratie als auch generell für die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit.

Dieser Kurs blieb und bleibt jedoch nicht unwidersprochen. Die Kritiker dieser politischen Orientierung innerhalb der Gewerkschaften haben auch auf dem DGB-Kongreß noch einmal auf die Gefahren hingeweisen. Günter Arndt, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff wandte sich gegen eine rückwärtsgerichtete „Fehler- und Schulddiskussion", gerade bei „verdunkeltem Horizont" (Vetter) müsse „das Haus der Einheitsgewerkschaft gefestigt werden". Detlef Hensche vom Vorstand der IG Druck und Papier betonte: „Zugrunde liegt der Einheitsgewerkschaft der gemeinsame Kampf um die gleichen Interessen, und der gemeinsame Kampf für die gemeinsamen Interessen ist das einzige, was zählt." Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung sei einer der perfidesten Spaltungsversuche. Und mit Blick auf die innergewerkschaftlichen Diskussionen fügte Hensche hinzu: Meinungsverschiedenheiten müßten in der Sache ausgetragen werden, wenn der „Stil der Denunziation, des Versuchs der politischen Ausgrenzung Schule macht, wenn etwa statt sachbezogener inhaltlicher Debatte in Zukunft Dossiers wechseln, in denen einzelne Funktionäre so ihren Trichinenstempel auf den Hintern gedrückt kriegen, dann ist es aus mit inhaltlicher gewerkschaftlicher Diskussion." Die Einheitsgewerkschaft sei dann „ernsthaft gefährdet", denn im Grunde „richtet sich diese Art von Kampagne gegen die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften und die Reformfähigkeit dieser Gewerkschaften." Allerdings blieben solche Ansichten auf dem a.o. DGB-Kongreß in einer Minderheit.

Es verwundert nicht, daß bürgerliche Medien und Politiker das Ergebnis des DGB-Kongresses in diesem Punkt begrüßen[47]). Zugleich wird von der realistischen Einschätzung ausgegangen, daß die Auseinandersetzung um diese Frage nicht beendet ist – darin sind sich die unterschiedlichsten Kräfte einig. CSU-Generalsekretär Stoiber bedauert, daß die Abgrenzung in der Praxis noch nicht bei allen „rechts- wie linksextremistischen Gruppen angewendet"[45]) wurde, der „Rheinische Merkur" warnt: „Hensche wird weiter politisch gefährlich bleiben"[46]). Die IG Chemie, Papier, Keramik kommentiert: „Dies (das Problem der ‚Panzerschrankkommunisten', d.Verf.) allerdings

44) Die FAZ (16. 3. 1981) sieht in der „kompromißlosen Abgrenzung gegenüber Kommunisten" die einzige Ausnahme bei sonstiger „Verschwommenheit" des Programms. „Die Welt" (16. 3. 1981) meint: „Vetters Absage an die Kommunisten kam zwar spät, fiel dafür aber erstaunlich deutlich aus. Das ist zu begrüßen. Maria Weber sieht im verabschiedeten Grundsatzprogramm eine „ermutigende Grundlage für die weitere Mitarbeit" der CDU-Mitglieder. (FR v. 28. 3. 1981) Auch „die SPD-Politiker stimmten voll zu" („Vorwärts" v. 19. 3. 1981).
45) „Welt der Arbeit" (WdA) v. 19. 3. 1981.
46) „Rheinischer Merkur" v. 20. 3. 1981.

wurde in Düsseldorf nicht ausdiskutiert. Es steht weiter auf der Tagesordnung."[47]) Peter Riemer von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff widersprach mit dem Hinweis, daß „... das Schreckgespenst von den ‚Panzerschrankkommunisten' nur die Kräfte bestärkt, die uns ablehnend gegenüberstehen"[48]).

*4. Zur Diskussion und Regie des Kongresses*

Die Debatte um die Einheitsgewerkschaft war eine der strittigsten Grundsatzfragen auf dem Kongreß. Unterschiedliche Positionen wurden auch in der Einschätzung der Wirtschaftsordnung und der strategischen Orientierung sichtbar. „Hitzige Wortgefechte beherrschten das Parlament der Arbeit nicht. Auch auf die lang vorausgesagte ‚Zerreißprobe' mußten die Kritiker verzichten. Geschlossenheit und Solidarität hatten Vorrang. Selbst beim Reizthema ‚Toleranzklausel' schwappten die Wogen nicht über", kommentiert die „Welt der Arbeit"[49]).

Für die Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen – angesichts vieler drükkender und auch neuer Probleme – ist der Verzicht auf eine offene kontroverse Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Strömungen bei aller begrüßenswerten Einheit auch mit Nachteilen verbunden. Viele bestehende Probleme – vor allem die der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen – wurden ausgeklammert oder nicht ausdiskutiert.

Leitung und Delegierte des Kongresses waren auf einen reibungslosen Ablauf ohne Grundsatzdebatten eingestimmt. Der Rahmen der zu findenden Kompromisse war bereits im Vorfeld abgesteckt, die Diskussionsbeiträge auf dem Kongreß beschränkten sich meist auf die Interpretation der Kompromisse seitens der Vertreter unterschiedlicher Positionen, welche es im Protokoll festzuhalten galt.

*5. Zur Gesamtbewertung des neuen Grundsatzprogramms*

Das neue Programm des DGB als eine „politische Tendenzwende in Theorie und Praxis"[50]) zu bezeichnen, wäre sowohl in positiver wie in negativer Hinsicht verfehlt. Wie hier ausgeführt wurde, ist der Grundkonsens des 63er Programms als Kompromiß der beiden Hauptströmungen der Gewerkschaftsbewegung auch für das neue Programm bestimmend.

Die Vertreter sozialpartnerschaftlicher Positionen sahen ihre Erwartungen hinsichtlich einer stärkeren Akzentuierung ihrer Positionen nicht erfüllt. Die Aussage der „Frankfurter Allgemeine", Georg Leber habe keinen Nachfolger

47) „Gewerkschaftliche Post", 4/1981.
48) „Holzarbeiter-Zeitung", 4/1981. Die Auseinandersetzung wird zwischenzeitlich bereits fortgeführt. So veröffentlicht die „Einheit" (Zeitung der IG Bergbau und Energie), 5/1981, einen langen Artikel zum Thema „Kommunistische Spaltungen auf dem Wege zur Einheit". Die FAZ meinte am 28. 4. 1981: „Die Arbeit im verborgenen geht weiter – Zeichen für kommunistischen Einfluß im DGB".
49) WdA v. 19. 3. 1981.
50) „express", 4/1981.

gefunden, trifft insofern durchaus die Kräftekonstellation auf dem DGB-Kongreß.

Insgesamt wurden durch die Diskussion im Vorfeld und auf dem Kongreß selbst mehr Verbesserungen als Verschlechterungen erreicht. Besonders hervorzuheben ist hier die Aufnahme neuer thematischer Arbeitsbereiche wie die Probleme des Umweltschutzes, die Humanisierung der Arbeit und insbesondere der Kampf für Frieden und Abrüstung, der in der gewerkschaftlichen Diskussion und Arbeit eine qualitativ neue Rolle spielt. Da es sich hier um zentrale Konfliktfelder der 80er Jahre handelt, sind diese Aspekte nicht zu unterschätzen.

Bei allen Widersprüchen im Programm selbst, die hier analysiert wurden, kann das neue DGB-Grundsatzprogramm als eine Grundlage autonomer Gewerkschaftspolitik dienen. Die Realisierung der aufgestellten Forderungen würde sogar ein bedeutender Schritt zur Einschränkung der Macht des Monopolkapitals sein.

Inwieweit jedoch der Kampf um die Realisierung der Forderungen geführt werden wird und welche Rolle dabei sowohl die positiven als auch die problematischen Aspekte des neuen Programms spielen werden, dies wird abhängig sein von der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, von der Politik des Kapitals und seiner politischen Repräsentanten, von der Entwicklung der in der letzten Zeit spontan gewachsenen demokratischen Bewegung, von den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und insbesondere von den Erfahrungen der Gewerkschaften in tarif- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Dabei wird die gegenwärtig heftig geführte Auseinandersetzung um eine neue Offensive in der Entspannungs- und Abrüstungspolitik eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Allerdings liegen im Bereich der Realisierung gewerkschaftlicher Forderungen, in der fehlenden Diskussion und Formulierung von Durchsetzungsstrategien sowie der Sicherung der einheitlichen Stoßkraft der Gewerkschaften die eigentlichen und sehr ernsten Probleme. Insbesondere ist hier die Gefährdung der Einheitsgewerkschaft durch antikommunistische Einengungen und Tendenzen der Einschränkung innergewerkschaftlicher Demokratie, wie sie etwa in der IG Chemie oder in der Postgewerkschaft schon sichtbar sind, zu nennen.

Gefahren für die gewerkschaftliche Handlungskraft liegen ferner darin, daß die Rolle des DGB als orientierender und einigender Kraft der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu wenig herausgearbeitet worden ist. Gerade in der Frage der nur durch die Gesamtbewegung abzuwehrenden Aussperrung wurde die Inkonsequenz deutlich, die es bei einer Verurteilung der Aussperrung beließ, ohne praktische Schritte zu entwickeln. Es wird Aufgabe des nächsten ordentlichen DGB-Kongresses sein, hier verbindliche Festlegungen zu treffen. In der gegenwärtigen Tarifrunde zeigte sich sehr deutlich der Mangel an koordiniertem Vorgehen der DGB-Gewerkschaften gegen das Lohndiktat der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber.

*6. Zur weiteren Perspektive*

Letztere Probleme spielen für die Perspektive gewerkschaftlicher Kämpfe eine immer größere Rolle, da die neuen Anforderungen und die geringeren Spielräume für „partnerschaftliche Lösungen" eine größere gewerkschaftliche Gegenmacht voraussetzen, und das ist in erster Linie die Fähigkeit zur Mobilisierung der Mitgliedschaft und zum Arbeitskampf.

Mobilisierung und Politisierung der Mitgliedschaft, Entwicklung ihrer Kampfbereitschaft bis hin zum Streik setzen jedoch voraus, daß die innergewerkschaftliche Demokratie funktioniert und die Einheit der Organisation gewahrt ist und immer wieder gefestigt wird. Der IG Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein betonte auf dem DGB-Kongreß: „Wir müssen uns auf härtere Auseinandersetzungen einstellen. Verhandlungen allein werden nicht mehr ausreichen." Die Einstellung und Vorbereitung auf solche Auseinandersetzungen ist sicher noch unzureichend.

In Zukunft, das zeigen schon die letzten Jahre, ist Sozialpartnerschaftspolitik nur auf noch „schmalerer Basis" möglich, d.h., die ökonomischen und politischen Konzessionsspielräume des Kapitals sind kleiner geworden und werden sich voraussichtlich weiter verringern. Deshalb wird der politisch-ideologische Druck zur Disziplinierung und zum Stillhalten auf die Gewerkschaftsbewegung noch zunehmen.

Die Tarifrunde 1981 zeigt aber auch, daß eine nur partielle Mobilisierung und der Einsatz des Streiks nur als ökonomisches Druckmittel gerade unter Krisenbedingungen nicht ausreichen wird. Solange der gegebene politische Rahmen akzeptiert wird und unter allen Umständen eine Politisierung des Arbeitskampfes und damit auch der zumindest partielle Konflikt mit der Bundesregierung vermieden werden soll, solange bleiben die Gewerkschaften bei der allgemeinen Schwächung ihrer Handlungsbedingungen vom Kapital erpreßbar.

Die Diskussion um „Durchsetzungsstrategien" für die programmatischen Forderungen und Ziele wird sehr wichtig sein. Einige Gewerkschaftstage 1980 haben erste Ansätze entwickelt, die bis zum nächsten ordentlichen DGB-Kongreß fortzuführen wären. Dies gilt auch im Blick auf das DGB-Aktionsprogramm. Im Mittelpunkt dieser Diskussion wird der Kampf gegen die Aussperrung und für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche stehen.

# Mit neuen Technologien in eine neue Gesellschaft?

## Zur Kritik des Gebrauchswerts der Informationstechnologien

Von Ulrich Briefs

*1. Die Hoffnung auf die „Informationsgesellschaft"*

Heliumgekühlte Computer, neue Verfahren der Nachrichten- und Fernmeldetechnik auf der Grundlage der Glasfaser- und der Lasertechnik, „intelligente" Terminals, Roboter, computergesteuerte Werkzeugmaschinen, Transferstraßen mit Batterien von Computern, Bildplatten, die auf einer Seite mehrere zigtausend Seiten Text speichern können, und viele andere neue technische Systeme sind Beispiele für die gegenwärtige und zukünftige Dynamik auf dem Gebiet der Informationstechnologien. Diese Technologien werden dabei systematisch zur „flächendeckenden" Infrastruktur der Gesellschaft entwickelt.

In einer im Vergleich zu früheren technologischen Umwälzungen relativ kurzen Zeitspanne von zwei bis drei Jahrzehnten werden durch die Entwicklung und Ausbreitung der Informationstechnologien die Bedingungen in weiten Bereichen der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften verändert: das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) schätzt, daß in der BRD bis zu Beginn der 90er Jahre etwa 10 Millionen Arbeitsplätze, das ist etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze von abhängig Beschäftigten, von dieser Entwicklung berührt werden. Schon allein diese Entwicklung läßt einen die gesamte Gesellschaft berührenden Umwälzungsprozeß ahnen. Die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sind jedoch nicht der einzige Aspekt dieser Umwälzung. Mit den neuen Technologien (Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Telekommunikation u. ä.) bahnt sich vielmehr eine durchgreifende, bisher nicht gekannte Technisierung weiter gesellschaftlicher Bereiche an, ein Prozeß, dessen Auswirkungen weit über die in bezug auf die Arbeitsplätze feststellbaren Auswirkungen hinausgehen.

Die Diskussion auf dem Gebiet der neuen Technologien, deren Kernbereich die Computertechnik ist, und ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen wird bisher ganz überwiegend darüber geführt, daß mit deren Vordringen einschneidende Veränderungen für die Mehrzahl der Arbeitsplätze, für die konkreten Produktions*weisen* in den Betrieben, für die zugehörigen Prozesse der Verwaltung und damit generell für die menschliche Arbeit entstanden sind und weiter bevorstehen[1]). Insbesondere die Gewerkschaften – nicht nur in der

1) Vgl. hierzu insbesondere Ulrich Briefs, Arbeiten ohne Sinn und Perspektive? Gewerkschaften und „neue Technologien", Köln 1980.

Bundesrepublik – warnen seit langem vor den Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Arbeitsplätze[2]). Nicht – oder nur unter Teilaspekten – wird dagegen bisher in der wissenschaftlichen ebenso wie in der gesellschaftspolitischen (und auch in der gewerkschaftlichen) Diskussion[3]) die Frage behandelt, ob und wie die neuen Technologien und ihre Produkte zu den Ergebnissen der gesellschaftlichen Arbeit, zum gesellschaftlichen Reichtum, zur Masse und zur Natur der gesellschaftlich zur Verfügung stehenden Gebrauchswerte beitragen.

Die Diskussion scheint insofern – in einer Art von unreflektiertem Vorverständnis – der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die neuen Technologien in erster Linie Prozeßinnovationen verkörpern – Innovationen also, die ganz überwiegend den Prozeß der Produktion von bereits bekannten Gebrauchswerten (Informationen) eben nur rationeller, d.h. kosten- und zeitgünstiger und insbesondere mit wesentlich geringerem Aufwand an menschlicher Arbeit und Arbeitszeit als bisher ermöglichen[4]). Wegen der Universalität der Erzeugung und der Nutzung von Informationen müßte allerdings auch das schon zu Fragen über die damit bewirkten Veränderungen im Gewebe der Gesellschaft Anlaß geben.

Verändert sich mit den neuen Technologien aber wirklich nur die *Weise,* in der „Informationen" produziert werden, oder bahnen sich nicht doch erhebliche Veränderungen auch in bezug auf den Charakter und die Wirkungsweise der damit produzierten Informationen und sonstigen Gebrauchswerte an? Und bringen diese Technologien nicht doch auch sehr viele neue Gebrauchswerte – vor allem neue Informationen – hervor, die die Gesellschaft „reicher" machen? Und wenn sie „Reichtum" in Form von Informationen schaffen, wozu und wem dienen diese Informationen?

Sowohl in der wissenschaftlichen als auch in der gesellschaftspolitischen Diskussion gibt es gewisse, z.T. sogar recht komplexe Vorstellungen, die sich auf die Auswirkungen der neuen Technologien und ihre Ausbreitung auf die gesellschaftliche Gebrauchswertmasse, auf die Produktion von „Informationen" als ihr Bestandteil und auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung beziehen. Zusätzlich zur diffusen Erwartung, durch alle möglichen „neuen" Produkte im Bereich der Informationstechnologien die grundlegenden inneren Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems zu beheben, gibt es vor allem zwei Konzeptionen:

---

2) Vgl. u. a. die Schriftenreihen der DGB-Abteilung Angestellte und der IG Metall; insbesondere die IG Metall hat auf ihren Automationskongressen in den 60er Jahren auf die mit den neuen Technologien heraufkommenden Gefahren hingewiesen; vgl. insbesondere auch die Schwerpunkthefte der „WSI-Mitteilungen" August 1979 (zu den Informationstechnologien) und August 1980 (zum Privaten Dienstleistungsbereich); für die internationale Diskussion vgl. Wim van Gelder, Automatisiering en Werkgelegenheid; Woerden (NL), 1979.

3) Kritisch äußert sich dazu vor allem Joseph Weizenbaum, Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt/M. 1979; für den Bereich öffentliche Dienstleistungen vgl. vor allem Brinckmann/Grimmer/Lenk/Rave (Hrsg.), Projekt Verwaltungsautomation (Schriftenreihe), GHS Kassel; Adviesgroup Rathenau, Maatschappelijke gevolgen van de micro-electronica, s'Gravenhage (NL) 1980.

4) Vgl. vor allem Günter Friedrichs (IG Metall), Einsatz von Mikroprozessoren – Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung, in: „Rationalisierung", 7/8 u. 9, beide 1978.

1. Der Staat hofft (nicht nur in der Bundesrepublik), durch die Förderung dieser Technologien – also durch die Förderung von Computer- und Nachrichtentechnik, Verkabelung, neuen Dienstleistungen wie Bildschirmtext, Informations- und Dokumentationssystemen u. ä. – einen wesentlichen Beitrag zur „Modernisierung der Volkswirtschaft" und damit zur Behebung der seit Mitte der 70er Jahre offen zutage getretenen kapitalistischen Strukturkrise und der sich in dieser Krise verstärkt bemerkbar machenden Stagnationstendenzen leisten zu können[5]): u. a. durch eine bessere Versorgung der Wirtschaft mit Informationen, die zu Innovationen und neuen Gebrauchswerten, d. h. zu einem „modernen" Typ von Produktionsstruktur, eben der Produktion von „intelligenten Produkten", „Blaupausen", u. ä. beitragen.

2. Die wissenschaftliche Diskussion im Bereich der Informatik und der sonstigen Disziplinen, die der weiteren Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung, der Mikroelektronik, der Telekommunikation u. ä. zuarbeiten, verheißt den Aufbruch in die „Informationsgesellschaft"[6]): Sie soll von einem schier unverstellbaren Reichtum an Informationen (und einer entsprechenden Zahl und Vielfalt der dazu zur Verfügung stehenden technischen Geräte) und besonders der Bereitstellung wirksamen Wissens für die Probleme der ökonomischen und gesellschaftlichen Steuerung, z. B. in Form verfeinerter Prognosen und Planungen, geprägt sein.

Der Staat pumpt aus dieser Hoffnung heraus seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten gewaltige Mittel in die Bereiche der Datenverarbeitung und anderer neuer Technologien. Insbesondere betreibt er den Aufbau von riesigen Informations- und Dokumentationssystemen und ihre Vernetzung im öffentlichen Bereich, um die Versorgung des Landes mit technischen, wissenschaftlichen, ökonomischen usw. Informationen zu verbessern.

In der wissenschaftlichen Diskussion wird ein gewaltiger Zuwachs an neuen und qualitativ hochwertigen, d. h. aktuelleren, gezielteren, komplexeren Informationen und dadurch insbesondere an neuen, bisher nicht gekannten Formen der Planung und der bewußten Gestaltung der Bedingungen für die Tätigkeiten auf fast allen Gebieten (Wirtschaft, Verwaltung, Gesundheitswesen, Rechtsprechung, Erziehung, Kunst usw.) vorausgesagt. Der technokratische Traum, alle gesellschaftlichen Prozesse unter Beibehaltung kapitalisti-

5) Zur Kritik vgl. u. a. Ulrich Briefs, Technologie- und Modernisierungspolitik im Spannungsfeld zwischen den Interessen der abhängig Beschäftigten und der Unternehmenspolitik, in: „WSI-Mitteilungen", 12/1976, S. 747 ff.

6) Der Trend zur „Informationsgesellschaft" wurde entdeckt, indem alle „Informationsberufe" in der Gesellschaft zusammengezählt wurden. Für die USA stellte sich heraus, daß über 50 % der Beschäftigten bereits „Informationen" produzieren. Zusammengezählt werden dabei u. a. die Tätigkeitsgruppen der Wissenschaftler, Kontrolleure, Unternehmensberater, Büro- und Verwaltungsangestellte, Lehrer und Erzieher, Postbedienstete usw.
Was dabei vor allem sichtbar wurde, ist eine weitere Facette des Elends der herrschenden z. T. einfach theorielosen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die neue gesellschaftliche Formationen durch statistische Umgruppierungen meinen erkennen zu können. Vgl. Ingo Schmoranz, Die Informationsrevolution – ökonomische Aspekte in den Industriegesellschaften, in: ÖGI (Hrsg.), Informationssysteme für die 80er Jahre, Linz 1980; M. U. Porat, Communication Policy in an Information Society, in: Computer and Politics, London 1979.

scher Produktionsverhältnisse „rational" gestalten und lenken zu können, scheint nunmehr in greifbare Nähe zu rücken.

In diesen Ansätzen zeichnet sich die Hoffnung auf einen neuen Typ von Gesellschaft, eine besondere Variante der „postindustriellen Gesellschaft" bzw. der „Dienstleistungsgesellschaft" ab: die informatisierte Gesellschaft oder die Informationsgesellschaft[7]). Die mit den neuen und höherwertigen Informationen möglich werdende Ausdehnung des Informationssektors, d.h. die Ausdehnung der Produktion von Informationen, soll vor allem auch die durch die neuen Technologien zu erwartenden Arbeitsplatzverluste ausgleichen[8]).

Unbestritten kann indes im Zusammenhang mit der Dynamik der Informationstechnologien zunächst nur sein, daß mit der Produktion und mit der Anwendung, mit der Einführung und mit der laufenden Nutzung dieser Technologien eine Reihe von zusätzlichen und offenbar überwiegend sehr profitablen Anlagemöglichkeiten für Kapital bereitgestellt werden. Diese Technologien bieten eben – aus der Sicht der in den entsprechenden Branchen operierenden einzelnen Kapitale (und nicht nur aus der Sicht dieser, sondern auch zunehmend aus der Sicht branchenfremder Kapitale) gesehen – neue Hoffnungen auf Märkte, zusätzliche Absatzaussichten und auch zusätzliche Möglichkeiten, planmäßig Bedürfnisse zu erschließen[9]), sich gefügig zu machen und schließlich zu monopolisieren, also zusätzliche profitable Tauschwerte zu produzieren. So ist es kein Wunder, daß die Sektoren der neuen Technologien gleichermaßen durch eine ständige Wachstumsdynamik, erhebliche Marktumwälzungen sowie zahlreiche Tendenzen zur Monopolisierung ganzer Märkte und einzelner Marktsegmente gekennzeichnet sind, eine Entwicklung, zu der der Staat schon seit Jahren erheblich beiträgt[10]).

Und diese Hoffnung auf neue Märkte trügt auch nicht. Die neuen Technologien, inzwischen auf breiter Front in allen volkswirtschaftlichen Sektoren, im wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Bereich, in großen und kleinen Betrieben, ja inzwischen sogar ansatzweise in den Haushaltungen eingesetzt, sind heute bereits universell geworden und das, obwohl die Entwicklung in weiten Bereichen noch eher in den Anfängen steht. Eine amerikanische Quelle schätzt, daß allein bis 1982 „weltweit" (d.h. ohne die sozialistischen

7) Vgl. Simon Nora, Alain Minc, L'informatisation de la societé, Paris 1978; deutsch: Uwe Kalbhen (Hrsg.), Die Informatisierung der Gesellschaft, Frankfurt/New York 1979. Actes du colloque „Informatique et Societé", Paris 1979.

8) Diese Erwartung zieht sich vor allem auch durch die Diskussion der Hersteller der neuen Technologien durch: sie zeigt zugleich die Einsicht, daß die neuen Technologien Arbeitsplätze zerstören müssen; als gute ideologische Zusammenfassung vgl. IBM (Hrsg.), Technik und Gesellschaft: Wachstum in Freiheit und Verantwortung, Stuttgart 1978.

9) Vgl. das Eindringen von Konzernen wie Exxon, VW, St. Gobain, Mannesmann, BASF in die Bereiche der neuen Technologien: sie investieren offenbar dort die Profite, die in ihren traditionellen Anlagesphären nicht mehr untergebracht werden können.

10) Der Staat hat z. B. die kleinen deutschen Hersteller Anfang und Mitte der 70er Jahre immer wieder zur Zusammenarbeit und zum Zusammenschluß gedrängt; diese Monopolisierungstendenzen behindern z. T. sogar auf Kosten der Anwender vernünftige Entwicklungen; die EDV-Fachwelt ist voll von Klagen, daß firmenspezifische Entwicklungen immer wieder Fortschritte verhindern.

Länder) bei Universalcomputern der installierte Wert auf etwa 155–165 Mrd. Dollar zunimmt (1977 lag dieser Wert bei 99,6 Mrd. Dollar). In der BRD sind inzwischen für weit mehr als 40 Mrd. DM Computer installiert. Nimmt man die insbesondere von den Betrieben erbrachten unerläßlichen Programmier- und Organisationsleistungen hinzu, beträgt der in der Bundesrepublik für Computer und Zubehör investierte Wert sogar ca. 80 Mrd. DM. Er wächst derzeit jährlich um etwa 12–15 Mrd. DM[11]). Insbesondere die Bereiche der Büro- und Verwaltungstätigkeiten sind bereits stark erfaßt. In der Zukunft lassen aber gerade die gegenwärtig im Bereich der unmittelbar produktiven Arbeit sich anbahnenden neuen Anwendungen (Roboter verschiedener Art, computergesteuerte Werkzeugmaschinen und Bearbeitungszentren, Laborgeräte, Prozessrechner, Transferstraßen mit Computern, automatische Lagerhaltungssysteme, automatisierte Satzsysteme u.v.a.m.) eine noch viel größere Anwendungsbreite und Dynamik erwarten. Entsprechend hochfliegend sind die Erwartungen für die Ausdehnung gerade dieser Anwendungen der neuen Technologien und damit für eine gewaltig erweiterte Produktion von entsprechenden Tauschwerten.

Allein mit Marktkategorien und Umsatzgrößen sind jedoch die Auswirkungen dieser Technologien auf die gesellschaftliche Produktion von Gebrauchswerten und von Informationen (und damit auch, wie zu zeigen sein wird, auf die Arbeitsplätze) nicht erklärbar. Vielmehr muß man sich dazu den Charakter der neuen Produkte näher ansehen und sich fragen, mit welchen Eigenschaften und Wirkungsweisen die neuen Technologien und ihr hauptsächliches Produkt „Informationen" in die gesellschaftlichen Prozesse und in die Prozesse der gesellschaftlichen Produktion als ihre Basis eingreifen.

## 2. *Im Vordergrund: Rationalisierung und Kontrolle*

Das unmittelbare Produkt – „Informationen" – ist eine universelle und allgemeine Kategorie hochentwickelter Gesellschaften. Von daher erklärt sich auch ihre Universalität. Folgende Hauptbereiche für die Produktion von Informationen mit den neuen Technologien haben sich bisher ergeben:

– Die Produktion von Informationen im wirtschaftlichen und insbesondere im betrieblichen Bereich; diese zerfallen im wesentlichen in Informationen, die Bestandteil der unmittelbar ausführenden Arbeitstätigkeiten einerseits (neue Technologien werden als Arbeitsmittel eingesetzt) und der planenden und kontrollierenden Tätigkeiten des Managements andererseits (als Organisationsmittel) sind; hier steht die Effektivierung der Arbeit und der sie kontrollierenden Prozesse im Interesse der in den Betrieben herrschenden Kräfte im Vordergrund; die neuen Technologien ermöglichen insbesondere auch die verstärkte Integration von Informationen für ausführende und für planende sowie kontrollierende Tätigkeiten in den Betrieben.

11) Vgl. Ulrich Briefs, Neue Technologien – neue Aufgaben und ein neues Potential für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in: „WSI-Mitteilungen", Februar 1981, S. 82ff.

– Die Produktion von Informationen im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion, d. h. insbesondere im Bereich des Staates und seiner Organe; hier stehen – neben der Verbesserung der Informationsbasis für die Verwaltung, die Betriebe und die Wirtschaftspolitik durch umfangreichere Statistik, mehr prognostische Informationen u. ä. – die Gewährleistung von „politischer Kontinuität und Stabilität" und dazu die Gewährleistung eines ausreichenden Maßes an Transparenz in bezug auf das politisch-gesellschaftliche Verhalten und die Lebensumstände der Bürger und insbesondere des politisch aktiven Teils der abhängig Beschäftigten im Vordergrund. Zunehmende Bedeutung erhält in diesem Bereich in der Zukunft die Nutzung der Informationstechnologien für militärische Zwecke.

– Die Produktion von Informationen als Bestandteil „wissenschaftlicher" Tätigkeiten primär im Bereich der wissenschaftlichen Einrichtungen, zunehmend auch im Bereich der Betriebe, aber mehr und mehr auch als Ergebnis der mit den neuen Technologien vorangetriebenen systematischen Erfassung und Auswertung von Datenmassen in anderen Bereichen wie z. B. den Sozialversicherungen.

– Die Produktion von Informationen als Dienstleistungen für Konsumzwecke, d. h. für den Gebrauch von Haushalten und Individuen, aber auch Betrieben (wie z. B. die Informationen, die das Bildschirmtextsystem bereitstellt).

Die neuen Technologien werden in diesen Bereichen als Arbeits- und als Organisationsmittel eingesetzt. Als Arbeitsmittel dienen sie dazu, Arbeit auszuführen und zu produktiven Prozessen durch die Produktion von Informationen direkt oder indirekt beizutragen. Als Organisationsmittel dienen sie dazu, im Rahmen der herrschenden Verhältnisse die Strukturen und Prozesse der Produktion und der Verwaltung zu planen und zu organisieren. Mit zunehmender Ausreifung nimmt ihr Einsatz als Organisationsmittel zu: Planung, Organisation, Gestaltung und Kontrolle werden die hauptsächlich unterstützten Tätigkeiten.

Das Schwergewicht der Produktion von Informationen mit Hilfe der neuen Technologien liegt bisher (und auch in der Zukunft) eindeutig im Bereich der Betriebe. Allerdings steigen mit zunehmender Dauer der kapitalistischen Strukturkrise und zunehmender Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche weiter der Umfang und die Bedeutung der Informationsproduktion im Bereich der staatlichen Organe: sowohl die Erfassung und Aufbereitung von Daten für ökonomische Funktionen der Betriebe und des Staates als auch die massenhafte Erfassung und Auswertung von Daten einzelner Bürger nehmen zwangsläufig im Zusammenhang mit der kapitalistischen Strukturkrise und den sozialen Konflikten wie Hausbesetzungen, Streiks, Anti-Kriegs-Aktionen usw. zu[12]). Besondere Bedeutung erhalten hier auch die gegenwärtigen Tendenzen zur weiteren Aufrüstung in der Bundesrepublik: die zunehmende

12) Zu den Formen und Folgen dieses Einsatzes der neuen Technologien vgl. die Nummer 7 der Zeitschrift „Wechselwirkung": Datenverarbeitung – ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle.

Dichte militärischer Installationen auf dem Gebiet der BRD macht auch eine im Vergleich zum bisherigen Zustand noch viel weitergehende, schließlich „flächendeckende" Erfassung und Verarbeitung von allen möglichen Informationen, insbesondere aber von Informationen, die zur Überwachung und Kontrolle der Bürger und bestimmter politischer Gruppen dienen, notwendig[13]).

Ebenfalls an Bedeutung mit zunehmender Dauer der kapitalistischen Krise gewinnt die „wissenschaftliche" Nutzung der neuen Technologien, nicht ausschließlich, aber gerade auch zur Verbesserung der Bedingungen für die Kapitalverwertung. Die Art dieser wissenschaftlichen Nutzung verstärkt allerdings auch die Gebrechen der unter kapitalistischen Bedingungen entwikkelten Wissenschaft: Die Neuorganisation von wissenschaftlichen Prozessen und Einrichtungen im Zuge der Einführung neuer Technologien trägt vor allem – wie in den Betrieben – zur verstärkten Bürokratisierung und Hierarchisierung der wissenschaftlichen Organisationen bei. Die neuen Technologien werden insbesondere auch dazu genutzt, durch bessere Transparenz und Kontrolle von „oben" die „Elitisierung" der Wissenschaft voranzutreiben: die herrschenden (noch dazu gesellschaftspolitisch eher konservativen) Schlüsselgruppen des Wissenschaftsestablishments verschaffen sich mit den neuen Technologien mehr Transparenz und Informationsvorsprünge. Neben die Verbesserung der wissenschaftlichen Informationsbasis tritt mehr und mehr die Reorganisation der wissenschaftlichen Arbeit im Interesse der in der Gesellschaft herrschenden Kräfte. Zugleich zeichnet sich durch die Vernetzung wissenschaftlicher und privater bzw. öffentlicher Informationssysteme auch eine noch erheblich stärkere direkte Anbindung wissenschaftlicher Tätigkeiten an die Prozesse insbesondere im Bereich der Wirtschaft, aber auch im Bereich des Staates ab. Der Gebrauch der neuen Technologien in der Wissenschaft (wie auch in der staatlichen Verwaltung) trägt insbesondere auch zu einer Angleichung an die Bedingungen der privaten Wirtschaft bei: gleiche oder ähnliche Informationssysteme, d.h. z.B. Kostenrechnungs-, Überwachungs- und Planungssysteme wie in der Wirtschaft breiten sich in diesen Bereichen aus. Was mit den neuen Technologien also vorangetrieben wird, ist insbesondere auch die Bürokratisierung und „Kommerzialisierung" im Sinne der kommerziell-betriebswirtschaftlichen Organisation von bisher noch nicht durchgängig nach den Regeln der Logik der Kaptialproduktion organisierten und kontrollierten Bereichen. Der mit diesen Technologien sich ergebende veränderte Typ von Informationsproduktion zielt somit gerade in diesem Bereich auf mehr Kontrolle und Abhängigkeit von den herrschenden Interessen.

Stehen im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft und auch der staatlichen Verwaltung neben dem Gebrauchswert als Arbeitsmittel der Gebrauchswert der neuen Technologien als Organisationsmittel und damit die Produktion entsprechender Überwachungs- und Kontrollinformationen im Vordergrund,

13) Eine ähnliche Gefahr zeichnet sich ab im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kernenergieerzeugung; vgl. Robert Jungk, Der Atomstaat – Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München 1977.

so ist es im Bereich des „Konsums" in erster Linie ihr Charakter als Arbeitsmittel: ihr Einsatz dient dazu, zusätzliche neue Dienstleistungen und Produkte, eben im wesentlichen alle möglichen Informationen, als Konsumartikel anzubieten. Die neuen Technologien machen es möglich, sich über Fernsehgeräte und ihre Zusätze – zunächst nur rezeptiv, bald aber auch interaktiv – im Haushalt (und im Betrieb) neue, von außen bereitgestellte Informationsquellen zu erschließen. Die Einführung des Bildschirmtextsystems und anderer ähnlicher Dienstleistungen ist allerdings nur ein Element in einem umfassenden Veränderungsprozeß im Bereich der Medien: Mit weiteren technischen Maßnahmen wie z.B. der Verkabelung, insbesondere aber mit den Bestrebungen zur Privatisierung von Rundfunk und Fernsehen, werden organisierte Bestrebungen zur durchgreifenden Neugestaltung der Medien – im Kapitalinteresse – sichtbar. Dabei zeichnen sich zugleich neue Bestrebungen auch zur Kontrolle und Überwachung der Medien im Interesse der herrschenden Kräfte, z.B. durch Medienkonzerne, Unternehmensverbände, die etablierten politischen Parteien usw. ab.

Gerade bei den bisher nur ansatzweise erschlossenen Systemen der neuen Technologien im Konsumbereich werden zugleich unter Gebrauchswertgesichtspunkten besonders widersprüchliche Entwicklungen sichtbar: auf der einen Seite gibt z.B. ein in Frankreich in der Entwicklung befindliches Bildschirmtextsystem die Möglichkeit, sich über Hotels zu informieren und Zimmer usw. zu buchen, auf der anderen Seite soll durch Telekonferenzsysteme ein Großteil der Dienstreisen überflüssig gemacht werden. Auf der Berliner Funk- und Fernsehausstellung wurde demonstriert, wie mit dem Bildschirmtextsystem angezeigt werden kann, wo es das billigste Schweinefleisch gibt. Was aber, wenn sich, z.B. in Berlin, Zehntausende von Hausfrauen dann auf den Weg zur betreffenden Metzgerei machen? In diesem Bereich ist offensichtlich, daß Entwicklungen vorangetrieben werden, ohne daß man sich zuvor einmal gründlich überlegt hat, ob, wie und wo solche Dienstleistungen wirklich vernünftig sind. Eine die Gesamtgesellschaft berührende Entwicklung wird mit Konzepten vorangetrieben, die in sich widersprüchlich sind. Selbst in diesem Bereich des Einsatzes neuer Technologien zeichnet sich jedoch bereits zu einem Zeitpunkt, wo die neuen Technologien noch kaum ansatzweise entwickelt sind, schon ab, daß auch sie im Zuge der weiteren Nutzung gerade für die Veränderung der betrieblichen Bedingungen im Interesse des Kapitals genutzt werden, wie z.B. der geplante Einsatz des Bildschirmtextsystems im Einzelhandel zeigt[14]).

Trotz der Bedeutung, die in der herrschenden Diskussion die „neuen" Produkte und Dienstleistungen im Bereich des Konsums haben, die entscheidenden Gebrauchswerte dieser neuen Technologien entfalten sich offensichtlich im Einsatz im betrieblich-ökonomischen und im staatlichen Bereich: neue Konsumartikel wie Telespiele, Taschenrechner, „elektronische Telefonbü-

14) Vgl. J. Reese, H. Kubicek, B.-P. Lange, B. Lutterbeck, U. Reese, Gefahren der informationstechnologischen Entwicklung, Frankfurt/New York 1979.

cher" als Bestandteil des Bildschirmtextsystems u. ä. sind Neben-, z. T. Abfallprodukte anderer, wichtigerer Entwicklungen. Der wichtigste Gebrauchswert der neuen Technologien ist zweifellos, das zeigt schon die Erfassung der hauptsächlichen Einsatzgebiete, ihre systematische Entwicklung und Nutzung zur Rationalisierung und zur Veränderung der Produktions- und damit der Arbeitsbedingungen im Interesse des Kapitals. Selbst die Schaffung neuer Vernichtungspotenzen im Zuge der weiteren Entwicklung der elektronischen Kriegsführung hat gerade auch für die Entwicklung realtechnischer Grundkomponenten der Informationstechnologien wie schnellerer Computer eine Vorreiterrolle und trägt damit zur beschleunigten Veränderung der Betriebsbedingungen durch Rationalisierung und verschärfte Kontrolle bei[15]). Die gegenwärtig sich abzeichnende Umstrukturierung etwa in der Bundesrepublik zur verstärkten Produktion von Rüstungsgütern wird auch zur führenden Rolle der Militärelektronik in dieser technologischen Entwicklung und damit zu Anstößen für neue Formen der Rationalisierung und der Kontrolle beitragen.

Entsprechend der vorrangigen Bedeutung des Bereichs betrieblich-ökonomischer Anwendungen der neuen Technologien entfalten sich daher auch die mit diesen produzierten Informationen: an erster Stelle steht die breite und vielfältige Produktion von Informationen in Betrieben und Verwaltungen, vor allem für die ständige Rationalisierung und Verbesserung der Produktionsbedingungen im Interesse des Kapitals, an zweiter Stelle die Gewinnung von Informationen für die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität (nach außen und nach innen) im Interesse der herrschenden Kräfte; erst an dritter Stelle, und großenteils ergänzend zu den angesprochenen betrieblichen und staatlichen Entwicklungen kommt die Nutzung und Verbreiterung wissenschaftlicher Erkenntnisse, an vierter und letzter Stelle das, was in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert und von der interessierten Industrie und auch vom Staat in den Vordergrund geschoben wird: die Schaffung neuer Dienstleistungen und Produkte, die Verbesserung der Informationsversorgung der Bevölkerung und des Landes.

Vor dem Hintergrund dieser Tendenzen – zunehmender Einsatz der neuen Technologien für Rationalisierung, Kontrolle und Überwachung – stellt sich die Frage nach den Vorteilen dieser Technologien bzw. der mit ihnen entstehenden flächendeckenden Infrastruktur aus Informationstechnologien, wie sie sich im Umfang der Produktion von Informationen und im Gebrauchswert der mit diesen neuen Technologien produzierten Informationen entfaltet.

### 3. *Gewaltige neue Möglichkeiten zur Informationsproduktion und wie sie genutzt werden*

An konkreten Vorteilen der Informationstechnologien werden im Zuge der systematischen Erfassung, Verarbeitung, Weiterleitung, Speicherung und

15) So läßt das US-Verteidigungsministerium gegenwärtig mit einem Aufwand von etwa 200 Mio. Dollar für die elektronische Kriegsführung Computer entwickeln, die in der Sekunde bis zu 500 Mio. Rechenoperationen ausführen können (z. B. für die Steuerung von Raketen, die sich im Flug dem Bodenprofil anpassen); weitere Entwicklungen zielen auf Rechengeschwindigkeiten von 10 Mrd. Operationen in der Sekunde.

Ausgabe von Informationen sowie in der Folge erheblicher Umstrukturierungen der verschiedenen Tätigkeiten im Rahmen der gesellschaftlichen Informationsproduktion realisiert:

– eine massenhafte, minutiöse und schnelle Erfassung von Daten und Informationen;
– eine wesentlich aktuellere und gezieltere Verarbeitung und Auswertung von Informationen als bisher;
– gesteigerte Möglichkeiten zur Kombination von allen möglichen Informationen;
– verbesserte Möglichkeiten zur wissenschaftlichen, insbesondere auch zur qualitativen Analyse von Datenmassen und zur Umformung von Daten und Informationen mit mathematisch-wissenschaftlichen Verfahren (etwa zur „Optimierung" von Produktionsprozessen);
– die Speicherung von Daten und Informationen über lange Fristen;
– die Auswertung von Datenmengen in Suchprozessen (heuristische Prozesse, Mustererkennung u.ä.);
– das wesentlich leichtere und schnellere Übertragen von Datenmassen über große Entfernungen und insbesondere auch über die nationalen Grenzen.

Damit ermöglichen die neuen Technologien im Prinzip die Produktion von Informationen mit wesentlich höherem Gebrauchswert im Vergleich zu bisherigen mit „konventionellen" Mitteln erstellten Informationen.

Welche gesellschaftlichen Qualitäten und Ziele werden aber mit den neuen technischen Möglichkeiten angesteuert und verwirklicht?

Die neuen Technologien werden im betrieblichen und mehr und mehr auch im überbetrieblichen und vor allem im politischen Bereich zur Schaffung immer stärker zentralisierter und hierarchisierter, flächendeckender Informationssysteme genutzt, sie tragen dabei vor allem zur Schaffung von komplexen Systemen der Steuerung in nahezu allen Bereichen produktiver und sonstiger gesellschaftlicher Tätigkeiten bei. Die Vorteile der Informationstechnologien fördern zugleich im Zuge des Aufbaus von umfassenden Netzwerken das Eindringen der neuen Technologien in die Mehrzahl der Arbeitsplätze und die Neugestaltung der Organisationen in Wirtschaft, staatlicher Verwaltung, Wissenschaft und Medien. Sie tragen durch die Produktion entsprechender Informationen für Rationalisierung, Kontrolle und Überwachung in diesen Netzwerken zur verstärkten Unterwerfung menschlicher Arbeit unter die Ziele und Notwendigkeiten der Kapitalproduktion bei.

Entwickelt und genutzt werden die konkreten Gebrauchswerteigenschaften und die Potentiale der neuen Technologien für den Aufbau und den Betrieb einer Vielzahl komplexer Informationssysteme auf den verschiedenen gesellschaftlichen Gebieten. Für die Arbeitsplätze und die Beschäftigten, besonders folgenreich sind dabei drei Entwicklungen:

– die Schaffung von Voraussetzungen für die neuartige Kombination und Nutzung von Naturkräften, Stoffeigenschaften, menschlichen Fähigkeiten in

Form komplexer Systeme zur integrierten Produktion und Verwaltung von Gütern und Dienstleistungen;
– der Ausbau von lückenlosen managementorientierten und auf ökonomische Transparenz zielenden Informationssystemen in den Betrieben und Verwaltungen;
– die verstärkte systematische Erfassung und Auswertung von Informationen über Beschäftigte, Bürger, soziale Gruppen, politische Kräfte.

Aus dem Zusammenwirken dieser Entwicklungen ergeben sich die Auswirkungen für die Massen der Beschäftigten: Massive Arbeitsplatzverluste, Entwertung vieler traditioneller Qualifikationen, neue Form von Kontrolle und Überwachung.

Nach wie vor führend bei der Gestaltung der ersten beiden dieser Entwicklungen sind eindeutig die fortgeschrittenen amerikanischen Großkonzerne – trotz der Aufholbemühungen der westeuropäischen und insbesondere der japanischen Großkonzerne. Gerade bei diesen Entwicklungen leisten die Staatsorgane der kapitalistischen Länder seit jeher erhebliche, vor allem finanzielle, in geringerem Umfang auch organisatorische Beiträge – allerdings in einer Form, die ihnen keinen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der neuen Technologien läßt. Die dritte Art von Entwicklung ist eine besondere Domäne des Staates, obwohl auch hier die Konzerne bei den Strukturen der Informationssysteme vielfach Schrittmacherdienste geleistet haben. Die Bedeutung der dritten Art von Informationssystemen nimmt vor allem auch zu im Zusammenhang mit Maßnahmen der Aufrüstung.

Die neuen Technologien ermöglichen also, das wird aus den aufgeführten konkreten Vorteilen sichtbar, in der Tat eine andere, im Prinzip höherwertige Informationsproduktion als bisher. Nur: diese Produktion und die Entfaltung der Gebrauchswerteigenschaften der neuen Technologien, die sich im Zuge der Dynamik der informationstechnologischen Entwicklung ergeben, werden vorangetrieben innerhalb der Gegebenheiten des kapitalistischen Systems. Sie werden von den in den Betrieben, im Staat, in den wissenschaftlichen Organisationen und von den in den „alten" und „neuen" Medien herrschenden Kräften in ihrem Interesse, d.h. zur Profit- und Herrschaftssicherung, zur Ausbeutung und Repression in vielfältigen und sich potenzierenden Formen entwickelt und genutzt.

Vertreter der Industrie behaupten nun allerdings oft – bezogen vor allem, (wenn auch nicht ausschließlich) auf den betrieblichen Bereich – die Produktion von Informationen für Rationalisierung und Kontrolle mit neuen Technologien träte in ihrer Bedeutung gegenüber der Produktion von Außeninformationen, d.h. von Informationen über Märkte, Kunden usw. eindeutig zurück. Überhaupt sei das Schwergewicht für den Einsatz der neuen Technologien in der Produktion von Informationen für bessere Planung, Prognosen, mehr vorausschauende Maßnahmen zur „Frühwarnung" usw. zu suchen, nicht so sehr dagegen im Bereich der Produktion von Informationen für Rationalisierungsmaßnahmen.

Der tatsächliche Gebrauch der neuen Technologien ist jedoch eindeutig durch die Effektivierung von Produktion und Verwaltung – im wesentlichen auf Kosten von Arbeitsplätzen und Beschäftigten – und die Produktion von Informationen dazu geprägt. Hinzu tritt, als absichernde Maßnahme der Rationalisierung, gerade auf betrieblicher Ebene der Ausbau der Systeme zur Überwachung und Kontrolle der Beschäftigten, z. B. in Form von Personalinformationssystemen und Zugangskontrollsystemen. Gerade auch „Außeninformationen" werden mehr und mehr so ausgewertet, daß sie für die Rationalisierung und die Neugestaltung der Betriebsbedingungen im Interesse des Kapitals verwendet werden können.

Und bessere Planung und Disposition auf betrieblicher Ebene richtet sich unter den herrschenden Bedingungen – und verschärft durch die kapitalistische Strukturkrise – gegen die Beschäftigten: der planmäßige Einsatz von Informationen, die mit den neuen Technologien schnell, aktuell, gezielt usw. gewonnen werden, richtet sich ebenso planmäßig gegen die Arbeitsplätze und Beschäftigten. Rationalisierung der Arbeitsplätze und Kontrolle der Beschäftigten – weil damit die Bedingungen für die Produktion und Aneignung von Mehrwert durch das Kapital verbessert werden – sind daher die wesentlichen Ziele des Einsatzes der neuen Technologien unter den herrschenden Bedingungen. Diese Ziele bestimmen auch im wesentlichen die mit den neuen Technologien verwirklichten gesellschaftlichen Qualitäten. Die Daten, die mit den neuen Technologien erfaßt und verarbeitet werden, sind zwar im Prinzip universell und vielfältig verwendbar; aufgrund der Notwendigkeit, immer wieder die Betriebsabläufe auf die Produktion von mehr Mehrwert hin umzustrukturieren, ergibt sich im dominierenden und die Entwicklung prägenden Bereich dieser Technologien, dem betrieblich-ökonomischen, die laufende Notwendigkeit zur Umformung und Auswertung der erfaßten Daten zur Gewinnung von Informationen für verschärfte Rationalisierung, zur Einsparung von Kosten – und damit vor allem zur Einsparung von Personalkosten.

Allen Beteuerungen von Industrie und Staat zum Trotz steht aufgrund des in der kapitalistischen Produktionsweise angelegten ökonomischen Zwangs, mehr Profit letzten Endes durch verschärfte Ausbeutung der Arbeitskräfte zu erzielen, die ständige Produktion von Informationen im Vordergrund, die gegen die Beschäftigten gerichtet werden. Die Dynamik und die „Intelligenz", die vielfältigen neuen oder verbesserten Gebrauchswerteigenschaften der neuen Technologien richten sich unter den gegebenen Bedingungen zwangsläufig gegen die Beschäftigten. Die Gesellschaft der Zukunft wird also mit Sicherheit – gerade wegen der Dynamik der neuen Technologien – nicht durch weniger sondern durch mehr gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte, insbesondere durch mehr betriebliche Konflikte, gekennzeichnet sein. Die neuen Technologien entschärfen die Konflikte der kapitalistischen Produktionsweise nicht, sondern spitzen sie zu.

Die große Versprechung, durch den Einsatz dieser Technologien, durch neue modernere Produkte, durch bessere Planung und bessere Ausnutzung von natürlichen und menschlichen Ressourcen, eine „moderne", harmonische, auf-

geklärte Gesellschaft zu schaffen, bleibt eine leere Versprechung. Sie scheitert an den Notwendigkeiten der Profitproduktion innerhalb des kapitalistischen Systems.

Der eigentlich dominierende Gebrauchswert der neuen Technologien ist daher (und wird immer stärker) der Wert, der sich in ihrem Gebrauch gegen die Beschäftigten entfaltet. Die angesprochenen militärischen Entwicklungen und der Ausbau von Kontroll- und Überwachungssystemen im staatlichen Bereich begleiten und sichern in gewisser Weise – teils verdeckt, teils offen – den globalen Prozeß der Neugestaltung der Produktionsbedingungen im Interesse des Kapitals mit Hilfe der neuen Technologien ab. Sie tragen dazu bei, die „inneren" Verschärfungen der kapitalistischen Widersprüche (wie Streiks oder andere Aktionen des sozialen Protests) im Interesse des Kapitals zu bekämpfen, sie tragen auch dazu bei, die sich verschärfenden „äußeren" Widersprüche (durch Aufrüstung oder militärische Sicherung von Rohstoffquellen u.ä) im Interesse des Kapitals zu bewältigen.

Ansatzweise „neue" Produkte haben eher peripheren Charakter, wie die Telespiele, dienen destruktiven Zwecken, wie die Rüstungselektronik, oder sind schlicht unsinnig, wie Beispiele aus den Bildschirmtextsystemen zeigen. Der entscheidende Beitrag der neuen Technologien liegt eindeutig in der konsequenten Rationalisierung und im Ausbau von Kontroll- und Überwachungssystemen.

Die harmlos-harmonische „Informationsgesellschaft" wird somit in Wirklichkeit eine technologisch durchrationalisierte, nach innen wie nach außen hochgerüstete und notwendigerweise auf der ständigen Überwachung und Kontrolle der Beschäftigten und der Bürger beruhende Gesellschaft sein. Sie muß zugleich den zunehmenden Widersprüchen und Konflikten in ihrem Innern immer stärker mit offen repressiven Maßnahmen, auf der Grundlage vor allem der Nutzung von Informationen begegnen, die mit den Mitteln der neuen Technologien „flächendeckend" und kontinuierlich erstellt werden. Hochtechnisierte und hochmoderne Betriebe und Rüstungseinrichtungen auf der einen Seite, Massenarbeitslosigkeit und zunehmende innere und äußere Spannungen auf der anderen Seite sind für diese Gesellschaft kennzeichnend.

Die vom Staat betriebene „Modernisierung" auf technologischem Gebiet, die nicht zufällig eine Parallele in der „Modernisierung" der Bundeswehr und der seit jeher nach militärischen Prinzipien organisierten Wirtschaft hat, verschärft die Widersprüche und führt zu ständigen Lösungsversuchen auf Kosten der Beschäftigten. Sie vermag dagegen nicht die ökonomischen Probleme der inneren Stagnation und der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems in der BRD zu lösen, da die mit dieser „Modernisierung" geförderten Technologien und ihre unbestreitbar im Vergleich zur bisherigen Informationsproduktion höher entwickelten Gebrauchswerteigenschaften unter den herrschenden Bedingungen vor allem für Rationalisierung auf Kosten der Beschäftigten, kaum jedoch für die Schaffung neuer sinnvoller Gebrauchswerte genutzt werden.

Daß allerdings mit den neuen Technologien auch ganz andere Entwicklungen möglich sind, zeigen einige wenige Beispiele, die aber unter den herrschenden Bedingungen notwendigerweise peripher bleiben: Die Arbeiter von Lucas Aerospace in England z. B. setzen Mikroprozessoren ein, um Nierendialysegeräte tragbar zu machen, an der TU in Wien beispielsweise wird mit dieser Technologie angestrebt, Querschnittgelähmten einen Teil ihrer Bewegungsfähigkeit wiederzugeben.

### *4. Gebrauchswertdeformation der neuen Technologien und kapitalistische Strukturkrise*

Die angesprochene Entwicklung verschärfend und beschleunigend wirkt das Zusammenfallen der Entwicklung der neuen Technologien mit der langfristigen und tiefen Strukturkrise des kapitalistischen Systems im Weltmaßstab. Die ökonomische Entwicklung auch in der BRD ist seit Anfang der 70er Jahre durch verstärkte Stagnationstendenzen, offene zyklische Krisen und insbesondere durch eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Im Gegensatz zur eher stagnativen Entwicklung der Produktion und gerade der sonstigen Ausrüstungsinvestitionen weisen die Sektoren der neuen Technologien seit Mitte der 70er Jahre kontinuierliche und rasch steigende Produktions- und Absatzzahlen auf: sie haben dadurch ihren Anteil an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen in der BRD allein seit 1975 mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung ist der ökonomische Niederschlag der überragenden Bedeutung der Rationalisierung beim Gebrauch der neuen Technologien. Zugleich werden sie – auch in der Zukunft noch erheblich – billiger, der Sog zu verstärkten Rationalisierungsinvestitionen und zum Einsatz für die intensive Produktion entsprechender Informationen wird damit weiter zunehmen. Je erfolgreicher jedoch diese Rationalisierungsbemühungen sind, umso stärker verändern sich damit zugleich für die Betriebe die Bedingungen in ihrer Umwelt, auf ihren Märkten. Die Rationalisierung, der Abbau von Arbeitsplätzen und Wellen von Abgruppierungen z. B. reduzieren auch die effektive Nachfrage (oder lassen sie nicht in ausreichendem Maße wachsen). Die Durchrationalisierung der Stofflüsse und die bessere Auslastung der Betriebsmittel mit neuen Technologien – so rationell sie an sich sein können – tragen zur Stagnation der Nachfrage bei anderen Betrieben bei. Für die mit der Rationalisierung erzielten Profite fehlt es dagegen an profitablen Anlagemöglichkeiten, sie schlagen sich daher verstärkt in vagabundierendem Kapital nieder oder werden eben – gerade von großen Konzernen – in den Sektoren der neuen Technologien investiert – mit der Folge weiterer Verschärfungen für die Arbeitenden. Die Rationalisierung mit neuen Technologien und andere sie begleitende Maßnahmen (Konzentration, Betriebsstillegungen, Kapitalexport u. ä.) und die Wellen von entsprechenden Reaktionen bei anderen Betrieben tragen dazu bei, die Volkswirtschaft so umzustrukturieren, daß tendenziell weitere Stagnation und verstärkte Krisenhaftigkeit das Ergebnis sind.

Der mit dem Vordringen der neuen Technologien vorherrschende Typ technologischer Entwicklung und seine Umsetzung in Gebrauchswerte fügen sich in diese Entwicklung ein und erhalten von daher entscheidende Impulse: die neuen Verfahren werden entwickelt und benutzt zur Produktion von Informationen für Rationalisierung im Zuge dieses ständigen Umstrukturierungsprozesses und damit zum Einsatz gegen die Beschäftigten, da vor allem dieser Einsatz es den Betrieben ermöglicht, die Profite, die sie angesichts der Stagnationstendenzen draußen auf den Märkten nicht mehr erzielen können, in den Betrieben zu „produzieren".

In der weiteren Folge dieser ständigen Umstrukturierung und die dadurch verstärkte Unsicherheit ergibt sich ein weiterer charakteristischer Widerspruch in bezug auf den Gebrauchswert der neuen Technologien. Auch dieser Widerspruch ist bedingt durch die Entwicklung der neuen Technologien unter kapitalistischen Bedingungen: auf der einen Seite sind Computer und die anderen neuen Technologien Mittel par excellence zur planmäßigeren und kontinuierlichen Lenkung der Produktion (und werden als solche ja auch von Wirtschaft und Wissenschaft verkauft und auf der Betriebsebene eingesetzt), auf der anderen Seite ist es trotz weit mehr als 50000 (großen und mittleren) Computern, die in der BRD im Einsatz sind, nicht einmal möglich, das reale gesamtwirtschaftliche Wachstum auch nur für das laufende Jahr richtig vorherzusagen.

Trotz inzwischen hochgradig computerisierter amtlicher Statistik und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, Input-Output-Analysen und Prognosemodellen – der „Sachverständigen"rat, die Bürokratien der Bonner Ministerien, die Stäbe der Konzerne produzieren vor allem Fehlprognosen, ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute. Trotz der gewaltigen Investitionen der letzten Jahre in die neuen Technologien: die kapitalistische Marktwirtschaft ist eher noch chaotischer geworden. Von einer rationelleren, kontinuierlichen, planmäßigen Entwicklung der Ökonomie ist keine Spur zu finden. Ein weiterer wichtiger Gebrauchswert der neuen Technologien findet somit seine Grenze in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Durch die Notwendigkeit, die Folgen von Unsicherheit, Fehlprognosen und -planungen auf die Beschäftigten abzuwälzen, tritt zugleich die Nutzung dieser Technologien für Rationalisierung, Kontrolle und Überwachung noch stärker in den Vordergrund.

Gerade die Möglichkeiten, mit den neuen Technologien die Produktion und andere Bereiche gesellschaftlicher Tätigkeiten, im Interesse der betroffenen Beschäftigten und durch diese besser planbar und gestaltbar zu machen, werden also durch die Entwicklung und den Einsatz dieser Technologien unter kapitalistischen Bedingungen vergeben.

Die Einseitigkeiten und die z. T. grotesken, z. T. ungeheuer gefährlichen Deformationen des Gebrauchswerts der mit neuen Technologien unter den herrschenden Bedingungen produzierten Informationen weisen auf die Notwendigkeit hin, die Prozesse der Entwicklung informationstechnologischer Systeme in den Betrieben und in der Forschung einer wirksamen, kontinuierli-

chen und direkten Kontrolle durch die Massen der Beschäftigten zu unterwerfen: zum Anspruch der Beschäftigten und ihrer Organisationen, über das Wie der Produktion mitzubestimmen, muß der weitergehende Anspruch treten, über das Was und Wofür der Produktion und damit auch der Informationsproduktion mitzubestimmen.

Unerläßlich für die Formulierung und Durchsetzung eines solchen Anspruchs ist insbesondere, daß die Gewerkschaften als in den Betrieben tätige Massenorganisation die Diskussion über eine vernünftige Entwicklung und Nutzung der neuen Technologien beginnen. Dabei müssen die Gewerkschaften und die Beschäftigten, die zur Entwicklung auf diesem Gebiet ständig entscheidende schöpferische Beiträge liefern, sich zu eigen machen, daß das Recht zur Bestimmung über die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien ihnen von niemandem gegeben werden kann, sondern daß sie sich dieses Recht nehmen müssen.

# Wirtschaftsinformation

## Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 1. Vierteljahr 1981

**(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)**

Seit Mitte 1980 befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik wie die der meisten anderen kapitalistischen Länder in einer zyklischen Krise. Diese hat sich auch im Berichtsquartal fortgesetzt, wobei allerdings eine vorübergehende leichte Besserung zu registrieren war. Diese Besserung war jedoch wesentlich Sonderfaktoren geschuldet und kann nicht als Anzeichen gewertet werden, daß der Tiefpunkt der Krise bereits erreicht sei. Die jüngsten Daten zeigen denn auch eine erneute Verschärfung der Krise an.

Trotz der leichten konjunkturellen Besserung gegenüber dem vierten Vierteljahr 1980 ist die wirtschaftliche Leistung deutlich niedriger gewesen als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Wie schon im vorangegangenen Quartal wurde das Vorjahresergebnis unterschritten.

*Tabelle 1*

*Reales Bruttosozialprodukt im 1. Vierteljahr 1981*

| | *In Mrd. DM*[1]) | *In % gegenüber dem Vorjahr* |
|---|---|---|
| *BSP* | *213,4* | *−1,9* |
| *Privater Verbrauch* | *118,8* | *−1,3* |
| *Öffentlicher Verbrauch* | *38,0* | *+1,3* |
| *Anlageinvestitionen* | *42,7* | *−5,7* |
| *Export* | *69,1* | *−0,1* |

[1]) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 21/1981.

Als immer noch schwächster Punkt der Konjunktur wirkt der private Verbrauch. Während er nach dem „klassischen" Verlauf einer zyklischen Krise im Fortgang des Einbruchs als relativ stabilisierendes Element wirkt, ist er bis jetzt als eindeutig krisenverschärfender Faktor zu werten. Die öffentliche Nachfrage liegt als einziges Nachfrageaggregat noch über dem Vorjahresergebnis, allerdings zeigt die saisonbereinigte Betrachtung, daß im Vergleich zum vierten Quartal 1980 auch hier rückläufige Tendenzen stark sind. Die Investitionen wurden ebenfalls von der Krise erfaßt, vor allem bei den Bauinvestitionen ist es zu einem scharfen Einbruch gekommen. Dagegen sind die Ausrüstungsinvestitionen – Maschinen, Anlagen, Geräte usw. – nur geringfügig zurückgegangen.

Stabil verläuft noch immer die Warenausfuhr. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Abwertung der DM gegenüber zahlreichen anderen Währungen vor allem im Januar und Februar die westdeutschen Ausfuhren für ausländische Importeure verbilligt hat. Diese haben darauf mit vorgezogenen Bestellungen reagiert. Das Gesamtergebnis für das erste Vierteljahr 1981 wurde dadurch erheblich nach oben gedrückt. Es ist allerdings zu betonen, daß es sich hierbei nicht um eine dauerhafte Erscheinung handelt, schon im März waren die Ziffern wieder ungünstiger. In diesem Monat hatte sich die DM gegenüber den Währungen der wichtigsten Abnehmerländer wieder stabilisiert, während die Schwäche gegenüber dem Dollar weiter anhielt. Trotz der hohen Exporte war erstmals seit langer Zeit über ein ganzes Quartal hinweg ein kleines Defizit – 200

Mio. DM – in der Handelsbilanz zu verzeichnen. Ursache sind die gestiegenen Importpreise, Folge der Aufwertung des Dollar gegenüber der DM. Begünstigt wurde das Ergebnis des ersten Quartals auch durch einen erneuten – meist unfreiwilligen – Lageraufbau vor allem beim Einzelhandel und bei den verbrauchsnahen Bereichen. Dies ist zugleich ein wichtiger Hinweis dafür, daß der Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht ist.

Ausgewirkt haben sich die genannten Sonderfaktoren besonders im verarbeitenden Gewerbe, obwohl auch dort das Vorjahresergebnis deutlich unterschritten blieb.

*Tabelle 2*

*Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe*[1])

| | *1. Vierteljahr 1981* | *Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr* |
|---|---|---|
| *Insgesamt* | *106,6* | *−4,0* |
| *Grundstoffe und Produktionsgüter* | *102,8* | *−8,8* |
| *Investitionsgüter* | *110,8* | *−1,6* |
| *Verbrauchsgüter* | *102,6* | *−6,7* |

[1]) Index 1976 = 100, Neuberechnung.
Quelle: ebd.

Schon im März hat es hier wieder einen scharfen Rückschlag gegeben, die Inlandsaufträge erreichten in diesem Monat den Tiefpunkt der bisherigen Entwicklung. Die Auslastung der industriellen Kapazitäten ging weiter – allerdings nur leicht – auf 79,7% zurück.

Bei den Unternehmergewinnen wirkt sich die Krise ebenfalls negativ aus. In saisonbereinigter Betrachtung kam es gegenüber dem vierten Quartal 1980 allerdings zu einem Anstieg.

*Tabelle 3*

*Einkommensverteilung*[1])

| | *In Mrd. DM* | *In % gegenüber dem Vorjahr* |
|---|---|---|
| *BSP* | *356,4* | *+2,3* |
| *Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* | *194,9* | *+4,6* |
| *Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* | *73,9* | *−7,7* |

[1]) In jeweiligen Preisen, im 1. Quartal 1981
Quelle: ebd.

Der Rückgang der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – ohnehin eine Kategorie, die nur in sehr loser Beziehung zu den Unternehmergewinnen im engeren Sinne steht – ist durch die Bruttobetrachtung überzeichnet, zur Zeit wirken sich Steuererleichterungen positiv auf die Gewinne aus. Dagegen hat die „Reform" der Lohn- und Einkommensteuertarifs, die die Löhne und Gehälter entlasten sollte, keine positiven Auswirkungen gehabt: der Anstieg der Sozialabgaben hat die geringfügigen Entlastungswirkungen mehr als aufgezehrt. Die reale Kaufkraft der Löhne und Gehälter ist – hauptsächlich als Folge des Beschäftigungsrückgangs – um etwa drei Prozent niedriger gewesen als in der gleichen Vorjahreszeit.

*Tabelle 4*

*Löhne und Gehälter*

| | *1. Vierteljahr 1981* | *Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr* |
|---|---|---|
| *Tarifeinkommen*[1]) | – | *+6,4* |
| *Nettolohn- und gehaltsumme (Mrd. DM)* | *113,2* | *+2,9* |
| *Je Beschäftigten* | – | *+3.5* |

[1]) Auf Stundenbasis
Quelle: ebd.; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.; eigene Berechnungen

Im Vorjahresvergleich wird der Anstieg der nominalen Einkommen auch durch die Verzögerung bei den Tarifabschlüssen ungünstig beeinflußt. Allerdings ändert dies nicht am Tatbestand, daß Einkommenserhöhungen von knapp 5% – entsprechend dem Ergebnis der meisten Tarifabschlüsse dieses Jahres – einen Rückgang der Kaufkraft je Beschäftigten um etwa ein Prozent beinhalten. Bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen liegt der Rückgang – nach Berechnungen der Bremer Arbeiterkammer – zwischen 1,5 und 2%. Dort wirkt die Lohnsteuer auch 1981 progressiv belastend, nur die oberen und Spitzeneinkommen profitieren von der „Reform" des Steuertarifs.

Entgegen den amtlichen und halbamtlichen Prognosen hat sich die Inflation im bisherigen Verlauf nicht abgeschwächt. Die „Inflationsrate" liegt zur Zeit bei 5,6%, dabei ist eher eine leichte Tendenz zur Beschleunigung spürbar.

*Tabelle 5*

*Preisentwicklung*

| | *1. Vierteljahr 1981 in % gegenüber 1. Vierteljahr 1980* |
|---|---|
| *Lebenshaltung*[1]) | + 5,6 |
| *Industrielle Erzeugerpreise* | + 6,8 |
| *Landwirtschaftliche Erzeugerpreise* | + 1,9 |
| *Einfuhrpreise* | +12,2 |

[1]) Alle Haushalte.
Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Pressemeldungen.

Die Beschäftigung ist im Berichtszeitraum kräftig gesunken, erstmalig in dieser Krise wurde der Vorjahresstand unterschritten.

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich für die Arbeiter und Angestellten infolgedessen weiter verschlechtert, abgesehen von saisonal bedingten Schwankungen steigen die Arbeitslosenzahlen zur Zeit beschleunigt an.

*Tabelle 6*

*Arbeitsmarkt*

| | *1. Vierteljahr 1981 in 1000* | *Veränderung in 1000 gegenüber 1.Vj. 1980* |
|---|---|---|
| *Abhängig Beschäftigte* | *22 063* | *– 55* |
| *Registrierte Arbeitslose* | *1 273* | *+304* |
| *Kurzarbeiter* | *394* | *+296* |
| *Offene Stellen* | *238* | *– 73* |

Quelle: ebd., „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Da die Arbeitslosigkeit zu den konjunkturellen „Spätindikatoren" gehört, ist mit einem weiteren kräftigen Anstieg der Ziffern zu rechnen.

Die konjunkturellen Perspektiven im weiteren Jahresverlauf sind insgesamt wesentlich ungünstiger als es die zahlenmäßigen Ergebnisse für das ersten Quartal 1981 belegen. Verschärfend wirkt sich die staatliche Wirtschaftspolitik aus, die immer noch durch Hochzinspolitik und Ausgabeneinschränkungen im sozialen Bereich geprägt ist. Trotz der restriktiven Orientierung der Haushaltspolitik wird die öffentliche Verschuldung auch in diesem Jahr beschleunigt ansteigen. Die Nachforderungen aus dem Rüstungssektor und die krisenbedingten Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit haben zusammen mit krisenbedingten Einnahmeausfällen die staatlichen Haushaltsplanungen für 1981 über den Haufen geworfen. In wichtigen sozialen Bereichen – vor allem im Gesundheitswesen und bei der Bundesanstalt für Arbeit – sind neue Kürzungen im Gespräch, die über die nach der Bundestagswahl 1980 angekündigten hinausgehen.

Jörg Goldberg

# Medienkritik

## EIN SUHRKAMP-BAND FÜR SINKEL!

In der Kritik ist Bernhard Sinkels Film „Kaltgestellt" nicht gut angekommen. Man unterstellte guten Willen, attestierte künstlerisches Scheitern und bedauerte, daß ein Stoff, nicht besser bearbeitet worden sei, der so wichtig ist:

Einen Lehrer hat seine Frau verlassen, sie ist, wie man erfährt, in eine „K-Gruppe" abgewandert, nur die altkluge Tochter bleibt ihm und kocht jeden Abend Ravioli aus der Dose. Der Lehrer gerät ins Blickfeld des Verfassungsschutzes, weil einige seiner Schüler eine gefälschte „Bild"zeitung verteilt haben und einer von ihnen, der als Spitzel fürs „Landesamt" arbeitete, sich umbringt. Nun setzt das Amt einen V-Mann auf den Lehrer an und will ihn für Spitzeldienste bei den Schülern werben. Der Lehrer lehnt ab und hat von da an keine Ruhe mehr. Er verliert seine Stelle und seine Wohnung, wird von dem V-Mann terrorisiert und schließlich von einem jungen Polizisten erschossen.

Würden uns die Bezüge zur Realität nicht unter den Nägeln brennen, könnte man die Geschichte mit gewissen US-Krimis vergleichen, in denen der Böse oft ein verrücktgewordener Polizist ist. Aber das Bedauerliche an Sinkels Film ist, daß er doch die Erzählschemata des US-Krimis benutzt und seine Geschichte als einen individuellen Kampf erscheinen läßt, dessen Verlauf immer *fiktiver* wird, das heißt abhängiger von der Ungeschicklichkeit zweier persönlicher Feinde, die immer mehr den Bezug verlieren zu den gesellschaftlichen Kräften, für die sie eigentlich stehen und kämpfen. Mit der Anfangsszene auf einer Demonstration gegen die „grauen Wölfe" (warum eigentlich? es kommen in dem Film keine Türken vor) bis zum Mit-der-Kugel-im-Bauch-die-Rolltreppe-rauf am Ende ist das schon fast ein Programm. Bezeichnenderweise werden in der Geschichte dieses Berufsverboteopfers diejenigen Ereignisse nicht filmisch umgesetzt, die öffentlich-politische Resonanz haben: die Veröffentlichung des Materials über die Tätigkeit des Verfassungsschutz-Spions, der Rausschmiß aus der Schule, des Lehrers Tätigkeit dort, der Konflikt mit der Ehefrau. Stattdessen gibt es eine Liebesgeschichte mit einer schönen Ausländerin, deren Interesse für das berliner „politische Klima" allerdings begrenzt bleibt.

Daß sie ein nacktes warmes *Ruhekissen* für den kämpfenden Mann ist und seinem blinden Draufgängertum nur die Flucht in den sonnigen Süden entgegenzusetzen hat, daß der Senator sich naiv gibt und eigentlich zu dumm ist, um etwas dafür zu können, daß die Polizei als eine Horde von Söldnern im Dienste zynischer Verfassungsschützer erscheint, daß die Ehefrau in eine WG zieht und dem Helden Kind und Möbel wegnimmt, und daß dieser schließlich, fast aus Versehen, erschossen wird – all das ist erlebt oder vorstellbar, also *richtig & wahr*. Aber wo, wann & für wen wird da die Wahrheit zum *Klischee?* Und wie & in wessen Interesse wird dieser Terminus zum Kampfbegriff gegen einen Film, den man leicht abtun kann mit dem Appell an *verbreitete Klischeevorstellungen von Kunst?*

Es ist rührend, zu beobachten, wie hier gute Schauspieler sich um einen Film mit demokratischer Tendenz bemühen: gesprächig der Bösewicht, kantig der Held und von spröder Spontanität die vorübergehende Gefährtin. Alles ist wahr und wirkt doch falsch, auch die schönen Bilder und eigenwilligen Lichtakzente Dietrich Lohmanns. Denn abwesend in diesem Film, und das macht ihn bedrückend, sind Vernunft, überlegtes Handeln, Solidarität. Warum?

Woran scheitert ein solcher Film, und ist dies unvermeidlich? Wo sind die Fernsehdiskussionen, die Artikel, die diese Fragen stellen, wo ist der Band bei Suhrkamp oder 2001, in dem auch dieser Autor ausbreiten kann, was er wollte *und was ihn hinderte?* Und: Warum die Nostalgiewelle, deren Produkte oft viel fragwürdiger sind, mit breiter publizistischer Unterstützung hierzulande noch jeden zaghaften Versuch in Realismus ins Vor- oder Nachhinein zertrampelt hat.

Günter Giesenfeld

# Dokumente zum Zeitgeschehen

## François Mitterrands „110 Vorschläge für Frankreich"

*Während des Sonderparteitags der französischen Sozialistischen Partei am 24. Januar 1981 in Créteil, der François Mitterrand offiziell als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufstellte, wurde ein Manifest verabschiedet, das die in vier Fragenkomplexen – Frieden, Arbeitsplätze, Freiheit, Frankreich – zusammengefaßten allgemeinen Grundsätze der Partei enthält und „110 Vorschläge für Frankreich" aufzählt, die als Leitlinien für das Regierungsprogramm des neugewählten Präsidenten angesehen werden können.*

*Die französische Botschaft in Bonn veröffentlichte jetzt eine deutsche Übersetzung der in diesem Manifest enthaltenen Grundsätze, die wir nachstehend im Wortlaut dokumentieren. D.Red..*

*Frieden*

Der Zustand der Welt im Jahr 1981 veranlaßt die Sozialisten, sieben Hauptziele für die Verteidigung des Friedens zu definieren:

– die unverrückbare Bestätigung des Rechts der Völker, über sich selbst zu bestimmen;

– die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die verstärkte Kontrolle der zivilen Kernkraftanlagen;

zur Auflösung der militärischen Blöcke bei Wahrung des gegenwärtigen Gleichgewichts der Kräfte. Sofortiger Rückzug der sowjetischen SS-20-Raketen und Aufgabe des Plans, amerikanische Pershing-Raketen auf europäischem Boden zu stationieren;

– die Entnuklearisierung neuralgischer Zonen;

– Beginn von Verhandlungen über die kollektive Sicherheit in Europa gemäß der Initiative der Sozialistischen Partei Frankreichs für eine Konferenz über den Abbau der Streitkräfte und der Spannungen;

– die Definition eines internationalen Währungssystems einschließlich der Reform des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und des „Währungskorbs", eines Moratoriums und neuer Mittel für die armen Länder der Dritten Welt;

– der Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaft durch die tatsächliche Anwendung der Römischen Verträge. Die verstärkte Präsenz Europas auf der internationalen Bühne angesichts der Gefahr, die ein weltweites Jalta darstellen würde. Schutzmaßnahmen gegen die japanische Konkurrenz.

*Arbeitsplätze*

Die Sozialistische Partei hat einen Plan zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verabschiedet. Er sieht vor:

– die gezielte Ankurbelung unserer Wirtschaft und die Neubelebung unserer Inlandsproduktion durch die Anhebung des Lebensstandards der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen;

– ein Programm großer Aufträge im Rahmen der Umstrukturierung der Industrie;

– die Ausweitung des öffentlichen Sektors;

– die Verkürzung der Arbeitszeit;

– die Verbesserung der Arbeitsbedingungen;

– die Reform der Absatz- und Vertriebswege;

– eine neue und diversifizierte Energiepolitik;

– die Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen;

– der Schutz der kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe;

– die Möglichkeit der Weiterbildung für jedermann;

– der Schutz und der Ausbau des Sparwesens;

– der Kampf gegen die Spekulation;

– eine Steuerreform zur Wiederherstellung der Steuergleichheit und zum Kampf gegen die Steuerhinterziehung;
– die Wiederherstellung und Ausweitung des Tätigkeitsbereichs der öffentlichen Hand.

Allerdings muß man damit anfangen, eine neue Politik zu betreiben! Der demokratische Entwurf wird das Hauptinstrument des Aufschwungs sein. Entwicklung eines sozialen Wachstums unter Berücksichtigung aller Produktionsfaktoren ohne Arbeit und der bestehenden Produktivitätsreserven; Dynamisierung der Forschung und Diversifizierung unserer Industrien; Wiederherstellung des Handelsbilanzgleichgewichts und Nutzung der Chance, die die Landwirtschaft für Frankreich bedeutet, durch Maßnahmen anstatt schöner Worte – das sind die Hauptziele des wirtschaftlichen Kampfes, den die Sozialisten führen und gewinnen wollen. Sagen wir ganz offen, daß keines dauerhaft erreicht würde, wenn die Preissteigerungen – Steuer für die Armen und Subvention für die Reichen – nicht letztendlich beseitigt würden.

Mit der Ausweitung des öffentlichen Sektors durch die Verstaatlichung der Banken und Versicherungen sowie der Industrieunternehmen, die ein Monopol in einem Schlüsselsektor der Wirtschaft haben oder für das Leben und die Sicherheit des Landes unerläßliche Güter herstellen (ihre Liste wurde bereits verabschiedet), befreien wir den Staat vom Diktat des Großkapitals und den Markt vom Gewicht der herrschenden Konzerne. (. . .)

Wir lehnen jedes Staatsmonopol ab. Die Verstaatlichung ist ein Mittel, kein Ziel. Darum sind wir gewillt, den Weg der Freiheit einzuschlagen und bis zu seinem Ende zu gehen, der Selbstverwaltung, das heißt einen gesellschaftlichen Zustand, der Männern und Frauen ermöglichen wird, dort, wo sie leben und arbeiten, ohne jede Form des Zentralismus und des Gigantismus das zu beschließen, was ihnen für sie selbst und für die verschiedenen Gemeinschaften, denen sie angehören, gut erscheint.

*Freiheit*
Es bleiben noch enorme Freiräume zu erkämpfen: von dem bestehenden System, von seiner führenden Klasse, von seinen Produktionsträgern und seinem Wachstumsmodell, von seiner Organisation, seinem Tempo, seiner Arbeitszeit, seiner Unterschlagung von Freizeit, seiner Bürokratie und seiner ungerechten und kleinlichen Steuergesetzgebung, seinen kulturellen Kriterien, seiner Presse, seinem Rundfunk, seinem Fernsehen, den ungleichen Bedingungen von Mann und Frau. (. . .)

Wenn man uns entgegenhält, daß die Sicherheit der Franzosen die Einengung des Bereichs der traditionellen Freiheiten rechtfertigt, antworten wir, daß die Unsicherheit zunächst sozialer Art ist: Unsicherheit des Arbeitsplatzes, des Einkommens, der Ersparnisse, der Wohnung. Wenn die Ungerechtigkeit die gesellschaftliche Einheit zerstört, ist die Unruhe nicht weit. (. . .)

Die Verteidigung der Freiheit beginnt mit der Achtung der Demokratie, der politischen Demokratie, als deren natürliche Erben sich die Sozialisten verstehen, sowie der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie, deren Begründer sie sind. Aber die Demokratie ist unter allen Gesichtspunkten bedroht.

*Politische Demokratie*
Es erscheint uns zum Beispiel gefährlich, daß der Staatschef alle Macht in seiner Hand konzentriert. Es erscheint uns noch gefährlicher, daß ein solcher Zustand länger andauern kann.

Aus diesem Grund schlagen wir vor:
– die Amtszeit des Präsidenten wird auf fünf Jahre verkürzt, er kann nur einmal wiedergewählt werden. Oder die Amtszeit von sieben Jahren wird beibehalten, aber der Präsident kann nicht wiedergewählt werden;
– die Mitglieder des Obersten Rats der Justiz werden nicht mehr vom Staatschef ernannt;
– die Verfassung wird in ihrer Definition der Beziehungen zwischen Regierung und Parlament strikt angewandt;
– die im sozialistischen Programm vorgesehenen Verfassungsänderungen werden dem Parlament vorgelegt;
– das Verhältniswahlrecht wird für die Parlamentswahlen, die Regionalwahlen und in Gemeinden mit über 9000 Einwohnern für die Kommunalwahlen eingeführt.

*Wirtschaftliche Demokratie*
Die Unternehmensreform und die neuen Rechte der Arbeiter – innerhalb der Unternehmensausschüsse, der Verwaltungs- und Aufsichtsausschüsse sowie der Arbeitsgruppenausschüsse bei effektiver Beteiligung der leitenden Angestellten – werden von der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode an Gegenstand von gesetzlichen Bestimmungen sein.

Gleiche Rechte für die Frauen im Beruf (Ausbildung, Arbeitsplatz, Bezahlung), in der Ehe und in der politischen Verantwortung sowie die Anerkennung ihres Rechts auf Entscheidung über ihr persönliches Leben (Geburtenregelung, Eheleben, alleinstehende und geschiedene Frauen), das Recht auf Arbeit, die Verringerung der Einkommensspannen, die Anhebung der niedrigen Löhne, eine Politik für die Familien und die Kinder, das Recht der Jugend, sie selbst zu sein (in der Schule, in der Armee, durch den Beruf, in der Freizeit und durch den Zugang zum öffentlichen Leben), das Recht auf eine Wohnung für alle, die Achtung der Eingewanderten, der Schutz der Gesundheit, ein großer öffentlicher Dienst, ein einheitliches und laizistisches Schulwesen, eine weltoffene Schule, die Ausbildung der Lehrer, eine freie und pluralistische Presse – das sind die Grundlagen der sozialen Demokratie.

Aber man muß alle diese Maßnahmen und was dazugehört im Hinblick auf einen neuen Begriff sehen: die Eroberung der freien Zeit. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit – die 35-Stunden-Woche, fünf Wochen bezahlten Urlaub , die freiwillige Pensionierung mit 60 oder 55 Jahren –, deren Bedeutung weit über simple wirtschaftliche Erwägungen hinausgeht und eine neue Einstellung zum Menschen in bezug auf seine Arbeit, eine neue Einstellung zu der Zeit zum Leben angesichts des Fortschritts der Elektronik, der Mikroprozessoren und der Automatisierung beinhaltet, wird die endlich eroberte Zeit zum Leben die zukünftige Gesellschaft um Werte bereichern, die die Verfechter der alten Gesellschaft heute weder zugeben noch verstehen können (. . .).

Wir haben für das Ende dieses ersten Teils unseres Manifests das zurückgestellt, was vielleicht den Kernpunkt unserer Arbeit ausmacht, denn es beeinflußt alles andere. Man mag es je nach Ziel Dezentralisierung, Verantwortung an der Basis, Organisation der Gegenkräfte, Selbstverwaltung nennen. Der Staat, Instrument der herrschenden Klasse, ist in Frankreich auch Produkt einer zentralisierenden Tradition, die unter der Monarchie begonnen hat und sich bis heute fortsetzt. Wir glauben, daß die Zentralmacht vielleicht früher der nationalen Einheit gedient hat, daß sie ihr heute aber schadet. Das ist ein doppelter Grund, den Kampf gegen die staatlichen Strukturen aufzunehmen. (. . .)

Mit dem Auftrag der Wählerschaft werden wir zahlreiche der vom Staat konfiszierten Rechte auf die dem täglichen Leben nächste Ebene übertragen: Schließung der Büros der Pariser Verwaltung, die die Gebietskörperschaften schulmeistern, Teilung von Ministerien wie Innen-, Finanz-, Landesplanungsministerium, Dezentralisierung der großen öffentlichen Unternehmen (EDF, GDF, P et T[1]) usw.), Abschaffung der Machtbefugnisse der Präfekten über die Verwaltung der Gebietskörperschaften, Stärkung der Befugnisse der gewählten Versammlungen – Regionalräte, Generalräte, Gemeinderäte –, Verbandsgesetz und Gesetz für die Überseedepartements (wurden der Nationalversammlung bereits als Gesetzesvorschlag vorgelegt).

*Frankreich*
Wir werden uns bei diesem Thema darauf beschränken, unsere unerschütterliche Verbundenheit mit dem Vaterland zu bekunden.

Zuerst, indem wir seine Sicherheit gewährleisten:
– durch die Entwicklung einer autonomen Abschreckungsstrategie;
– durch eine klare Definition der Reichweite und des Inhalts der Atlantischen Allianz;
– durch die Einhaltung der bestehenden Verträge mit der UdSSR;
– durch die Existenz privilegierter Bindungen mit den blockfreien Ländern des Mittelmeerraumes und des afrikanischen Kontinents;
– durch den Besitz der Schwer- und der Spitzenindustrien, ohne die wir nicht das für unsere Unabhängigkeit notwendige wirtschaftliche Potential hätten;

1) Staatliches Elektrizitätsversorgungsunternehmen, staatliches Gasversorgungsunternehmen, Post- und Fernmeldewesen; Anm.d.Übers.

- durch unsere aktive Präsenz in Europa der Europäischen Gemeinschaft, damit es sowohl seine Rolle in der Welt bestätigt als auch unsere legitimen Interessen achtet.

Außerdem, indem wir seine Identität wahren:
- durch die weltweite Botschaft der Freiheit, des Rechts und der internationalen Schlichtung;
- durch seine Kultur und seine Sprache;
- durch die Vitalität seiner Bevölkerungsentwicklung;
- durch die Treue zu den Grundsätzen, die es als einen der großen Akteure der Geschichte ausweisen.

Es wird ihm leichtfallen, es selbst zu sein, mit dem Sozialismus die höchste seiner Traditionen wiederaufzunehmen: die Herrschaft des Volkes zur Eroberung der Menschenrechte.

# Rede des SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen im Deutschen Bundestag am 26. Mai 1981 gegen die Stationierung neuer US-Raketen in Europa

**(Wortlaut)**

*Am 26. Mai 1981 debattierte der Deutsche Bundestag über das sicherheitspolitische Konzept der Bundesregierung. Dem von der Regierungskoalition eingebrachten Entschließungsantrag zur Billigung des „Nachrüstungs"-Beschlusses der NATO stimmten die Abgeordneten aller drei Parteien zu – mit Ausnahme von fünf sozialdemokratischen Abgeordneten (Coppik, Hansen, Meinike, Schöiberger, Waltemathe), die gegen den Antrag votierten, sowie sechs SPD-Abgeordneten (Duve, Gilges, Heyenn, Peter, Schreiner, Sielaff), die sich der Stimme enthielten. Einige SPD-Abgeordnete wie Voigt, Conradi und Thüsing betonten in persönlichen Erklärungen ihre kritische Haltung zu dem Antrag, stimmten ihm aber mit der Begründung zu, die Regierungskoalition nicht gefährden zu wollen.*

*Während dieser Debatte hielt der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen die im folgenden dokumentierte Rede. D. Red.*

Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorweg ein Wort in Anknüpfung an das, was hier eben diskutiert wurde. Ich glaube, so einfach kann man es sich mit der „Verteidigung der Freiheit" als etwas Abstraktem im nuklearen Zeitalter nicht machen.

Ich glaube, es sieht etwas anders aus, ob man ethische Erwägungen über die Verteidigung individueller Freiheit zu Zeiten Augustins anstellt oder in Zeiten des atomaren Overkills. Ich will es dabei belassen.

Ich möchte versuchen, der dauernden Fehlinformation der Öffentlichkeit über den sogenannten Doppelbeschluß und seine möglichen Folgen die Besorgnisse von vielen Menschen innerhalb und außerhalb der SPD gegenüberzustellen.

Die SPD hat Anfang Dezember 1979 sehr ausführlich über den bevorstehenden sogenannten Doppelbeschluß der NATO diskutiert. Ergebnis: Wenn es eine Lücke im eurostrategischen Gleichgewicht gibt, sollten vorrangig politische Verhandlungen über die Beseitigung dieses Ungleichgewichts stattfinden mit dem Ziel, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden überflüssig zu machen. Erst nach Scheitern solcher Verhandlungen sollte die Bundesrepublik der Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenraketen zustimmen, aber auch dann nur gemeinsam mit anderen europäischen Bündnispartnern. Eine neue Lage würde auch dadurch entstehen, wenn der SALT-II-Vertrag durch die USA nicht ratifiziert würde.

In den vergangenen 18 Monaten sind diese vernünftigen Forderungen der SPD zur Fortsetzung der Entspannungspolitik von der Entwicklung besonders in den USA überrollt worden. Schon der sogenannte Doppelbeschluß war also ein Aufrüstungsbeschluß mit Verhandlungsfußnote.

Die Aufstellung von zusätzlichen landgestützten Raketen und Marschflugkörpern in amerikanischer Hand in Europa ist militärisch nicht zu rechtfertigen. Als direkte Gegenwaffe gegen die sowjetischen SS-20 sind sie ungeeignet, weil sie diese nicht erreichen können. Landgestützt sind sie leicht verwundbar und bieten lediglich zusätzliche Ziele für die Raketen der anderen Seite. Die einzig sinnvolle militärische Antwort auf die SS-20 wäre die Stationierung modernisierter Mittelstreckenwaffen auf U-Booten. Diese Maßnahme ist aber überflüssig, weil das vorhandene seegestützte Potential der NATO das Gleichgewicht des Schreckens nach der bisher geltenden Doktrin von der gesicherten gegenseitigen Zerstörung, um einen möglichen Angreifer von der Selbstmordoption abzuhalten, immer noch vollauf gewährleistet. Die Gegenwaffen gegen die SS-20 gibt es also schon.

Zu Recht wird somit die militärische Notwendigkeit der Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen von Politikern, Friedensforschern und Militärs bestritten. Die Kritiker reichen von George F. Kennan, dem die Berechnungsmethoden eines Kräftevergleichs „vom schlichten Betrug nicht mehr weit entfernt" zu sein scheinen, über Carl Friedrich von Weizsäcker bis zu amerikanischen, englischen, französischen, italienischen und deutschen Generalen und Admiralen, ja sogar bis hin zu dem Befehlshaber der NATO-Heeresgruppe Mitte, dem US-General Kroesen. Wenn das so ist, müssen andere, politische Gründe für das Drängen der USA, ihre neuen Raketen auf europäischem Boden aufzustellen, maßgebend sein.

Wenn die Ankündigung der Produktion und möglichen Stationierung solcher Waffen das Ziel hatte, die Sowjetunion zum Verhandeln zu zwingen, so ist dieser Zweck erreicht. Nach seiner Rückkehr aus Moskau hat der Bundeskanzler am 7. Juli 1980 folgendes erklärt:

„Breschnew und seine Kollegen der sowjetischen Führung haben ganz genauso Angst vor einem Krieg wie wir hier. Sie möchten nicht das Risiko eines Krieges laufen und wissen auch, daß aus einem Rüstungswettlauf Schlimmeres entstehen kann. Deswegen auch hatte ich schon im vorigen Jahr vorausgesagt, die Russen würden bereit sein, zu verhandeln; nur wann und unter welchen Bedingungen, das konnte ich nicht vorhersehen. Jetzt hat sich unter dem Eindruck all dieser vielfältigen Bemühungen gezeigt, sie sind jetzt bereit, zu verhandeln, sind sogar bereit, sofort zu sprechen."

Die Sowjetunion hat seither mehrfach Verhandlungen angeboten. Vor allem hat die Sowjetunion Anfang dieses Jahres ein Moratorium über die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen und Verhandlungen ohne Vorbedingungen vorgeschlagen. Sie hat damit das aufgegriffen, was der Bundeskanzler 1980 öffentlich angeregt hatte. Danach wäre es ohne zusätzliches Risiko möglich, für eine bestimmte Zahl von Jahren auf die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in Ost und West zu verzichten.

Der Bundesaußenminister hat diesen Vorschlag Breschnews umgehend ungeprüft zurückgewiesen. Da hierzulande einige sich zu Recht besorgt fragen, wieviel Zeit für Verhandlungen noch bleibt, weil niemand weiß, ob die erkennbare Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion auch nach Breschnew fortdauern wird, könnte sich diese Zurückweisung des Moratoriumsangebots als großer historischer Fehler in der Geschichte des Versuchs einer Entspannungspolitik erweisen, nur vergleichbar mit der ebenso brüsken Ablehnung von Friedensangeboten der UdSSR 1952 durch Konrad Adenauer.

Ob es damals für Deutschland eine Chance der Entwicklung eines anderen Weges – nämlich ohne Aufrüstung – gegeben hätte, wissen wir nicht, aber daß wir es heute nicht wissen können, wird für immer die historische Schuld Adenauers bleiben.

Außerdem werden sich alle diejenigen, die die Notwendigkeit einer sogenannten Nachrüstung mit der fortlaufenden Stationierung von SS-20-Raketen begründet haben, spätestens nach der Ablehnung dieses Moratoriumsangebots eine neue Begründung ausdenken müssen. Das Ereignis „Afghanistan", das nach dem sogenannten Doppelbeschluß stattfand, reicht dazu wohl nicht aus.

Somit bleibt festzustellen: Bis heute fehlt ein klares und realistisches Verhandlungskonzept der NATO als Antwort auf die diplomatische Offensive der UdSSR. Schlimmer noch, alles, was wir seit dem Amtsantritt von US-Präsident Reagan in oft ungenierter Manier von jenseits des Atlantik hören, läßt nur den einen Schluß zu: Die neue US-Regierung will erst aufrüsten – manche sagen sogar: „wiederaufrüsten". Die USA wollen der Sowjetunion auf allen Ebenen – konventionell, taktisch und strategisch – überlegen sein. Deshalb ist es nur konsequent, daß der politische Berater des Präsidenten, Meese, über die Verträge zur Begrenzung strategischer Waffen erklärt: „Wir glauben, es gibt keine rechtliche oder moralische Verpflichtung, SALT I oder SALT II zu befolgen." Das US-Außenministerium hat diese Auffassung bestätigt.

Die hochgepriesenen Kommuniqués von Rom und Brüssel am Anfang dieses Monats zeigen die gleiche Handschrift. In Rom haben die Minister des Nordatlantikrates den USA darin zugestimmt, daß „die Modernisierung der Mittelstreckenwaffen des Bündnisses wesentlicher ist denn je und die einzig realistische Grundlage für parallellaufende Rüstungskontrollgespräche" ist. Aber selbst solche Gespräche – wohlgemerkt, Gespräche, nicht Verhandlungen – werden noch unter den Vorbehalt des weltweiten Wohlverhaltens der UdSSR gestellt. Das läßt Zweifel an der Zusage aufkommen, noch in diesem Jahr im Rahmen des SALT-Prozesses in wirkliche Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten. Die Entschlossenheit der USA, erst nach der – aus ihrer Sicht, nicht entsprechend der objektiven Lage – wiedererlangten militärischen Überlegenheit Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen, ist unübersehbar.

Plausibel wird das Beharren der Reagan-Regierung auf der Stationierung amerikanischer Raketen in Europa erst im Lichte einer neuen Gesamtstrategie. Neben der geplanten Einführung der MX-Rakete, einer Erstschlagwaffe, ist die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa ein wesentliches Element dieser veränderten Strategie. Die neuen Waffen erreichen die Sowjetunion in fünf bis sieben Minuten und können auch unterirdische Bunker fast punktgenau treffen. Sie sollen auf politische und militärische Lenkungszentren in der Sowjetunion gerichtet werden. Das macht sie zu Erpressungswaffen, die das Ganze der Abschreckungstriade durchbrechen.

Die Aufstellung dieser Waffen bedeutet die Abkehr von der bisherigen Strategie der Kriegsverhütung. Sie sind Teil des neuen Konzepts einer Strategie, die nicht nur einen Krieg mit Atomwaffen für denkbar und damit auch führbar hält; eine solche Kriegsführungsstrategie nimmt Europa zur Geisel gegenüber der Sowjetunion, um den USA mehr Handlungsfreiheit in der übrigen Welt zu verschaffen, d.h. Vorteile im sich verschärfenden und militärisch abgesicherten weltweiten Handels- und Rohstoffkrieg. Die Antwort der Sowjetunion kann nur die Produktion entsprechender neuer Gegenwaffen sein. Das von allen als Wahnsinn bezeichnete Wettrüsten ginge ungebremst weiter.

Das ist es, wovor sich viele Menschen in der Bundesrepublik und in anderen Teilen Europas zu Recht fürchten; nicht daß die USA oder die Sowjetunion bewußt einen Krieg herbeiführen wollen, aber daß sie Situationen herstellen, in denen es dazu kommen kann. Deswegen rufen sie in einer immer stärker werdenden Friedensbewegung zum Widerstand gegen die Zumutung eines möglichen Stellvertreterkrieges der Supermächte auf. Sie wehren sich gegen die Ausweglosigkeit eines militärischen Verteidigungskonzeptes, das die mögliche eigene Vernichtung bedeutet. Hier kann ich auch anmerken: Freiheit gibt es eben nur als Freiheiten für Lebendige und nicht als abstraktes Gut!

Deshalb – und damit bin ich am Ende, ohne meine Redezeit ganz ausgeschöpft – *(Demonstrativer Beifall bei der CDU/CSU)*

– Ja, meine Herren von der Opposition, ich rede auch für Menschen in Ihrer Partei oder solche, die sich Ihnen nahe fühlen, weil sie auf Ihren Krolloper-Parteitagen nicht zu Wort kommen. Deshalb kann ich mit einigen Kollegen einer Entschließung, die die Absicht der Stationierung neuer Atomraketen auf dem dicht besiedelten Boden der Bundesrepublik festschreibt, nicht zustimmen. Denn gerade für uns Europäer – und dies wiederhole ich bewußt – gibt es keine wichtigeren Dinge, als bloß Frieden zu haben. – Ich danke Ihnen.

# Offener Brief der Krefelder Initiative „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa!" an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 14. Mai 1981

**(Wortlaut)**

*Am 14. Mai 1981 veranstalteten die Initiatoren des „Krefelder Appells" aus Anlaß der Reise von Bundeskanzler Schmidt in die USA eine Pressekonferenz in Bonn, auf der sie den nachstehend dokumentierten Offenen Brief an den Bundeskanzler der Öffentlichkeit übergaben. Auf der von Prof. Dr. Helmut Ridder geleiteten Pressekonferenz sprachen: Dieter Begemann („Bielefelder Appell"), Manfred Coppik, MdB, Ingeborg Drewitz, Dieter Lattmann, Werner Lutz (Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten), Prof. Dr. Ursula Ranke-Heinemann, Klaus Thüsing, MdB, Klaus-Peter Wolf (stellvertr. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten) und Daniel Elsberg, USA. Pastor Heinrich Albertz teilte anläßlich der Pressekonferenz brieflich mit: „. . . ich unterstütze den Krefelder Appell, weil sich in ihm eine breite Front gegen den programmierten Rüstungswahnsinn zusammengefunden hat. An diese Front werden sich die Befürworter des sog. Nachrüstungsbeschlusses gewöhnen müssen." D. Red.*

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß bis jetzt schon über 800 000 Bürger unseres Landes – darunter vor allem auch Abgeordnete und Mitglieder Ihrer Partei – einen Appell unterzeichnet haben, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.

Dieses Ergebnis ist vor allem auch dank der Unterstützung unserer Initiative aus den Gewerkschaften und Kirchen, Kultur und Wissenschaft, durch Frauen- und Jugendorganisationen sowie der Ökologiebewegung in kaum einem halben Jahr erzielt worden, obwohl der „Krefelder Appell" von einem Großteil der Presse totgeschwiegen oder als „kommunistisch unterwandert" diffamiert worden ist. Das läßt vermuten, daß tatsächlich noch weit mehr Mitbürger eine Überprüfung der Brüsseler Beschlüsse vom 12. 12. 1979 wünschen.

Nichts kann jedenfalls darüber hinwegtäuschen, daß immer mehr Deutsche mit der beabsichtigten Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in ihrem Land nicht einverstanden sind, sehen sie doch in diesem Vorhaben – im Gegensatz zur offiziellen Darstellung – keine akzeptable Antwort der NATO auf die auch von ihnen abgelehnte sowjetische Raketenrüstung, sondern das Ergebnis von Veränderungen im nuklearen Kriegsführungsdenken der USA, als dessen Instrumente die „Nachrüstungs"-Waffen ohne jeden Zusammenhang mit der sowjetischen SS-20 unverzichtbar sind.

Bei dieser Sachlage und angesichts des von der amerikanischen Regierung offen bekundeten Vormachtstrebens kann auch nicht an ein Interesse dieser Regierung geglaubt werden, die in Rom angekündigten Verhandlungen mit einem Ergebnis abzuschließen, das den Verzicht auf die „Nachrüstung" ermöglichen würde.

Die Fiktion vom „Doppelbeschluß" darf deshalb einer Aufkündigung dieses Rüstungsvorhabens nicht länger im Wege stehen, zumal die NATO auch ohne landgestützte Mittelstreckensysteme über ein zur glaubhaften Abschreckung mehr als ausreichendes Nuklearpotential „in und für Europa" verfügt.

Das „Gleichgewicht des Schreckens" setzt eben allein eine Gleichwertigkeit der angedrohten Schäden, nicht eine Gleichartigkeit der dafür bereitgehaltenen Kriegsmittel voraus.

Gestützt auf das uns bewiesene Vertrauen von mehr als 800 000 Mitbürgern und in deren Auftrag appellieren wir daher an Sie, bei Ihren Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten deutlich zu machen, daß eine Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA auf deutschem Bo-

den nicht in Frage kommen kann, daß außerdem unverzüglich und ohne Vorbedingungen Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Ziel einer beiderseitigen Reduzierung aller sogenannten eurostrategischen Waffen aufgenommen werden müssen.

Wir richten diesen Appell an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, weil er von Bürgern nur dieses Landes getragen wird, die deshalb auch nur von der Regierung dieses Landes die Berücksichtigung ihrer Wünsche und Befürchtungen verlangen können.

Doch auch Millionen Menschen in anderen Ländern Mitteleuropas und auch in den USA, als deren Wortführer Politiker, Wissenschaftler und Militärs von Rang an die Öffentlichkeit treten, erwarten den ersten Schritt gegen eine „Nachrüstung" ebenfalls von der Bundesrepublik Deutschland, weil die Haltung der Bundesregierung für das Zustandekommen der Brüsseler Beschlüsse vom 12. 12. 1979 entscheidend gewesen ist.

Sie selbst haben früher einmal gesagt, „im übrigen, glaube ich, wird man mit großem Erfolg den Menschen vor Augen führen können, daß die Opposition gegen die atomare Bewaffnung in einer Front steht mit so hervorragenden Führern der Menschheit wie Albert Schweitzer oder Pandit Nehru, in einer Front steht mit über 9000 Wissenschaftlern aus 40 Ländern der Welt, die durch ihre Unterschrift bezeugten, daß sie die atomare Bewaffnung für einen Wahnsinn ansehen".

Es ehrt Sie, dies gedacht und ausgesprochen zu haben! Für Deutschland und seine Nachbarn bitten wir Sie, heute nach dieser unverändert gültigen Einsicht zu handeln!

gez. Gert Bastian, Petra K. Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll, Josef Weber

# Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates in Rom am 4. und 5. Mai 1981

**(Wortlaut)**

I.

In tiefer Besorgnis über die anhaltende Bedrohung der Sicherheit und der internationalen Stabilität trat der Nordatlantikrat am 4. und 5. Mai 1981 in Rom zu einer Ministertagung zusammen. Entschlossen, dieser Bedrohung wirksame Schranken entgegenzusetzen, und zwar sowohl durch Festigkeit in der Verteidigung als auch durch Beständigkeit in der Suche nach friedlichen Lösungen, einigten sich die Minister in diesem Geiste wie folgt:

1. Die Stärke und der Zusammenhalt der Allianz bleiben unerläßlich für die Gewährleistung der Sicherheit ihrer Mitglieder und damit für die Förderung stabiler internationaler Beziehungen. Für diese Stabilität ist es notwendig, daß alle Staaten mit Mäßigung und Verantwortungsbewußtsein handeln. Der Anspruch der Sowjetunion, auch sie verfolge eine derartige Politik, wird durch sowjetisches Handeln nicht bestätigt. Das von den Verbündeten angestrebte konstruktivere Ost-West-Verhältnis erfordert konkrete Anzeichen, daß die Sowjetunion bereit ist, den beunruhigenden Ausbau ihrer militärischen Stärke einzustellen, von Gewaltanwendung und Einschüchterung abzulassen und auf die Auslösung oder Ausnutzung von Krisensituationen und Instabilität in der Dritten Welt zu verzichten.

2. Die sowjetische Invasion und Besetzung Afghanistans ist ein besonders flagrantes Beispiel der Verletzung der Grundsätze der Mäßigung und der Verantwortlichkeit in den internationalen Beziehungen.

Diese Besetzung geht nun in ihr zweites Jahr und hat zu wachsenden menschlichen Leiden und Verlusten an Menschenleben geführt. Sie ist und bleibt für die Bündnispartner und für die öffentliche Meinung in der Welt völlig unannehmbar. Die Sowjetunion hat die internationale Verurteilung ihres Vorgehens und Appelle der Vereinten Nationen, der islamischen Konferenz und der Bewegung der Blockfreien ignoriert. Die sowjetischen Truppen müssen zurückgezogen und es muß eine politische Lösung gefunden werden, die es dem afghanischen Volk ermöglicht, sein

Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung uneingeschränkt auszuüben, und die es den zwei Millionen Flüchtlingen erlaubt, in ihre Heimat zurückzukehren.

3. In Europa können die Bemühungen um eine Wiederherstellung der Zusammenarbeit und des Austausches zwischen Ost und West auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki durch die Anwendung oder Androhung von Gewalt zum Zwecke der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder nur nachhaltig beeinträchtigt werden.

Polen muß frei bleiben, seine eigenen Probleme selbst zu lösen. Jede Intervention von außen würde für die internationalen Beziehungen insgesamt die ernstesten Folgen haben und würde die gesamte internationale Lage von Grund auf ändern. Die Bündnispartner ihrerseits werden ihre Politik der Nichteinmischung auch weiterhin streng befolgen und rufen alle anderen Staaten auf, ein Gleiches zu tun.

4. In dieser Situation werden die Verbündeten ihre Fähigkeit zur Abschreckung von Aggressionen stärken und einzeln oder gemeinsam mit dem Ziel der Schaffung einer stabilen Grundlage für die Ost-West-Beziehungen die Sowjetunion zur Mäßigung und Verantwortlichkeit in den internationalen Beziehungen anhalten. In Weiterführung der fest begründeten Politik der Allianz werden sie diese Ziele insbesondere auf folgenden Gebieten anstreben:

5. Sie werden ihre Solidarität wahren und sich in allen Fragen, die die Sicherheit und das Ost-West-Verhältnis betreffen, eingehend im Nordatlantikrat konsultieren. In dem gleichen Geiste werden sie, insbesondere durch Hilfeleistung an die wirtschaftlich weniger fortgeschrittenen Mitgliedstaaten danach streben, die wirtschaftliche und soziale Stabilität des gesamten Bündnisses in Übereinstimmung mit Artikel 2 des Nordatlantikvertrages zu stärken.

6. Im Bereich der militärischen Fähigkeiten hat das Anwachsen der militärischen Stärke des Warschauer Paktes eine beunruhigend negative Tendenz in das militärische Kräfteverhältnis zwischen Ost und West hineingetragen, vor allem in Europa. Die Verbündeten stimmen darin überein, daß die Gewährleistung eines militärischen Gesamtgleichgewichts zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt für die Sicherheit des Bündnisses, die Durchsetzung des Gebots der Mäßigung und die Wahrung des Friedens von grundlegender Bedeutung ist. Sie sind entschlossen, alle Mittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um ihre Abschreckungs- und Verteidigungskräfte entsprechend zu stärken.

7. Echte Blockfreiheit ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der Welt. Die Verbündeten werden ihre Konsultationen untereinander und ihre Zusammenarbeit mit anderen fortsetzen, um die Stabilität zu erhöhen und die Krisengefahr in der Dritten Welt zu mindern, insbesondere dort, wo die Unabhängigkeit souveräner Staaten bedroht ist. Die Aufrechterhaltung von Unabhängigkeit, Frieden und internationalem Gleichgewicht liegt im lebenswichtigen Interesse des Westens. Für Krisen- oder Konfliktsituationen, insbesondere wenn sie sensitive Regionen wie den Nahen Osten, Südwest- und Südost-Asien oder das südliche Afrika betreffen, müssen politische Lösungen gefunden werden. Die Verbündeten haben den Wunsch, zu diesem Zweck mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten.

Die Stabilität und echte Blockfreiheit von Staaten der Dritten Welt sind auch davon abhängig, ob sich diese ohne äußere Einmischung wirtschaftlich und sozial frei entwickeln können. Alle Staaten müssen davon Abstand nehmen, soziale Probleme auszunutzen oder um politischer Vorteile willen Instabilität zu schüren. Gleichermaßen müssen alle Staaten aktiv zur Stärkung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer und zum Kampf gegen Hunger, Armut und Unterentwicklung beitragen. Die westlichen Staaten ihrerseits bieten diesen Ländern auch Handel, Technologie und Achtung der politischen Souveränität, die für ihre Unabhängigkeit und ihr wirtschaftliches Wohlergehen lebenswichtig sind.

Mehrere Verbündete sind fähig oder zum Erwerb der Fähigkeit entschlossen, vor Aggressionen abzuschrecken und Staaten, die dies wünschen, bei der Abwehr der Bedrohung ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit beizustehen.

8. Sie werden den Dialog mit der Sowjetunion aufrechterhalten und gemeinsam für echte Entspannung und die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses arbeiten, wenn das Verhalten der Sowjetunion dies möglich macht. Die Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki stellen einen Verhaltenskodex dar, der von allen Unterzeichnerstaaten beachtet werden muß. Auf dem KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid streben die Bündnispartner substantielle und ausgewogene Ergebnisse an, die zu einer besseren Durchführung dieser Prinzipien und Bestimmungen führen werden, einschließlich der Achtung der Menschenrechte, der Erleichterung menschlicher Kontakte, eines freieren Informationsflusses und erhöhte Sicherheit und Zusammenarbeit. Dies würde den fortdauernden Wert des KSZE-Prozesses eindeutig unter Beweis stellen.

Die Verbündeten bekräftigen ihre Unterstützung für den französischen Vorschlag einer Konferenz über Abrüstung in Europa mit dem Ziel, in einer ersten Phase Einigung über ein zusammenhängendes Paket militärisch bedeutsamer, verbindlicher und verifizierbarer vertrauensbildender Maßnahmen zu erzielen, die auf dem gesamten europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural anwendbar sind. Sie unterstreichen die Bedeutung, die sie einer solchen Konferenz beimessen sowie der Tatsache, daß sie als integraler Bestandteil des KSZE-Prozesses stattfindet. Sie gehen davon aus, daß es einem künftigen KSZE-Folgetreffen überlassen bleibt, im Lichte der bis zum Ende der ersten Konferenzphase erzielten Fortschritte und unter Berücksichtigung anderer laufender Verhandlungen Mittel und Wege zur Fortsetzung ihrer Sicherheits- und Abrüstungsbemühungen zu prüfen. Sie begrüßen die bisher erzielten Fortschritte und bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß als Teil eines ausgewogenen Ergebnisses in Madrid Einigung über ein präzises und eindeutiges Mandat erzielt wird, das die obigen Kriterien enthält.

9. Gemeinsam mit der Abschreckung und der Verteidigung bilden Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile der Sicherheitspolitik des Bündnisses. Die Verbündeten unterstützen Verhandlungen, um wirksame Beschränkungen der sowjetischen militärischen Stärke zu erreichen und die Sicherheit zu erhöhen.

Das Ziel dieser Politik ist ein stabiles militärisches Gleichgewicht, wenn möglich auf einem niedrigeren Streitkräfteniveau. Die Verbündeten betonen den Wert stabilisierender, ausgewogener und verifizierbarer Rüstungskontrolle durch Beschränkungen sowjetischer und amerikanischer strategischer Kernwaffen. Sie erkennen an, daß Rüstungskontrollverhandlungen nur in einem internationalen Klima des Vertrauens zu fruchtbaren Ergebnissen führen können.

10. Die an den Wiener MBFR-Verhandlungen beteiligten Bündnispartner bleiben entschlossen, eine echte Parität der Mannschaftsstärken in der Form einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke auf der Grundlage vereinbarter Daten zu erreichen. Sie bedauern, daß in den Verhandlungen keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden sind, in erster Linie, weil die östlichen Teilnehmerstaaten nach wie vor nicht bereit sind, den erforderlichen Beitrag zur Klärung der Datenfrage zu leisten.

11. Die Verbündeten messen weiterhin der Aufrechterhaltung der ruhigen Situation in und um Berlin besondere Bedeutung bei. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 bleiben für die Sicherheit in Europa, das Ost-West-Verhältnis und die internationale Gesamtlage von lebenswichtiger Bedeutung. Die Verbündeten werden auch in Zukunft die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland unterstützen, die Rücknahme der von der DDR vorgenommenen Erhöhung der Mindestumtauschsätze zu erreichen, die eine besonders negative Auswirkung auf die Anzahl der Touristen und Besucher hat, die in die DDR und nach Ost-Berlin reisen.

II.

12. Die am LRTNF-Modernisierungs- und Rüstungskontrollbeschluß der NATO vom Dezember 1979 beteiligten Verbündeten bekräftigen, daß sie weiterhin an diesem Beschluß festhalten. Sie betonten, daß angesichts der zunehmenden sowjetischen LRTNF-Dislozierungen, die bei der SS-20 bereits den Umfang der von der NATO geplanten LRTNF-Dislozierung übersteigen, die Modernisierung der LRTNF des Bündnisses wesentlicher ist denn je und die einzig realistische Grundlage für parallel laufende TNF-Rüstungskontrollgespräche darstellt. Seit dem Beschluß vom Dezember 1979 haben sowjetische Drohungen und Versuche, die Bündnispartner voneinander zu trennen, nur zu einer Stärkung ihrer Entschlossenheit geführt, die erforderlichen Schritte zur Aufrechterhaltung der Abschreckung, zur Beseitigung des Ungleichgewichts bei LRTNF und zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu unternehmen. Der kürzliche sowjetische Vorschlag für ein Moratorium bei der Dislozierung von LRTNF ist für diese Verbündeten völlig unannehmbar. Er würde ihre Unterlegenheit auf diesem Gebiet dadurch festschreiben, daß das Modernisierungsprogramm der NATO vollständig blockiert würde. Darüber hinaus würde der Vorschlag es der Sowjetunion ermöglichen, die Bedrohung der NATO dadurch zu erhöhen, daß Waffensysteme, die das NATO-Gebiet von östlich des Ural aus bedrohen können, nicht begrenzt würden.

Diese Verbündeten begrüßten die Absicht der Vereinigten Staaten, noch vor Ende dieses Jahres innerhalb des SALT-Rahmens in Verhandlungen mit der Sowjetunion über TNF-Rüstungskontrolle einzutreten. Der amerikanische Außenminister beabsichtigt, den Zeitpunkt und die Verfahren für diese Verhandlungen mit Außenminister Gromyko im September am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu erörtern. Diese Verhandlungen werden sich auf eine auf den neuesten Stand gebrachte Bedrohungsanalyse der Allianz und eine Studie über die technischen Erfordernisse der TNF der NATO stützen, die im Rahmen der besonderen Konsultationsgruppe und der hochrangigen Gruppe vorrangig erstellt werden soll.

# Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und US-Präsident Ronald Reagan in Washington vom 22. Mai 1981

**(Wortlaut)**

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und Präsident Reagan führten während des offiziellen Besuchs des Bundeskanzlers vom 20. bis 23. Mai 1981 in den Vereinigten Staaten ausführliche Gespräche über einen weiten Bereich politischer und wirtschaftlicher Fragen. Mit Befriedigung stellten sie dabei ihre gemeinsame Beurteilung der weltpolitischen Lage und der sich daraus für das westliche Bündnis ergebenden Folgerungen fest. Sie waren sich einig, daß ihre beiden Länder eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die sich auf gemeinsame Sicherheitsinteressen gründet und in der Gemeinsamkeit ihrer Wertvorstellungen von Freiheit, demokratischer Lebensform, Selbstbestimmung und im Glauben an die unveräußerlichen Menschenrechte fest verwurzelt ist.

In der verläßlichen und bewährten deutsch-amerikanischen Partnerschaft sehen sie einen maßgeblichen Faktor für die internationale Stabilität und die auf dem Nordatlantischen Bündnis beruhende Sicherheit des Westens. Sie waren gemeinsam der Auffassung, daß substantielle und wirkungsvolle Konsultationen eine Grundlage der Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten bilden.

Der Bundeskanzler und der Präsident begrüßten und bekräftigten die Ergebnisse der jüngsten NATO-Konferenzen auf Ministerebene in Rom und Brüssel als erneuten Beweis für die politische Kraft des Bündnisses und die Kontinuität der Bündnispolitik. Sie unterstrichen die Entschlossenheit der Bündnispartner, das Erforderliche zu tun, um in Zusammenarbeit mit ihren NATO-Partnern die westliche Verteidigung zu stärken und den durch die sowjetische Aufrüstung ausgelösten negativen Tendenzen entgegenzutreten. Gemeinsam mit Abschreckung und Verteidigung bilden Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile der Sicherheitspolitik des Bündnisses.

Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten in diesem Zusammenhang ihre Entschlossenheit, beide Elemente des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 durchzuführen und ihnen gleiches Gewicht zu geben. Der Bundeskanzler begrüßte den amerikanischen Beschluß, bis zum Jahresende mit der Sowjetunion in Verhandlungen im SALT-Rahmen über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenwaffen einzutreten. Er begrüßte ferner, daß der amerikanische Außenminister vorbereitende Gespräche über nukleare Mittelstreckenwaffen mit der Sowjetunion aufgenommen hat mit dem Ziel, ein Einvernehmen über den Beginn formeller Verhandlungen zu erreichen. Der Bundeskanzler und der Präsident stimmten darin überein, daß die Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen für die Sicherheit des Bündnisses und als Grundlage für gleichzeitige Verhandlungen wesentlich ist, die zu konkreten Ergebnissen über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenwaffen führen sollen.

Sie kamen ferner überein, daß die im Kommuniqué von Rom als erforderlich bezeichneten vorbereitenden Untersuchungen in den zuständigen NATO-Gremien mit besonderem Vorrang durchgeführt werden.

Der Bundeskanzler und der Präsident sprachen sich sehr anerkennend über die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in Fragen aus, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen. Der Bundeskanzler dankte dem Präsidenten für die Bekräftigung der Verpflichtung, daß die Vereinigten Staaten wie bisher die Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins gewährleisten werden. Sie stimmten überein, daß der Aufrechterhaltung der ruhigen Lage in und um Berlin eine essentielle Bedeutung für die Sicherheit und Stabilität in Europa zukommt.

Die Europäische Gemeinschaft spielt bei der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität in der Welt eine wichtige Rolle. Die Vereinigten Staaten werden den Prozeß der europäischen Einigung auch weiterhin unterstützen.

Beide Seiten stellten fest, daß das expansionistische Vorgehen der Sowjetunion und ihre Rüstungsanstrengungen eine ernste internationale Lage geschaffen haben. Um dieser Herausforde-

rung zu begegnen und den Frieden zu sichern, sind sie entschlossen, mit Festigkeit zu reagieren und mit der Sowjetunion einen Dialog aufrechtzuerhalten.

Der Bundeskanzler und der Präsident stimmten darin überein, daß es für die Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses wesentlich ist, auf der laufenden KSZE-Folgekonferenz in Madrid ein Einvernehmen über ein ausgewogenes und substantielles Schlußdokument zu erzielen, das größere Achtung für die Menschenrechte, vermehrte menschliche Kontakte, freieren Informationsfluß sowie Zusammenarbeit zwischen allen Teilnehmern und Sicherheit für alle Teilnehmer einschließt. In diesem Zusammenhang sprachen sich der Bundeskanzler und der Präsident dafür aus, daß als Bestandteil eines ausgewogenen Ergebnisses eine Einigung über ein präzises Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa erzielt wird, das die Anwendung militärisch bedeutsamer, verbindlicher und verifizierbarer Vertrauensbildender Maßnahmen auf dem gesamten europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural vorsieht.

Polen muß seine Probleme selbst auf friedlichem Wege und ohne Einmischung von außen lösen können. Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten in aller Klarheit ihre Auffassung, daß jede Intervention von außen für die internationalen Beziehungen die ernstesten Folgen haben und die gesamte weltpolitische Lage von Grund auf ändern würde.

Echte Blockfreiheit der Staaten der Dritten Welt ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor in den internationalen Beziehungen. Der Bundeskanzler und der Präsident unterstützen die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Staaten der Dritten Welt. Im Einvernehmen mit ihren Verbündeten und den betroffenen Ländern werden sie sich allen unmittelbaren oder mittelbaren Versuchen der Sowjetunion widersetzen, die Unabhängigkeit und Stabilität dieser Länder zu unterhöhlen. Sie bekräftigten ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit diesen Staaten auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft fortzusetzen und deren wirtschaftliche Entwicklung weiterhin zu unterstützen.

Der Bundeskanzler und der Präsident bekräftigten ihre Auffassung, daß die sowjetische Besetzung Afghanistans unannehmbar ist. Sie forderten den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und die Respektierung des Rechts dieses Landes, zur Unabhängigkeit und Ungebundenheit zurückzukehren. Den destabilisierenden Auswirkungen der sowjetischen Intervention in Afghanistan auf die gesamte Region muß entgegengewirkt werden.

Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung einer breitangelegten Zusammenarbeit mit den Staaten der Golf-Region. Der Bundeskanzler und der Präsident stimmten darin überein, daß sich die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland, letztere im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, auch weiterhin um einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten bemühen sollten. Ihre Bemühungen sollten sich auch in Zukunft auf der Grundlage des Ereichten ergänzen.

Beide Seiten bekräftigten ihre Entschlossenheit, das offene Welthandelssystem weiter zu stärken und sich dem Drängen nach protektionistischen Maßnahmen zu widersetzen.

Sie betonten die zentrale Bedeutung für politische und wirtschaftliche Stabilität, die weiteren Maßnahmen zur Einsparung von Energie und zur Diversifizierung der Energiequellen zukommt, um die hohe Abhängigkeit von Erdöl zu verringern. Die drängenden Energieprobleme sind nur auf der Grundlage weltweiter kooperativer Anstrengungen zu meistern, die die westliche Sicherheit der Energieversorgung stärken und die Verwundbarkeit des Westens gegenüber einem möglichen Lieferstopp durch wen auch immer verringern. Die Versorgungsprobleme der Entwicklungsländer bedürfen besonderer Aufmerksamkeit.

Der Bundeskanzler und der Präsident waren sich über die Notwendigkeit einig, bei der Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik der Inflationsbekämpfung, der Schaffung verbesserter Bedingungen für erneutes Wirtschaftswachstum und für Produktivitätssteigerung besonderen Vorrang einzuräumen. Beide Seiten betonten, daß die Wirtschaftspolitik zwischen den Industrieländern eng aufeinander abgestimmt werden muß.

Beide Seiten unterstrichen die Notwendigkeit eines engen und umfassenden Gedankenaustausches über die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, während die amerikanische Regierung ihre Haltung überprüft.

Der Bundeskanzler und der Präsident stellten fest, daß in ihren Gesprächen erneut die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen deutlich geworden sind, die ihre beiden Länder seit mehr als 30 Jahren verbinden. Sie begrüßen alle Bemühungen um eine Vertiefung der gegenseitigen Kontakte und weisen auf die Verantwortung hin, die der nachfolgenden Generation für die Pflege und Weiterentwicklung der deutsch-amerikanischen Freundschaft zukommt.

# Autoren dieses Heftes

*Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". • • • *Dr. Gerhard LEITHÄUSER*, Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Mostafa DANESCH*, geb. 1944 in Semnan (Iran), Studium der Politologie, Völkerkunde und Erziehungswissenschaft an den Universitäten München, Bonn und Köln; Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Ulrich ALBRECHT*, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen auf dem Gebiet der internationalen Politik, besonders zu Rüstungs- und Militärfragen. • • • *Dr. Harold RASCH*, geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt und einer der führenden Kartellrechtsexperten; zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: NATO-Bündnis oder Neutralität?, Köln 1981. • • • *Meindert J. F. STELLING*, geb. 1948 in Haren, Berufsoffizier (Hauptmann) in der Königlich-Niederländischen Luftwaffe, Jurastudium an der Universität Leiden. • • • *Dr. Gert MEYER*, geb. 1943 in Swinemünde, Studium der Philosophie an der Universität Frankfurt/M. und Marburg, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Bodo GRIMM-VON SCHÖNBERG*, geb. 1952 in Overberge, Studium der Philosophie, Politik und Geschichte in Marburg, lebt z. Z. in Köln, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Mechtild JANSEN*, geb. 1952 in Köln, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Klaus PICKSHAUS*, geb. 1949 in Velbert, Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Marburg, Mitarbeiter am Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M.; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Ulrich BRIEFS*, geb. 1939 in Düsseldorf, Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Ausbildung als technisch-wissenschaftlicher Programmierer, Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Problemen der Technologieentwicklung und Unternehmenspolitik; z. Z. Gastprofessor für Informatik an der Universität Paris IX Dauphine.

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.*

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 7/1981 der „Blätter" wird am 17.7.1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416*

01-342758-01-01

489

[redacted]

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt 6/81
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

**General Wolf Graf von Baudissin, Bundesrepublik**
**General Francisco da Costa Gomes, Portugal**
**Brigadegeneral Michael Harbottle, Großbritannien**
**General Georgios Koumanakos, Griechenland**
**Admiral a. A. John Marshall Lee, USA**
**General M. H. von Meyenfeldt, Niederlande**
**General, Senator Nino Pasti, Italien**
**Admiral Antoine Sanguinetti, Frankreich.**

**Mit Porträtfotos, Leinen mit vierfarbigem Schutzumschlag**
**376 Seiten, DM 36,—**

# Autoren dieses Heftes

*Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". • • • *Dr. Gerhard LEITHÄUSER*, Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Mostafa DANESCH*, geb. 1944 in Semnan (Iran), Studium der Politologie, Völkerkunde und Erziehungswissenschaft an den Universitäten München, Bonn und Köln; Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Ulrich ALBRECHT*, geb. 1941, Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen auf dem Gebiet der internationalen Politik, besonders zu Rüstungs- und Militärfragen. • • • *Dr. Harold RASCH*, geb. 1903 in Berlin, Rechtsanwalt, Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt und einer der führenden Kartellrechtsexperten; zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt: NATO-Bündnis oder Neutralität?, Köln 1981. • • • *Meindert J. F. STELLING*, geb. 1948 in Haren, Berufsoffizier (Hauptmann) in der Königlich-Niederländischen Luftwaffe, Jurastudium an der Universität Leiden. • • • *Dr. Gert MEYER*, geb. 1943 in Swinemünde, Studium der Philosophie an der Universität Frankfurt/M. und Marburg, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Bodo GRIMM-VON SCHÖNBERG*, geb. 1952 in Overberge, Studium der Philosophie, Politik und Geschichte in Marburg, lebt z. Z. in Köln, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Mechtild JANSEN*, geb. 1952 in Köln, Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Klaus PICKSHAUS*, geb. 1949 in Velbert, Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Marburg, Mitarbeiter am Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M.; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Ulrich BRIEFS*, geb. 1939 in Düsseldorf, Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Ausbildung als technisch-wissenschaftlicher Programmierer, Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Problemen der Technologieentwicklung und Unternehmenspolitik; z. Z. Gastprofessor für Informatik an der Universität Paris IX Dauphine.

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.*

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 7/1981 der „Blätter" wird am 17.7.1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416*